Stadt Bern
Stadtrat

Genehmigt: 29.10.2026

Protokoll 17

Stadtratssitzung
Donnerstag, 17.09.2026, 13.30 Uhr, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Das Wortprotokoll mit Audio finden Sie auf unserer Website unter Audioprotokoll.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 13:30 bis 16:35 Uhr 2
2023.SR.0112 3
1 Begrüssung und Mitteilungen
2025.FPI.0070.....3
2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft
Schluss der Sitzung: 16.34 Uhr. 61
Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr 62
2025.FPI.0070.....63
2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft
Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr. 98
Jelena Filipovic Redaktion: Andreas Stucki.....98
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:20 Uhr 99
2025.FPI.0070 100
2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft
2026.PRD.0009 114
3 Vergrösserung des Gemeinderats von fünf auf sieben Mitglieder: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung
Verschoben und eingereicht.....130
Schluss der Sitzung: 22.19 Uhr. 132

Das Online-Protokoll ist im Anschluss an die Sitzung im Internet abrufbar:
https://stadtrat.bern.ch/de/sitzungen

Anwesenheit in der Sitzung von 13:30 bis 16:35 Uhr

Stadtrat anwesend
Jelena Filipovic, Präsidentin

Janina Aeberhard	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Nadine Aebischer	Georg Häsler	Roger Nyffenegger
Timur Akçasayar	Dominique Hodel	Cemal Özçelik
Debora Alder-Gasser	Thomas Hofstetter	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Stephan Ischi	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Monique Iseli	Ronja Rennenkampff
Gourab Bhowal	Seraphine Iseli	Simone Richner
Lea Bill	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
David Böhner	Anna Jegher	Judith Schenk
Jacqueline Brügger	Raffael Joggi	Lukas Schnyder
Michael Burkard	Nora Joos	Lea Schweri
Carola Christen	Raphaël Karlen	Tobias Sennhauser
Laura Curau	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Andreas Egli	Ingrid Kissling-Näf	Michelle Steinemann
Nik Eugster	Mirjam Läderach	Ursula Stöckli
Damian Fenner	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Alexander Feuz	Christoph Leuppi	Sebâ Topuz
Dominik Fitze	Corina Liebi	Raphaela Tschümperlin
Seraina Flury	Nicolas Lutz	Johannes Wartenweiler
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Lukas Wegmüller
Franziska Geiser	Salome Mathys	Béatrice Wertli
Helin Genis	Esther Meier	Janosch Weyermann
Thomas Glauser	Matteo Micieli	Karel Ziehli
Evelyne Grieb	Szabolcs Mihàlyi	Vera Zotter
Simon Gyger	Tanja Miljanović	

Stadtrat entschuldigt

Oliver Berger	Maurice Lindgren	Michael Ruefer
Nora Krummen	Niklaus Mürner	

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmt gerne Platz. Wir sind beschlussfähig und werden heute noch einige Zeit gemeinsam verbringen. Ich starte als erstes mit den Entschuldigungen für heute. Für beide Sitzungen abgemeldet haben sich Maurice Lindgren von der GLP, Michael Ruefer von der GFL, für die erste Sitzung Niklaus Mürner von der SVP, für die zweite Sitzung Simon Gyger von der EVP. Und etwas verspätet eintreffen wird Franziska Geiser vom GB. Ich habe heute auch noch einen Rücktritt zu verkünden. Diesen werde ich aber nicht jetzt verkünden, sondern auf Wunsch in der zweiten Sitzung. Dann kann auch die Familie bei diesem Abschied dabei sein.
Ich habe dennoch eine Mitteilung zu machen. Ihr habt es unten in der Halle vielleicht gesehen. Seit Anfang September steht euch die Anlauf- und Beratungsstelle Fairmedia zur Verfügung. Fairmedia berät und unterstützt bei Fragen sowie Herausforderungen mit klassischen und sozialen Medien, beispielsweise beim Schutz der Privatsphäre, bei Persönlichkeitsverletzungen, Gegendarstellungen oder im Umgang mit Hassrede und Drohungen in den sozialen Medien. Einige von euch im Ratssaal haben schon solche Erfahrungen machen müssen. Das ist eines der Anliegen, die uns zugetragen wurden: Man wäre froh um diesbezügliche Unterstützung, um die Vereinbarkeit mit dem Stadtratsmandat zu gewährleisten. Darum ist Fairmedia heute unten in der Halle präsent und hat bis 15.45 Uhr einen Informationsstand. Ihr könnt also gerne bei ihnen vorbeigehen.
Wir haben heute eine spezielle Sitzung, also 3 Sitzungen nacheinander. In der Pause um 17 Uhr wird es unten Verpflegung geben. Früchte und Cakes stehen bereit, inklusive Getränke, Kaffee und Wasser. Bedient euch also gerne.
Wie immer nicht vergessen: das Badgen für alle drei Sitzungen. Und das Einreichen der Vorstösse ebenfalls wie immer: die dringlichen bis 21 Uhr und die übrigen bis 21.30 Uhr.
Meines Wissens ist heute kein Antrag zur Diskussion aus aktuellem Anlass eingereicht worden.

2025.FPI.0070

2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft

Präsidentin: Dann kommen wir bereits zum Traktandum 2, dem grössten Geschäft von heute. Wir behandeln den Aufgaben- und Finanzplan AFP 2027 bis 2030 mit dem Budget 2027 und die entsprechende Abstimmungsbotschaft. Wir haben letzten Donnerstag mit der Beratung des AFP begonnen. Es geht also weiter mit der Beratung. Wir stehen bei der SUE und den dazugehörigen Sonderrechnungen. Gesprochen haben bereits die Kommission RWSU und die Fraktion GFL. Jetzt gebe ich die Möglichkeit, sich für die Fraktionserklärungen anzumelden. Als erstes darf mit den Fraktionserklärungen Chandru Somasundaram für die SP-JUSO-Fraktion beginnen.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Wir danken an dieser Stelle als erstes den Mitarbeitenden der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie für ihre wichtige Arbeit für die Stadt Bern. Merci. Die SUE vereint sehr unterschiedliche, aber für das tägliche Funktionieren unserer Stadt zentrale Aufgaben. Gleichzeitig stehen in den

kommenden Jahren wichtige Entwicklungen an, etwa die Neuorganisation des Rettungsdienstes oder die Umsetzung der Klimastrategie. Hier setzt die Stadt ihre Rahmenbedingungen zur Erreichung der Klimaziele und damit zur Sicherung einer lebensfähigen Zukunft. Ausserdem stellt die SUE mit dem Polizeiinspektorat für viele Berner*innen eine Verwaltungseinheit dar, die lebensverändernde Entscheide mitträgt, sei es, wenn es um die Einbürgerung geht, um Familiennachzug oder um die Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen. Auch wenn Berner*innen, die von diesen Entscheiden betroffen sind, in der Budgetdebatte und auch heute wenig Raum erhalten, möchten wir diesen Teil unserer Bevölkerung hier explizit genannt wissen.
Ich komme zu den Anträgen. Da ich das Fraktionsvotum mit Dominique Hodel teile, gehe ich auf die Anträge 1 bis 11 ein. Die Anträge 1 und 2 zum Taubenmanagement nehmen wir an. Das bestehende Management funktioniert und wir gehen davon aus, dass ein Zurückfahren der Taubenschläge langfristig höhere Folgenkosten verursachen kann als die Weiterführung des heutigen Angebots. Die Anträge 3 bis 6 der SVP lehnen wir ab. Mehr Polizeipräsenz und mehr Repression sind aus unserer Sicht nicht die zielführende Antwort auf die angesprochenen Probleme. Selbstverständlich nehmen wir die Sicherheit von Fussgängerinnen und Fussgängern ernst. Diese erreichen wir aber in erster Linie durch sichere Infrastruktur und eine Verkehrspolitik, welche Konflikte verhindert, und nicht durch zusätzliche Polizeikräfte.
Die Anträge 7 bis 10 zur Photovoltaik und zur Solaroffensive nehmen wir an. Bei EGG-10 geht es um die Umsetzung eines politischen Auftrags, den der Stadtrat bereits erteilt hat. Der Rat hat beschlossen, die Förderung der PV-Anlagen als zusätzliche Massnahme in die Energie- und Klimastrategie aufzunehmen. Dazu gehören Information und Beratung, aber insbesondere auch die aktive Ansprache von privaten und institutionellen Liegenschaftseigentümer*innen. Dass gleichzeitig bei der Solaroffensive 40'000 Franken weniger vorgesehen sind, überzeugt nicht. Der AFP selbst bezeichnet den PV-Ausbau als Schwerpunkt. Anspruch, politische Beschlüsse und die dafür verfügbaren Ressourcen müssen zusammenpassen. Deshalb nehmen wir Antrag 10 auch an. Antrag 11 lehnen wir hingegen ab. Das Ziel einer klimaverträglichen Ernährung und die entsprechenden Massnahmen sind bereits Bestandteil der Klimastrategie und werden dort behandelt und überprüft. Wir sehen deshalb keinen zusätzlichen Gewinn darin, im AFP parallel einen Leistungsindikator aufzunehmen.

Präsidentin: Merci. Dominique Hodel, du hast noch 5 Minuten Zeit.

Dominique Hodel (SP) für die Fraktion: Vielen Dank. Vielen Dank auch an meinen Fraktionskollegen Chandru. Vielen Dank auch an die zuständigen Ämter. Ich werde nun den zweiten Teil der Entscheidungen im Namen der SP-JUSO-Fraktion verkünden.
Wir lehnen Antrag Nummer 12 der RWSU-Minderheit ab. Es ist ungewiss, ob die Gebühren für Parkkarten bereits 2027 fliessen werden, da dies von bürgerlichen Kreisen durch Verfahren vor Gericht verzögert wird. Der Gemeinderat muss das Risiko selbst einschätzen, ob das Geld 2027 tatsächlich zur Verfügung steht oder nicht. Aus diesem Grund sprechen wir uns gegen diesen Antrag aus. Die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt ist für uns ein zentrales Anliegen, das wir nicht nur auf nationaler, sondern auch auf städtischer Ebene vorantreiben möchten. In diesem Jahr wurden in der Schweiz bereits 17 Femizide verzeichnet. Die Kantonspolizei muss im Durchschnitt zwischen vier- und sechsmal pro Tag wegen Fällen sexualisierter häuslicher Gewalt ausrücken. Prävention ist die Grundlage für eine wirksame Bekämpfung und Aufklärung. Wir möchten das strukturelle Problem angehen, indem wir die Anträge für das Projekt "Tür an Tür Bern" und die Planjahre dazu annehmen. Mit der Annahme der Anträge wollen wir

sicherstellen, dass das Projekt "Tür an Tür Bern" weiterhin besteht und sie diese wertvolle Arbeit, die sie machen, auch fortsetzen können. Den Antrag 14 der RWSU-Minderheit lehnen wir nach längerer Diskussion ab. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat zuerst Abklärungen treffen sollte, um die Gründe für die Überlastung zu klären. Zudem sind die Stellen im EKS (Amt für Erwachsenen- und Kindesschutz) in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und wir bezweifeln, dass eine weitere Erhöhung der Stellen das gewünschte Ergebnis erzielt. Die SP-JUSO-Fraktion anerkennt das Problem der zu hohen Fallbelastung pro Person jedoch an. Die Empfehlung der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz, bei welcher die Stadt Bern auch dazugehört, muss eingehalten werden. Daher werden wir, die SP-JUSO-Fraktion, den Antrag 17, der 600'000 Franken für die Stellen im Erwachsenenschutz vorsieht, auch unterstützen. Damit wollen wir die Personalsituation im Erwachsenenschutz verbessern und die hohe Fallbelastung für die Mitarbeitenden entschärfen. Wir nehmen auch Antrag 18 der RWSU-Minderheit an, um sicherzustellen, dass die Leistungsindikatoren im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz beibehalten werden. Es ist entscheidend, dass wir die Fallbelastung pro Mitarbeitende reduzieren und die Qualität der sozialen Arbeit sichern. Denn letztlich steht der Mensch im Zentrum unserer Bemühungen in dieser Stadt.

Präsidentin: Als nächstes Debora Alder-Gasser für die GLP-EVP-Fraktion.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Als erstes möchte auch ich im Namen unserer Fraktion der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie für ihre wertvolle Arbeit danken. Das SUE-Budget 2027 empfinden wir als GLP-EVP-Fraktion insgesamt als solid. Wir anerkennen, dass der Gemeinderat in seiner Budgetierung ansatzweise eine Abwägung zwischen unterschiedlichen Anliegen gemacht hat, und bedauern, dass in dieser Budgetdebatte scheinbar die Mehrheit im Stadtrat vieles davon wieder zunichtemachen will. Sicherheit, Rettungswesen und Klimaschutz werden weitergeführt, während gleichzeitig versucht wird, durch Kooperationen und organisatorische Anpassungen, wie zum Beispiel die Fusionierung des Rettungsdienstes der Inselgruppe mit dem Rettungsdienst der Stadt Bern, Effizienzgewinne zu erzielen.
Als EVP möchten wir ausserdem speziell hervorheben, dass wir den Ausbau im Polizeiinspektorat zugunsten der konsequenten Bekämpfung von Ausbeutung und Menschenhandel sehr begrüssen. Neben unserer Erwartung, dass Effizienzgewinne nicht nur eintreten, sondern auch transparent ausgewiesen werden, möchten wir als GLP-EVP-Fraktion grundsätzlich ein Augenmerk auf die Wirkung von Massnahmen lenken. Denn nicht eine Massnahme per se, sondern deren Wirkung ist das, was unsere Stadt schlussendlich lebenswerter macht. Wir möchten keine Giesskannenpolitik, sondern vielmehr eine gezielte und bedarfsgerechte Umsetzung von Massnahmen, sodass wir wirklich Nachhaltigkeit leben können. Dies geschieht, wenn Ökologie, Soziales und Finanzen im Einklang sind.
Gerne nehme ich nun zu einigen Anträgen im Speziellen Stellung. Als GLP-EVP-Fraktion begrüssen wir das konsequente Fokussieren auf den Absenkpfad und die Verfolgung der städtischen Klimaziele. Dass die SUE beim Ausbau der Photovoltaik weiterhin einen Schwerpunkt setzen will, begrüssen wir. Uns ist sehr bewusst, dass der Ausbau der Photovoltaik nicht von heute auf morgen vonstattengeht und etwas Geduld angezeigt ist. Aufgrund der langen Planungshorizonte dauert es oft lange, bis man Auswirkungen sieht und es kann durchaus sein, dass man mal 3 bis 5 Jahre auf Resultate warten muss. Für uns ist zum jetzigen Zeitpunkt vor allem wichtig zu sehen, dass die Entwicklungen in die richtige Richtung gehen. Wir wollen aber nicht von vornherein

zusätzliche Stellen und Ressourcen sprechen. Zusätzliche Stellen allein lösen das Problem nicht und verkennen die Tatsache, dass eine Lösung oft aus verschiedenen Bestandteilen besteht und komplexer ist, als einfach nur, zusätzliche Ressourcen zu sprechen. Die RWSU-Anträge 7, 8, 9 und 10 zur Solaroffensive im Amt für Umweltschutz lehnen wir deshalb ab.
Als Fraktion sind wir der Meinung, dass im Budget nur realisierbare Erträge eingestellt werden sollen. Der Tatsache, dass das Budget auch dieses Mal wieder die Erhöhung der Parkkartengebühren im Ertrag abbildet, obwohl die juristische Blockade voraussichtlich nicht in diesem Jahr gelöst wird, stehen wir kritisch gegenüber. Es ist unserer Meinung nach nicht effizient, wenn wir Jahr für Jahr über den gleichen Nachkredit diskutieren müssen, deshalb werden wir den entsprechenden RWSU-Minderheitsantrag 12 unterstützen.
Nur noch kurz zum EKS: Wir bedauern die Überlastung der Mitarbeitenden und wir sehen den Handlungsbedarf. Das EKS plant diverse Massnahmen, um die Situation in den Griff zu bekommen. Und bevor die Umsetzung und Evaluation dieser Massnahmen nicht geschehen ist, finden wir es wenig sinnvoll, einfach im Voraus zusätzliche Ressourcen zu sprechen. Wir lehnen die RWSU-Minderheitsanträge 14, 17 und 18 zum EKS deshalb ab.
Einsparungen bei der Gewaltprävention sind gerade für uns als EVP ein Wermutstropfen. Wir sind überzeugt, dass Prävention in jedem Fall zentral und vor allem kostengünstiger ist, als sich im Anschluss mit Folgekosten auseinanderzusetzen. Finanzielle Optimierungen dürfen nicht auf Kosten der Menschen gehen, die unseren Schutz am dringendsten nötig haben. Wir erwarten deshalb von der SUE, dass sie die entsprechenden Aufgabenpriorisierungen wahrnimmt, um die Präventionsarbeit nicht aus den Augen zu verlieren. Da wir als Fraktion grundsätzlich einen zusätzlichen Ausbau im Budget ablehnen, werden wir die RWSU-Anträge 13, 15 und 16 zu "Tür an Tür" ablehnen und als EVP werden wir uns enthalten. Neben dem Antrag 11 lehnen wir auch die Anträge 1 bis 6 ab, weil wir weder Mehrausgaben für die Kantonspolizei noch die gängige Praxis unterstützen wollen, dass vom Gemeinderat eingesparte Beträge und Posten einfach eins zu eins wieder ins Budget eingestellt werden sollen, wie das beispielsweise die Anträge zum Taubenmanagement fordern. Das heisst, wir stellen nicht das Taubenmanagement grundsätzlich in Frage. Die Folgen dieser Kürzung werden zeigen, ob das Taubenmanagement auch mit weniger Budget auskommt. Und das erwarten wir eigentlich als GLP-EVP-Fraktion.

Präsidentin: Als nächstes Michelle Steinemann für die Mitte-Fraktion.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Ein grosses Dankeschön der SUE und all den Mitarbeitenden aus den Abteilungen für eure grossartige Arbeit, die ihr jeden Tag leistet. Wir schätzen die Arbeit sehr, die ihr in ganz unterschiedlichen Bereichen für die Stadt macht. Insbesondere die Sicherheit liegt der Mitte sehr am Herzen. Die Mitte beurteilt die Anträge der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie nach 3 Grundsätzen: Wir wollen einen wirksamen Einsatz der öffentlichen Mittel, eine klare Prioritätensetzung und einen realistischen Umgang mit den finanziellen Möglichkeiten der Stadt. Viele der vorliegenden Anträge greifen berechtigte Anliegen auf. Aber ein wichtiges Anliegen soll nicht automatisch zu einer zusätzlichen Stelle oder zu einer Erhöhung des Budgets führen. Politik bedeutet auch oder vor allem, Prioritäten zu setzen.
Die Anträge 1 und 2 verlangen über 80'000 Franken für den Weiterbetrieb der Taubenschläge. Wir anerkennen, dass das bisherige Taubenmanagement zur Reduktion der

Population beigetragen hat. Angesichts der angespannten Finanzlage muss die Stadt aber Wege finden, um mit den vorhandenen Mitteln die Tauben im Schach zu halten und dann die Auswirkungen zu verfolgen. Auch den Schutz der Fussgängerinnen und Fussgänger sowie bei der Sicherheit rund um Demonstrationen unterstützen wir von der Mitte grundsätzlich. Die vorliegenden Anträge 3 bis 6 sind aber nicht das richtige Instrument und gehen uns auch zu weit. Zusätzliche Pauschalbeiträge garantieren noch keine bessere Sicherheit. Besonders problematisch ist die verlangte Kompensation bei der Verkehrsplanung. Sicherheit darf nicht gegen eine funktionierende Verkehrsplanung ausgespielt werden. Wir lehnen darum die Anträge ab; nicht, weil uns die Sicherheit gleichgültig wäre, sondern weil die Umsetzung und auch die Begründung nicht überzeugend sind.
Bei den Anträgen 7 bis 10 betreffend Förderung der Photovoltaik: Die Mitte unterstützt selbstverständlich den Ausbau der Solarenergie. Aber auch da gilt: Zusätzliche Stellen bringen kein einziges Solarpanel mehr aufs Dach. Ausserdem ist die Energie- und Klimastrategie sehr gut ausgearbeitet und wir halten an dieser fest mit den bestehenden Mitteln und mit den bestehenden Zielen. Darum lehnen wir auch diesen Antrag ab.
Antrag 12 nehmen wir selbstverständlich an und sind überzeugt, dass das auch richtig ist. Es geht darum, die zusätzlichen Einnahmen der Parkkarten nicht zu budgetieren, solange der Entscheid nicht gefällt ist. So verhindern wir mindestens einen Nachkredit, von dem wir jetzt schon wissen, dass er kommen wird. Die vorgesehenen Mehreinnahmen von 1,6 Mio. Franken aus der Erhöhung der Gebühren für die Anwohnerparkkarten sind rechtlich noch nicht gesichert. Und es geht nicht, dass der Gemeinderat mit Einnahmen rechnet, die noch nicht sicher sind, und jedes Jahr mit einem Nachkredit bei uns vorbeischaut. Wir unterstützen, dass es dieses Jahr einmal andersherum läuft, und wir freuen uns, wenn ihr dasselbe tut. Bei den Anträgen zum Projekt "Tür an Tür" stellen wir das Ziel der Gewaltprävention nicht infrage. Wenn aber die einzelnen Direktionen priorisieren müssen und dort scheinbar Potenzial ist, dann werden wir das so akzeptieren.
Noch zur Situation im Amt für Erwachsenen- und Kindesschutz. Es sind 5 neue Stellen gefordert. Wir finden das sehr viel. Wir sind ganz grundsätzlich gegen die Stellenaufstockung bei der Stadt Bern. Ausserdem sind vom Gemeinderat diese Stellen im AFP nicht gefordert worden, was auch bedeutet, dass sie scheinbar nicht gebraucht werden, denn sonst wären sie im AFP. Ausserdem ist es so, dass der Kanton die Arbeit vergütet und diese Vergütung angesichts der Komplexität der Fälle zu tief ist. Denn der Kanton macht einen Mix aus einfachen und komplexen Fällen. Aus unserer Sicht müsste das Problem mit dem Kanton auf einer höheren Stufe besprochen werden. Es kann nicht sein, dass wir selbst Lösungen finden und Stellen gesprochen werden müssen. Es gibt aber auch noch andere Faktoren dazu: Die Fallbelastung, die grösser ist als vom Kanton sozusagen vorgeschrieben. Es ist also bei der Fallkomplexität kein Bern-Finish. Es gibt einfach mehr Betreuungsfälle und die einfacheren Fälle werden von Angehörigen begleitet. Die professionellen Mitarbeitenden der Stadt müssen die komplexen Fälle übernehmen. Dazu kommt neu der demografische Wandel. Es gibt immer mehr Personen in der Stadt und auch immer mehr alte Personen mit zum Beispiel Demenz. Das ist eine Entwicklung, die sich nicht mehr umkehren wird. Die Alternative wäre, dass man extern diese Mittel einkaufen muss, weil man selbst zu wenig Leute hat. Es ist finanzpolitisch nicht unterstützenswert, dass man die Bewilligung für zusätzliche Stellen spricht. Es gibt also Argumente dafür und dagegen. Darum haben wir bei den Anträgen zum EKS Stimmfreigabe beschlossen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes, Tobias Sennhauser für die AL-PdA-TIF-Fraktion.

Tobias Sennhauser (TIF) für die Fraktion: Ihr habt es vielleicht mitbekommen: Erst vor einigen Wochen haben einige Tamedia-Zeitungen über die Situation der Tauben in Bern, genau gesagt über das Berner Taubenmanagement berichtet. Darin war zu lesen, dass dieses – Zitat – "weltweit einzigartig" sei. Und tatsächlich glaube ich, dass es einige gute Argumente für das Berner Taubenmanagement gibt. Dies zeigt sich auch darin, dass verschiedene Städte oder auch Initiativen aus ganz Europa nach Bern pilgern beziehungsweise sich wahrscheinlich online zuschalten, um sich in Bezug auf die Tauben beraten zu lassen. Es ist ein toller Artikel, den ich euch empfehlen kann, wenn ihr ihn verpasst habt – und das auch, obwohl im Artikel eigentlich eine wichtige Pointe fehlt, nämlich dass, währenddem dieser Artikel entstand, der Gemeinderat verkündet hat, gerade eben bei den Taubenschlägen zu sparen. Als Grund nennt der Gemeinderat, er müsse Prioritäten setzen. Die Tauben gehören offenbar nicht dazu. Gleichzeitig soll der Grundauftrag des Tierparks unverändert bleiben. Das Ziel ist also weiterhin eine nachhaltige Regulierung des Taubenbestandes, und das mit – Zitat – "internationaler Ausstrahlung". Das ist, glaube ich, lieber Gemeinderat, ein Widerspruch. Also entweder ist das Berner Taubenmanagement international vorbildlich oder wir beginnen dort zu sparen. Vielleicht ein paar Hintergründe dazu: Worum geht es? Seit 2011 betreut der Tierpark im Auftrag der Stadt die Tauben in 8 Taubenschlägen vom Zytglogge bis zum Eigerplatz. Die Tiere bekommen dort Nahrung. Sie werden gezählt, geimpft, sterilisiert und tierärztlich kontrolliert.
Der Erfolg lässt sich sehen, in den 1990er-Jahren lebten in Bern über 10'000 Tauben, heute sind es noch ungefähr 1'500. Dieser Rückgang ist ein Resultat dieses Taubenmanagements. Von daher: Danke, Tierpark. Nun sollen also mehrere Taubenschläge aufgegeben werden. Der Gemeinderat denkt vielleicht, dass die Tauben dann nach Biel oder nach Thun migrieren werden. Aber das ist ein Irrtum. Stadttauben sind nämlich keine Wildtiere, die sich unabhängig von uns Menschen verhalten. Sondern sie sind verwilderte Haustiere und von uns abhängig.
Wir haben sie gezüchtet und dazu gehört, dass sie nun eine Standorttreue haben. Das heisst, dass sie immer wieder an denselben Standort zurückkehren. Für uns, für die Berner Tauben, bedeutet das, dass sie halt auf Berner Strassen weiterleben oder zum nächsten Sims fliegen und dort brüten werden – das ganze Jahr hindurch. Auch das haben wir ihnen angezüchtet. Und so wächst der Bestand und so werden Tauben zum Problem für eine Stadt. Nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Tauben ist es ein Problem, wenn es keine betreuten Taubenschläge gibt. Unbetreute Tauben essen, was sie auf der Strasse finden, wie Chips oder Sandwichs, die wir weggeworfen haben. Und das alles ist natürlich ein schlechter Ersatz für die Körner oder Samen, die sie eigentlich essen würden. Als Folge produzieren sie einen flüssigen, weisslichen Kot, den wir in vielen Städten an den Fassaden sehen und der dort auch das Material angreift.
Die Tauben in betreuten Schlägen bekommen dagegen artgerechte Nahrung. Und das führt dazu, dass ihr Kot fest ist. Deshalb ist es so wichtig, Taubenschläge aufzubauen und zu unterhalten. Ich kann verstehen, dass hier einige den Rotstift angesetzt haben und versuchen möchten, die finanzielle Schieflage der Stadt Bern so etwas zu korrigieren. Aber ich glaube wirklich, dass es der falsche Ort ist, um zu sparen. Das Geld, das wir beim Unterhalt von den Taubenschlägern vielleicht sparen können, werden wir um ein Vielfaches für die Reinigung wieder ausgeben müssen.

Und eines noch zum Schluss in Bezug auf die Tauben: Ich glaube, dass sie einen markanten gesellschaftlichen Wandel durchgemacht haben. Als ich vor etwas über 15 Jahren im Tierschutz angefangen habe, hat sich niemand für Tauben interessiert. Heute hingegen organisieren sich in vielen Schweizer Städten Freiwillige und Vereine, die sich um die Tauben kümmern, übrigens auch in Bern. Und gerade letzte Woche hat der Zürcher Gemeinderat eine Motion für den Ausbau betreuter Taubenschläge überwiesen. Tauben sind also endlich in unserer Gesellschaft angekommen. In diesem Sinne empfehle ich euch, den Antrag 1 und auch die Planungserklärung 2 anzunehmen.
Dann noch kurz ein Wort zur Ernährung respektive zur Planungserklärung 11: Die gute Nachricht vorweg – die kostet als Planungserklärung natürlich keinen Franken. Es geht um die Rahmenstrategie "Nachhaltige Ernährung", in der sich die Stadt Bern zum Ziel gesetzt hat, dass sie sich bis 2035 klimaverträglich ernähren will. Das Amt für Umweltschutz soll dafür eine Ernährungsstrategie erarbeiten. Nur wenn man im Budget nachschaut, woran dieses Amt gemessen wird, dann sind das 4 Leistungsindikatoren, nämlich CO_2 pro Kopf, Fernwärmeanschlüsse, Gasanschlüsse und Wärmepumpen. Zum Essen hingegen findet man dort nichts. Ohne einen entsprechenden Leistungsindikator werden wir nicht sagen können, ob wir einer klimaverträglichen Ernährung näherkommen. Wir brauchen aber einen solchen Leistungsindikator, weil es als Parlament unsere Aufgabe ist, diesen Fortschritt, den sich die Stadt selbst gegeben hat, auch zu überwachen. Deshalb empfehle ich euch, die Planungserklärung 11 anzunehmen.
Zum Rest in Kürze: Wir unterstützen die Anträge der RWSU, die Photovoltaik, "Tür an Tür" und auch den Erwachsenenschutz. Wir lehnen hingegen die 4 SVP-Anträge zur Kantonspolizei ab. Wir haben – so sind wir der Meinung – in der Stadt eher ein Problem mit zu vielen Autos als mit zu vielen Velos. Und die – Zitat – "aggressiv auftretenden Klimaschützer" sind für uns nicht das Problem, sondern eher Teil der Lösung.
Zum Schluss: Der Gemeinderat spart bei den sozial Schwächsten, bei den Stadttauben, die von uns abhängig sind, bei der Gewaltprävention in den Quartieren. Für uns von der AL-PdA-TIF-Fraktion ist es klar: Wenn die Stadt sparen muss, dann oben, nicht unten.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Ich begrüsse es sehr, dass ihr noch miteinander sprecht und weibelt für die Anträge, die wir heute Abend an- oder ablehnen müssen. Ich wäre trotzdem recht froh, wenn ihr das etwas leiser machen oder euch auch draussen besprechen würdet. Und als nächstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte zuerst den unzähligen Mitarbeitern der SUE und der Kantonspolizei danken, die sehr gute Arbeit machen. Ich werde jetzt ein paar kritische Worte sagen, insbesondere zur Führung der SUE, da ich der Meinung bin, dass seit dem Wechsel von Reto Nause zu Alec von Graffenried, dem ehemaligen Stadtpräsidenten, eine gewaltige Verschlechterung eingetreten ist. Das hat für mich angefangen – schon ein schlechtes Zeichen –, als man nach der Demo, die aus dem Ruder gelaufen ist, gesagt hat, es seien ein paar Tanzende, die ein bisschen aus dem Ruder gelaufen seien. Eingegriffen hat man nicht.
Ich habe x Beispiele zur Prioritätensetzung. Freitagnachmittag, es war schönes Wetter und ich war zufälligerweise in der Gegend Reithalle. Aber keine Angst, ich habe Hausverbot und respektiere das. Ich wollte nicht hineingehen, aber bin dort vorbeigefahren. Und ich habe gesehen, wie die Polizei fleissig Bussen verteilt hat. Aber wenn es kritisch ist, hat man dann nicht den Mut, dort hinzugehen. Dort habe ich meine Vorbehalte – Bussen verteilen, auch an Gewerbebetreibende. In Bereichen, z.B. bei einem Ladendurchgang, ist es klar, dass die Behinderten dort vorbeigehen können müssen. Aber

manchmal habe ich das Gefühl, das wird kleinlich gehandhabt. Und deshalb habe ich ganz grosse Vorbehalte gegen die Leitung der SUE, die wir ganz klar kritisieren, weil die Prioritäten falsch gesetzt werden. Wir haben deshalb auch entsprechende Anträge gestellt. Ihr seht, ich versuche es kurz und knapp zu machen.
Ihr werdet überrascht sein: Die SVP wird den Anträgen 1 und 2 zu den Tauben grossmehrheitlich zustimmen. Das geht absolut in die gleiche Richtung. Es ist gut ausgeführt worden, ich will hier nicht länger werden. Für mich ist einfach das Entscheidende: Wir haben diese Problematik und das Berner Programm funktioniert gut. Ich habe das Gefühl, es wäre wieder einmal am falschen Ort gespart. Es wäre dumm gespart. Wir hätten dann zwar ein bisschen weniger Ausgaben, um die Taubenschläge zu unterhalten und die nötigen Massnahmen zu machen. Dafür haben wir viel mehr Säuberungsarbeiten. Wir haben viel mehr andere Probleme. Darum stimmen wir diesen Anträgen grossmehrheitlich klar zu. Ich danke dir, dass du den Antrag eingereicht hast. Wir haben den Taubenfreunden zugesichert, dass die SVP hier worthalten wird.
Ich komme jetzt zu unseren Anträgen. Antrag 3, Schutz der Fussgänger: Ich komme immer gerne mit aktuellen Sachen. Ich habe diese Anträge von letztem Jahr übernommen – same procedure as every year. Ich bin einer, der gerne in die Aare schwimmen geht, letzte Woche zweimal. Das eine Mal ist ein Elektroroller gekommen, wahrscheinlich ein etwa 25 Jahre alter Fahrer. Zum Glück hatte ich meine grüne Nudel dabei. Deshalb musste er ein bisschen abbremsen und hat sich daraufhin entschuldigt. Er ist dann langsamer gefahren. Die zweite Begegnung war mit jemandem, der nicht etwa ein "Blood and Honor"-T-Shirt getragen hat, sondern eine Rastafrisur. Ich habe gesagt, hier herrsche ein Fahrverbot. Danach ist er vom Velo abgestiegen und auf mich zugekommen. Ich habe mir überlegt: Springe ich in die Aare? Denn das Begegnungsgefecht hätte ich wahrscheinlich verloren. Es sind zum Glück noch andere Passanten gekommen. Das hat mich gerettet. Aber ihr seht: Genau dort sollte man hinschauen.
Wenn einer an einem Novembermorgen dort Velo fährt, ist mir das egal. Aber es geht nicht, wenn es Badende hat und dass einer rücksichtslos reagiert, wenn man ihn aufmerksam macht. Ich hatte schon einmal Glück, als ein Velofahrer beim Waisenhausplatz fast in mich hineingefahren wäre. Damals hatte ich zum Glück eine Mappe bei mir. Diese konnte ich hochreissen. Die Reaktion war gut. Er ist nicht in mich hineingefahren, aber es ist gefährlich. Und dass man immer nur lacht und die Anträge ablehnt … Wenn es zuerst jemanden von euch erwischt, bringe ich ihm trotzdem ein paar Blümchen ins Spital, vielleicht ist es auch eine Sie. Aber denkt an Feuz. Er hat gewarnt vor dieser Entwicklung, die wir haben.
Nachher haben wir den Antrag 4 gestellt, auch wieder ein Evergreen. Wir wollen einfach, dass man bei Demonstrationen den Zugang zum Bahnhof sicherstellt. Es kann doch nicht sein, dass der Zugang von Osten oder Westen während Stunden unterbrochen ist. Ich habe immer gesagt: Das Konzept Bahnhof/ÖV ist falsch. Man kann nicht rochieren. Wenn man beim Kocherpark oder beim Zytgloggen abklemmt, geht rein gar nichts mehr. Darum habe ich gesagt, müssen wir hier grosszügig denken. Das wird wahrscheinlich etwas sein, von dem höchstens meine Tochter noch profitieren kann, weil man allenfalls die Monbijoubrücke oder die Lorrainebrücke viel grossräumiger machen müsste. Wenn ihr parallel fahrt, via Bundesgasse oder Amthausgasse oder Nägeligasse, dann könnt ihr die Welt nicht ändern. Denn, sobald es beim Zytgloggen – das habe ich militärisch gelernt – abklemmt, dann: Rien ne va plus. Es kann für eine Bundeshauptstadt nicht sein, dass man während Stunden keinen Zugang hat, höchstens 20 Minuten, 30 Minuten. Aber bei 4 Stunden verpasst man sicher den Flieger. Aber vielleicht ist es ja auch gewollt. Solange der Alt-Stadtpräsident fliegen kann und wir,

das gemeine Fussvolk, nicht, setzt man sich wahrscheinlich nicht gleich damit auseinander.
Ebenfalls Antrag 5: Der Schutz der Fussgänger vor vorschriftswidrig fahrenden Velofahrenden muss verbessert werden, insbesondere wenn sie noch mit Kinderanhängen oder Lastenvelos unterwegs sind und man gar nicht mehr durchkommt und mit dem Kinderwagen auf die Strasse ausweichen muss. Das geht nicht. Ihr seht auch die anderen Anträge. Dazu will ich mich nicht gross wiederholen.
Jetzt kommen die Anträge 7 ff. zum Umweltschutz. Die lehnen wir ab. Wenn ihr Umweltschutz machen wollt, das habe ich immer gesagt, solltet ihr das Viererfeld nicht überbauen, das Gaswerkareal nicht überbauen. Ich bin heute wieder über den Helvetiaplatz gefahren. Jetzt habt ihr die Plastikkörbchen mit den Bäumen wieder ein bisschen zusammengestellt. Aber wenn ihr wirklich grüne Lungen erhalten wollt, dann hättet ihr den Anträgen der SVP entsprechen sollen. Und ihr seht jetzt auch, wie es im Viererfeld weitergegangen ist. Bauen könnt ihr nicht, weil da Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), glaube ich, im Boden sind. Ich habe immer gewarnt bei den Vorträgen, dass das wahrscheinlich nichts ist. Schlussendlich haben wir dann unsere grünen Lungen zerstört, haben dann wahrscheinlich schlechte Baurechtsverträge abgeschlossen, an denen wir schlussendlich gar nichts verdienen. Einzig ein paar Genossenschafter, die wenigen Beati sunt, die dann zufälligerweise dort eine Wohnung haben, können profitieren. Das Tafelsilber hat RGM zerschlagen. Darum wird meine Fraktion die Anträge alle ablehnen – auch den 11er. Hingegen werden wir dem Zwölfer zustimmen. Es ist eine Gemeinheit, wenn man genau weiss, dass ein Rechtsmittelverfahren hängig ist, und die Einnahmen trotzdem budgetiert. Ich bin auch der Meinung, das sollte man entsprechend reduzieren.
Wir kommen zu den Anträgen zur Gewaltprävention. Ihr wisst: Wir setzen uns für die Opfer ein. Das ist ganz klar. Wie ich immer gesagt habe: Die wirksamste Gewaltprävention wäre, die straffälligen und kriminellen Ausländer, die Asylanten auszuschaffen. Nach einem Blick in die Kriminalitätsstatistik sage ich euch mit aller Deutlichkeit: Zuerst sind es ausländische Männer, nachher sind es ausländische Frauen, nachher kommen Schweizer Männer und Schweizer Frauen. Es gibt auch Schweizer Frauen, die gefährlich sind. Vielleicht haben wir in diesem Saal auch gefährliche Männer und gefährliche Frauen. Das bestreite ich nicht. Aber wenn wir wirklich Prävention machen möchten –
Die Präsidentin weist den Votanten daraufhin, dass die Redezeit abgelaufen ist.
Ich bin am Ende. Das ist gut. Die wichtigsten Sachen habe ich gesagt. Ich danke für die Unterstützung meiner Anträge.

Präsidentin: Als nächstes Esther Meier, GB-JA!

Esther Meier (GB) für die Fraktion: "Wer sparen will, muss investieren." Dieses Zitat wird Richard Mohn zugeschrieben – Richard Mohn, dem Gründer des Medienkonzerns Bertelsmann, also jetzt wahrlich kein Linker, den einige von euch vielleicht als Leser*innen von Magazinen wie der Börse Online oder der Financial Times Deutschland kennen, andere vielleicht eher aus den Känguru-Chroniken. die ja bekanntlich stärker kantianisch geprägt sind. Item. Sparen und Investieren sind keine Gegensätze, nicht einmal nach betriebswirtschaftlicher Logik, die hier drin so gerne beigezogen wird, um volkswirtschaftliche Entscheide vermeintlich zu rechtfertigen, indem ihnen die Schürze der schwäbischen Hausfrau umgehängt wird.
Unser Budget ist aber genau von der umgekehrten Logik geprägt. Wir budgetieren erneut nach dem Prinzip: Wer investieren will, muss sparen. Also zuerst kommen die schwarze oder wahlweise rote Null und dann irgendwann vielleicht die Investitionen,

falls zufälligerweise gerade noch Spielraum ist. Wir haben das bereits im Grundsatzvotum kritisiert. Auch Ökonomen und Nobelpreisträger wie Stiglitz, Krugmann oder Acemoglu kritisieren die Schuldenbremse und das ideologische Festklammern am Ziel der am liebsten schwarz eingefärbten Null, die wichtige Investitionen verhindern oder verzögern und damit den künftigen Generationen vielleicht eine tiefe Schuldenquote, aber vor allem auch einen immensen Schuldeninvestitionsstau, das heisst marode Infrastrukturen, dadurch auch Standortnachteile für die Wirtschaft, die Abhängigkeit von fossilen Energien und eine Gesellschaft hinterlässt, die immer mehr auseinanderdriftet, weil der Service public kaputtgespart wurde.
Die zentrale Frage, die sich auch bei den SUE-Anträgen stellt, ist darum, was es uns kostet, wenn wir diese Investitionen jetzt eben nicht tätigen. "Sparen bedeutet, genügend Geld zu haben, wenn es nichts mehr zu kaufen gibt" – ein Zitat. das leider gerade in Zeiten der Klimakrise die Realität präziser trifft, als manchen von uns nach dem Hitze- und Dürresommer lieb sein mag. Obwohl der Gemeinderat auf dem Münsterturm unlängst den Klimanotstand ausgerufen hat, trotz Wassermangel, Waldbränden, Fischsterben, Heuknappheit und Notschlachtungen, und obwohl die UNO vorletzte Woche bekanntgegeben hat, dass wir das 1,5-Grad-Ziel definitiv verfehlen werden und auf eine Erderhitzung von 2,6 Grad, das heisst für die Schweiz 5,2 Grad, zusteuern, hat der Klimaschutz in der Stadt Bern noch immer keine Priorität. Oder wie sonst ist es zu erklären, dass der Gemeinderat unsere Planungserklärung zur Finanzierung der Klimamassnahmen nicht umsetzen will? Aber damit nicht genug. Denn, obwohl die Stadt Bern beim Solarausbau strub hintendrein ist und aktuell weniger als 10% des Solarpotenzials nutzt, fehlen im Budget auch die Ressourcen für die Umsetzung der beschlossenen Solaroffensive. Für uns ist klar: Bei der Klimawende Leistungsabbau zu betreiben, ist finanzpolitisch kurzsichtig und eine Fahrlässigkeit, die an politische Arbeitsverweigerung grenzt. Denn nicht nur der Stadtrat hat sich immer wieder klar dafür ausgesprochen, dass die Finanzierung der Klimamassnahmen gesichert wird, sondern auch die Stimmbevölkerung, die in jeder der vergangenen Abstimmungen ihre Unterstützung für eine ambitionierte Klimapolitik mit teilweise rekordhohen Ja-Anteilen klar zum Ausdruck gebracht hat. Wir bitten euch daher, diesen Fehlentscheid zu korrigieren und die entsprechenden Anträge und Planungserklärungen der RWSU anzunehmen.
Dasselbe gilt auch für die Anträge zur Weiterführung des Präventionsprojekts "Tür an Tür". Letztes und vorletztes Jahr hatten wir den Gemeinderat beauftragt, die Ressourcen der Fachstelle zu erhöhen. Und jetzt sind wir an einem Punkt, wo ich mich wirklich schwertue, überhaupt noch Worte zu finden für mein Unverständnis und meine Wut. Denn nicht nur weigert sich der Gemeinderat erneut, die notwendigen Mittel einzustellen, obwohl die Fälle häuslicher Gewalt weiter gestiegen sind. Das allein ist schon beschämend und eine peinliche Geringschätzung der Menschen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, mit über 70%, notabene vor allem Frauen. Nein, der Gemeinderat will das Präventionsprogramm auf 2029 gerade ganz streichen, ohne dass dieser Verzicht auch nur eine Begründung wert wäre, die über das Standardsätzli "diskutiert und priorisiert" hinausgeht, wobei er da wie überall eigentlich natürlich "depriorisiert" meint. Oh, du schöne neue Welt.
Auch beim Erwachsenenschutz braucht es dringend eine Korrektur, damit die Rechte der Angestellten und Klient*innen nicht dem Tanz um die rote Null geopfert werden. Denn ausbaden müssen die aktuelle Unterbesetzung am Ende 2 Gruppen: Einerseits die Mitarbeitenden, die bereits heute am oder über dem Limit arbeiten und das mit Überstunden oder Abstrichen bei der Betreuung der Klient*innen kompensieren müssen. Andererseits aber vor allem auch die Klient*innen des Erwachsenenschutzes, also Menschen mit schweren psychischen Beeinträchtigungen, einer Demenzerkrankung

oder die sich sonst in einer Ausnahmesituation befinden. und damit zu den Verletzlichsten in unserer Gesellschaft zählen. Mit dem Minderheitsantrag der RWSU, der gerade mal 4 Promille des städtischen Budgets ausmacht, könnten wir sicherstellen, dass diese Menschen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen und auf die sie ein Anrecht haben.
Liebe Kolleginnen von der SP, gerade von euch erwarte ich, dass ihr die Schwächsten schützt und für gute Arbeitsbedingungen einsteht, nicht nur, wenn es sich auf dem Wahlflyer gerade gut macht, sondern gerade eben auch hier in der Budgetdebatte, wo es wirklich zählt, wo es um das Leben von Menschen, von echten Menschen geht. Wer behauptet, die Schwächsten schützen zu wollen, muss ihnen auch die notwendige Begleitung und die dafür notwendigen Ressourcen zugestehen. Wer faire Arbeitsbedingungen fordert, muss diese auch finanzieren. Darum danke an alle SP-ler*innen, die für alle Menschen statt für die rote Null abstimmen und auch die Budgetanträge annehmen werden.
Für alle anderen hier nochmals zur Erinnerung: Die Aufgabe des Erwachsenenschutzes ist ein gesetzlicher Auftrag, den die Stadt Bern erfüllen muss. Dort können wir also nicht einfach wegpriorisieren, sondern müssen im schlimmsten Fall mit externen Dienstleister*innen zusammenarbeiten, um den Auftrag weiterhin erfüllen zu können – externe Dienstleister*innen, die uns etwa das Dreifache der Stellenaufstockung kosten würden. Es gilt also auch beim Personal: Wer sparen will, muss investieren. Die GB-JA!-Fraktion wird die Anträge für die Aufstockung, die wir in der RWSU eingereicht haben, selbstverständlich annehmen.
Auch den Antrag zur Weiterführung des Taubenmanagements unterstützen wir. Die Anträge der SVP zur Aufblähung des Polizeiapparats werden wir, wie bereits letztes Jahr, ablehnen. Ebenfalls ablehnen werden wir den RWSU-Minderheitsantrag zu den Mehreinnahmen der Anwohner*innenparkkarten. Diese Erhöhung wurde im Juni 2023 von der Stimmbevölkerung zwar deutlich angenommen, ist seither aber durch eine Beschwerde blockiert. Wir finden: Ja, Beschwerden sind zwar mühsam, aber ein legitimes Mittel in unserem Rechtsstaat und können ein wichtiges Korrektiv sein. Da die Beschwerde aber aus denselben Kreisen kommt, die sich hier drin gerne als Sparapostel aufschwingen, sind wir der Meinung, dass auch die Mehrkosten, die dieses Verfahren mit sich bringt, transparent ausgewiesen werden müssen.
Ich fasse zum Schluss nochmals zusammen: Die GB-JA!-Fraktion wird alle Anträge der RWSU, auch die meisten Minderheitsanträge und die Anträge der Fraktion AL-PdA-TIF, annehmen. Wir wehren uns gegen Sparübungen beim Klimaschutz, die unsere Zukunft gefährden, und gegen den Leistungsabbau auf Kosten des Personals und vulnerablen Bevölkerungsgruppen. Für uns ist klar: Wir dürfen die Rechte der städtischen Angestellten oder Präventionsangebote gegen häusliche Gewalt nicht dem Tanz um die rote Null opfern. Wir müssen jetzt investieren, um CO_2 zu sparen und unsere Klimapolitik konsequent an der grünen statt der roten Null ausrichten. Vielen Dank.

Präsidentin: Als nächstes gerne Raphaël Karlen von der FDP-Fraktion.

Raphaël Karlen (FDP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich im Namen unserer Fraktion die Arbeit der SUE würdigen und schliesse mich meinen Vorredner*innen in diesem Punkt mit unserem herzlichen Dank an. Eines vorweg: Ich werde mich weder zu den Tauben noch zu meinen Aare-Schwimmerlebnissen äussern.
Bern steht vor einer einfachen, aber wichtigen Frage: Wollen wir immer mehr staatliche Leistungen und Strukturen finanzieren? Oder wollen wir die vorhandenen Mittel dort einsetzen, wo sie den grössten Nutzen für die Bevölkerung bringen? Für die FDP-Stadt

Bern ist die Antwort klar: Wir wollen eine sichere, funktionierende und wirtschaftlich attraktive Stadt. Aber wir wollen keine Stadt, die jedes Problem zuerst mit zusätzlichen Stellen, zusätzlichen Programmen und zusätzlichen Ausgaben beantwortet. Unsere Haltung bei diesen Budgetanträgen folgt deshalb einer klaren Linie.
Erstens: Priorisieren statt ausbauen. Die Stadt kann nicht jede wünschbare Leistung gleichzeitig finanzieren. Gerade bei den wiederkehrenden Ausgaben müssen wir kritisch prüfen, was wirklich eine Kernaufgabe der Stadt ist, was Wirkung erzielt und wo auf die Leistungen verzichtet und effizienter gearbeitet werden kann.
Zweitens: Sicherheit gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Deshalb unterstützen wir zusätzliche Ressourcen für den Schutz von Menschen, von Botschaften, von Fussgängerinnen und Fussgängern sowie für einen funktionierenden Bahnhof und den öffentlichen Verkehr. Ein sicherer öffentlicher Raum ist nicht nur eine Frage der Lebensqualität, sondern auch eine Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft und für einen funktionierenden Arbeitsstandort Bern.
Drittens: Weniger Bürokratie, mehr Wirkung. Wir wollen keine neue Verwaltung schaffen, nur weil ein politisches Ziel verfolgt wird, ob bei der Solaroffensive, bei den neuen Leistungsindikatoren oder bei zusätzlichen Personalstellen. Entscheidend ist nicht, wie viel Geld oder wie viele Stellen eingesetzt werden, sondern welche Wirkung damit tatsächlich erzielt wird. Die Debatte, welche wir vor 2 Wochen hier im Rat führten, zeigte klar, dass die meisten von uns eigentlich weniger Bürokratie möchten.
Viertens: Klimapolitik muss wirtschaftlich gedacht werden. Auch die FDP will Fortschritte bei der Energie- und Klimapolitik. Im Übrigen hat fast keine Partei so viele Ingenieure wie die FDP. Der liberale Weg setzt jedoch auf gute Rahmenbedingungen, Innovationen, Eigeninitiative und private Investitionen statt auf immer mehr staatliche Förderung und Verwaltung. Gerade bei der Photovoltaik sollte die Stadt dort ansetzen, wo sie mit möglichst wenig staatlichem Mitteleinsatz möglichst viel private Dynamik auslösen kann.
Fünftens: Budgetwahrheit statt schönrechnen. Unsichere Einnahmen gehören nicht einfach ins Budget, nur damit die Rechnung besser aussieht. Wir erwarten vom Gemeinderat eine realistische Finanzplanung, die Risiken offen ausweist und keine Einnahmen als gesichert betrachtet, deren rechtliche Grundlagen noch nicht geklärt sind. Die FDP hat zudem zusammen mit der SVP und der Mitte bereits eine entsprechende Motion eingereicht, welche einer Schönfärberei des Budgets entgegenwirkt.
Sechstens: Der Staat muss sich wieder auf seine Kernaufgaben konzentrieren – Prävention, soziale Angebote und verschiedene Projekte können sinnvoll sein. Aber nicht jedes sinnvolle Projekt muss automatisch und dauerhaft durch die Stadt finanziert werden. Gerade bei den wiederkehrenden Beträgen braucht es klare Wirkungsnachweise, Subsidiarität und eine faire Beteiligung der weiteren Akteure. Am Ende geht es um einen ganz einfachen Grundsatz: Wir wollen eine starke Stadt, aber keinen immer grösseren Staat. Eine starke Stadt schafft Sicherheit, verlässliche Rahmenbedingungen, gute Infrastruktur und Raum für Unternehmen, Arbeit und Innovation. Sie geht sorgfältig mit Steuergeldern um, setzt Prioritäten und überprüft bestehende Leistungen regelmässig.
Das ist für uns Freisinn: Verantwortung übernehmen, Wirkung erzielen und den finanziellen Handlungsspielraum der kommenden Generationen erhalten. Oder ganz kurz gesagt: Wir setzen uns für eine enkeltaugliche Wirtschaft in der Stadt Bern ein. Deshalb sagen wir bei diesen Anträgen dort Ja, wo eine Kernaufgabe des Staates gestärkt und mit verhältnismässigem Mitteleinsatz ein klarer Nutzen geschaffen wird. Und wir sagen dort Nein, wenn zusätzliche Ausgaben, Stellen oder dauerhafte Strukturen geschaffen

werden sollen, ohne dass ihre Notwendigkeit und langfristige Wirkung ausreichend belegt sind.
Somit lehnen wir alle RWSU- und alle RWSU-Minderheitsanträge ab, da diese zu Mehrausgaben führen, mit Ausnahme des Antrags 12. Diesen nehmen wir an. Hierbei geht es um die Budgetwahrheit. Unsichere Einnahmen dürfen nicht als sichere Budgetposition eingeplant werden. Gerade bei öffentlichen Finanzen braucht es Realismus, Transparenz und ebenso Vorsicht. Solange die rechtlichen Voraussetzungen für die höheren Gebühren nicht geklärt sind, ist es aus Sicht der FDP korrekt, diese Mehreinnahmen nicht bereits fest einzuplanen. Budgetwahrheit geht vor Wunschdenken. Die SVP-Anträge nehmen wir allesamt an. In diesem Sinne herzlichen Dank.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank. Das waren alle Fraktionserklärungen. Jetzt wäre die Redner*innenliste offen für die Einzelvoten. Als erstes Dominique Hodel, SP.

Dominique Hodel (SP), Einzelvotum: Mir geht es etwas ähnlich wie Esther: Ich verstehe nicht, warum ich heute schon wieder hier stehen und das Budget für das Projekt "Tür an Tür Bern" verteidigen muss. Dieses Projekt hat das Ziel, Prävention gegen häusliche Gewalt in jedem Stadtteil zu verankern und sozialräumliche Unterstützungskulturen für Betroffene zu schaffen. Sie sensibilisieren Nachbarn und das Umfeld von Betroffenen und sorgen dafür, dass Gewalt keine Privatsache ist. Aktuell ist das Projekt im Stadtteil Kirchenfeld und Schosshalde aktiv und bietet verschiedene Workshops und Präventionsschulungen an. Auch geplant ist ein Raum für Personen, die häusliche Gewalt in ihrem Umfeld miterleben, ein Ort, an dem sie über ihre Belastung, Gefühle, Hilflosigkeit sprechen und dies verarbeiten können. "Tür an Tür Bern" arbeitet eng mit den Netzwerkpartnern wie Opferhilfe, Frauenhäusern, Polizei und Fachstellen zusammen. Denn Gewaltprävention ist wichtig.
In der Schweiz hatten wir dieses Jahr bereits 17 Femizide, einen Femizid unter anderem auch in der Stadt Bern. Die Zahlen sprechen für sich. Letztes Jahr wurden im Kanton Bern 1'850 häusliche Gewaltstraftaten polizeilich registriert. Die Stadt hat die Verpflichtung, sich an die Istanbul-Konvention zu halten und uns zu schützen. Da gehört die Gewaltprävention dazu.
Ich habe mich mit Betroffenen häuslicher Gewalt darüber ausgetauscht, wie sie sich fühlen, dass schon wieder bei der Prävention gespart wird. Die Reaktionen reichen von Fassungslosigkeit bis Wut und Trauer. Sie fühlen sich nicht gesehen, nicht gehört und schon gar nicht erst ernst genommen. Es kam die Frage auf, wie viel das Leben einer Betroffenen und ihrer Tochter der Stadt wert ist. Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, es ist der falsche Ort, um Geld zu sparen. Ich bitte euch, liebe Kolleginnen bis Kollegen, nehmt die Anträge und Planungserklärungen an und unterstützt die Präventionsarbeit. Denn es wird Zeit, dass wir die Augen öffnen, die Realität anerkennen. Denn Gewalt ist ein strukturelles Problem, das wir angehen müssen, für uns und die nächste Generation. Denn wir wollen uns alle lebend.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Judith Schenk, SP.

Judith Schenk (SP), Einzelvotum: Heute darf ich zum ersten Mal "Scheisse" sagen und niemand darf mir das Mikrofon abstellen. Ich rede zum RWSU-Minderheitsantrag betreffend die Tauben. Es geht um den Minderheitsantrag für die Tauben. Und ich möchte zuerst dem Kollegen Karlen widersprechen. Dieser Antrag wird uns sehr viel mehr Geld kosten, wenn wir ihn nicht annehmen. Die Stadt Bern ist schweizweit für ihr Taubenbetreuungsmodell bekannt. Der Bestand von über 10'000 Tieren konnte stabil

auf einen Zehntel gesenkt werden. Wenn der Stadtrat diesen Antrag nicht annimmt, erhält der Tierpark 81'000 Franken und ein bisschen weniger für die Betreuung der Stadttauben. Damit kriegen aber nicht einfach die Tauben billigeres Futter, sondern damit können nur noch die Hälfte, sprich 4 der 8 Taubenschläge, betreut werden. Wird nun also nur noch die Hälfte der Schläge betreut, wird sich der Bestand sehr schnell wieder sehr stark erhöhen. Dazu muss man sich nicht im Detail mit Populationsdynamiken auskennen, sagt eine der wenigen Ingenieur*innen hier in diesem Saal.
Die Tiere werden nicht mehr nicht ausreichend betreut, entsprechend werden sie auch krank. Wie in allen Städten beginnen dann Einzelpersonen sie zu füttern und das wird zu noch mehr Krankheiten führen, wie wir es aus Erfahrung und von der Wissenschaft her kennen. Dadurch entstehen noch mehr Kosten wie auch durch logischerweise mehr Verkotungen. Die Tauben werden die ganze Stadt verscheissen und das wird durch das Mehrfache der Population ein sehr grosses Ausmass annehmen. Die kranken Tiere, die betreut werden müssen, die Putzkosten, die werden um ein Mehrfaches, um ein Vielfaches steigern.
Diesen Antrag nicht anzunehmen, liebe Kolleg*innen, kostet die Stadt bedeutend mehr als diese 81'000*Franken, welche die Minderheitsanträge wieder ins Budget und ins Planjahr einstellen wollen. Das sind die Begründungen, die der Gemeinderat der Kommission gegeben hat: Es wurde uns im Grunde sehr klar gesagt, dass das Geld deshalb gestrichen wird, weil irgendetwas gestrichen werden musste. Und das sieht man auch so. Und ganz persönlich: Wer sich die Mühe nimmt, anderen Menschen zuzuhören, weiss, dass ich sehr weit weg von einer Spezieistin bin. Dennoch finde ich, dass wir eine sehr grosse Verantwortung haben für Tiere, die in unserer Stadt leben, weil wir sie angeschleppt haben. Besten Dank, dass Ihr diesen Antrag annehmt.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Ueli Jaisli, SVP.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Ich möchte mich trotzdem noch schnell zu ein, zwei, drei Anträgen äussern. Wie bereits bekannt, unterstützen wir die Taubenschläge, dass man das erhält, dass man das weiter pflegt. Ich habe übrigens vor 50 Jahren Dienst gemacht, vor 55 Jahren habe ich die RS. Wir hatten noch echte "Tübeler" bei uns, die die Tauben mit in den Dienst gebracht haben. Es war immer erstaunlich, wie die Tierchen, wenn ich es auch ein bisschen verniedlichend sagen darf, immer wieder an den gleichen Ort zurückgekommen sind. Das ist also sensationell. Und, wie gesagt, heute ist das abgeschafft. Aber ich sehe sie immer noch gerne. Und wenn man das ein bisschen pflegt und ein bisschen Ordnung behält, kann man die gut weiterhin in der Stadt haben.
Woran ich weniger Freude habe, ist, liebe Dominique Hodel, dass man jetzt wieder viel Geld ausgeben will. Wir wissen: Die Stadt ist finanziell in einem Engpass drin, schon längere Zeit. Jetzt planst du für das Projekt "Tür an Tür" erstens 56'000 Franken, 16'000 Franken und 166'000 Franken auszugeben. Das ist ein stolzer Betrag. Dazu kommt noch das Erwachsenenschutzbudget. Dafür will man 300'000 Franken und nachher im Planjahr 600'000 Franken. Aus unserer Sicht ist das einfach des Guten zu viel. Wir streiten die Notwendigkeit nicht ab. Das Projekt "Tür an Tür" wäre an und für sich sicher akzeptabel. Aber eben: So wie es aufgegleist ist, ist es einfach aus unserer Sicht viel zu teuer. Danke.

Präsidentin: Danke. Es scheint keine weiteren Einzelvoten mehr zu geben. Doch, Dominique Hodel, als Reaktion darauf, dass du angesprochen wurdest.

Dominique Hodel (SP), Einzelvotum: Lieber Ueli, ich denke, die Gewaltprävention und die Zahlen sprechen für sich, auch für das EKS. Es ist sehr wichtig, dass man dort das Budget und die Planjahre annimmt. Wir haben privat schon darüber gesprochen, darum ist es jetzt wahrscheinlich auch aufgekommen. Ich finde, die 5 zusätzlichen Vollzeitstellen sind nicht nur eine Frage der Ressourcen, sondern eine moralische Verpflichtung gegenüber den Menschen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Jede dieser Stellen wird dazu beitragen, dass unsere Fachkräfte auch entlastet werden und die Personen, die Hilfe brauchen, auch Unterstützung bekommen. Ich finde, die wahre Stärke einer Gemeinschaft zeigt sich darin, dass man die verletzlichsten Personen auch gut behandelt. Und wenn ich schon da vorne bin, bitte nehmt auch das EKS noch an. Vielen Dank. Ueli, wir sehen uns später.

Präsidentin: Vielen Dank. Das waren wohl alle Einzelvoten. Dann übergebe ich als nächstes dem Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadträtinnen und Stadträte, herzlichen Dank für diese Debatte, herzlichen Dank auch für die lobenden Worte an die Direktion. Die Direktion SUE sorgt für Sicherheit. Sicherheit ist die Basis des Zusammenlebens. Ohne Sicherheit können wir nicht in einer friedlichen Gesellschaft in der Stadt Bern zusammenleben. Die Sicherheit ist wirklich die Basis aller unserer Aktivitäten. Sie sorgt auch für Lebensqualität. Und dazu ist unsere Direktion auch noch damit beschäftigt, die Energietransformation, den Energieumbau, das heisst, die Infrastrukturaufgabe unserer Generation, umzusetzen. Dafür sorgen 775 Mitarbeitende bei der Direktion SUE. Dazu kommen im Mittel rund 300 Mitarbeitende der Stadtpolizei und 780 Mitarbeitende von EWB. Es ist also eine beachtliche Truppe, die diese Grundlagen bereitstellt. Ich werde Ihren Dank diesen Menschen weitergeben und ich bitte meine Mitarbeitenden auch, diesen Dank an ihre Mitarbeitenden weiterzugeben.
Ich komme zu den einzelnen Anträgen. Ich beginne mit dem Erwachsenenschutz, mit dem gesetzlichen Auftrag, den wir zu erfüllen haben im Erwachsenenschutz. Es geht um die Anträge 14 und 17. Das ist ein wichtiger gesetzlicher Auftrag und es geht, wie gesagt wurde, wirklich darum, dass wir niemanden zurücklassen wollen und dass sich die Stärke unserer Gesellschaft daran misst, wie wir mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft umgehen. Dafür haben wir den Erwachsenenschutz, haben wir die Beistandschaften. Wir wissen, dass wir dort kritisch unterwegs sind. Der Gemeinderat weiss das, der Gemeinderat beobachtet die Situation aus der Nähe. Der Gemeinderat wird den Antrag stellen, wenn es nötig ist, finanzielle Massnahmen zu ergreifen, um den Erwachsenenschutz zu stärken. Es wurden in der Vergangenheit bereits Stellen aufgestockt. Wenn es nötig sein wird, werden wir neue Anträge stellen. Der Gemeinderat stellt Anträge. Wir sind näher dran, aber wir werden auf euch zukommen, wenn es nötig ist. Ich bitte euch, diese Anträge abzulehnen.
Dann weiter zum Erwachsenenschutz, zu den Anträgen 13, 15 und 16. Es geht um die Präventionsprojekte. Diese Prävention ist eine Erfolgsgeschichte, – die Fachstellen zur Prävention, zur häuslichen Gewalt, zum Stalking, zur Radikalisierung. Diese Fachstellen wurden in der Stadt Bern eigens geschaffen, um die Präventionsangebote zu verbessern. Wir werden dafür kopiert, wir werden darum auch benieden. Und wir wollen diese Präventionsangebote auch in unserem eigenen Interesse erfolgreich weiterführen. Aber es sind Präventionsangebote. Man darf jetzt auch nicht kurzschliessen und sagen: Mit mehr Prävention ist es dann tatsächlich so, dass die Gewalt zurückgeht, die Gewalt, die immer noch zu viel ist. Es ist nicht automatisch so, dass mehr Prävention

zu weniger Gewalt führt, wie das – mein Eindruck von Debatte – hier gemacht wurde. Wir haben ein grosses Interesse an einer qualitätsvollen und innovativen Präventionsarbeit und wir werden weitere Instrumente dazu entwickeln. Wir werden euch auch Vorschläge dazu machen, wenn wir den Eindruck haben, dass wir in einem Bereich zu wenig leisten können. Es ist ein einzigartiges Angebot. Es ist ein einzigartiges Angebot auch im Kanton Bern und wir werden darauf hinarbeiten, dass wir auch innerhalb des Kantons für diese Präventionsarbeit eine Unterstützung erhalten. Der Gemeinderat ist hier im Lead. Ich bitte euch, die entsprechenden Anträge im Namen des Gemeinderats abzulehnen.
Ich komme zur Energietransformation. Hierzu wurden Anträge zur Photovoltaik gestellt. Wir brauchen diese Photovoltaik-Offensive. Das ist richtig. Wir sind auch dran bei dieser Photovoltaik-Offensive. Wir haben verschiedene Instrumente dafür. Ein wichtiger Teil sind die Rückliefertarife, die EWB anbietet. Das sind hohe Rückliefertarife. Andere Instrumente wurden erst neu eingeführt. Die LEGs (lokale Elektrizitätsgemeinschaft) und die ZEVs (Zusammenschluss zum Eigenverbrauch) wurden erst am 1.1.2026 eingeführt. Die werden eine Auswirkung auf die Installation von zusätzlicher Photovoltaik haben. Wir sind der Meinung, dass wir auch in diesem Bereich sehr anspruchsvoll, sehr ehrgeizig unterwegs sind, dass wir diese ehrgeizigen Ziele aber auch erreichen können. Wir haben gesehen, dass wir in den letzten Jahren einen wachsenden Zubau an Photovoltaik erreicht haben. Wir sind einfach zu spät gestartet. Aber seit wir gestartet sind, endlich gestartet sind, sind wir gut unterwegs und das darf uns für die Zukunft zuversichtlich stimmen.
Jetzt noch ein paar Worte zu den übrigen Anträgen – zu den Taubenanträgen: Es stimmt, das Taubenmanagement in der Stadt Bern ist ein innovatives und sehr erfolgreiches Angebot. Wir haben nicht nur weniger Tauben, sondern wir haben auch gesunde Tauben. Und es ist im Interesse des Tierwohls natürlich das Wichtigste, dass diese Tauben, die wir noch haben, auch gesunde Tauben sind. Es ist aber kein Kernauftrag des Tierparks. Wenn der Tierpark Mittel einsparen muss, dann hat er gesagt: Dann sparen wir dort Mittel ein, wo es nicht unser Kernauftrag ist. Was die Auswirkungen sein werden, wissen wir nicht. Die Tauben werden nicht nach Thun oder Biel umziehen, aber sie werden möglicherweise die Angebote in den anderen Taubenschlägen annehmen. Also vertrauen wir doch auch etwas auf die gesunden, intelligenten Tauben. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch mit dem reduzierten Angebot weiterhin ein gutes Angebot stellen können.
Jetzt noch zur Frage der Sicherheit in der Stadt Bern: Also ich bitte Sie, die Sicherheit in der Stadt Bern ist wirklich, wirklich gut. Vergleichen Sie es mit anderen Städten im Inland. Vergleichen Sie es aber auch mit anderen Städten im Ausland und Sie sind ja alle zusammen sehr viel unterwegs. Sie sehen andere Verhältnisse auch. Und wir profitieren davon, dass wir hier mit einem sehr hohen Grad an Verlässlichkeit, an Sicherheit leben dürfen. Das stimmt mich immer wieder dankbar. Wir haben, das stimmt, auch im internationalen Vergleich eine dünne Decke an Polizeipersonal. Wir arbeiten mit weniger Polizei als andere Staaten. Wir sind kein Polizeistaat. das ist auch etwas, das mich stolz macht, weil eben die Selbstverantwortung, die Eigenverantwortung wichtiger ist. Und das ist eine positive Nachricht.
Unsere Polizei ist in der Lage, ihre Aufgaben mit der heutigen Ausstattung wahrzunehmen. Mehr Polizei heisst nämlich einfach, dass wir noch mehr Sicherheit haben. Und bitte vergegenwärtigen Sie sich, wie hoch der Sicherheitsstandard in der Schweiz ist, auch verglichen mit anderen Ländern.

Und noch eine kurze letzte Bemerkung zum Antrag – das waren die Anträge 3 bis 6 – zum Antrag 12, zu den Parkkarten. Man kann beides wählen. Man kann die Mittel einstellen. Dann sind sie eingestellt und dann müssen wir einen Nachkredit machen, wenn der Entscheid nicht kommt und wir das Inkasso nicht machen können. Wenn aber plötzlich der Entscheid kommt, dann kommen die Mittel. Dann müssen wir aber nicht darüber abrechnen. Sonst haben wir plötzlich zu viel Geld und machen irgendetwas mit diesem Geld. Das ist nicht ganz ernst gemeint. Aber ich denke, es ist vorsichtiger budgetiert, wenn wir die Mittel einstellen und später mit dem Nachkredit auch Transparenz schaffen im Sinne von: Leider gab es kein Inkasso und deswegen müssen wir diesen Nachkredit wiederholen.
Herzlichen Dank, wenn Sie im Sinne des Gemeinderats entscheiden.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank für alle Redebeiträge. Wir kommen zur Beschlussfassung über die für die SUE inklusive Sonderrechnung vorliegenden Planungserklärungen und Anträge. Wir stimmen wie gewohnt in der Reihenfolge der Antragsliste ab. Nehmt doch diese gerne hervor. Als erstes stimmen wir über den Antrag 1 RWSU-Minderheit ab. Ihr könnt jetzt mit Grün Ja stimmen, mit Rot Nein oder Weiss Nein.

Antrag 1
RWSU-Minderheit
Budget SUE 200_Direktionsstabsdienste_SUE: Das Budget ist um Fr. 81'254 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 004

2025.FPI.0070: Antrag 1

Annahme

Ja	41
Nein	26
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag 1 angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag 2 der RWSU ab.

Antrag 2
RWSU-Minderheit
Planjahr SUE 200_Direktionsstabsdienste_SUE: Das Budget ist in den Planjahren 2028-2031 um Fr. 81'254 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 005

2025.FPI.0070: Antrag 2

Annahme

Ja	43
Nein	26
Enthalten	1

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag 3 SVP.

Antrag 3
SVP
Budget SUE 210_Kantonspolizei: Der Globalkredit der Dienststelle 210 Kantonspolizei ist um Fr. 300'000.00 zu erhöhen. Der Schutz der Fussgänger muss verbessert werden.

Abstimmung Nr. 006

2025.FPI.0070: Antrag 3

Ablehnung

Ja	8
Nein	59
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt den Antrag 3 abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 4 der SVP ab.

Antrag 4
SVP
Budget SUE 210_Kantonspolizei: Der Globalkredit der Dienststelle 210 Kantonspolizei ist um Fr. 350'000.00 zu erhöhen. Dies zwecks mehr polizeilichem Schutz für gefährdete Objekte und Personen und Sicherstellung des Zugangs zum Bahnhof und Funktionieren des ÖVs ohne lange Unterbrüche.

Abstimmung Nr. 007

2025.FPI.0070: Antrag 4

Ablehnung

Ja	11
Nein	58
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 5 SVP ab.

Antrag 5
SVP
Planjahr SUE 210_Kantonspolizei: Der Schutz der Fussgänger vor vorschriftswidrig fahrenden Velofahrenden muss verbessert werden. Falsch abgestellte Fahrräder auf den Trottoirs müssen entfernt werden. Der Kantonspolizei sind entsprechende Aufträge zu erteilen.

Abstimmung Nr. 008

2025.FPI.0070: Antrag 5

Ablehnung

Ja	11
Nein	59
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 6 der SVP ab.

Antrag 6
SVP
Planjahr SUE 210_Kantonspolizei Der Schutz der Bevölkerung, Botschaften, gefährdeten Objekte ist zu verstärken. Auch muss der uneingeschränkte Zugang zum Bahnhof und das Funktionieren des ÖV trotz Demonstrationen sichergestellt sein. Lange Unterbrüche sind nicht zu tolerieren. Der Kantonspolizei sind entsprechende Aufträge zu erteilen.

Abstimmung Nr. 009

2025.FPI.0070: Antrag 6	
Ablehnung	
Ja	10
Nein	59
Enthalten	0

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 7 der RWSU ab.

Antrag 7
RWSU
Budget SUE 220_Amt_für_Umweltschutz: Für die Umsetzung des neuen Massnahmenblatts «EGG-10: Förderung Photovoltaik» der 2025 vom Stadtrat verabschiedeten Energie- und Klimastrategie 2035 werden im Budget 2027 75'000 CHF für 1 FTE eingestellt.

Abstimmung Nr. 010

2025.FPI.0070: Antrag 7	
Annahme	
Ja	45
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Als nächstes stimmen wir über den Antrag 8 der RWSU ab.

Antrag 8
RWSU
Budget SUE 220_Amt_für_Umweltschutz: Der Globalkredit des Amts für Umweltschutz wird im Budget 2027 um 40'000 Franken erhöht. Die Mittel sind für die Weiterführung der Solaroffensive einzusetzen.

Abstimmung Nr. 011

2025.FPI.0070: Antrag 8

Annahme

Ja	45
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag 9 der SVP ab.

Antrag 9
RWSU
Planjahr SUE 220_Amt_für_Umweltschutz: Für die Umsetzung des neuen Massnahmenblatts «EGG-10: Förderung Photovoltaik» der 2025 vom Stadtrat verabschiedeten Energie- und Klimastrategie 2035 werden in den Planjahren 2028-2030 150'000 CHF für 1 FTE eingestellt.

Abstimmung Nr. 012

2025.FPI.0070: Antrag 9

Annahme

Ja	45
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag 10 der RWSU ab.

Antrag 10
RWSU
Planjahr SUE 220_Amt_für_Umweltschutz: Die Mittel für die Solaroffensive sind in den Planjahren 2028–2031 mindestens im bisherigen Umfang weiterzuführen und gegenüber der im Budget 2027 vorgenommenen Kürzung um CHF 40'000 wieder aufzustocken.

Abstimmung Nr. 013

2025.FPI.0070: Antrag 10

Annahme

Ja	45
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Als nächstes stimmen wir ab über den Antrag 11 der AL-PdA-TIF-Fraktion.

Antrag 11
AL/PdA/TIF
Planjahr SUE 220_Amt_für_Umweltschutz: Der Leistungsindikator des Ziels «Bern ernährt sich klimaverträglich bis 2035» der Dienststelle 220 Amt für Umweltschutz ist neu aufzunehmen: Anteil pflanzlicher Menüs in städtisch finanzierter oder mitfinanzierter Verpflegung.

Abstimmung Nr. 014

2025.FPI.0070: Antrag 11

Ablehnung

Ja	20
Nein	48
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 12 RWSU-Minderheit ab.

Antrag 12
RWSU-Minderheit
Budget SUE 230_Polizeiinspektorat: Die Erträge sind um Fr. 1'600'000.- d.h. um die Erhöhung der Gebühr der Anwohnerparkkarten zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 015

2025.FPI.0070: Antrag 12

Ablehnung

Ja	26
Nein	43
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag 12 abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 13 der RWSU ab.

Antrag 13
RWSU
Budget SUE 280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz: Der Globalkredit ist um Fr. 56'044 .- für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» im Jahr 2027 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 016

2025.FPI.0070: Antrag 13

Annahme

Ja	45
Nein	17
Enthalten	8

Präsidentin: Ihr habt den Antrag 13 angenommen. Wir stimmen über den Antrag 14 RWSU-Minderheit ab.

Antrag 14
RWSU-Minderheit
Budget SUE 280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz: Im Budget 2027 sind 300'000 CHF für 5 FTE einzustellen, um die angespannte Personalsituation im Erwachsenenschutz und die hohe Fallbelastung pro Mitarbeiter*in zu entschärften.

Abstimmung Nr. 017

2025.FPI.0070: Antrag 14

Ablehnung

Ja	22
Nein	43
Enthalten	5

Präsidentin: Der Antrag 14 wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 15 der RWSU ab.

Antrag 15
RWSU
Planjahr SUE 280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz: Der Globalkredit ist um Fr. 16'044.- für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» im Jahr 2028 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 018

2025.FPI.0070: Antrag 15

Annahme

Ja	45
Nein	18
Enthalten	7

Präsidentin: Der Antrag 15 wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag 16 der RWSU ab.

Antrag 16
RWSU
Planjahr SUE 280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz: Der Globalkredit ist um Fr.166'044.- für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» in den Jahren 2029-2031 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 019

2025.FPI.0070: Antrag 16

Annahme

Ja	46
Nein	18
Enthalten	5

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag 17 RWSU-Minderheit ab.

Antrag 17
RWSU-Minderheit
Planjahr SUE 280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz: In den Planjahren sind 600'000 CHF für 5 FTE einzustellen, um die angespannte Personalsituation im Erwachsenenschutz und die hohe Fallbelastung pro Mitarbeiter*in zu entschärften.

Abstimmung Nr. 020

2025.FPI.0070: Antrag 17

Annahme

Ja	46
Nein	20
Enthalten	4

Präsidentin: Dieser wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag 18 RWSU-Minderheit ab.

Antrag 18
RWSU-Minderheit
Planjahr SUE 280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz: Beim Kindesschutz und Erwachsenenschutz wird an den bisherigen Leistungsindikatoren festgehalten und die angestrebte Reduktion der Fallbelastung pro Mitarbeitende – wie im AFP 2026-2028 – im Budget 2027 und den Planjahren 2028-2030 auf folgende Fallzahlen festgelegt:
- Kindesschutz, Soziale Arbeit: 50 Fälle pro Mitarbeitende
- Erwachsenenschutz, Soziale Arbeit: 60 Fälle pro Mitarbeitende
- Kindesschutz, Administration: 230 Fälle pro Mitarbeitende
- Erwachsenenschutz, Administration: 60 Fälle pro Mitarbeitende

Abstimmung Nr. 021

2025.FPI.0070: Antrag 18

Annahme

Ja	45
Nein	21
Enthalten	4

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Das waren alle Anträge zur SUE.

Wir kommen jetzt zu einem Antrag, der aber noch zu den Anträgen zur GuB und PRD gehört. Ich wusste auch nicht, dass das möglich ist. Aber es ist möglich. Man kann immer noch Anträge einreichen, auch wenn man diese Direktion bereits behandelt hat. Wir stimmen also jetzt ab. Ihr habt die Tischvorlage oder die Notizen erhalten. Es handelt sich um den PRD-Antrag von Chantal Perriard. Es geht um den Globalkredit des Wirtschaftsamts im Budget 2027. Dieser soll um 250'000 Franken erhöht werden. Er wurde verschickt. Im Idealfall habt ihr ihn alle schon gesehen. Ich habe ihn vorgelesen, soll ich es nochmals vorlesen? Es handelt sich um den Globalkredit des Wirtschaftsamts für das Budget 2027. Dieser soll um 250'000 Franken erhöht werden. Wir stimmen also jetzt über diesen PRD-Antrag ab.

Antrag Tischvorlage
Chantal Perriard
PRD-GuB: Der Globalkredit des Wirtschaftsamts für das Budget 2027 soll um 250'000 Franken erhöht werden.

Abstimmung Nr. 022

2025.FPI.0070: Antrag Tischvorlage

Ablehnung

Ja	1
Nein	66
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Direktion BSS

Präsidentin: Kurzes Durchatmen. Wir kommen zur Detailberatung des AFP 2027-2030 mit dem Budget, und zwar zur BSS. Es geht weiter mit den Kommissionsvoten für die BSS. Für die SBK-Kommission Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Kommission: Ich darf heute als Kommissionssprecherin die Diskussionen der SBK zum AFP 2027 bis 2030 inklusive Budget 2027 für die Direktion Bildung, Soziales und Sport, BSS, darlegen. Bevor ich auf die einzelnen Anträge aus der Kommission eingehe, möchte ich ein paar grundsätzliche Gedanken vorstellen.
Wir leben in einer Zeit, in der der Druck auf viele Menschen zunimmt. Die Lebenshaltungskosten steigen, Familien stehen unter Druck, Kinder und Jugendliche sind mit neuen Belastungen konfrontiert. Die Anforderungen an Schulen, Betreuung und soziale Dienste werden grösser. Gleichzeitig werden auf kantonaler und nationaler Ebene Leistungen abgebaut und die Kosten auf die Gemeinden verschoben.
Die Delegationsbesuche und die Diskussionen in der Kommission haben sehr deutlich gezeigt, dass die Mitarbeitenden der BSS schon heute unter grossem Druck stehen. Bei der Tagesbetreuung wurde beispielsweise deutlich, dass die Möglichkeiten, weitere Einsparungen über die natürliche Fluktuation aufzufangen, bereits heute weitgehend ausgeschöpft sind und man personell an die Grenzen kommt. Auch beim Sozialamt wurde deutlich, dass die Fallbelastung hoch und die Fälle zunehmend komplex sind und somit die Wartezeiten länger werden. Letzte Woche titelte Der Bund "Wartezeiten für Erstgespräche steigen auf 37 Tage statt der angepeilten 10". Das zeigt, dass die Last der Mitarbeitenden hoch ist. Deshalb möchten wir ganz bewusst an dieser Stelle

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitenden der BSS danken, den Menschen, die jeden Tag in den Schulen arbeiten, in der Tagesbetreuung, im Sozialdienst, in der Frühförderung, in den Quartieren, im Gesundheitsdienst, in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Und gerade, weil wir ihnen danken, müssen wir auch ehrlich sein: Dank allein reicht nicht. Gute Arbeit braucht gute Rahmenbedingungen.
Das zeigt sich sehr konkret bei unseren Anträgen und Planungserklärungen. Ich werde nun diese ausführen, aber ich gehe nicht einzeln auf Planungserklärungen und Anträge ein, sondern nehme diese zusammen. Beginnen wir mit dem Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung. Der Stadtrat hat beschlossen, dass der Betreuungsschlüssel schrittweise auf 1 zu 6 verbessert wird. Dieser Entscheid ist nicht einfach irgendeine Zahl in einem Reglement. Es hat mit der Qualität der Betreuung zu tun. Aber es hat ebenso mit den Arbeitsbedingungen der Menschen zu tun, die die Betreuung leisten.
Mehr Personal bedeutet mehr Zeit für Kinder, mehr Zeit für ein Gespräch, mehr Zeit, wenn ein Kind einen schwierigen Tag hat, und es bedeutet auch, dass Mitarbeitende ihre Arbeit machen können, ohne ständig nur zu versuchen, irgendwie durch den Tag zu kommen. Die Kommission beantragt deshalb, den Ausbau auf 1 zu 6 weiterzuführen und nicht zu streichen. Eine Minderheit der Kommission beantragt demgegenüber, den Betreuungsschlüssel auf 1 zu 8 zu reduzieren. Ein Betreuungsschlüssel von 1 zu 8 ermöglicht eine deutliche Reduktion der Personalkosten gegenüber dem Schlüssel von 1 zu 6. Dadurch können die vorhandenen finanziellen Mittel effizienter eingesetzt und die bestehenden Betreuungsangebote langfristig gesichert werden. Der Schlüssel von 1 zu 8 stellt für die Kommissionsminderheit einen vertretbaren Kompromiss zwischen Betreuungsqualität und den finanziellen Möglichkeiten der Stadt dar.
Ich komme nun zum nächsten Antrag. Auch bei den Sachkosten der Schule geht es um etwas Einfaches: Wenn mehr Kinder in den Schulen sind, braucht es auch entsprechend Mittel für diese Kinder. Mehr Schülerinnen und Schüler bedeuten mehr Material, mehr Aufwand im Alltag der Schulen. Die Kommission will deshalb, dass die Sachkosten mit dem Wachstum der Schüler*innenzahlen Schritt halten können.
Und wir wollen auch Angebote erhalten, die vielleicht klein wirken, aber für einzelne Menschen einen enormen Unterschied machen können. Dazu gehört beispielsweise der niederschwellige Deutschkurs im Weyerli. Deutschkenntnisse sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Menschen in dieser Stadt ankommen, dass Kinder und Eltern Zugang zu Schule, Ausbildung und Gesellschaft erhalten. Deshalb bitten wir euch, auch diesem Kommissionsantrag zu folgen.
Kommen wir hiermit gleich zur Frühförderung. Hier geht es um eine der einfachsten und gleichzeitig wichtigsten Erkenntnisse der Sozialpolitik: Je früher wir unterstützen, desto besser. Mit Primano und der Weiterentwicklung der Frühförderung erreichen wir Kinder und Familien, bevor sich Schwierigkeiten verfestigen. Wir stärken Kinder und unterstützen Eltern und wir entlasten später auch andere Systeme, insbesondere die Schule. Das ist keine freiwillige Zusatzleistung, das ist eine Investition in Chancengleichheit. Sozialpolitik beginnt eben nicht erst dort, wo bereits alles schiefgelaufen ist. Sie beginnt dort, wo wir rechtzeitig unterstützen können.
Dasselbe gilt für die Quartierarbeit. Die Anträge zum Kindertreff Mali und zum mobilen Kindertreff Jojo zeigen sehr schön, was soziale Infrastruktur eigentlich bedeuten kann. Bei Mali wird aus einer baufälligen Baracke ein hindernisfreier und energieeffizienter Quartier- und Kindertreff. Und bei Jojo sehen wir, dass gerade im Quartier mit vielen Kindern und wenig Freiräumen mehr Präsenz nötig ist. Es braucht Räume, in denen Kinder jemanden antreffen, einen Ort, an dem sie spielen können, einen Ort, an dem auch Eltern Unterstützung finden, ein Stück öffentliche Infrastruktur, die dafür sorgen soll, dass nicht darüber entscheidet, in welchem Quartier ein Kind aufwächst, welche

Chancen es bekommt. Eine wachsende Stadt braucht mehr soziale Infrastruktur und diese Anträge wurden bereits im Leistungsvertrag DOK (Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern) von der Kommission gestellt und vom Stadtrat bestätigt. Es ist also nur logisch, wenn wir das auch im Budget so verankern.
Auch die Junge Bühne Bern gehört in diese Logik. Wenn der Stadtrat bei der Kulturförderung zu Recht verlangt, dass branchenübliche Löhne berücksichtigt werden sollen, dann soll dieser Anspruch auch für die Junge Bühne gelten. Wer gute Arbeit verlangt, muss auch ermöglichen, dass Arbeit fair bezahlt wird. Genau deshalb stellt die Kommission diese Anträge.
Nun zum digitalen Gleichgewicht: Das ist auch kein neuer Antrag. Digitale Medien gehören zum Alltag unserer Kinder wie auch für uns. Die Frage ist längstens nicht mehr, ob sie damit umgehen, sondern wie sie damit umgehen. Gerade dort, wo Schulen besonders belastet sind, braucht es Unterstützung und Prävention, und nicht erst dann, wenn die Probleme gross sind.
Ich komme damit bald zum Schluss. Was mir aus den Diskussionen in der SPK geblieben ist, ist eigentlich ein einfacher Gedanke: Hinter jeder Budgetposition stehen Menschen – ein Kind in der Tagesbetreuung, eine Familie, die Unterstützung braucht, ein Kind, das früh gefördert wird. Für die SBK ist klar: Bildung, Betreuung, Gesundheit und soziale Sicherheit gehören zu den Kernaufgaben dieser Stadt. Ich möchte zum Schluss nochmals ausdrücklich den Mitarbeitenden der BSS und auch der Direktorin für die geleistete Arbeit und die intensive Zusammenarbeit mit der Kommission danken.
Die SBK empfiehlt dem Stadtrat, das Budget und den AFP im Bereich der BSS anzunehmen und ebenfalls alle Anträge der Kommission zu unterstützen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Ihr habt euch schon fleissig für die Fraktionsvoten angemeldet. Ich sehe, dass einige sich angemeldet haben und das Fraktionsvotum teilen wollen. Bitte beachtet, dass ihr dann jeweils nur 4 Minuten pro Person habt. Als nächstes Carola Christian für die GFL-Fraktion.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Ich äussere mich heute zu den Geschäften der BSS und unserem Stimmverhalten. Ein Schwerpunkt der GFL liegt ganz klar im sozialen Bereich. Wir setzen einen Fokus auf Integration und Prävention – ein Investment jetzt, um weitere Folgekosten zu reduzieren. So setzen wir uns einerseits für die Stabilisierungsmassnahmen im Sozialamt und im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz ein. Letzteres wurde von meiner Kollegin bereits letzte Woche kurz erklärt. Da haben wir es leider nicht geschafft. Nichtsdestotrotz unterstützen wir umso mehr den GB-JA!-Antrag für die Erhöhung des Globalkredits im Sozialamt. Mittels einer tieferen Fallbelastung können Menschen umfassender begleitet werden. Dies reduziert die Kosten längerfristig, da Klient*innen durch die sachgerechte Betreuung mehr Selbstwirksamkeit erreichen. Sie werden unabhängiger und selbstständiger, was klar zu einer Senkung der Sozialleistungen führt. Auch so ist hoffentlich weniger Fluktuation innerhalb des Sozialamtes zu erwarten. Denn genau dort liegen ebenfalls sehr viele versteckte Kosten.
Ebenfalls stimmen wir dem Deutschkurs im Weyerli zu. Dabei handelt es sich um ein hochfrequentiertes, niederschwelliges Angebot, welches gerade für eine gute Integration in die Gesellschaft sowie die Arbeitswelt unabdingbar ist. Ja sagen wir auch zur Frühförderung sowie zum digitalen Gleichgewicht, unter anderem aufgrund der genannten Argumente. Dies kann Schulen und Familien entlasten, ist niederschwellig zugänglich und langfristig gesehen rentabel. Gerade jüngste Beispiele haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig ein bewusster Umgang mit Medien ist. Ein präventiver Ansatz ist enorm wichtig, auch wenn dieser Ansatz die Kosten oftmals nicht eins zu eins ausweist.

Aber lieber die Kosten jetzt aufwenden, als zu einem späteren Zeitpunkt mit noch höheren Kosten konfrontiert sein. Ebenfalls nehmen wir den Antrag für die Junge Bühne in Bern an. Hierbei handelt es sich um eine Gleichbehandlung. Wenn wir seitens der Stadt Bern bei Projekten die Auflage zu branchenüblichen Löhnen und Sozialversicherungen verlangen, ist es nur konsequent, wenn diese auch bei der Jungen Bühne ausbezahlt wird.
Eine abweichende Meinung hingegen haben wir in Bezug auf den Betreuungsschlüssel in den Tagesschulen. Da unterstützen wir den SBK-Minderheitsantrag von 1 zu 8. Der Betreuungsschlüssel von 1 zu 6 ist unter den aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen bereits nicht umsetzbar beziehungsweise nicht finanzierbar. Die Kosten steigen in diesem Punkt ins Unermessliche.
Klar lehnen wir ebenfalls den Antrag der FDP zur Sistierung von Citysoftnet ab. Dass dieses Projekt nicht optimal gelaufen ist, ich glaube, wissen wir alle. Aber es ist klar: Wir können leider nur noch Schadensbegrenzung machen. Wir unterstützen hingegen den Antrag 38 der GLP-EVP. Diese schrittweise, langfristig- und zukunftsorientierte Denkweise begrüssen wir. Sobald Citysoftnet hoffentlich stabil auf eigenen Füssen steht, wenn man das so sagen darf, dürfen in diesem Bereich, sofern notwendig, die Stellen auch gestrichen bzw. schrittweise abgebaut werden, wenn dies aufgrund natürlicher Fluktuation geschieht.
Und aufgrund der doch leider notwendigen Priorisierung müssen wir, auch wenn wir sehr grosse Sympathien haben mit den Anliegen, zu folgenden Anträgen ebenfalls Nein sagen: Dies ist der Fall bei den Sachkosten der Schulen, beim Ersatzbau und Ausbau der Kindertreffs sowie der Einrichtung einer Fachkommission für Menschen mit Behinderung.
Und kurz zu den Schullagern. Auch diesen Antrag nehmen wir an. Meine Fraktionskollegin Tanja wird euch das gleich noch mehr erläutern. Merci fürs Zuhören.

Präsidentin: Als nächstes Tanja Miljanović, ebenfalls für die GFL. Du hast noch 4 Minuten.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Die Schullagersaga oder fast -odyssee hat mit einer Nachricht der Schule meiner Kinder angefangen. Die Schulleitung schrieb, ich zitiere: "Leider sind die finanziellen Mittel nun aufgebraucht. Wir mussten schweren Herzens entscheiden, dass wir das Skilager und den Schneesporttag aus Kostengründen nicht mehr anbieten können." Acht Jahre lang habe diese Schule ihr Lager aus dem eigenen Schulkonto bezahlt, weil die Stadt es 1998 gestrichen hatte. Jetzt ist das Konto leer. Ich habe daraufhin eine Kleine Anfrage eingereicht, zusammen mit 6 Fraktionen von links bis ganz rechts.
Der Gemeinderat antwortete, ich zitiere gekürzt: "Eine flächendeckende Wiedereinführung von Schneesportklassenlagern ist aufgrund der finanziellen Situation nicht angezeigt." Eine klare Ansage. Wir haben ein klärendes Postulat nachgereicht und um Antwort vor dieser Budgetdebatte gebeten. Diese Antwort liegt heute nicht vor. Was stattdessen vorliegt, sind mündliche Meldungen aus dem Gemeinderat und die sagen das Gegenteil der schriftlichen Antwort: Das Geld sei nie das Problem gewesen. Eine Spezialfinanzierung sei bestens gefüllt. Die Lehrpersonen, naja, die griffen halt bloss nicht zu. Dann erklärt mir aber bitte das Wort "Wiedereinführung". Stünde das Geld ohnehin zur Verfügung, egal ob in einer Spezialfinanzierung oder sonst wo, und wäre es eben für Lager gedacht, gäbe es gar nichts wieder einzuführen. Dann wären die Lager auch nicht aus finanziellen Gründen, wie der Gemeinderat schreibt, nicht angezeigt. Dann

wären sie einfach da. Das wäre doch eine schöne Antwort auf die kleine Anfrage gewesen. Und ihr merkt, ich wirke langsam irritiert. Ist die Kommunikation zwischen der Stadt und ihren Schulen so schlecht, dass nun seit bald 30 Jahren alle Schulen einem Irrtum aufsitzen und streichen, worauf sie eigentlich Anspruch hätten? Ja, wohl kaum.
Von unmotivierten Lehrpersonen kann im Übrigen keine Rede sein. An unserer Schule reisst man sich nicht nur ein Bein, sondern auch noch gleich den Arm aus, um wieder ein Schneesportlager durchführen zu können. Es wurde ein Schneesportteam gegründet. Das Lager läuft mit aufgeteilten Klassen über 3 Wochen. Lehrpersonen aus allen Stufen helfen aus und eine Woche liegt sogar über Ostern. Das heisst, die Kinder können entweder ins Lager oder mit den Eltern und Grosseltern Ostern feiern, weil die Hütten dann eben günstiger sind. Eine andere Klasse bewirbt sich bei den Sunrise Snow Days und hofft, ausgewählt zu werden. Folgt man dem Gemeinderat, war das aber alles für nichts. Sie hätten einfach die hohle Hand hinhalten können. Schaut, ich habe nichts gegen Public-Private-Partnerships, wie jetzt bei diesen Sunrise Snow Days. Aber sie müssen politisch gewollt sein und keine Notlösung, weil die Stadt versagt. Der Gemeinderat hält schriftlich fest, dass er keine Schullager finanzieren will. Und wenn dann keine Lager stattfinden, sind die Lehrpersonen schuld. Das ist, wie meine Kinder sagen würden, fies. Wer kein Lager durchführt, bekommt auch kein Geld. Das ist der Antrag. Es wird also nichts verbrannt, aber sehr vieles ermöglicht.
Und deswegen bitten wir euch, entweder Antrag 11 oder 12 anzunehmen.

Präsidentin: Als nächstes Corina Liebi für die GLP-EVP-Fraktion.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Wir haben in der Grundsatzdebatte bereits dargelegt, wie wir dieses Budget beurteilen. Daran ändert sich auch bei der BSS nichts. Die finanzielle Lage der Stadt bleibt angespannt. Entsprechend müssen wir uns bei zusätzlichen Ausgaben zurückhalten. Wir können nicht Direktion für Direktion weitere Ausgaben beschliessen und uns am Schluss darüber wundern, dass das Budget aus dem Gleichgewicht gerät. Deshalb werden wir die Anträge, die zusätzliche Ausgaben verursachen oder vorgesehene Entlastungen wieder rückgängig machen wollen, ablehnen.
Besonders deutlich zeigt sich diese Frage bei uns bei der Tagesbetreuung. Die Stadt Bern entscheidet sich immer wieder bewusst für Leistungen und Standards, die über die kantonalen Vorgaben hinausgehen. Das kann man politisch wollen. Aber man muss auch sagen, was das bedeutet. Denn diese zusätzlichen Standards kosten uns zusätzliches Geld und diese Mehrkosten trägt die Stadt und notabene wir alle mit unseren Steuergeldern.
Bei der Tagesbetreuung liegt der kantonale Betreuungsschlüssel bei 1 zu 10. Die Stadt Bern hat dagegen einen Ausbaustandard auf 1 zu 6 beschlossen. Für uns ist klar, in der Aktuellen Finanzlage können und wollen wir uns diesen Ausbaustandard nicht leisten. Wir wollen uns deshalb wieder stärker am kantonalen Niveau orientieren. Aus diesem Grund unterstützen wir Antrag 13 der FDP und damit die Reduktion des Globalbudgets um 750'000 Franken. Und aus demselben Grund stimmen wir auch Antrag 15 der FDP zu. Auf die vorgesehene Stellenaufstockung in der Tagesbetreuung von 550'000 Franken soll verzichtet werden beziehungsweise sollen diese Mehrkosten intern kompensiert werden. Für die Planjahre unterstützen wir zudem den Minderheitsantrag der SBK mit einem Betreuungsschlüssel von 1 zu 8. 1 zu 8 ist für uns ein Kompromiss, nicht unser langfristiges Ziel, aber ein Schritt weg von den 1 zu 6 und wieder näher an das kantonale Niveau von 1 zu 10. Wir wollen eine gute Tagesbetreuung. Aber Qualität und sorgfältiger Umgang mit den finanziellen Mitteln sind für uns kein

Widerspruch. Gerade wenn das Geld knapp ist, müssen wir uns fragen, wo ein zusätzlicher städtischer Standard tatsächlich nötig ist.
Kommen wir nun zu Citysoftnet. Für den Antrag 38 der FDP hatten wir durchaus Sympathien. Das Ziel teilen wir. Für die Einführung und Stabilisierung von Citysoftnet wurden zusätzliche Stellen geschaffen. Wenn das System stabil läuft und die erwarteten Effizienzgewinne eintreten, darf daraus nicht dauerhaft ein höherer Personalbestand resultieren. Beim Weg unterscheiden wir uns aber von der FDP, weshalb wir uns bei diesem Antrag enthalten werden. Die Stellen sind heute besetzt. Sie nun auf einen Schlag wieder zu streichen, wäre aus unserer Sicht zu abrupt und personalpolitisch schwierig.
Deshalb haben wir mit Antrag 39 einen anderen Weg vorgeschlagen: Die zusätzlichen Stellen sollen über die Planjahre schrittweise im Rahmen der natürlichen Fluktuation wieder abgebaut werden, sobald die Situation dies zulässt. Das heisst ganz konkret: Wird eine Stelle frei und wird sie aufgrund der effizienteren Abläufe nicht mehr benötigt, wird sie nicht wieder besetzt. So bauen wir den zusätzlichen Personalbestand Schritt für Schritt wieder ab, ohne bestehende Arbeitsverhältnisse unnötig anzutasten, ohne die Leistungen des Sozialdienstes zu gefährden. Das entspricht letztlich auch unserer Linie für dieses Budget. Wir wollen gute Leistungen. Aber wir müssen sie auch langfristig finanzieren können. Zusätzliche Standards müssen begründet sein, temporäre Mehrkosten dürfen nicht automatisch dauerhaft werden und dort, wo Entlastungen möglich und vertretbar sind, sollen sie auch umgesetzt werden.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die BSS ist unsere Sorgendirektion. Ich würde sagen, eigentlich nichts dort läuft gut. Man hatte ja schon x Informatikprobleme – die man hätte voraussehen können. Ich erinnere an Base4Kids. Jetzt haben wir Citysoftnet – die Katastrophe. Ich habe es immer gesagt. Denn man hat von Anfang an gewusst, dass es eine kantonale Angelegenheit ist. Der Kanton hat jetzt das Ruder übernommen. Wahrscheinlich haben wir 20 Mio. Franken zum Fenster hinausgeworfen. Es geht weiter bei den Kitas: Wir wissen, dass es einen Nachfragerückgang gibt – gerade seit Corona. Genau die gleiche Problematik gibt es in den Alters- und Pflegeheimen. Man hat gewusst: Es gibt einen Rückgang. Aber man hält immer noch lange, lange, lange an den Infrastrukturen fest, so dass noch grössere Kosten entstehen. Man hat nicht den Mut, beim Tanker, der auf Grund läuft, rechtzeitig Gegensteuer zu geben. Ich weiss: Es ist nicht einfach. Aber wenn man so eine Monster-Direktion hat, verzettelt man sich. Ich bekomme jetzt dann gerade wieder eine Verwarnung der Frau Ratspräsidentin. Aber für mich ist einfach nicht fassbar, dass, wenn jemand einen Bart und ein Gemächt hat und sich als Frau fühlt und trotzdem ins Paradiesli geht, er das Recht dazu haben soll und man deswegen nachher noch aufwändige Studien und Plakate macht. Dann muss ich einfach sagen: Das ist jetzt also wirklich weltfremd. Wenn sich jemand als Frau fühlt, dann soll er wenigstens den Bart abrasieren.
Die Präsidentin bittet den Votanten, beim Thema zu bleiben und zu den Anträgen Stellung zu nehmen.
Doch, es hat sehr viel mit der Sache zu tun, wenn man Geld dafür ausgibt. Ich stelle einfach fest, dass von Seiten Ratspräsidium nicht erlaubt wird, zu kritisieren, wenn eine Direktion falsche Schwerpunkte setzt. Ich habe ein ausgewähltes Beispiel gebracht, bei dem ich der Meinung bin, dass die BSS falsche Schwerpunkte setzt. Ich habe das auch erklärt. Man kann das politisch gut finden oder nicht gut finden. Ich bin der Meinung,

als Redner habe ich das Recht, das zu sagen. Sonst kann ich mich auch setzen und nicht weiterreden.
Ich gehe weiter zum Globalkredit. Diesen wollen wir für die Fachstelle Migration und Rassismusfragen reduzieren. Ich sage euch gleich: Am liebsten würden wir alles streichen. Aber es ist sowieso chancenlos. Die SVP hat dieses Mal gesagt: Weniger Anträge. Wir wollen möglichst eine Gegenüberstellung von internen Anträgen vermeiden. Wir hätten all diese Positionen am liebsten ganz gestrichen. Aber da es chancenlos ist, kämpfen wir für Kürzungen. Ich möchte euch einfach darauf aufmerksam machen, wie viele Stellen wir im Bund, im Kanton haben. Dann gibt es noch eine Anti-Rassismus-Konvention. Und dann haben wir noch Spezialsachen, die wahrscheinlich dann noch die gendergerechte Schreibweise untersuchen und was auch immer. Irgendwann muss man sich fragen, ob das die Hauptaufgaben der Stadt sind oder nicht.
Auch der Antrag 2: Ich begründe das juristisch. Meines Erachtens hat man in Zürich die Zahlungen an Sans-Papiers und teilweise an gewissen Organisationen eingestellt, weil man sagt, das seien keine Leistungen, die die Stadt oder der Kanton leisten darf. Denn es geht über das hinaus, was eben zulässig ist. Es ist eidgenössisch abschliessend geregelt, wer zahlen darf und wer nicht zahlen darf. Wenn es Freiwillige sind, kann man das machen. Aber wir sind der Meinung, das sei rechtlich nicht zulässig. Entsprechende Verfahren sind hängig, auch wegen gewisser anderer Beiträge. Ich denke an die Notschlafstelle – einfach weiterhin eine Baustelle – um weitere Beispiele zu zeigen, wo die Direktion nicht fähig und willens ist, das Nötige zu machen.
Ebenfalls den Antrag 5 lehnen wir ganz klar ab. Wenn man so blöde Software einstellt, mit der niemand mehr arbeiten kann, und dann noch so dumm ist wie der Hinterstoisser-Quergang und verunmöglicht, die Daten auf das alte System zu migrieren, dann ist wirklich Hopfen und Malz verloren. Man müsste jetzt auf das kantonale System oder was auch immer umschwenken. Aber mir tun all diese Leute leid – die Mitarbeitenden, die Gläubiger, die Sozialhilfeempfänger. Ich kenne selbst auch einen Fall, der um seine Wohnung bangen musste, weil er nicht wusste, ob jetzt die Zahlung noch rechtzeitig rausgeht. Er musste sechs- oder siebenmal telefonieren. Und all das nur, weil man ein Leuchtturmprojekt wollte. Und nachdem man schon gescheitert ist mit dem Base4Kids-Leuchtturmprojekt, hätte man ein bisschen vorsichtiger sein sollen.
Nachher kommt ein Antrag, der von Dominique Hodel und Ueli Jaisli begründet wird. Wir sind der Meinung, dass man dem Brockenhaus einen Beitrag ausrichten soll, jährlich – für dieses Jahr, aber für das nächste Jahr und die kommenden. Es ist eine gute soziale Institution. Die machen auch Wiedereingliederungen. Das ist sinnvoll, ganz klar. Hingegen lehnen wir Antrag 7 ganz klar ab. Auch den Antrag der FDP werden wir selbstverständlich unterstützen. Ich befürchte einfach, dass er keine Mehrheit hat. Aber dafür ganz klar – auch den Antrag 8 des GB lehnen wir ab. Antrag 9 habe ich bereits erwähnt. Die Anträge werden wahrscheinlich gegenübergestellt. Wir sind für den Antrag der FDP. Wir werden dann schauen, wie es herauskommt.
Den Landschulwochen und Skiwochen gegenüber sind wir skeptisch. Wir haben ja selbst auch einmal einen Vorstoss eingereicht. Uns ist es mehr um den Skitag oder den Sporttag gegangen. Ein Skitag ist bei Kindern, die eben Schnee nicht mehr gewohnt sind, wahrscheinlich falsch, aber einen Schneetag hätte ich gut gefunden. Man wollte nicht, dass wir dort weitergehen. Bei dieser Problematik wird es von unserer Fraktion nicht gross Zustimmung geben. Aber ihr wisst: Wir handhaben das immer relativ locker und machen aus unserem Herzen keine Mördergrube.
Wenn man bei den Tagesschulen den Schlüssel weiter erhöhen will, dann muss ich einfach sagen: Das ist jenseitig. Wir haben jetzt schon ein Riesenzeug. Bei der Betreu-

ung ist es wichtig, dass die richtigen Leute dort sind. Es gibt natürlich auch eine Problematik. Wenn ihr meint, dass die wenigen deutschsprachigen oder schweizerdeutschsprachigen Kinder als Sprachlehrer eingesetzt werden sollen, wird es einfach immer schwieriger. Das ist der Fluch der bösen Tat. Ihr wollt noch x Sans-Papiers in der Stadt Bern unterbringen, x Flüchtlinge unterbringen. Das verschärft alles.
Jetzt kommen wieder ein paar klassische Anträge von uns mit dem Cook and Chill. Ich habe heute gerade eine Rückmeldung bekommen. Es ist ja immer bestritten worden – ihr habt vielleicht die Antwort auf unsere Interpellation gesehen – aber es wird immer noch immens viel Essen weggeworfen, weil es einfach schlichtweg nicht gut ist. Ich kenne ein paar Kinder, die mir das gesagt haben, es sei nicht gut. Ich glaube ihnen. Und wenn jetzt auch von der anderen Seite bestätigt wird, dass riesige Mengen zurückgeschoben werden, dann gehe ich davon aus, dass man entweder zu viel kocht. Das ist die Variante 1. Die andere Variante: Ich kenne viele, die sagen: Ich esse das doch nicht. Dann habt ihr eben Food Waste. Das ist genau das Gleiche wie mit dem Zeug beim Falafel-Ausflug. Ich habe es genau gewusst und angegeben, dass ich das Zeug nicht vertrage. Dann muss man für mich auch keinen Falafel machen. Ich weiss, dass ich es nicht vertrage. Ein paar Kollegen der Fraktion hatten nachher Durchfall. Das sind eben die Folgen dieser rot-grünen Verbotspolitik. Da muss man halt den Mut haben. Thomas Glauser wird nachher noch ergänzend Stellung dazu nehmen.
Jetzt haben wir viele Anträge. Zur Jungen Bühne Bern: Ich war in der Arbeitsgruppe – Ueli Jaisli auch. Ich lasse dort vielleicht ein bisschen Gnade vor Recht walten. Ich bedauere einfach, dass ihr unserem Antrag, den ich bei der Leitung von Kultur Stadt Bern wollte, die ich wirklich als unfähig und ungeeignet anschaue, nicht entsprochen habt. Dann hätten wir nämlich 500'000 Franken gekürzt und mehr als genügend Geld gehabt, um das der Jungen Bühne zu geben. Ich schaue jetzt, ob noch andere Voten kommen, so dass man die 80'000 Franken schlussendlich trotzdem zahlt. Aber mein Vorschlag wäre genau das gewesen, dass man das etwa so gemacht hätte. Aber ich will jetzt hier nicht die Redezeit über Gebühr verlängern.
Wir haben noch diverse Anträge. Wir wollten unser Fraktionsvotum nicht aufteilen. Wir kommen nachher noch als Einzelsprecher und werden Klartext sprechen. Aber abschliessend: Die BSS ist eine problematische Direktion. Sie ist auch zu gross. Und wie sie geführt wird, dazu haben wir unsere Bedenken angemeldet. Und darum werden wir einen entsprechenden Kürzungsantrag einreichen. Danke für die Unterstützung.

Präsidentin: Vielen Dank. Ich möchte schon noch gerne für das Protokoll festhalten, dass man sehr wohl Kritik anbringen soll und sehr wohl seine Meinung kundtun soll. Das ist ja der Witz an der ganzen Sache. Die Idee wäre aber schon, dass man beim Thema bleibt. Darum als nächstes Andreas Egli für die Mitte-Fraktion.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Ganz kurz, nur noch schnell: Ich war in mehreren Elternräten, und Fragen wegen dem Essen kamen häufig. Die Antwort war immer die gleiche: Wenn es Spaghetti gibt, hat es zu wenig, es bleibt nichts übrig. Und wenn es ein bisschen ausgewogener ist und ein bisschen mehr Gemüse gibt, dann bleibt ganz viel übrig und die Kinder gehen hungrig nach Hause. Also ich glaube, es liegt nicht am Chill and Cook.
Die BSS ist eine grosse Direktion, welche auf die eine oder andere Art wohl alle in der Stadt lebenden Personen betrifft. Und es wird ein breites, genügend dichtes und tragfähiges Netz an Dienstleistungen und Angeboten benötigt. Und es ist viel los in der Direktion. Die Sozialhilfe wird nicht einfacher, die Schulen sind in stetigem Wandel und es wird viel gebaut und saniert. Dennoch: Gerade wegen dem hohen Budgetgewicht

dürfen wir die Finanzen auch bei BSS nicht aus den Augen verlieren, auch wenn dies gerade im Spannungsfeld zwischen Sozial-, Bildungs- und Finanzpolitik nicht immer einfach ist. Umso wichtiger, dass wir die verfügbaren Gelder möglichst zielgerichtet und dort einsetzen, wo der Bedarf nachgewiesen und der Effekt belegt ist. Die Giesskanne ist hierfür kein geeignetes Instrument.
Auch uns liegt die Direktion am Herzen, wollen wir doch alle starke und verlässliche Sozialinstitutionen und eine qualitativ hochstehende Bildung, welche allen gleichermassen offensteht respektive die gleichen Chancen bietet. Aber das Netz muss nicht glänzen. Es reicht, wenn es vorhanden ist und die Maschen nicht zu gross sind. Den Bern Finish braucht es nicht. Der Personalbestand in der Direktion nimmt insgesamt um 24,8 Stellen ab, was durch die Finanzbrille angeschaut vordergründig gut aussieht. Allerdings entspricht dieses Minus von 24,8 eigentlich einem Plus von 15,6. Startet man doch dank der Auslagerung der zahnmedizinischen Dienste und der Schliessung von Kitas beim Zählen nicht bei 0, sondern bei minus 40,4. Der Ausbau geschieht fast ausschliesslich beim Asylsozialdienst aufgrund des Fallwachstums. Immerhin schmerzt es dort budgettechnisch nicht so sehr, da die Aufgabe im Auftrag des Kantons erfolgt. Auch beim Budget selbst gibt es für uns noch das eine oder andere Fragezeichen oder vielleicht besser gesagt: Ausrufezeichen. Das steigende Budget für die Informatikkosten bei den Schulen zum Beispiel wird mit der höheren Anzahl Nutzer*innen und steigenden Preisen begründet. Allerdings steigt das Budget für die Schulinformatik in den kommenden Jahren im Schnitt um 30%, wohingegen die Anzahl Schüler*innen nur um 0,5% zunimmt. Die Kostensteigerung muss also massiv sein. Vielleicht sollte man den Anbieter wechseln. Die städtischen Kitas sind mit einer erneuten Entnahme von 1,7 Millionen aus dem Fonds auch keine Erfolgsgeschichte, aber immerhin gibt es jetzt zwei weniger davon.
Noch zu den Anträgen: Wir lehnen alle Anträge ab, die einen Ausbau verlangen und/oder wo für uns die Faktenlage nicht nachvollziehbar war und/oder die nach Klientelpolitik riechen. Anträge, welche das Budget entlasten, ohne damit die Dienstleistung selbst, sondern nur den Bern Finish zu gefährden, nehmen wir an.
Auf drei Anträge möchte ich noch kurz eingehen. Zuerst der Antrag der GB-JA!, das Globalbudget des Sozialdienstes um knapp 600'000 Franken zu erhöhen, um die Fallbelastung im Sozialdienst auf 80 pro Vollzeitstelle zu senken. Begründet wird dies mit einer Studie der ZHAW, welche zeigt, dass pro investierten Franken 1,74 Franken an Sozialausgaben gespart werden können. Das hört sich ja gut an. Nur zeigt die Studie auch die Kehrseite der Medaille, die die Antragsteller*innen unerwähnt lassen. Neben der Personalaufstockung wurden nämlich auch umfassendere Organisations- und Entwicklungsmassnahmen ergriffen. Die Autor*innen schreiben auch, dass sich die Resultate nicht tel quel verallgemeinern lassen und dass die ideale Falllast von etlichen weiteren Faktoren abhängig ist, so zum Beispiel vom Spezialisierungsgrad, der Grösse des Sozialdienstes, von der Abgrenzung zu anderen Diensten, zum Beispiel der KESB (Kindes- und Erwachsenenschutz), vom Anteil der Langzeitberatungsfälle und so weiter. Und last but not least schreiben die Autor*innen auch, dass der Langzeiteffekt unklar ist, zum Beispiel, weil man nur die low hanging fruits aufgearbeitet hat. Daher gibt es auch diesen Case-Load-Konverter, ein Produkt der Studie. Er hilft, die ideale Falllast individuell abzuschätzen. Bloss mehr Geld löst also das Problem nicht unbedingt. Wir lehnen den Antrag daher ab.
Betreffend Citysoftnet-Stellen werden wir den Antrag der GLP-EVP-Fraktion favorisieren. Die Mitte war schon immer gegen den massiven Stellenausbau. Aber ein zu abrupter Abbau, wie ihn die FDP fordert, könnte bezüglich Kosten ein Bumerang sein, weshalb wir die vorsichtigere Variante der GLP-EVP-Fraktion bevorzugen.

Zum Schluss ganz kurz doch noch einmal etwas zu den Klassenlagern, welche wir, ich sage jetzt mal, leider ebenfalls ablehnen werden, und zwar nicht, weil wir die Idee plötzlich schlecht finden, haben doch drei Fünftel unserer Fraktion den dazugehörigen Vorstoss mitunterzeichnet, sondern weil wir gerne die Antwort auf das überwiesene Postulat abwarten wollen und dann über Kosten sprechen und nicht jetzt, wo die Verwirrung, wie Tanja dargelegt hat, doch irgendwie recht gross ist. Wie bereits eingangs gesagt: Nicht, weil wir die Finanzen dazu missbrauchen wollen, die Sozial- und Bildungspolitik auszubremsen, sondern weil etliche der Anträge unserer Meinung nach weder das Sozialwesen noch das Bildungssystem effizienter respektive stärker und beides auch nicht längerfristig finanzierbar machen und so den Handlungsspielraum, die Gestaltungsmöglichkeiten jener, welche nach uns kommen, einschränken. Aber ein langfristig tragbares, effizientes und solides Sozialwesen und Bildungssystem ist genau das, was wir eigentlich bräuchten und nicht eine dem Gesamtsystem nicht dienliche Giesskannen-, Pflästerli- oder Klientelpolitik.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Monique Iseli. Ihr werdet euch das Fraktionsvotum ebenfalls teilen. Das heisst 4 Minuten pro Person.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Emanuel und ich teilen uns das Fraktionsvotum. Emanuel spricht nachher zu den Anträgen im Schulamt und ich jetzt über die übrigen, die die BSS betreffen. In unserer Stadt, in der es sehr vielen sehr gut geht, geht es auch sehr vielen sehr schlecht. Menschen fallen durch mehrere Maschen des Systems und geraten über die steigenden Mieten sowie Gesundheits- und Lebenshaltungskosten in Armutsspiralen. Schon Kinder und Jugendliche leiden unter psychischen Problemen und Ausgrenzung.
Als Stadt haben wir einen Handlungsspielraum. Diesen wollen wir für die Armutsbekämpfung, für eine starke Bildung, Chancengerechtigkeit und einen wirkungsvollen Service public einsetzen. Wirksame Unterstützung. beginnt früh. Ich möchte deshalb zuerst über die Frühförderung sprechen. Nicht alle Kinder fangen bei null an. Einige starten bei plus 50, andere jedoch bei minus 100. Primano setzt dort an, wo den Kindern unabhängig von ihrer Herkunft und dem Portemonnaie der Eltern Unterstützung gegeben werden kann. Familien werden niederschwellig erreicht und die Schulen werden entlastet. Gemäss dem städtischen Konzept "Weiterentwicklung Frühförderung Stadt Bern" besteht dringender Handlungsbedarf. Das Modell "Frühe Hilfen" soll gemäss der letztjährig überwiesenen Planungserklärung weiterentwickelt werden. Wir stimmen den entsprechenden SBK-Anträgen 32 und 35 daher zu.
Ich bleibe gerade noch bei der jungen Bevölkerung. Die Kindertreffs Mali im Bethlehemacker und Jojo im Untermattquartier, beide in sozioökonomisch benachteiligten Quartieren, brauchen Ressourcen. Gut ausgestattete Kindertreffs über die Grenzen hinweg sind zentral, um Chancengerechtigkeit im Alltag der Kinder tatsächlich zu ermöglichen. Für die höhere Miete des Mali-Treffs sowie für den Ausbau des breit nachgefragten mobilen Angebots von Jojo stimmen wir den SBK-Anträgen 26 und 27 sowie den entsprechenden Planungserklärungen zu.
Eine grosse Herausforderung im Leben der jungen Menschen bieten die digitalen Geräte, mit welchen sie konfrontiert sind. Das Programm "Digitales Gleichgewicht" bietet genau da Unterstützung. Wir sind dafür, dass es an besonders belasteten Schulen jährlich statt im Abstand von 2 Jahren durchgeführt werden kann und stimmen deshalb den Anträgen 33 und 36 zu.

Kinder und Jugendliche Kultur erleben und selbst schaffen zu lassen, ist zentral für ihre Bildung, ihre Integration und Teilhabe an der Gesellschaft. Die Junge Bühne Bern leistet in diesem Bereich wichtige Arbeit. Doch die Gagen der Mitarbeitenden bleiben deutlich unter dem Richtwert für branchenübliche Löhne, an dem sich Kultur Stadt Bern sonst orientiert. Wir stimmen deshalb einer Erhöhung des Beitrags an Bühnen Bern im Budget und im Planjahr zu.
Ich komme zum Sozialdienst und damit zur Unterstützung von Menschen im Erwachsenenalter. Um Menschen in prekären Situationen zu begleiten, brauchen die Mitarbeitenden im Sozialdienst entsprechende Ressourcen. Gegenwärtig ist die Fallbelastung allerdings zu hoch. Die letztes Jahr bereits überwiesene Planungserklärung für die Senkung der Fallbelastung im Sozialdienst wurde nicht umgesetzt. Die Datenlage ist aber klar: Die Fallbelastung ist zu hoch, was eine wirksame Begleitung der betroffenen Menschen und ihre Unabhängigkeit erschwert. Wir stimmen in Anbetracht der wichtigen Arbeit und der hohen Fallbelastung dem entsprechenden Budgetantrag 5 des GB-JA! sowie der Planungserklärung 8 zu. Ebenfalls unterstützen wir die Anträge 34 und 37 zur Fachkommission für Menschen mit Behinderungen. Eine solche Fachkommission steht im Einklang mit der UNO-Menschenrechtskonvention. Schon jetzt bezieht der Gemeinderat gerade bei baulichen Massnahmen Organisationen, die sich für Menschen mit Mobilitäts- oder Sinnesbeeinträchtigungen einsetzen, mit ein. Allerdings kommen Menschen mit psychischen und kognitiven Beeinträchtigungen dort zu kurz; unter anderem deshalb braucht es aus unserer Sicht diese Kommission. Die Anträge 6, 7, 9 sowie 38 und 39 haben in unserer Fraktion keine Mehrheit gefunden. Die von der SVP und FDP vorgeschlagenen Kürzungsanträge 1 bis 4 lehnen wir ab. Sie bedeuteten Streichungen bei der Fachstelle für Migration und Rassismusfragen und die Anträge 2 und 4 wollen ausgerechnet der Beratungsstelle für Sans-Papiers die Unterstützung entziehen. Diese Anlaufstelle leistet wertvolle Beratungs- und Informationsarbeit und erreicht eben genau die eingangs erwähnten Menschen, die durch die Maschen des Systems fallen.

Präsidentin: Vielen Dank. Emanuel, du hast noch 3 Minuten Zeit.

Emanuel Amrein (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion steht für eine gute Bildung und für Chancengerechtigkeit. Das ist nicht nur ein Wahlslogan. Das ist Programm. Konkret heisst das: Wir setzen uns dafür ein, dass die Berner Schulen genug Geld erhalten und gut ausgerüstet werden und dass alle Schulkinder die gleichen Möglichkeiten haben. Wir reden hier von einer Kernaufgabe, um einmal einen Begriff zu verwenden, den die bürgerlichen Sprecher*innen in dieser Debatte bereits mehrfach an diesem Pult benutzt haben, eine Kernaufgabe, für die in Zeiten des Wachstums mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden muss.
Wenn die Schüler*innenzahlen steigen, muss auch das Budget der Schulen steigen. Wenn dies nicht so ist, dann kommt dies einer Kürzung gleich. Und genau das legt uns der Gemeinderat teilweise vor, indem er unter anderem auf die Umsetzung der Planungserklärung aus dem letzten Jahr verzichtet hat. Die SP-JUSO-Fraktion ist damit nicht einverstanden. Bei Schulen und Schulkindern gibt es keine Skaleneffekte, keine Effizienzsteigerungen und Synergiepotenzial. Im Gegenteil: Neu hinzu kommt die Digitalisierung. Die gibt es, wir wissen es, nur bei Abschluss eines Abos die ersten paar Monate gratis. Die SP-JUSO-Fraktion folgt der SBK, welche fordert, dass der Globalkredit beim Schulamt an die steigende Anzahl Schulkinder angepasst wird.
Ich kürze ab. Ein zentraler Pfeiler bei der Chancengerechtigkeit ist die Tagesbetreuung. Hier möchte der Gemeinderat auf die Umsetzung des im Reglement festgehaltenen

Betreuungsschlüssels von 1 zu 6 verzichten, ohne dass er dem Parlament eine Vorlage dazu unterbreitet. Die SP-JUSO-Fraktion lehnt diese Streichung ab und unterstützt auch hier den Kommissionsantrag. Die Tagesbetreuung in der Stadt Bern erfreut sich grosser Beliebtheit. Sie ist unverzichtbarer Teil des Alltags vieler Berner Familien und Kinder geworden. Sie ermöglicht die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, insbesondere auch für Alleinerziehende. Und die Kinder lernen dort auch viel. Das Personal ist engagiert. Eine Erhöhung des Betreuungsschlüssels würde die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Anträge und Vorschläge in diese Richtung gehören nicht zur Kategorie "Wertschätzung". Es ist in Zeiten des Wachstums und steigender Steuereinnahmen vermessen oder unverständlich, bei einem Angebot, das aus pädagogischer, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Sicht sinnvoll ist, aus finanzpolitischen Überlegungen zu kürzen. Oder wieder mit dem Begriff der bürgerlichen Seite: Es ist unverständlich, bei einer Kernaufgabe zu sparen.
Keinen Anlass sah die Fraktion, den Deutschkurs im Weyerli ohne Angabe von Gründen aus dem Budget und AFP zu streichen. Die SP-JUSO-Fraktion findet auch, dass Lager- und Landschulwochen etc. ein wichtiger Bestandteil des Schuljahres und jeder Schüler*innenkarriere sind. Wir haben Sympathie für den Antrag des GFL und der AL-PdA-TIF-Fraktion und unterstützen die Planungserklärung. Die Anträge der SVP zu Ernährungsthemen lehnen wir ab.

Präsidentin: Als nächstes Anna Jegher für die GB-JA!-Fraktion.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Stabilisieren, priorisieren, kompensieren. So tönt es, wenn der Gemeinderat über das Budget 2027 spricht. Aber nein, mit Sparen oder Leistungsabbau habe das nichts zu tun, nur mit nachhaltiger Finanzpolitik. Auf welchen Aspekt sich Nachhaltigkeit genau beziehen soll, haben wir bereits in der Grundsatzdebatte diskutiert. Wenn wir das Budget der BSS anschauen, scheint es jedenfalls nicht um soziale Nachhaltigkeit zu gehen, sondern vielmehr um Leistungsabbau auf Kosten der weniger privilegierten Teile der Bevölkerung. Und ja, ihr könnt das schon "Priorisieren" und "Kompensieren" nennen. Aber faktisch ist es halt trotzdem ein Leistungsabbau.
Das spiegelt sich auch deutlich in den Anträgen wider. Ein Grossteil der Budgetanträge in der BSS sind vom Stadtrat überwiesene Planungserklärungen, die der Gemeinderat nicht umsetzen will. Das ist aus unserer Sicht nicht nur inhaltlich und demokratiepolitisch schwierig, sondern auch richtig mühsam. Schon klar, ist der Gemeinderat nicht gezwungen, jede Planungserklärung umzusetzen, die wir überweisen, aber wenn wir jedes Jahr die gleichen Anträge stellen müssen, damit der politische Wille des Stadtrats auch im Budget der Stadt abgebildet wird, muss man sich schon fragen, wie ernst der Gemeinderat die Entscheide und Prioritäten des Stadtrats nimmt.
Um eine solche nicht umgesetzte Planungserklärung handelt es sich zum Beispiel bei den Anträgen 5 und 8, die die Fallbelastung im Sozialdienst senken wollen. Der Austausch am Delegationsbesuch und verschiedene Studien machen deutlich, dass aus fachlicher Sicht eine Senkung der Fallbelastung auf 75 bis 80 Dossiers nicht nur wirkungsvoll, sondern dringend nötig ist. Aktuell kann eine umfassende und professionelle Begleitung nicht mehr in allen Fällen sichergestellt werden. Die zu begleitenden Fälle sind im Durchschnitt komplexer geworden. Immer mehr Menschen mit Mehrfachbelastung erfordern aufwendigere Betreuung. Der Fallschlüssel und damit die verfügbaren Ressourcen pro Fall wurden aber nicht angepasst. Gleichzeitig sind die Sozialdienste schon so konstant unter Druck, insbesondere auch durch die antisoziale Politik des Kantons Bern.

Es liegt also an uns, hier so weit wie möglich Verbesserungen zu schaffen und die Bedürfnisse der Klient*innen und Mitarbeiter*innen an erste Stelle zu setzen. An diesen Tatsachen hat sich seit letztem Jahr nicht viel geändert. Damals hat eine Mehrheit des Stadtrats die klare Absicht geäussert, die Fallbelastung im Sozialdienst zu senken. Wir zählen darauf, dass sich auch an dieser Absicht nichts geändert hat, und hoffen auf eure Unterstützung unseres Antrags.
Um nicht umgesetzte Planungserklärungen handelt es sich auch bei den Anträgen 17 und 24, wo es um niederschwellige Deutschkurse im Weyerli geht – eine lächerliche Sparmassnahme von 40'000 Franken mit umso grösseren Konsequenzen für die Personen, die auf solche Angebote angewiesen sind. Weiter die Anträge 18 und 25, um die Sachkosten der Schulen an die steigenden Schüler*innen-Zahlen anzupassen: Dass wir überhaupt darüber diskutieren müssen, ist auch eher ein Witz, ehrlich gesagt. Dass mehr Schüler*innen mehr Ressourcen brauchen, ist selbstverständlich. Alles andere ist ganz klar ein Abbau.
Bei den Anträgen 28 und 31 geht es darum, dass die Junge Bühne Bern analog anderen Leistungsvertragspartner*innen im Kulturbereich branchenübliche Löhne bezahlen kann. Wir sehen nicht ein, warum ausgerechnet die Junge Bühne als Kinder- und Jugendtheater davon ausgenommen werden soll. Die Anträge 32 und 35 zur Frühförderung haben wir ebenfalls bereits letztes Jahr diskutiert und Katharina hat es bereits im Votum zur Grundsatzdebatte ausgeführt. Bei der Frühförderung zu sparen, ist auf keiner Ebene nachhaltig. Denn es ist eine der Massnahmen, die nachweislich einen grossen Effekt auf Chancengerechtigkeit haben. Und dann noch die Anträge 33 und 36 zum Angebot "Digitales Gleichgewicht an Schulen": Auch hier reden wir wiederum von einem kleinen, aber essenziellen Beitrag. Wir nehmen alle diese Anträge selbstverständlich an.
Die Anträge 14 und 21, um den Betreuungsschlüssel in Tagesschulen wie geplant auf 1 zu 6 auszubauen, nehmen wir ebenfalls an. Und die entsprechenden Kürzungsanträge der FDP und SBK-Minderheit lehnen wir ab. Wir wollen nach wie vor eine qualitativ gute Tagesbetreuung und genau darum ist es uns wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass allein ein Beharren auf 1 zu 6 nicht reicht. Es braucht auch die entsprechenden finanziellen Mittel, um beispielsweise den Anteil des pädagogischen Personals auf hohem Niveau halten zu können, die Sach- und Betriebskosten an die steigende Nutzung anzupassen oder gute Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter*innen sicherzustellen. Mit all diesen Fragen werden wir uns im Rahmen der Reglementsrevision auseinandersetzen.
Aus diesem Grund haben wir auch darauf verzichtet, hier noch zusätzliche Anträge einzureichen, was aber nicht heisst, dass wir Sparmassnahmen in diesem Bereich unterstützen. Mit der Zustimmung zum Betreuungsschlüssel 1 zu 6 machen wir deutlich: Eine qualitativ gute Tagesbetreuung für jedes Kind, zugänglich und bezahlbar für alle Familien sowie gute Arbeitsbedingungen für das Personal sind für uns Grundsätze, für die es auch in Zukunft Investitionen der Stadt benötigt. Denn es sind Investitionen in die Chancengerechtigkeit, Vereinbarkeit und Gleichstellung.
Bei den Anträgen 34 und 37 geht es nicht um eine Planungserklärung, sondern um einen Vorstoss, der vom Stadtrat unbestritten überwiesen wurde. Am 22. Mai letztes Jahr haben wir eine interfraktionelle Motion überwiesen, die die Einrichtung einer Fachkommission für Menschen mit Behinderungen fordert. Diese Massnahme ist unter anderem auch in der UNO-Behindertenrechtskonvention, die die Schweiz 2014 ratifiziert hat, vorgesehen. Und wie ihr wohl auch mitbekommen habt, ist die Schweiz noch ziemlich weit davon entfernt, diese Konvention auch tatsächlich umzusetzen. Auch der Ge-

meinderat hat in seiner Begründung damals angegeben, dass er eine solche Fachkommission sinnvoll findet und die entsprechenden Ressourcen einsetzen wird. Trotz überwiesener Motion und dieser Absichtserklärung des Gemeinderats wurden die Ressourcen aber nicht eingestellt. Das ist aus unserer Sicht eine Frechheit; nicht nur, weil vom Stadtrat gefällte Entscheide dem Gemeinderat offenbar egal sind, vor allem auch, weil einmal mehr Menschen mit Behinderung nicht als Priorität gesehen werden. Ihre Bedürfnisse und ihre Stimmen werden einmal mehr an den Rand gedrängt. Dabei reden wir hier von einer Massnahme, die gerade einmal 36'000 Franken kostet. Sorry, aber bei einem Gesamtaufwand von 1,54 Mia. Franken ist es ein Hohn, ausgerechnet hier sparen zu wollen. Ich hoffe, wir können bei diesem Antrag auf all eure Unterstützung zählen. Wir haben den Vorstoss damals, wie gesagt, unbestritten überwiesen. Und es ist wirklich wichtig, dass diese Fachkommission eingeführt wird und die Anliegen von Menschen mit Behinderungen in der städtischen Politik endlich Gehör finden, damit wir nicht jedes Mal wieder um jeden Mini-Betrag kämpfen müssen.
Die Anträge zum DOK nehmen wir an, da es sich beim Kindertreff Mali und Jojo um sinnvolle und innovative Angebote handelt, die genügend Ressourcen und angemessene Räumlichkeiten benötigen. Die Anträge zu den Schullagern werden wir ablehnen; nicht, weil wir das Anliegen nicht wichtig finden, sondern weil das Geld für die Schullager schon im Budget eingestellt und auch ein Postulat dazu noch hängig ist. Alle anderen Anträge werden wir ebenfalls ablehnen.
Zum Schluss möchte ich nochmal betonen, dass ein Leistungsabbau in wichtigen Bereichen der Bildungs- und Sozialpolitik zugunsten einer roten oder schwarzen Null eine sehr fragliche Priorisierung einer linken Stadt ist. Wir verstehen nicht, wie es dazu kommen kann, dass ein linker Gemeinderat bürgerliche Finanzpolitik macht. Und wir hoffen, dass er seinen politischen Kompass spätestens bei der nächsten Budgetdebatte wieder finden wird.

Präsidentin: Als nächstes gerne David Böhner, AL-PdA-TIF-Fraktion.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich erläutere gerne das Abstimmungsverhalten der Fraktion AL-PdA-TIF zu einigen der Anträge zur BSS. Die SVP-Sparanträge 1 bis 4 auf Kosten von marginalisierten und rassifizierten Menschen lehnen wir ab. Darauf will ich gar nicht näher eingehen. Antrag 5 von GB-JA! zur Senkung der Fallbelastung auf 80 Fälle pro 100%-Stelle unterstützen wir. Das würde nicht nur den Klient*innen des Sozialamts zugutekommen, sondern auch den Angestellten, und zu einem gesunden Arbeitsklima, weniger Ausfällen und weniger Fluktuationen führen. Wir sind enttäuscht, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, die vom Stadtrat verabschiedete Planungserklärung vom letzten Jahr umzusetzen, und dazu auch noch finanzielle Gründe geltend macht. Möglicherweise könnte mit einer solchen Massnahme sogar Geld gespart werden, wie die Studie des Büros BASS anhand des Winterthurer Beispiels aufzeigen konnte.
Die 12'000 Franken für das Emmaus unterstützen wir. Wenn sie damit die Entsorgungen bezahlen können, ist mehr Geld für die Menschen übrig, die Emmaus beschäftigt und denen es Obdach gewährt. Antrag Nummer 7 ziehen wir zurück, weil der Stadtrat immer noch nicht bereit ist, die Steuern zu erhöhen. Wir bedauern das, insbesondere, weil der Gemeinderat an allen Ecken und Enden asoziale Sparübungen vorschlägt mit dem Argument, dass die Stadt zu wenig Geld zur Verfügung hat. Die Anträge Nummer 10 der FDP sowie 39 der GLP-EVP betreffend Citysoftnet lehnen wir ab. Wir wissen mittlerweile zur Genüge, dass Digitalisierungsprojekte nicht zu einer Effizienzsteige-

rung führen, sondern immer ein höherer Aufwand damit verbunden ist. Hier beim Personalaufwand zu sparen, würde die vulnerabelste Bevölkerungssicht bestrafen, die auf einen guten Service angewiesen ist. Die sollen die Fehler nicht ausbügeln müssen.
Unsere Anträge 19 und 20 möchten wir euch ans Herz legen. Wenn die Lehrpersonen in den Schulkreisen bereit sind, ein Schullager durchzuführen, sollten wir sie darin unterstützen. Die Schulkinder können in den Klassenlagern wichtige Erfahrungen sammeln und der Klassenzusammenhalt wird mit solchen aussergewöhnlichen Settings gefördert. Darum ist es gut investiertes Geld in unsere Jugend und unsere Zukunft.
Die Fraktion AL-PdA-TIF will das Schulamt unterstützen. Das ist definitiv der falsche Ort zum Sparen. Wir verstehen nicht, dass bei steigenden Schüler*innen-Zahlen nicht auch automatisch die Sachkosten entsprechend angepasst werden. Den SVP-Antrag zum Kochen vor Ort in den Schulen unterstützen wir; nicht, weil wir Chill and Cook schlecht finden oder weil wir die Qualität des Essens bemängeln, sondern weil wir es einfach gut finden, wenn vor Ort gekocht wird und nicht in einer zentralen Küche. Allerdings werden wir auch nicht ganz schlau aus dem Antrag, wenn die SVP gleichzeitig mit ihrem Antrag 16 200'000 Franken einsparen will, die für eine nachhaltige, regionale und saisonale Ernährung eingesetzt werden sollen. Das scheint uns weder kohärent noch logisch.
Unsere Fraktion setzt sich klar für den Betreuungsschlüssel 1 zu 6 in der Tagesbetreuung ein. Wir haben bereits gefühlt 1'000-mal dafür gestimmt und wollen den Entscheiden nun Taten folgen lassen und werden ein weiteres, hoffentlich letztes Mal, wieder dafür stimmen, damit das endlich umgesetzt wird. Die Anträge bei Familie und Quartier unterstützen wir allesamt. Der Ausbau des mobilen Kindertreffs Jojo im Untermattquartier sowie die Miete für den Kindertreff Mali im Bethlehemacker sollen von der Stadt bezahlt werden.
Über die Erhöhung der Beiträge für die Junge Bühne haben wir hier auch schon abgestimmt. Die Planungserklärung vom letzten Jahr soll umgesetzt werden. Es ist nichts als logisch, dass der Lohn der Mitarbeitenden der Jungen Bühne die von Kultur Stadt Bern verlangten Richtgagen einhält. Wir staunen, dass sich der Gemeinderat selbst widerspricht, wenn er sich gegen diese Erhöhung stellt.
Die Anträge beim Gesundheitsdienst werden wir ebenfalls alle annehmen. Wenn wir die Frühförderung ausbauen sowie das digitale Gleichgewicht an besonders belasteten Schulen thematisieren, sind das präventive Massnahmen und somit gut investiertes Geld in unsere Zukunft.
Und zum Schluss unterstützen wir selbstverständlich die Schaffung einer Fachkommission für Menschen mit Behinderungen. Wir haben bereits vor einem Jahr die entsprechende Motion angenommen. Auch hier betreibt der Gemeinderat Arbeitsverweigerung, wenn er die dafür nötigen Gelder nicht einstellt. Wir helfen ihm hier gerne auf die Sprünge, und bitten euch, diesen Antrag anzunehmen und somit den Gemeinderat noch einmal aufzufordern, hier nun aktiv zu werden und die Fachkommission so schnell wie möglich zu bilden.

Präsidentin: Als nächstes Nik Eugster für die FDP-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: In der BSS geht es um wichtige Themen. Es geht um soziale Abfederung. Es geht um Bildung. Es geht um die Betreuung unserer Kinder. Das darf uns etwas kosten und das kostet uns auch etwas. 386 Millionen möchte der Gemeinderat ausgeben, Millionen mehr als in den letzten Jahren. Die Verwaltung, konkret hier die BSS, hat den Auftrag erhalten, ein Budget zu erarbeiten, welches aus den vorhandenen Mitteln das Beste herausholt. Ob es wirklich das Beste ist, darüber würde

ich eigentlich gerne diskutieren. Also, wie werden die Prioritäten gesetzt, muss man ein Budget wirklich komplett ausreizen und deshalb einmal mehr keine Schulden abbauen? Leider diskutieren wir hier nicht diese Fragen. Wir diskutieren stattdessen einmal mehr, was hier noch obendrauf gesetzt werden kann: Hier 200'000 mehr, dort 75'000 mehr, hier eine Aufstockung, da ein neues Programm, dort eine neue Stelle und das, ohne die Frage zu beantworten, wer das schlussendlich bezahlt. Ich sage euch, wer es bezahlt: Es bezahlt die Generation, um die es hier eben geht. Wie eingangs gesagt, ist die Direktion für Bildung für die Betreuung unserer Kinder zuständig. Und diese Kinder belasten wir mit zusätzlichen Schulden, mit zusätzlichen Bürden. Wir leisten ihnen deshalb einen Bärendienst, wenn wir hier überall mehr ausgeben. Wir lehnen deshalb praktisch alle Anträge ab, welche zu Mehrausgaben führen. Im Gegenteil: Wir haben sehr konkrete Vorschläge gemacht, wo man Budgetpositionen auch reduzieren kann, um Handlungsspielraum zu erhalten.
Wir sehen nicht, warum Citysoftnet nicht irgendwann einmal eine Wirkung entfalten sollte – und damit meine ich, einmal eine positive Wirkung. Wir sehen also nicht ein, wieso man nicht mit einer solchen Software auch effizienter werden kann. Deshalb danke ich für die Unterstützung unseres Antrags, welcher fordert, die ursprüngliche Stellenaufstockung rückgängig zu machen. Wir unterstützen natürlich auch den GLP-Vorschlag, obschon dieser uns nicht genügend weit geht. Wir danken für die Unterstützung im Zusammenhang mit dem Verzicht auf die Stellenaufstockung des stellvertretenden Generalsekretärs. Auch das haben wir gefordert. Will man mehr Gelder an der Front haben, muss man bei der Führung sparen und nicht diese ausbauen. Einen grossen Hebel gibt es bei der Tagesbetreuung. Wir sehen noch immer nicht ein – es kommt mir ein bisschen vor wie ein Mantra –, warum die Stadt Bern bezüglich Betreuungsschlüssel weitergehen soll als der Kanton. Muss ein Kind in
Thörishaus wirklich anders betreut werden als in Bern? Warum? Wenn es in Thörishaus auch geht, geht es auch hier. Und mit solch rücksichtvollem Umgang mit unseren Steuergeldern werden Gelder frei für andere Sachen, welche dann wieder den Kindern zugutekommen, wie zum Beispiel Klassenlager. Das ist nämlich einer der wenigen Zusatzaufwände, die wir unterstützen, möglich gemacht durch kluge Streichungen. Den Antrag der SVP zur Budgetreduktion bei der Fachstelle Migration und Rassismusfragen lehnen wir ab. Selektiv werden wir SVP-Anträgen zustimmen. Anträge mit sehr spezifischen Geldzuweisungen wie die für Emmaus Bern finden wir hingegen nicht zielführend. Genauso bei Cook and Chill: Das ist für uns eher die Flughöhe eines Kochrezepts. Das gehört nicht in ein Budget.
Es wurde die Frage aufgeworfen, auf was sich das Wort nachhaltig bezieht. Wenn wir hier über das Budget sprechen, ist die Antwort klar: Nachhaltigkeit in allen Belangen ist nur möglich, wenn das Geld vorhanden ist. Und dazu bedarf es finanzieller Nachhaltigkeit. Das bedeutet, nun seinen Finger ein wenig im Griff zu behalten, nicht einfach immer nur Grün zu drücken, als wäre endlos Geld vorhanden, nicht, als wäre es nicht das eigene Geld, als spiele es keine Rolle – so kommt mir das manchmal vor. Nein, es ist unser aller Geld. Lasst es uns so einsetzen, dass auch die nächsten Generationen sagen können: Hey, das war gut. Danke, dass ihr uns noch was übriggelassen habt.

Präsidentin: Vielen Dank. Das waren alle Fraktionserklärungen. Jetzt wäre die Redner*innenliste frei für die Einzelvoten. Als erstes Tanja Miljanović, GFL.

Tanja Miljanović (GFL), Einzelvotum: Ich muss noch einmal etwas zu den Schullagern sagen, weil ich es mir nicht verkneifen kann. Das Postulat abwarten , wie die Mitte, und Planungserklärungen annehmen, aber nicht für nächstes Jahr im Budget einstellen, wie

die SP, verstehe ich – um es mal so zu sagen – auf einer philosophischen Ebene. Realpolitisch bedeutet das aber, dass nächstes Jahr, 2027, potenziell bis 60 Klassen nicht an einem Lager teilnehmen können. Das Lagerglück von über 1'000 Kindern wird in die Schublade geschoben. Und wie so oft sagen wir, die Erwachsenen, den Kindern: Habt doch ein bisschen Geduld.
Was als seltene Allianz zu einem an sich völlig unbestrittenen Thema wie Schullagern angefangen hat und in alle Zeitungen getragen worden ist, zerfällt jetzt, sobald es tatsächlich um die Wurst und damit um das Geld geht. Und da bin ich sowohl von den Bürgerlichen wie auch von den Linken enttäuscht. Als es um die Clabi (Classes bilingues) ging, wollten viele hier im Rat, insbesondere die Bürgerlichen, ich glaube, es waren so 800'000 Franken für ca. 100 Kinder sprechen. Aber jetzt geht es um 300'000 Franken oder 400'000 Franken für über 1'000 Kinder. Und das ist ihnen zu viel. Und die Linke will einen, wie sich ja bereits zeigt, finanziell untragbaren und sozial nicht notwendigen Betreuungsschlüssel in den Tagesschulen von 1 zu 6 statt wie den vom Kanton vorgegebenen von 1 zu 10 oder allein schon, wie wir ihn als Kompromiss fordern, von 1 zu 8. Ich bin mir aber recht sicher, dass Kinder in der Stadt Bern, und hier erlaube ich mir jetzt, philosophisch zu werden, dass sie lieber in ein Lager gehen, als in der Tagesschule fast doppelt so eng betreut zu werden wie die restlichen Kinder des Kantons Bern – meine Kinder auf jeden Fall. Aber die fragt ja niemand. Die Erwachsenenallianz ist zerfallen und genauso verpufft wie die Klassenlager für die Kinder.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Ueli Jaisli, SVP.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Ich spreche hier für unseren Vorstoss respektive Antrag. Er betrifft Emmaus Bern. Das ist eine Brocki, eine ziemlich grosse Brocki. Es hat eine Verkaufsfläche von rund 700 m². Die, die es vielleicht kennen, die in Bümpliz wohnen – wir haben ein paar Leute –, wissen: Es befindet sich auf dem ehemaligen Kipfer-Areal. Das war früher eine Umzugsfirma. Und diese stellt in dem Haus gemeinnützigen Organisationen wie der Brocki Emmaus Platz zur Verfügung. Das Brockenhaus ist, wie gesagt, nicht nur ein Brockenhaus. Es ist auch eine wertvolle soziale Gemeinschaft für Leute, die aus unterschiedlichen Lebenssituationen dort Wohnraum finden, Arbeit finden, Verpflegung finden und schlussendlich an einer geordneten Tagesstruktur teilnehmen können.
Bern Emmaus ist finanziell unabhängig. Es lebt hauptsächlich aus dem Verkauf der gebrachten Waren, macht aber auch Umzüge, macht Räumungen. Entsprechend fallen auch Entsorgungen an, wenn man ein Haus räumt oder eben auch, wenn man zügelt. Ich glaube, das kennen alle. Es hat viel Ware, die entsorgt werden muss. Wie gesagt, sie sind finanziell völlig unabhängig. Es gibt dort Leute vor allem auch in der Leitung, die ehrenamtlich arbeiten und einfach Freude haben, anderen Leuten aus problematischen Situationen, Lebenssituationen helfen zu können. Das Ganze ist eigentlich recht gut. Ein Problem sind die Entsorgungsgebühren. Die sind recht happig für eine solche Institution. In unserem Antrag stipulieren wir 12'000 Franken, um die man die Stadt für die wichtige Arbeit bitten will. Man will das Ganze auch langfristig sichern. Man will es so erhalten. Wie gesagt: Aus unserer Sicht ist es eine sehr wertvolle Sache und vor allem für Leute, die vielleicht auch nirgendwo sonst unterkommen. Die können dort anklopfen und man versucht dann mit ihnen das Beste aus dieser Situation zu machen, was bis jetzt sehr gut gelungen ist.
Ich bitte euch, diesen Antrag über 12'000 Franken so anzunehmen.

Präsidentin: Als nächstes Dominique Hodel, SP.

Dominique Hodel (SP), Einzelvotum: Ich finde, Armut geht alle was an, von links bis rechts. Darum finde ich wertvoll, was wir heute hier machen. Das Emmaus Bern ist eine gemeinnützige Institution, die einen Brockenhausbetrieb hat, wie es Ueli beschrieben hat, aber auch zahlreiche Gemeinschaftsangebote bereitstellt. Der Betrieb finanziert sich ausschliesslich selbst. Aktuell beschäftigt Emmaus Bern bis zu 32 Personen und bietet 10 Menschen davon Wohnraum, Schutz und Nahrung an.
Diese Unterstützung richtet sich an Menschen in persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Notlagen und gibt ihnen die Möglichkeit, in einem stabilen Rahmen zu leben und sich neu zu orientieren. Hier leisten sie einen wertvollen Dienst, insbesondere angesichts der Tatsache, dass so viele soziale Dienste und Schutzhäuser nicht ausreichend Platz bieten. Teilzeitmitarbeitende der IV unterstützen die Institution und es besteht eine enge Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Arbeit von Syrien bis Schweiz sowie BVD, Bewährungs- und Vollzugsdienstlern.
Seit Mai 2026 arbeitet ein neues Betriebsteam und ein neuer Vorstand daran, Altlasten auszuräumen und den Brockenhausbetrieb wirtschaftlich zu optimieren, um ihn besser an die Bedürfnisse unserer Gemeinschaft anzupassen. Die Schweizer Tafel und lokale Bäckereien spenden Lebensmittel für die Küche, was die Lebensmittelkosten senkt und die aktuelle Situation entlastet. Ein zentrales Anliegen ist die kommende und umfassende Sanierung des Hauses. Denn das Haus ist stark sanierungsbedürftig. Diese Massnahme führt zu Entsorgungskosten, die sie bewältigen müssen. Besonders belastend ist, dass viele der Räumungen Menschen an der Armutsgrenze betreffen, so dass viele dieser Gegenstände nicht mehr verkauft werden können. Um sicherzustellen, dass die Entsorgungskosten nicht auf den Schultern derjenigen lasten, denen das Emmaus Schutz bietet, bitte ich euch, die 12'000 Franken im Budget freizugeben. Ich finde es wichtig, dass wir denjenigen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind, die Hilfe bieten, die sie verdienen. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Alexander Feuz, SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich möchte zuerst David Böhner danken. Er hat mich nämlich auf einen gewissen Widerspruch aufmerksam gemacht zwischen dem Antrag 16 und 23. Und er hat recht. Ich habe mich darum nach Rücksprache mit der Fraktion auch entschlossen, den Antrag 16 zurückzuziehen. Als wir ihn gestellt haben, haben wir nach den Rückmeldungen, dass das Essen so schlecht sei, nach dem Motto gehandelt: Einer Beiz, die nicht gut ist, muss man nicht noch mehr Geld geben. Dort kann man eher abbauen. Aber nun sehe ich, dass ihr unseren Antrag 23 unterstützt. Und der ist uns wichtig ist. Ihr auch gesehen, dass ich vorhin gar nichts zur Begründung von Antrag 16 gesagt habe. Also Antrag 16 ist zurückgezogen. Um Antrag 23 geht es uns. Das ist für uns ein wichtiger Antrag. Der hilft auch den Kindern. Da bin ich froh, wenn ihr ihn unterstützt, darum bitte das auch bei der Abstimmung vermerken. Und danke für das Votum.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Nicolas Lutz, Mitte.

Nicolas Lutz (Mitte), Einzelvotum: Ich komme noch zum leidigen Kita-Thema "1 zu 6". Es wurde von David gesagt: Hoffentlich reden wir das letzte Mal darüber. Ich hoffe, dass man jetzt endlich einmal vorwärts macht. Denn wir warten jedes Jahr, dass man endlich einmal die Defizite, die dort entstehen, ausgleicht und eine Lösung bringt. Und bis jetzt ist nichts passiert. Und ihr könnt euch vorstellen, dass die Kitas, die im freien

Markt sind, sich dreimal umdrehen und sagen: Das kann ja nicht sein. Und wenn das 1 zu 6 ja so toll ist, warum werden dann die Kitas nicht überrannt von den Kindern, wenn ja das so viel besser ist? Aber anscheinend ist es nicht so, denn sonst würden doch alle von den Privaten weg und zur Stadt rennen. Und dort hoffe ich, dass man endlich eine Lösung findet. Und die einfachste Lösung wäre nämlich, dass man die Kitas schliesst und das dem freien Markt überlässt. Und wer jetzt mit Qualität kommt – das Gesundheitswesen in der Schweiz ist eines der besten der Welt und rein privat. Also bitte nicht sagen, dass Private keine Qualität bieten können. Ich hoffe, dass das die Direktion jetzt endlich an die Hand nimmt und uns eine Lösung zeigt und das nicht hinausschiebt, bis dann das Ganze im Budget 2031 immer noch drin ist. Danke vielmals.

Präsidentin: Als nächstes Johannes Wartenweiler, SP.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Dem Votum meines Vorgängers fehlt es ein bisschen an Qualität. Er spricht nämlich über das "1 zu 6" und dabei geht es um Betreuung. Mit der Kita hat das überhaupt nichts zu tun. Das ist eine andere Kiste, die er hier aufgemacht hat. 1 zu 6 ist unser Anliegen. Es betrifft die Förderung in den Tagesschulen und in den Schulen. Es hat nichts, aber gar nichts mit der Kita zu tun.

Präsidentin: Danke. Das scheinen alle Einzelvoten gewesen zu sein. – Gut, dann übergebe ich jetzt das Wort der Gemeinderätin Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Nachmittag allerseits und vielen Dank für die lebhafte Debatte. Ich bedanke mich vor allem bei euch allen für die Arbeit und die seriöse Auseinandersetzung mit dem Budget und dem AFP. Das ist ein Riesenbrocken für euch – das ist auch uns im Gemeinderat sehr bewusst –, noch dazu über die Sommerferien. Und ihr seid ja nicht vollamtlich angestellt. Ich will mich besonders auch bei den SBK-Mitgliedern für die Arbeit bedanken. Die Delegationsbesuche und die Budgetdiskussionen in der Vorberatung sind jeweils für uns in der Verwaltung und auch für mich in meiner Rolle immer eine sehr gute Gelegenheit, auch Themen, die gerade nicht über ein konkretes Geschäft verhandelt werden, mit euch vertieft diskutieren zu können und auch zu spüren, woher der politische Wind weht.
Es liegen nun sehr viele Anträge vor, bei denen es darum geht, entweder Sparmassnahmen des Gemeinderates rückgängig zu machen oder zusätzliche Aufgaben einzustellen, die wir nicht vorgesehen haben. Ich werde mich nicht zu allen systematisch äussern. Wir haben in der Direktion und auch im Gemeinderat unsere Arbeit gemacht und wir halten natürlich an unserem Budget fest. Der Gemeinderat lehnt sämtliche Aufstockungs- wie auch Kürzungsanträge ab.
Ich will aber dennoch auf 3 Themen noch eingehen, die heute im Fokus stehen, um noch ein bisschen mehr Kontext zu geben und vielleicht auch das eine oder andere Missverständnis aus dem Weg zu räumen.
Zur Tagesbetreuung: Es ist hinsichtlich des Budgetprozesses die genau gleiche Situation wie letztes Jahr. Wir haben beschlossen, den Restausbau des Betreuungsschlüssels 1 zu 6 nach wie vor zu sistieren. Wir stehen aber gleichzeitig an einem anderen Punkt. Wir haben nun einen politischen Prozess lanciert, in dem wir die verschiedenen Stellschrauben anschauen, um kosteneindämmend zu wirken. Die Tagesbetreuung der Stadt Bern ist ein riesiges Erfolgsmodell. Sie ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Die Kurve geht immer noch nach oben. Und das ist eine sehr erfreuliche Nachricht. Sie

stellt uns aber vor finanzielle Herausforderungen. Als damals in der Stadt die Abweichungen von den kantonalen Vorgaben beschlossen wurden, ging man nicht davon aus, dass die Nutzung in diesem Tempo, exponentiell, hochschnellen wird, wie das jetzt geschehen ist. Und bei einem gleichzeitigen Schüler*innenwachstum wächst das Kuchenstück, welches wir als Stadt alleine tragen, immer mehr. Und deshalb haben wir im Gemeinderat beschlossen, diesen politischen Prozess zu starten, um dieses Kostenwachstum einzudämmen. Wir werden euch nächstes Jahr eine Vorlage vorschlagen, weil wir Reglementsanpassungen machen müssen. Das liegt in eurer Kompetenz. Dabei werden wir euch verschiedene Stellschrauben vorschlagen, an denen wir drehen wollen. Hierzu haben wir vor den Sommerferien seitens Direktion bereits ein Mitwirkungsverfahren mit unseren Sozialpartner*innen lanciert. Dazu wurden alle Mitarbeitenden in der Tagesbetreuung eingeladen, weil es dem Gemeinderat wichtig ist, eine möglichst tragfähige Lösung zu finden.
Ich komme zu den Schulbudgets und den Schullagern: Ich bitte euch wirklich, diese Anträge abzulehnen. Ich verstehe das Anliegen, dass ihr allen Schüler*innen Zugang zu Schullagern ermöglichen wollt. Aber diese Anträge sind verfrüht und beruhen, so wie die Anträge vorliegen, auf falschen Annahmen und zielen ins Blaue. Und es tut mir leid, wenn die Kleine Anfrage verkürzt beantwortet wurde und damit Missverständnisse produziert wurden. Ihr habt dieses Postulat überwiesen, und wir sind an der Arbeit, um diese Prüfungen vorzunehmen. Es geht darum zu eruieren, welche Herausforderungen an den Schulstandorten für die Durchführung von Lagern bestehen, und ob und wenn ja, welche Unterstützungsmassnahmen nötig wären, damit möglichst viele Stadtberner Schüler*innen in ihrer Schullaufbahn mindestens ein Lager besuchen können. Das ist die Forderung des Postulats. Vielleicht noch eine Klammerbemerkung: Es gibt im Moment keine einheitlichen Vorgaben. Die Schulen können selbst entscheiden, wie sie mit den Lagern umgehen. Nun ist die These im Raum, dass es vor allem an mangelnden Mitteln liegt, dass weniger Lager stattfinden. Das ist nicht der Fall. Neben den Globalbudgets der Schulen, die sie für Schulmaterialien etc. haben, gibt es eine Spezialfinanzierung für die Schulen und die Klassenkassen, auf welche die einzelnen Schulstandorte zugreifen können. Das wird jeweils nach einem Schlüssel verteilt, je nach Grösse der Schule. Diese Spezialfinanzierung wird jährlich aus dem laufenden Haushalt mit 150'000 Franken für Schulreisen, Projekte und Exkursionen geäufnet und den Klassen auf dem Zyklus 2 und 3 mit 350'000 Franken für Lager geäufnet. In dieser Spezialfinanzierung befinden sich per Saldo Ende 2025 2,1 Millionen Eigenkapital. Es ist eine Spezialfinanzierung. Die einzelnen Schulstandorte können auch Kapital für das nächste Jahr bekommen. Sie jonglieren also mit diesen Mitteln. Und ja, es ist vermutlich so – und diesem gehen wir im Moment nach –, dass mit den Globalbudgets und den Spezialfinanzierungen an den einzelnen Schulstandorten unterschiedlich umgegangen wird. Jetzt ist offenbar an einzelnen Schulen der Eindruck entstanden, dass keine Mittel für Lager angeboten werden. Ja, die Lager werden teurer. Aber es ist durchaus vielschichtiger, weshalb Schulen teilweise auf Lager verzichten, sie nicht organisieren – wenn es denn überhaupt der Fall ist, dass das flächendeckend ein Phänomen ist. Es ist zum Beispiel schwieriger, Lehrpersonen zu motivieren, Lager mitzuorganisieren und zu begleiten, J+S-Leiter*innen zu finden, während der Schulferienzeiten Lager-Häuser zu finden. Und die Ansprüche von Kindern und Eltern haben sich auch verändert. Das sind alles Fragen, denen wir jetzt nachgehen. Darauf bekommt ihr Antworten im Rahmen der Postulatsantwort. Und wir können in diesem Rahmen gerne auch bei der Schule, Tanja, die dich umtreibt, nachfragen, wo bei ihnen genau der Schuh drückt. Sind es wirklich die Finanzen oder liegt es auch an etwas anderem? Darum bitte ich euch wirklich, diese Anträge abzulehnen. Es ist nicht sinnvoll, diese Spezialfinanzierung in so

einem hohen Ausmass noch zusätzlich zu äufnen. Dann können wir das später diskutieren.
Dann der letzte Punkt, die Situation im Sozialdienst: Die Diskussion rund um die Personalressourcen führen wir schon lange. Wir haben – und auch ihr habt – beschlossen, den Personaletat 2024 zu erhöhen. Die damalige Erhöhung erfolgte zum einen Teil, weil wir für die digitale Transformation investieren mussten. Unter anderem haben wir dort auch Fachapplikationsverantwortliche angestellt. Damals war aber auch das Thema, den grossen Teil der Stellen zu erhöhen, um das Leistungsniveau bei immer komplexeren und entsprechend aufwendigeren Fällen bei einer hohen Falllast halten zu können. Neben der Digitalisierung ändern sich die Rahmenbedingungen in der Sozialhilfe und in verschiedenen Sozialversicherungssystemen laufend. Das wird auch auf übergeordneten Ebenen oft entschieden. Und das sind ressourcenintensive Veränderungen. Der administrative Aufwand hat sich aufgrund von kantonalen Vorgaben in den letzten Jahren erhöht. Wir bereiten uns auch auf Änderungen aufgrund des demnächst in Kraft tretenden neuen Sozialhilfegesetzes bei uns im Kanton vor. Wir haben es gehört: Es sind auch viele Klient*innen psychisch belasteter. Das ist anspruchsvoller und zeitaufwendiger. Und dieses Jahr hatten wir zum Beispiel auch das Problem des sprunghaften Anstiegs von Anmeldungen aus dem Auszahlungssystem der Arbeitslosenkassen, die wir am Abfedern sind. Ich will damit einfach sagen: Das sind Bedingungen, die sich laufend geändert haben in den letzten Jahren und sich in den nächsten Jahren auch laufend ändern. Wir haben mit der Aufstockung 2024 das Leistungsniveau stabilisieren können. Wir sind auch in einem Reorganisationsprozess, um unsere Abläufe noch effektiver zu gestalten. Und wir beantragen euch gemäss der Budgetierung, das so zu belassen, wie der Gemeinderat es budgetiert hat und weder aufzustocken noch abzubauen. Wir versuchen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen unser Bestes zu geben.
Jetzt blinkt es: Punktlandung. Das wäre es von meiner Seite. Vielen Dank für die Debatte. Ich wünsche euch noch eine gute Restdebatte des Budgets und alles Gute für die ganze Stadtratssitzung. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Das war das letzte Votum zur Detailberatung des AFP der BSS. Wir kommen nun zur Beschlussfassung über die für die BSS vorliegenden Planungserklärungen und Anträge. Wir stimmen in der Reihenfolge der Antragsliste ab. Das heisst – ihr werdet es sehen –, wir werden ein bisschen mit den Nummern springen. Darum gehen wir der Reihenfolge nach.
Als erstes stimmen wir über den Antrag 1 der SVP ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, drückt Grün, wer diesen ablehnen möchte, drückt Rot und sonst Weiss für eine Enthaltung.

Antrag 1
SVP
Budget BSS 300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations_und_Rassismusfragen: Der Globalkredit für die Fachstelle Migration- und Rassismusfragen ist um Fr. 200'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 023

2025.FPI.0070: Antrag 1	
Ablehnung	
Ja	5
Nein	67
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 2 der SVP.

Antrag 2
SVP
Budget BSS 300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations-_und_Rassismusfragen: Auf die Zahlung von 20'000 Franken für Beiträge ans Sans Papiers (36360383) ist zu verzichten (S.12 Anhang).

Abstimmung Nr. 024

2025.FPI.0070: Antrag 2	
Ablehnung	
Ja	12
Nein	60
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wir kommen jetzt zum Antrag Nummer 3 der FDP und stimmen ab.

Antrag 3
FDP
Budget BSS 300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations_und_Rassismusfragen: Das Globalbudget ist um Fr. 20'000 zu reduzieren, indem auf die Stellenaufstockung des Stv. Generalsekretärs verzichtet wird.

Abstimmung Nr. 025

2025.FPI.0070: Antrag 3	
Ablehnung	
Ja	17
Nein	56
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen jetzt zum Antrag Nummer 4 der SVP und stimmen ab.

Antrag 4
SVP
Planjahr BSS 300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations-_und_Rassismusfragen: Für die im AFP-Planjahr 2028-2030 eingestellten Beiträge für Sans Papiers (36360383) ist zu verzichten (S.12 Anhang).

Abstimmung Nr. 026

2025.FPI.0070: Antrag 4

Ablehnung

Ja	12
Nein	60
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen jetzt zum Antrag Nummer 5 der GB-JA!-Fraktion.

Antrag 5
GB/JA
Budget BSS 310_Sozialamt: Der Globalkredit ist um Fr. 588'000 zu erhöhen, um die Fallbelastung im Sozialdienst auf 80 Fälle pro 100% Stelle zu senken.

Abstimmung Nr. 027

2025.FPI.0070: Antrag 5

Annahme

Ja	44
Nein	28
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 5 wurde angenommen. Wir kommen jetzt zum Antrag Nummer 6, Dominique Hodel, Ueli Jaisli, Alexander Feuz.

Antrag 6
Domique Hodel (SP), Ueli Jaisli (SVP), Alexander Feuz (SVP)
Budget BSS 310_Sozialamt: Die Stadt zahlt Emmaus Bern, Brockenhaus und soziale Gemeinschaft einen Beitrag von Fr. 12‘000.

Abstimmung Nr. 028

2025.FPI.0070: Antrag 6

Ablehnung

Ja	11
Nein	61
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ihr habt es gehört: Der Antrag Nummer 7 der AL-PdA-TIF-Fraktion wurde zurückgezogen.

Antrag 7 zurückgezogen
AL/PdA/TIF
Budget BSS 310_Sozialamt: Der Globalkredit ist um Fr. 10'000'000 zu erhöhen.

Präsidentin: Jetzt kommen wir zum Antrag Nummer 38 der FDP.

Antrag 38
FDP
Budget BSS 310_Sozialamt: Die Stellenaufstockung aus dem Jahr 2026 für Citysoftnet sei rückgängig zu machen und die entsprechenden Stellen für Fachapplikationsbetreuende und zur Haltung des Leistungsniveaus im Sozialdienst von insgesamt Fr. 2.055 Mio. seien zu streichen.

Abstimmung Nr. 029

2025.FPI.0070: Antrag 38	
Ablehnung	
Ja	17
Nein	47
Enthalten	10

Präsidentin: Der Antrag Nummer 38 wurde abgelehnt. Wir kommen wieder zurück zum Antrag Nummer 8 GB-JA!

Antrag 8
GB/JA
Planjahr BSS 310_Sozialamt: In den Planjahren 2028-2031 sind jeweils Fr. 588'000 einzustellen, um die Fallbelastung im Sozialdienst auf 80 Fälle pro 100% Stelle zu senken.

Abstimmung Nr. 030

2025.FPI.0070: Antrag 8	
Annahme	
Ja	46
Nein	27
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag Nummer 9, Dominique Hodel, Ueli Jaisli und Alexander Feuz, und stimmen ab.

Antrag 9
Domique Hodel (SP), Ueli Jaisli (SVP), Alexander Feuz (SVP)
Planjahr BSS 310_Sozialamt: Die Stadt stellt für Emmaus Bern, Brockenhaus und soziale Gemeinschaft in den Planjahren 2028-2031 jährlich einen Beitrag von Fr. 12‘000.00 ein.

Abstimmung Nr. 031

2025.FPI.0070: Antrag 9	
Ablehnung	
Ja	9
Nein	63
Enthalten	2

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag Nummer 10 der FDP wurde zurückgezogen. Wir kommen jetzt zum Antrag 39 der GLP-EVP-Fraktion und stimmen ab.

Antrag 39
GLP/EVP
Planjahr BSS 310_Sozialamt: Die durch die Einführung von CitySoftnet befristet erforderlichen zusätzlichen Stellen sind im Rahmen der natürlichen Fluktuation schrittweise abzubauen, sobald die Stabilisierung und Effizienzsteigerung der Fallbearbeitung dies zulassen.

Abstimmung Nr. 032

2025.FPI.0070: Antrag 39

Ablehnung

Ja	31
Nein	41
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag Nummer 39 wurde abgelehnt. Wir kommen jetzt zu den Anträgen 11 und 12, die wir einander gegenüberstellen werden. Wir werden den Antrag 11 für 300'000 Franken dem Antrag Nummer 12 für 420'000 Franken gegenüberstellen. Wer für den Antrag Nummer 11 ist, drückt Rot, wer für den Antrag Nummer 12 ist, drückt Grün.

Antrag 11
GFL, AL/PdA/TIF
Budget BSS 320_Schulamt: Der Globalkredit wird um CHF 300'000 erhöht, damit allen Stadtberner Schulklassen eine Landschul- oder Wanderwoche als garantiertes Lagererlebnis im Zyklus 2 oder 3 (3. bis 9. Klasse) ermöglicht werden kann.

Antrag 12
GFL, AL/PdA/TIF
Budget BSS 320_Schulamt: Der Globalkredit wird um Fr. 420'000 erhöht. Mit den zusätzlichen Mitteln soll allen Stadtberner Schulklassen ein frei wählbares, garantiertes Lagererlebnis im Zyklus 2 oder 3 (3. bis 9. Klasse) ermöglicht werden.

Abstimmung Nr. 033

2025.FPI.0070: Antrag 12 vs. Antrag 11

Antrag 11 obsiegt

Ablehnung

Ja	24
Nein	48
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag Nummer 11 obsiegt. Wir werden jetzt über den obsiegenden Antrag abstimmen. Wer den 300'000 Franken zustimmen möchte, stimmt jetzt darüber ab.

Abstimmung Nr. 034

2025.FPI.0070: Antrag 11

Ablehnung

Ja	16
Nein	56
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag Nummer 11 wurde abgelehnt. Wir kommen jetzt zu den Anträgen 13 und 14; 13 von der FDP und 14 von der SBK. Auch diese werden wir einander gegenüberstellen. Wer dem Antrag der FDP zustimmen möchte, drückt Rot, wer dem Antrag der SBK zustimmen möchte, drückt Grün.

Antrag 13
FDP
Budget BSS 320_Schulamt: Das Globalbudget ist um Fr. 0.75 Millionen zu reduzieren, indem nicht nur auf einen Ausbau des Betreuungsschlüssels verzichtet wird, sondern auch eine Reduktion in Richtung kantonales Niveau erfolgt, so dass tatsächlich Geld eingespart wird.

Antrag 14
SBK
Budget BSS 320_Schulamt Der Globalkredit ist um 750'000 Fr. zu erhöhen, damit der Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung wie geplant auf 1:6 ausgebaut werden kann. Es gibt keine Sistierung des Ausbaus des Betreuungsschlüssels.

Abstimmung Nr. 035

2025.FPI.0070: Antrag 14 vs. Antrag 13

Antrag 14 obsiegt

Annahme

Ja	46
Nein	26
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag der SBK obsiegt. Wir werden jetzt über den obsiegenden Antrag der SBK abstimmen.

Abstimmung Nr. 036

2025.FPI.0070: Antrag 14

Annahme

Ja	40
Nein	32
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag der SBK so zugestimmt. Wir kommen jetzt zum Antrag Nummer 15 der FDP und stimmen ab.

Antrag 15
FDP
Budget BSS 320_Schulamt: Sistierung Stellenaufstockung in der Tagesbetreuung. Das Budget ist um Fr. 550 000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 037

2025.FPI.0070: Antrag 15

Ablehnung

Ja	26
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 15 wurde abgelehnt. Der Antrag Nummer 16 der SVP wurde zurückgezogen.

Antrag 16 zurückgezogen
SVP
Budget BSS 320_Schulamt: Der Globalkredit ist um Fr. 200'000 zu reduzieren. Die Umsetzung des Ziels "Sicherstellen nachhaltiger, regionaler und saisonaler Ernährung" ist mit weniger Ressourcen umzusetzen.

Präsidentin: Darum kommen wir jetzt zum Antrag Nummer 17 der SBK und stimmen darüber ab.

Antrag 17
SBK
Budget BSS 320_Schulamt: Der Globalkredit ist um 40'000 zu erhöhen, um den niederschwelligen Deutschkurs im Weyerli weiterzuführen.

Abstimmung Nr. 038

2025.FPI.0070: Antrag 17

Annahme

Ja	46
Nein	26
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 17 wurde so angenommen. Wir kommen jetzt zum Antrag Nummer 18 der SBK und stimmen ab.

Antrag 18
SBK
Budget BSS 320_Schulamt: Der Globalkredit ist um CHF 50'000 zu erhöhen, um die Sachkosten der Schulen an die steigenden Schüler*innenzahlen anzupassen.

Abstimmung Nr. 039

2025.FPI.0070: Antrag 18

Annahme

Ja	41
Nein	32
Enthalten	1

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zu den Anträgen 19 und 20, die wir ebenfalls gegenüberstellen werden. Wer dem Antrag 19 zustimmen möchte, drückt Rot, wer dem Antrag Nummer 20 zustimmen möchte, drückt Grün. Wir stimmen ab.

Antrag 19
GFL, AL/PdA/TIF
Planjahr BSS 320_Schulamt: Der Globalkredit ist in den Planjahren 2028-2030 um CHF 300'000 zu erhöhen, damit allen Stadtberner Schulklassen eine Landschul- oder Wanderwoche als garantiertes Lagererlebnis im Zyklus 2 oder 3 (3. bis 9. Klasse) ermöglicht werden kann.

Antrag 20
GFL, AL/PdA/TIF
Planjahr BSS 320_Schulamt: Der Globalkredit ist in den Planjahren 2028-2031 um CHF 420’000 zu erhöhen, damit allen Stadtberner Schulklassen ein frei wählbares, garantiertes Lagererlebnis im Zyklus 2 oder 3 (3. bis 9. Klasse) ermöglicht wird.

Abstimmung Nr. 040

2025.FPI.0070: Antrag 20 vs. Antrag 19

Antrag 19 obsiegt

Ablehnung

Ja	14
Nein	59
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 19 obsiegt. Wir werden jetzt über den obsiegenden Antrag Nummer 19 über 300'000 Franken abstimmen.

Abstimmung Nr. 041

2025.FPI.0070: Antrag 19

Annahme

Ja	45
Nein	26
Enthalten	3

Präsidentin: Der Antrag über 300'000 Franken wurde so angenommen. Wir kommen jetzt zu den Anträgen 21 und 22, die wir ebenfalls gegenüberstellen werden. Wer dem Antrag der SBK zustimmen möchte, drückt Rot, wer dem Antrag Nummer 22 der SBK-Minderheit zustimmen möchte, drückt Grün.

Antrag 21
SBK
Planjahr BSS 320_Schulamt Der Globalkredit ist in den Planjahren 2028-2031 um 750'000 Fr. zu erhöhen, damit der Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung wie geplant auf 1:6 ausgebaut werden kann. Es gibt keine Sistierung des Ausbaus des Betreuungsschlüssels.

Antrag 22
SBK-Minderheit
Planjahr BSS 320_Schulamt: Der ursprünglich geplante Betreuungsschlüssel von 1:6 ist aufgrund der angespannten finanziellen Situation und der damit verbundenen erheblichen Mehrkosten derzeit nicht finanzierbar. Mit einem Betreuungsschlüssel von 1:8 soll eine finanziell tragbare, langfristig gesicherte und dennoch qualitativ angemessene Betreuung ermöglicht werden.

Abstimmung Nr. 042

2025.FPI.0070: Antrag 22 vs. Antrag 21

Antrag 21 obsiegt

Ablehnung

Ja	32
Nein	41
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag der SBK obsiegt. Wir werden jetzt über den obsiegenden Antrag der SBK abstimmen.

Abstimmung Nr. 043

2025.FPI.0070: Antrag 21

Annahme

Ja	40
Nein	31
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag der SBK wurde so angenommen. Wir kommen zum Antrag 23 der SVP und stimmen ab.

Antrag 23
SVP
Planjahr BSS 320_Schulamt: Auf die externe Zubereitung (cook and chill) ist wenn immer möglich zu verzichten und es sei wieder frisch vor Ort zu kochen.

Abstimmung Nr. 044

2025.FPI.0070: Antrag 23	
Ablehnung	
Ja	10
Nein	63
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag 23 wurde so abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 24 der SBK und stimmen ab.

Antrag 24
SBK
Planjahr BSS 320_Schulamt: In den Globalkrediten der Planjahre 2028-2031 sind je CHF 40'000 aufzunehmen, um den niederschwelligen Deutschkurs im Weyerli weiterzuführen.

Abstimmung Nr. 045

2025.FPI.0070: Antrag 24	
Annahme	
Ja	47
Nein	27
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag 25 der SBK und stimmen ab.

Antrag 25
SBK
Planjahr BSS 320_Schulamt: In den Globalkrediten der Planjahre 2028-2031 sind für die Anpassung der Sachkosten der Schulen an die steigenden Schüler*innenzahlen entsprechende Beträge einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 046

2025.FPI.0070: Antrag 25	
Annahme	
Ja	41
Nein	32
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag 26 der SBK und stimmen ab.

Antrag 26
SBK
Budget BSS 330_Familie_und_Quartier_Stadt_Bern: Der Globalkredit ist um 15'416 Fr. für die Miete Ersatzbau Kindertreff Mali (ab Mai 2027) zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 047

2025.FPI.0070: Antrag 26

Annahme

Ja	41
Nein	32
Enthalten	0

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag 27 der SBK.

Antrag 27
SBK
Budget BSS 330_Familie_und_Quartier_Stadt_Bern: Der Globalkredit ist um 78'000 Fr. für den Ausbau mobiler Kindertreff JoJo zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 048

2025.FPI.0070: Antrag 27

Annahme

Ja	41
Nein	32
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag 28 der SBK und stimmen ab.

Antrag 28
SBK
Budget BSS 330_Familie_und_Quartier_Stadt_Bern: Im Globalbudget sind zusätzlich Fr. 15'000.- einzustellen um den jährlichen Beitrag für die Junge Bühne Bern von Fr. 65'000.- auf Fr. 80'000.- zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 049

2025.FPI.0070: Antrag 28

Annahme

Ja	48
Nein	26
Enthalten	0

Präsidentin: Antrag 28 wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag 29 ab.

Antrag 29
SBK
Planjahr BSS 330_Familie_und_Quartier_Stadt_Bern: In den Globalkrediten der Planjahre 2028–2031 ist je Fr. 23'124 für die Miete des Kindertreffs Mali einzustellen.

Abstimmung Nr. 050

2025.FPI.0070: Antrag 29	
Annahme	
Ja	42
Nein	32
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag Nummer 30 der SBK und stimmen ab.

Antrag 30
SBK
Planjahr BSS 330_Familie_und_Quartier_Stadt_Bern: In den Globalkrediten der Planjahre 2028–2031 ist je Fr. 78'000 für den Ausbau mobiler Kindertreff JoJo einzustellen.

Abstimmung Nr. 051

2025.FPI.0070: Antrag 30	
Annahme	
Ja	41
Nein	32
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag 31 der SBK und stimmen ab.

Antrag 31
SBK
Planjahr BSS 330_Familie_und_Quartier_Stadt_Bern: Im den Planjahren 2028-2031 ist ein jährlicher Beitrag für die Junge Bühne Bern von 80'000.- einzustellen.

Abstimmung Nr. 052

2025.FPI.0070: Antrag 31	
Annahme	
Ja	49
Nein	23
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag Nummer 32 der SBK und stimmen ab.

Antrag 32
SBK
Budget BSS 370_Gesundheitsdienst: Im Budget sind CHF 250'000 für die Weiterentwicklung Frühförderung Stadt Bern einzustellen.

Abstimmung Nr. 053

2025.FPI.0070: Antrag 32

Annahme

Ja	46
Nein	27
Enthalten	0

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag 33 der SBK und stimmen ab.

Antrag 33
SBK
Budget BSS 370_Gesundheitsdienst: Im Globalkredit sind Fr. 40'000.- für das Angebot "Digitales Gleichgewicht" an besonders belasteten Schulen einzustellen, um dieses wie geplant im Jahresrhythmus anbieten zu können.

Abstimmung Nr. 054

2025.FPI.0070: Antrag 33

Annahme

Ja	46
Nein	25
Enthalten	3

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen jetzt zum Antrag 34 der GB-JA!

Antrag 34
GB/JA
Budget BSS 370_Gesundheitsdienst: Der Globalkredit ist um Fr. 36'000 zu erhöhen für die Einrichtung einer Fachkommission für Menschen mit Behinderungen

Abstimmung Nr. 055

2025.FPI.0070: Antrag 34

Annahme

Ja	42
Nein	30
Enthalten	2

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag Nummer 35 der SBK und stimmen ab.

Antrag 35
SBK
Planjahr BSS 370_Gesundheitsdienst: In den Planjahren 2028-2031 sind jeweils 250'000 CHF für die Weiterentwicklung Frühförderung Stadt Bern einzustellen.

Abstimmung Nr. 056

2025.FPI.0070: Antrag 35	
Annahme	
Ja	46
Nein	25
Enthalten	3

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen zum Antrag 36 der SBK und stimmen ab.

Antrag 36
SBK
Planjahr BSS 370_Gesundheitsdienst: In den Planjahren 2028-2031 sind 40'000.- für das Angebot "Digitales Gleichgewicht" an besonders belasteten Schulen einzustellen, um dieses wie geplant im Jahresrhythmus anbieten zu können.

Abstimmung Nr. 057

2025.FPI.0070: Antrag 36	
Annahme	
Ja	45
Nein	24
Enthalten	3

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Wir kommen jetzt zum letzten Antrag bei der BSS, zum Antrag Nummer 37 der GB-JA!-Fraktion. Wir stimmen ab.

Antrag 37
GB/JA
Planjahr BSS 370_Gesundheitsdienst: In den Planjahren 2028-2031 sind jeweils Fr. 50'000 einzustellen für die Einrichtung einer Fachkommission für Menschen mit Behinderungen.

Abstimmung Nr. 058

2025.FPI.0070: Antrag 37	
Annahme	
Ja	43
Nein	28
Enthalten	3

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Das waren alle Anträge bei der BSS. Wir sind somit mit dieser Direktion durch und wir wären ready für die Pause. Ihr habt es gehört: In der Halle unten gibt es noch Getränke und Snacks. Bedient euch, sammelt Energie. Und dann sehen wir uns um 17 Uhr wieder.

Schluss der Sitzung: 16.34 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin	für das Protokoll
X	X
Jelena Filipovic	Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Janina Aeberhard	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Nadine Aebischer	Georg Häsler	Roger Nyffenegger
Timur Akçasayar	Dominique Hodel	Cemal Özçelik
Debora Alder-Gasser	Thomas Hofstetter	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Stephan Ischi	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Monique Iseli	Ronja Rennenkampff
Gourab Bhowal	Seraphine Iseli	Simone Richner
Lea Bill	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
David Böhner	Anna Jegher	Judith Schenk
Jacqueline Brügger	Raffael Joggi	Lukas Schnyder
Michael Burkard	Nora Joos	Lea Schweri
Carola Christen	Raphaël Karlen	Tobias Sennhauser
Laura Curau	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Andreas Egli	Ingrid Kissling-Näf	Michelle Steinemann
Nik Eugster	Mirjam Läderach	Ursula Stöckli
Damian Fenner	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Alexander Feuz	Christoph Leuppi	Sebâ Topuz
Dominik Fitze	Corina Liebi	Raphaela Tschümperlin
Seraina Flury	Nicolas Lutz	Johannes Wartenweiler
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Lukas Wegmüller
Franziska Geiser	Salome Mathys	Béatrice Wertli
Helin Genis	Esther Meier	Janosch Weyermann
Thomas Glauser	Matteo Micieli	Karel Ziehli
Evelyne Grieb	Szabolcs Mihàlyi	Vera Zotter
Simon Gyger	Tanja Miljanović	

Stadtrat entschuldigt

Oliver Berger	Maurice Lindgren	Michael Ruefer
Nora Krummen	Niklaus Mürner	

2025.FPI.0070

2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft

Präsidentin: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmt bitte Platz, wir sind beschlussfähig. Ich habe euch vor Beginn der Sitzung einen Rücktritt angekündigt, daher werde ich euch als erstes das Rücktrittsschreiben vorlesen:
"Nach 12 Jahren im Berner Stadtrat ist für mich der Zeitpunkt gekommen, mein Mandat niederzulegen. Ich tue dies mit grosser Dankbarkeit für eine intensive und bereichernde Zeit, in der ich die Entwicklung unserer Stadt mitgestalten durfte. Politik war für mich immer dann besonders befriedigend, wenn sie konkret Wirkung entfaltete. Als Ökonomin lag mir dabei die Finanzpolitik besonders am Herzen. Als Präsidentin der Finanzkommission durfte ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen über die Parteigrenzen hinweg an der finanzpolitischen Wende mitarbeiten. Das ausgeglichene Budget 2025 und die Neuregelungen der Finanzkompetenzen waren für mich die wichtigsten Meilensteine, denn solide Finanzen sind kein Selbstzweck. Sie schaffen den Handlungsspielraum, damit eine Stadt investieren und die Zukunft gestalten kann.
Ebenso wichtig waren mir die Klima- und Umweltpolitik und eine nachhaltige Stadtentwicklung. Dass Bern heute über ein fortschrittliches Klimareglement verfügt, freut mich besonders. Bereits früher durfte ich als Präsidentin der Agglomerationskommission dazu beitragen, die wirtschaftliche Entwicklung und die Rolle Berns als Zentrum einer starken Region stärker ins politische Bewusstsein zu rücken.
Und manchmal wird Politik ganz konkret: Seit meinen ersten Jahren im Stadtrat habe ich mich mit verschiedenen Vorstössen für das Marzili eingesetzt. Dass dieses für Bern einzigartige Bad nun endlich umfassend saniert und für die kommenden Generationen erhalten wird, freut mich deshalb auch ganz persönlich.
Immer wieder zu grosser Erheiterung in meinem Freundeskreis führt die Erwähnung des Baus des Berner Bootshafens, der Bootshafen für Gummiboote für 6 Mio. Franken, den ich als überzeugte Aare-Schwimmerin abgelehnt habe und angesichts der bestehenden Nutzungskonflikte weiterhin als problematisch erachte.
Schmerzlicher war für mich die Ablehnung der Fusion mit Ostermundigen, die ein grosser "Boost" für die Berner Entwicklung hätte werden können. Freuen kann ich mich aber weiterhin über die jährliche Erhebung der Wirtschaftskraft, die ich in der Agglomerationskommission damals lancieren durfte, und die zeigt, dass Bern ein wichtiger Motor in der Region bleibt.
Was mir aus diesen 12 Jahren besonders bleibt, ist die Erfahrung, dass gute Lösungen häufig dort entstehen, wo Menschen bereit sind, über politische Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten, zuzuhören und um die Sache zu ringen. Nun ist es Zeit, [Platz] für neue Menschen und neue Ideen zu machen.
Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, dem Gemeinderat, den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und meiner Fraktion herzlich für das Vertrauen, die Zusammenarbeit und die vielen engagierten Debatten. Ich wünsche Bern weiterhin den Mut, Wandel und Transformation aktiv zu gestalten: sozial, ökologisch verantwortlich, innovativ und finanziell vorausschauend. Es bleibt meine Überzeugung, dass Städte ein Labor für die Zukunft sind, die den Wandel und eine resiliente Stadtentwicklung treiben sollen.
Es war mir eine grosse Freude und Ehre, während 12 Jahren einen Beitrag dazu leisten zu dürfen.
Ingrid Kissling-Näf."
Applaus im Saal.

Ingrid Kissling-Näf aus der SP-Fraktion ist seit dem 14. August 2014 Mitglied unseres Stadtrats. Ihre Funktionen im Rat während ihrer 12 Jahre waren vielfältig. Ab 2023 war sie Mitglied der Finanzkommission der FIKO und bekleidete 2025 das Amt der Präsidentin. Von 2020 bis 2022 gehörte sie der Aufsichtskommission an, davor war Ingrid von 2015 bis 2020 Mitglied der Agglomerationskommission, deren Präsidentin sie 2017 war. Zudem wirkte sie von 2019 bis 2021 in der Sonderkommission Projekt Neue Stadtverwaltung Bern 2022 (NSB 22) mit.
Ingrid hat 27 Vorstösse als Erstunterzeichnete eingereicht und sage und schreibe 220 weitere mitunterzeichnet. Die Bandbreite ihrer Themen zeigt ihr breites Interesse. Sie beschäftigte sich mit der Areal- und Raumentwicklung, mit der wirtschaftlichen Entwicklung, mit der digitalen Transformation unserer Verwaltung und nicht zuletzt mit dem Umbau und der Renovation des Marzili-Bads, obwohl sie sich als überzeugte Aareschwimmerin gegen den Gummibootsteg eingesetzt hatte – das habt ihr ja in ihren Abschiedsworten gehört. Ganz eine Ökonomin mit Fokus auf konkrete Wirkung.
Ich habe dich, Ingrid, als eine engagierte und parteiübergreifend kollegiale Mitstreiterin erlebt, die nicht nur klare Visionen für die Stadt Bern hatte, sondern sich auch für deren konkrete Umsetzung eingesetzt hat, wie beispielsweise zu dem ausgeglichenen Budget 2025. Ich bin also sehr gespannt, wie das Budget 2027 heute Abend aussieht und ob wir diese finanzpolitische Wende weitertragen werden.
Im Namen des Stadtrats danke ich dir ganz herzlich für deine geleistete Arbeit für die Demokratie und wünsche dir für deine Zukunft alles Gute. Herzlichen Dank.
Wir sind vor der Pause bei der Detailberatung des AFP 2027-2030 mit dem Budget stehen geblieben, und zwar bei der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS). Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Nicolas Lutz und Seraina Flury.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Kommission: Im Rahmen der Delegationsbesuche und auch im Rahmen der Kommission haben wir einen vertieften Einblick bekommen, was eigentlich die Aufgaben sind. Ich werde vor allem über Tiefbau Stadt Bern, Geoinformation und auch Entsorgung und Recycling, Sonderrechnung und Stadtentwässerung sprechen – die letzten beiden sind aber in einer Sonderrechnung [ausgewiesen].
Es wurde einmal mehr deutlich: Viele städtische Leistungen sind für uns im Alltag selbstverständlich, ihre Erbringung ist es aber nicht. Das ist beispielsweise bei der Abfallentsorgung, der Reinigung des öffentlichen Raumes der Fall. Hinter einer sauberen Stadt stehen Personal, Fahrzeuge, Infrastruktur und auch betriebliche Kosten. Und dort möchte ich nicht nur den Direktionen danken für den Einblick, sondern auch all den Menschen, die tagtäglich diese Stadt sauber halten, funktionsfähig halten und die eben oft arbeiten, wenn wir alle im Bett sind oder gerade aufstehen.
Nun zum Budget: Ein wichtiger Punkt in diesem Ganzen sind natürlich Infrastrukturkosten, und ihr seht das auch in den Anträgen, in denen die PVS mehr Geld will für Strassen, mehr Geld will für Klimaanpassungsmassnahmen. Ein weiterer wichtiger Punkt sind auch Dinge, die wir bestellen. Wir machen neue Projekte und das betrifft vor allem das Tiefbauamt direkt. Man baut zum Beispiel einen neuen Lift, und dieser muss dann auch unterhalten werden. Es braucht ein Service-Abonnement, aber diese Kosten dafür sind in den Beträgen, die wir gesprochen haben, noch nicht wirklich drin und das ist teilweise relativ schwierig.
Ihr seht das auch in den Anträgen: Die PVS beantragt dort mehr Geld für Strassen und vor allem auch mehr Geld für die Klimaanpassungsmassnahmen. Und, was glaube ich wichtig ist, ist ein weiterer Antrag, der verlangt, dass diese Anschaffungskosten in diesem Bereich in Zukunft budgetiert werden müssen. Ich übergebe jetzt an Seraina. Merci.

Seraina Flury (GLP) für die Kommission: Danke, Nicolas, für den ersten Teil. Ich fokussiere jetzt auf die Direktionsstabdienste sowie die Dienststellen Stadtgrün und Verkehrsplanung. Auch ich möchte mich im Namen der Kommission und der Delegation herzlich für deren engagierte Arbeit bedanken. Die Beratungen haben einmal mehr gezeigt, mit welchen Herausforderungen die Dienststellen täglich konfrontiert sind.
Stadtgrün budgetiert ähnlich hoch wie im Vorjahr. Die Kommission fokussierte in der Diskussion auf die Umsetzung des Klimaanpassungsreglements – Nicolas hat es erwähnt – und des neuen Biodiversitätskonzepts, auf die Auswirkung des Hitzesommers 2026, der noch sehr präsent ist, sowie auf den Umgang mit den Investitionsfolgekosten. Die Kommissionsmehrheit kommt darum zum Schluss, dass zusätzliche Mittel für die Baumkontrolle und die Baumpflege gerechtfertigt sind. Sie beantragt daher, die ursprünglich vorgesehenen Mittel, die der Gemeinderat aus einer gesamtheitlichen Priorisierung ins Jahr 2028 verschoben hatte, wieder im Budget 2027 einzustellen.
Ein weiteres Thema war die Frage der Investitionsfolgekosten. Die Kommission diskutierte ausführlich darüber, dass Betrieb und Unterhalt neuer Anlagen zwar bereits bei Investitionsgeschäften ausgewiesen werden, ihre Finanzierung jedoch teilweise verschoben wird. Die Mehrheit beantragt deshalb, auch bei Stadtgrün, sämtliche Investitionsfolgekosten wieder in Budget und Finanzplan aufzunehmen. Nur eine Minderheit der Kommission hingegen unterstützt den frankenscharfen Antrag, die Investitionsfolgekosten von 131'000 Franken im Globalbudget von Stadtgrün einzustellen.
In der Verkehrsplanung fallen hauptsächlich wegen des steigenden Gemeindeanteils am öffentlichen Verkehr höhere Aufwände an. Die Kommissionsmehrheit anerkennt, dass gerade komplexe Projekte, die die Abstimmung mit Bund, Kanton und Region brauchen, dass da genügend Personal drin sein muss. Deshalb unterstützt die Mehrheit die frühere Schaffung einer Projektleitungsstelle für Velostationen, um die Veloparkierung im Umfeld des Bahnhofs voranzubringen.
Ein weiterer Schwerpunkt betrifft die Transparenz der Zielerreichung. Die Mehrheit beantragt zusätzliche Leistungsindikatoren im AFP zur Entwicklung von Begegnungszonen und Velorouten nach städtischen Standards. Die Kommissionsminderheit hingegen würdigte die fachlichen Anliegen hinter vielen dieser Anträge, kam jedoch zu einer anderen finanzpolitischen Bewertung. Zusätzliche Ausgaben sollten aus ihrer Sicht nur mit entsprechenden Kompensationen beschlossen werden – das wird in den Minderheitsanträgen deutlich. Schliesslich bleibt die rechtliche Situation bei den Parkkartengebühren und Anwohnerparkkarten offen. Hier stehen die Entscheide noch aus, mit einer Inkraftsetzung ist nicht mehr 2026, sondern 2027 zu rechnen – so hoffen wir. Daher beantragt eine Minderheit, die Erträge um 1,8 Mio. Franken zu reduzieren.
Insgesamt zeigten die Beratungen in der Kommission weniger unterschiedliche Auffassungen über die Notwendigkeit der Massnahmen, sondern eher über den Zeitpunkt. Das zeigte sich auch in der Schlussabstimmung zum so ergänzten Budget der TVS. Die Kommission nahm es mit 4 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen mit 3 Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis.

Präsidentin: Du kannst auch gerne das Fraktionsvotum gleich anhängen.

Seraina Flury (GLP) für die Fraktion: Im Namen der GLP-EVP-Fraktion möchte ich mich ebenfalls bei der TVS für die geleistete Arbeit bedanken. Wir spüren und anerkennen die Anstrengung des zuständigen Gemeinderats und der Verwaltung, innerhalb der finanziell engen Rahmenbedingungen die Aufgaben zu priorisieren und ein ausgeglichenes Budget vorzulegen.

Auch wir als Fraktion haben um unsere Haltung gerungen. Wir wünschen uns mehr finanziellen Spielraum, um in die Zukunft unserer Stadt zu investieren. Wir brauchen Mittel für wichtige und dringende Massnahmen in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung. Gerade weil diese Herausforderungen in den kommenden Jahren zunehmen werden, müssen wir sorgfältig mit den verfügbaren Ressourcen umgehen. Wir bedauern deshalb, dass die links-grüne Mehrheit im Stadtrat einen grossen Teil des sehr kleinen finanziellen Spielraums für den Ausbau sozialer Leistungen einsetzt, obwohl diese in unserer Einschätzung bereits auf einem sehr hohen Niveau liegen.
Für uns ist schwer nachvollziehbar, wie das als Bewahrung – und ich zitiere – "Bewahrung des langfristigen Handlungsspielraums" bezeichnet werden kann. Die bisherigen Entscheide führen dazu, dass die finanzielle Belastung künftiger Generationen weiter zunehmen wird. Damit hinterlassen wir unseren Nachkommen nicht nur grosse ökologische Herausforderungen, sondern auch einen engeren finanzpolitischen Handlungsspielraum. Zähneknirschend lehnen wir deshalb die meisten Anträge für zusätzliche Ausgaben ab, auch wenn wir einzelne Anliegen durchaus inhaltlich nachvollziehen können.
Zu den Anträgen: Den Antrag 2 der FDP zum Verzicht auf den Beitrag für das Veloverleihsystem unterstützen wir. Das Angebot steht der gesamten Bevölkerung offen, eine besondere Subventionierung ausschliesslich für Mitarbeitende der Stadt Bern erachten wir nicht als gerechtfertigt. Ebenfalls unterstützen wir den Antrag 5 der PVS-Minderheit zur Reduktion der budgetierten Erträge um 1,8 Mio. Franken. Angesichts der unsicheren Realisierung erachten wir diese Korrektur als sachgerecht.
Schliesslich unterstützen wir die Anträge 10 und 23: Investitionsfolgekosten für Betrieb und Unterhalt sollen ab ihrer Entstehung konsequent im Budget und in den Planjahren ausgewiesen werden. Bei Antrag 26 der SVP und von Michael Burkard von der GFL werden wir uns enthalten. Wir haben Verständnis für die Kritik am Veloverleihsystem, insbesondere nach dem Verkauf von PubliBike an eine englische Investorengruppe und angesichts der wiederkehrenden Qualitätsprobleme. Gleichzeitig bezweifeln wir, ob ein Verzicht auf den Betriebsbeitrag unter den geltenden vertraglichen Rahmenbedingungen überhaupt möglich ist.
Insgesamt bleibt für uns entscheidend, dass die Stadt ihre knappen Mittel künftig konsequenter auf Zukunftsinvestitionen ausrichtet und damit den finanziellen Handlungsspielraum für kommende Generationen sichert.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Nora Joos für die GB-JA!-Fraktion.

Nora Joos (JA) für die Fraktion: Der Klimawandel und die Biodiversitätskrise lassen sich nicht wegsparen. Was wir heute nicht investieren, wird uns morgen mehr kosten. Liebe Anwesende, von mir und der GB-JA!-Fraktion ein herzlicher Dank an die Direktion TVS für eure wertvolle Arbeit, sowohl im vergangenen wie auch im kommenden Jahr.
In der Stadt Bern läuft viel. Wir verdichten unsere Stadt, die Bevölkerung wächst. Und gleichzeitig stehen wir vor zwei grossen Herausforderungen: dem Klimawandel und dem Biodiversitätsverlust, zwei Krisen, die sich nicht wegsparen lassen. Die Klimakrise ist definitiv angekommen. Weltweit kommt eine Klimakatastrophe nach der anderen, auch bei uns. Der Hitzesommer zeigt, was die Klimaerwärmung für die Menschen unserer Stadt konkret bedeutet.
Auch der Biodiversitätsverlust schreitet weiter voran. Wir kennen uns mittlerweile fast besser mit invasiven Arten wie Goldrute oder der Japankäfer aus als mit den Arten, die aus unserer Stadt verschwinden. Und was macht der Gemeinderat? Er verschiebt die Finanzierung wichtiger Massnahmen gegen diese zwei Krisen einmal mehr um ein Jahr.

An dieser Stelle habe ich ein Déjà-vu und ich hoffe, ich bin nicht die einzige, denn genau dasselbe haben wir bereits im letzten Budget erlebt. Auch im Budget 2026 wurden wichtige Investitionen in Klima und Biodiversität vom Gemeinderat auf später verschoben. Mit dem Verweis: 2027 werden die Ressourcen eingestellt. Und nun passiert es erneut, teilweise werden Massnahmen nicht nur verschoben, sondern sogar gekürzt. Die GB-JA!-Fraktion akzeptiert diesen Leistungsabbau nicht, denn diese kurzfristige Sparlogik ist nicht nur ökologisch falsch, sondern auch finanziell kurzsichtig. Was wir heute nicht investieren, wird uns morgen mehr kosten.
Schauen wir uns jetzt genau an, wo wir im Budget konkret keinen Abbau wollen. Der erste Bereich: Klimaanpassung. Spätestens nach diesem Hitzesommer ist klar, wir müssen unsere Stadt klimaresilienter machen. Dafür haben wir im Klimaanpassungsreglement (KAR) einen klaren Zielwert für klimawirksame Flächen. Ein Teil dieser Flächen kann mit laufenden Projekten erreicht werden. Für den anderen Teil fehlt erneut Geld im Budget. Das ist angesichts dieses Hitzesommers nicht nachvollziehbar. Keine Gelder für das KAR einzuplanen, ist keine verantwortungsvolle Klimapolitik.
Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass entsiegelte Flächen und neue Grünräume auch gepflegt und unterhalten werden müssen. Und damit komme ich zum nächsten Thema, dem Unterhalt. Bei neuen Investitionen entstehen zusätzliche Kosten für Betrieb und Unterhalt. Diese werden im Budget nicht automatisch berücksichtigt. Diese Gelder nicht automatisch einzustellen, ist Blödsinn. Entweder müssen die Mitarbeitenden von Tiefbau oder Stadtgrün jedes Jahr mit den bestehenden Ressourcen noch mehr leisten oder die getätigten Investitionen verlieren an Wert durch zu wenig Betrieb und Unterhaltsarbeiten. Die GB-JA!-Fraktion fordert, dass automatisch alle neuen Investitionsfolgekosten eingestellt werden. Beim Betrieb und Unterhalt zu kürzen, funktioniert langfristig nicht. Das heutige Kürzen erhöht den morgigen Nachholbedarf – oder in anderen Worten: Was wir heute nicht investieren, wird uns morgen mehr kosten.
Ein perfektes Beispiel dafür ist der Unterhalt unserer Strassen. Die dafür nötigen Mittel wurden in den vergangenen Jahren immer wieder hinausgeschoben. Entsprechend konnte die Infrastruktur nicht im notwendigen Umfang unterhalten werden und unsere Strassen sind in einem schlechten Zustand. Für 2027 war die Finanzierung ursprünglich vorgesehen, nun fällt sie erneut heraus. Gestern oder heute kam die Medienmitteilung, dass die Strassensanierung mit einem Rahmenkredit abgedeckt werden soll. Wir sehen den Rahmenkredit kritisch, nicht nur aus demokratiepolitischen Gründen, sondern auch aus finanziellen. Das Sparen bei den Strassensanierungen führt dazu, dass wir längerfristig mehr Geld ausgeben. Machen wir den Fehler nicht nochmal, sondern stellen wir die Mittel für Strassensanierung im Budget 2027 ein.
Zu späteren Mehrkosten führt auch ein Abbau im Bereich Biodiversität. Ein wichtiger Aspekt beim Erhalt der Biodiversität ist die Bekämpfung invasiver Neophyten. Dies ist eine Daueraufgabe. Werden bisherige Bekämpfungsmassnahmen nicht weitergeführt, machen wir bereits erzielte Erfolge wieder zunichte. Wir fangen sozusagen wieder bei null an. Wir fordern, dass das gekürzte Geld wieder eingestellt wird.
Das städtische Biodiversitätskonzept ist als verbindliches Instrument in Kraft. Die Umsetzung darf nicht wieder um ein Jahr aufgeschoben werden. Letztes Jahr hat der Gemeinderat versprochen, die Umsetzung 2027 anzugehen. Heute will er die dafür nötigen Mittel erst ab 2028 einstellen und deutlich kürzen. Dieser Abbau und die Salamitaktik akzeptieren wir nicht.
Nun zum Thema Veloförderung: Der Klimawandel zeigt, dass die Senkung der CO_2-Emissionen und die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs unverzichtbar sind. Der Gemeinderat hat im Januar aufgezeigt, dass zum Erreichen der Mobilitätsziele das Budget erhöht werden muss. Nun will der Gemeinderat bei der Veloförderung abbauen. Für

diese Priorisierung werden wir später einen hohen Preis zahlen. Denn: Der Klimawandel lässt sich nicht wegsparen. Kürzungen beim Klimaschutz und der Mobilitätswende können wir uns schlicht und einfach längerfristig nicht leisten. Wir lehnen alle Anträge, die einen Abbau im Bereich der Veloförderung beantragen, ab. Sie sind in Zeiten des Klimawandels schlicht absurd.
Zum Schluss: Heute werden wir mehr Anträge im Bereich Klimaanpassung, Unterhalt und Veloförderung überweisen, als dies letztes Jahr beim Budget 2026 der Fall war. Es ist das Mindeste, dass wir die Kürzungen und den Abbau des Gemeinderats in diesen Bereichen rückgängig machen. Grundsätzlich erwarten wir von einem linken Gemeinderat, vom absurden kurzfristigen Sparkurs im Bereich Klimaanpassung, Biodiversität und Klimaschutz wegzukommen und die nötigen Massnahmen umzusetzen. Um der Klima- und Biodiversitätskrise zu begegnen, braucht es nicht weniger Investitionen, sondern mehr, denn der Handlungsbedarf wird nicht kleiner, sondern grösser.

Präsidentin: Herzlichen Dank, als nächstes Tanja Miljanović für die GFL-Fraktion.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Ja, jetzt werde ich ein paar nettere Töne anstimmen als vorhin, und zwar möchte ich am Anfang die Arbeit der TVS würdigen: In der PVS, also in der Kommission, aber auch überhaupt als GFL finden wir, dass eigentlich sehr, sehr gute Arbeit geleistet worden ist und dass sehr viele Projekte, die vor sich hingedümpelt sind, nun vorangetrieben worden sind. An den Delegationsbesuchen hat sich auch gezeigt, dass im Team ein gutes, freundschaftliches, aber auch professionelles Klima herrscht und das ist auch ein Klima, das sich überträgt in der Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der Kommission. Ich erwähne das, weil auf dieser Basis in dieser Direktion zwei leitende Prämissen der GFL für alle politischen Geschäfte und auch für das Budget gegeben sind: Transparenz und Ehrlichkeit.
Zu Anträgen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung lassen wir uns genauso wie im sozialen Bereich von zwei weiteren Prämissen leiten. Das sind die Vorsorge und die finanzielle Ausgewogenheit. Entstehen durch ein Nichthandeln höhere Kosten für spätere Generationen, so handeln wir jetzt – auch, wenn das ein Minus gibt auf dem Papier, denn das ist ehrlich und auch vernünftig.
Ich habe das Thema Hitze hier schon oft in den letzten Jahren thematisiert. Erstaunlich oft bin ich im Rat unterlegen und trotzdem sage ich es jetzt noch einmal: In der Schweiz sterben jährlich gegen 600 Personen an Hitze, vielmehr leiden und werden krank. Das wollen und dürfen wir uns nicht mehr leisten. Wir müssen uns endlich anpassen, im Hochbau genauso wie im Tiefbau. Und darum wird die GFL in diesen Bereich investieren.
Auch bei der Baumkontrolle und Baumpflege zu sparen, erscheint uns absurd, während die Stadt Warnmeldungen an die Bevölkerung schickt, man solle sich möglichst nicht unter grossen Bäumen aufhalten, da ihre Äste aufgrund der Trockenheit abbrechen könnten. Da sind wir also bereits angelangt, dass Bäume zu Todesfallen statt Schattenspendern verkommen. Und das, liebe Kolleg*innen, können wir nicht zulassen. Wir werden für beide Anliegen je 80'000 Franken sprechen, so wie sie im letzten Jahr eingestellt worden sind. 970'000 Franken für Unterhaltsmassnahmen werden wir genauso wie letztes Jahr unterstützen.
Ich möchte aber in diesem Zusammenhang ein paar Worte zum Rahmenkredit sprechen, der uns bereits bei der letzten Budgetdebatte in Aussicht gestellt worden war, aber erst heute Morgen erschienen ist. Vorneweg: Wir haben den Kredit nicht richtig gelesen und auch nicht vertieft darüber diskutiert. Darum können wir dazu keine abschliessende Entscheidung verkünden. Aber Fragen haben wir einige und sie betreffen

natürlich auch das heutige Budget. Erstens: Bei einem Rahmenkredit verschiebt sich die Kompetenz vom Parlament in den Gemeinderat – das ist ein politisches Thema, es wird nur noch alle 2 Jahre rapportiert und wir sprechen hier über 17 Mio. Franken.
Zweitens: Beim Rahmenkredit handelt es sich aus unserer Sicht um die potenziell teuerste Variante. Viele Sanierungen wurden entweder wegen Sparmassnahmen aufgeschoben oder weil man wegen grossen Projekten abgewartet hat, wie zum Beispiel beim Ostermundigen-Tram. Wir verstehen den entsprechenden Tatendrang des Gemeinderats. Aber mit dem Rahmenkredit wird Werterhalt und eben nicht nur Unterhalt, wie beim Budgetantrag, geplant – sprich: eine neuere, teurere Schicht Teer, statt nur billig Löcher zu stopfen – und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Unterhaltssparpolitik bereits greifbare finanzielle Folgen verursacht hat. Warum ist das relevant? Nun: Wer garantiert uns heute ohne eingehende Aktenstudie, dass die 17 Mio. Franken nicht dazu führen werden, dass echte Erneuerung und Aufwertung dieser gelöcherten Strassenabschnitte nach dem Werterhalt nicht noch weiter nach hinten verschoben werden?
Drittens: Es handelt sich um einen Kredit, der auf 10 bis 14 Jahre ausgelegt ist. Und ja, wir wissen ja nicht, ob nach dem Gemeinderat Aebischer vielleicht eine verkehrspolitische Schlaftablette das Departement übernimmt. Warum also so viel Geld blockieren?
Darum und um den Kreis zu schliessen: Wir entscheiden heute, was heute mit gutem Gewissen entschieden werden kann. Und das sind im Moment diese 970'000 Franken für den Strassenflickenteppich. Die Planungserklärung der PVS – das geht in die gleiche Richtung – für die Investitionsfolgekosten im Budget und auf den Planjahren auszuweisen, unterstützen wir gemäss unserer Prämisse – Transparenz und Ehrlichkeit – mit Überzeugung. Leistungsindikatoren unterstützen wir ebenfalls. Die schaden niemandem und die Verwaltung hat ebenfalls signalisiert, dass es nicht zu übermässiger Bürokratie führen wird.
Sparen hingegen wollen wir bei weniger dringenden oder für Leib und Leben gefährlichen Projekten, so zum Beispiel bei der Biodiversität, der Förderung der Biodiversität und der Bekämpfung der Neophyten. Wir finden, dass man in dieser angespannten finanziellen Situation diese Themen natürlich stützen muss, aber dass man das sehr wohl über Sachgeschäfte und Investitionskredite machen kann und nicht hier das Budget zusätzlich belasten sollte. Wir sparen auch bei der Förderung des Fuss- und Veloverkehrs. Das ist zwar ein sehr wichtiges Anliegen, auch für uns als GFL. Aber wenn alle sparen müssen, muss es eben auch die TVS, und hier scheint uns der Schaden noch am geringsten.
In diesem Sinne werden wir auch nicht dem PVS-Antrag folgen, eine neue Projektleitungsstelle Velostationen einzustellen. Wir unterstützen hingegen den Antrag 29 sowie die zugehörige Planungserklärung der AL-PdA-TIF, denn auch Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für eine sozial durchmischte und durchlässige Gesellschaft. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien sollen ein 50% günstigeres BERNMOBIL-Abo bekommen.
Dann gibt es den PVS-Minderheitsantrag auf Reduktion des Globalbudgets um 1,8 Mio. Franken. Das verstehen wir zwar aus der Perspektive der Transparenz und haben es eingehend diskutiert, aber dann beschlossen, es abzulehnen, weil es der geltenden Budgetordnung der Stadt Bern widerspricht – man müsste dort die Gemeindeordnung ändern und nicht einfach hier etwas anders einstellen. Dann möchten wir, oder einige von uns, das Budget mit dem Antrag 33 aktiv entlasten. Da das PubliBike ins Ausland verlegt worden ist, braucht es zu diesem Thema mindestens eine gründliche Debatte und diese lancieren wir eben mit unserem Antrag.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Thomas Hofstetter, FDP-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Zuerst möchten wir uns auch bei den Mitarbeitenden der TVS bedanken für ihre geleistete Arbeit, vor allem bei denjenigen Mitarbeitenden im "Überkleid". Die FDP-Fraktion ist auch bei TVS der finanziellen Nachhaltigkeit verpflichtet und, obwohl sie eigentlich eine Oppositionspartei ist, wird sie grossmehrheitlich dem Gemeinderat folgen und keine zusätzlichen Ausgaben unterstützen. Mit diesem Mindset hat die FDP das TVS-Budget und den TVS-AFP analysiert und unter Würdigung der Anstrengungen des Gemeinderates für einen ausgeglichenen Haushalt keine zusätzlichen Ausgabenanträge gestellt.
Umso irritierender ist es, dass Parteien aus dem rot-grünen Bündnis das Budget des eigenen Gemeinderates mit Anträgen torpedieren. Die FDP hat für dieses Vorgehen kein Verständnis. Sie findet es sogar unanständig, den eigenen Gemeinderat so abzustrafen. Deshalb werden wir alle Anträge zum Klima, zum Verkehr und den Familiengärten ablehnen. Nicht, weil wir den Klimawandel verleugnen. Auch wir haben unter dem heissen Sommer gelitten und uns mehr Regen gewünscht. Für uns stimmt einfach das Verhältnis von Input und Output nicht. Übersprungsreaktionen helfen dem Klima nicht, schaden aber der finanziellen Nachhaltigkeit.
Wir unterstützen die Ziele der Energie- und Klimastrategie grundsätzlich. Bei der Umsetzung haben wir aber eine andere Vorstellung. Für uns wäre in diesem Zusammenhang sehr wichtig, dass einmal die Grundlagenzahlen erhoben würden, wie zum Beispiel die Planinvestitionskosten oder der einzusparende CO_2-Ausstoss, etc. und dies aufgeteilt auf die Stadt Bern, auf Private und auf Firmen. Ohne diese Grundlagen kann die Politik nicht vernünftig Steuern und Anreize setzen, um das Optimum von Input und Output herauszuholen.
Der trockene Sommer hat nebst vielem anderen auch den Bäumen zugesetzt. Uns ist auch klar, dass deshalb die Bäume vermehrt kontrolliert werden müssen, um das Abfallen von verdorrten Ästen zu verhindern. Allerdings sind wir der Meinung, dass dies zum Tagesgeschäft gehört und eine gute und kreative Geschäftsleitung respektive Abteilungsleitung diese Herausforderung ohne zusätzliches Geld meistern kann, wie dies in der Privatwirtschaft immer wieder vorgelebt wird. Wir erachten den Abteilungsleiter von Stadtgrün als Mensch mit grossen Manager-Qualitäten und trauen ihm dies deshalb zu. Wir lehnen entsprechend alle Anträge im Zusammenhang mit der Baumpflege ab.
Auch die Anträge bezüglich Biodiversität lehnen wir ab, obwohl wir gewisse Sympathien dafür haben. Wir haben das Gefühl, dass in diesem Bereich zu fest in der Bubble gearbeitet wird. Anlässlich der Verabschiedung von Sabine Tschäppeler, der wirklich fachlich sehr guten Leiterin der städtischen Fachstelle für Natur und Ökologie, wurde in der Orangerie die Geschichte der Biodiversität in der Stadt Bern aufgezeigt. In diesem Vortrag wurde auch der Beziehungskosmos dieser Fachstelle dargestellt. Darin sind unter anderem Beziehungen zu Universitäten, zu NGOs, zu anderen Gemeinden etc. aufgezeigt worden – aber keine Beziehungen zu Stellen, welche die Ideen des Biodiversitätskonzepts ausrollen könnten. Warum sind nicht die Gärtnereien im Einzugsgebiet der Stadt Bern mit dem Biodiversitätskonzept vertraut gemacht worden? Warum nicht die Berufsschulen der Gärtner*innen, warum nicht die Liegenschaftsverwaltungen? Da kann das Biodiversitätskonzept noch so gut sein, wenn man die Stakeholder mit dem grössten Hebel nicht ins Boot holt, dann erreicht man nichts. In anderen Worten: es liegt nicht am Geld, sondern am Nichtwissen und Nichtkönnen, wie man es machen sollte. Deshalb werden wir alle Anträge zur Biodiversität und zur Neophytenbekämpfung ablehnen.

Alle Anträge im Zusammenhang mit der Velostation werden wir ablehnen: Kameras, notfalls via KI, evaluieren, kaufen, installieren und fertig. Natürlich unterstützen wir unseren Antrag auf den Beitrag für das Veloverleihsystem zu verzichten. Das Veloverleihsystem ist für die Allgemeinheit gemacht worden und entsprechend soll auch das aus Steuergeldern finanzierte Gratisfahren für Mitarbeitende der Stadt Bern gestoppt werden. Die Angestellten der Stadt Bern sollten für diese Dienstleistung bezahlen, wie alle anderen auch. Die Diskriminierung der anderen Veloverleihsystembenutzenden muss aufhören. Wir von der FDP sind für Gleichberechtigung und Inklusion – und hoffentlich auch ganz viele in diesem Rat.
Auch den jährlichen Betriebsbeitrag an das Veloverleihsystem möchten wir grossmehrheitlich streichen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen ein Veloverleihsystem, aber dieses Veloverleihsystem muss gut sein und zuverlässig funktionieren. Das tut es aber nicht, deshalb möchten wir dieses Versagen nicht belohnen und keine Gelder mehr dafür sprechen.
Selbstverständlich unterstützen wir den Antrag, die Gebührenerhöhung der Parkierung öffentlicher Parkplätze nicht zu budgetieren, solange die rechtliche Situation bei der geplanten Gebührenerhöhung nicht geklärt ist. Für uns sind realistische Zahlen im Budget sehr wichtig. Das Einführen von Leistungsindikatoren in den AFP, welche zusätzlich alle 2 Jahre im Klimabericht behandelt werden, erachten wir als unnötigen Verwaltungsaufwand, als einen unnötigen, krankmachenden Verwaltungsaufwand. Folgerichtig werden wir alle Leistungsindikatorenanträge ablehnen.
Für unsere Fraktion ist die Transparenz sehr wichtig. Deshalb unterstützen wir den PVS-Minderheitsantrag, die Investitionsfolgekosten für Betrieb und Unterhalt im AFP abzubilden und auszuweisen. Allerdings ist diese Transparenz kein Freipass für höhere Ausgaben, die Ausgaben dürfen im Total nicht zunehmen, das ist für uns ein absolutes Muss.
Und jetzt kommen wir zum einzigen Ausgabenantrag, den wir mit einem etwas mulmigen Gefühl annehmen werden. Wir machen dies der nächsten Generation zuliebe und weil die Infrastruktur eine Kernaufgabe der Verwaltung ist. Es geht um die Erhöhung des Globalbudgets über 970'000 Franken zur Behebung des Sanierungsrückstands bei Strassenplätzen, Brücken und weiteren Tiefbauinfrastrukturen. Der Sanierungsrückstand – Sanierungsrückstände sind Schulden, sogenannte Infrastrukturschulden – ist ein grosses Problem, sogar ein gigantisches Problem. Der Sanierungsbedarf per Ende 2025 betrug beim Verwaltungsvermögen 480 Mio. Franken und beim Finanzvermögen 600 Mio. Franken, also total mehr als eine Milliarde Franken.
Die Präsidentin erinnert den Votanten an die verbleibende Redezeit.
Wenn man die Infrastrukturschulden von 480 Mio. Franken zu den Finanzschulden dazu rechnet, dann hat die Stadt Bern einen Schuldenberg von 2 Mia. Franken. Ich wiederhole: 2 Mia. Franken. Fazit: Unsere schöne Stadt ist am Verlottern, unsere schöne Stadt hat eigentlich keinen finanziellen Spielraum und die nächsten Generationen noch weniger. Mit anderen Worten: Sie ist nicht enkeltauglich und die aktuelle politische Mehrheit hat keinen Plan, geschweige denn eine Strategie – es wird weiter gewurstelt.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Lukas Schnyder, SP-JUSO-Fraktion.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Ganz so schwarz wie mein Vorredner sehen wir es nicht, aber bei der TVS wurde in der Vergangenheit stark gespart, nun ist die Zitrone ausgepresst und es braucht hier klare Priorisierungen. Für die SP-JUSO-Fraktion waren die Prioritäten hier schnell gesetzt, der Hitzesommer hat seine Spuren hinterlassen, gegen den Klimawandel anzutreten, ist jetzt angesagt. Deshalb haben wir den Fokus

auf Klimaanpassungsmassnahmen, den Erhalt von Baumbeständen und die Förderung von Fuss- und Veloverkehr gesetzt. Ebenso möchten wir das ewige Problem von Unterhaltskosten, welche bei verschiedenen Projekten nicht eingebunden sind, in den Budgetprozess mit einschliessen. Auch mehr Transparenz und Übersicht möchten wir mit einigen Kennzahlen im AFP fordern. Die SP-JUSO-Fraktion hat all diese Prioritäten aber auch immer mit dem Blick auf das gesamte Budget abgewogen.
Zu den einzelnen Punkten heisst das konkret: Die SP-JUSO-Fraktion wird den ersten Antrag annehmen. Das Klimaanpassungsreglement ist ein Gegenvorschlag zur Stadtklimainitiative, die fast 6'000 Menschen unterschrieben haben. Wir sind uns bewusst, dass hier keine genaue Zahl genannt wird, aber es um ein Zeichen, um eine klare Priorisierung – besonders auch nach dem diesjährigen Hitzesommer. In der Länggasse haben wir beispielsweise diesen Sommer einen neuen Extremwert erlebt: 40 Grad in der vorderen Länggasse. Wollen wir unsere Stadt langfristig lebenswert belassen, so müssen wir hier und jetzt eine klare Richtung angeben. Nämlich: Wir wollen, dass Klimaanpassungen vorangetrieben werden. In der Konsequenz und mit der Priorisierung der Klimaanpassungen nehmen wir auch die Investitionsfolgekosten für Stadtgrün und den Tiefbau für den Unterhalt der Klimaanpassungsmassnahmen an.
Die Strassen in Bern sind inzwischen in einem Zustand, dass sich sogar Velofahrer*innen beklagen. Um den Zustand der Strassen zu verbessern, ist jetzt mehr Geld nötig. Da das Problem akut ist, sind wir bereit, dieses Jahr dem Antrag auf knapp 1 Mio. Franken für den Strassenunterhalt zuzustimmen. Und wie bereits gesagt wurde, haben wir heute eine Medienmitteilung erhalten, der wir entnehmen können, dass die Werterhaltung und die Sanierung der Strassen mit einem Rahmenkredit aufgefangen werden soll. Nach meinem Wissensstand wäre dies aber erst 2028 gültig, deshalb braucht es die Million trotzdem.
In diesem Hitzesommer haben wir auch gemerkt, wie wichtig Bäume und ihr Schatten sind und zugleich, wie gefährlich ein Baum in grosser Dürre sein kann. Herunterfallende Äste sind eine Gefahr. Deshalb werden wir die Anträge 15 und 17 annehmen, um Baumpflege und Baumkontrolle zu sichern. Bei der Mobilität möchten wir ein klares Zeichen für das Velo und CO_2-freie Mobilität setzen. Dementsprechend nehmen wir den Antrag 26 Projektleitungsstelle für Velostationen an und 150'000 Franken für die Fachstelle Fuss- und Veloverkehr. Den Antrag zur Evaluation der Videoüberwachung in Velostationen nehmen wir ebenfalls an. Viele von uns sind skeptisch gegenüber Videoüberwachung und haben unter der Prämisse zugestimmt, dass sie laufend evaluiert werden. Deshalb stellen wir diese 16'000 Franken hier ins Budget.
Den jährlichen Betriebsbeitrag von PubliBike zu streichen, finden wir etwas verfrüht. Wir verstehen aber, dass ein Inhaber aus dem Ausland, welcher von Steuergeldern profitiert, eine Diskussion verlangt. Hier möchten wir aber die Entwicklungen abwarten, insbesondere die Antworten auf Vorstösse, und lehnen den Antrag ab.
Im Bewusstsein der finanziell angespannten Lage hat die SP-JUSO-Fraktion versucht zu priorisieren und will dort ausgeben, wo es für nächste Generationen nötig ist und wo es wirklich der Sache dient. Wir haben uns im Rahmen der Kommissionsarbeit und Delegationsbesuche deshalb intensiv gefragt: Wo besteht Handlungsbedarf, stehen Kosten und Nutzen in einem Verhältnis, auch in einem Verhältnis zur finanziellen Lage? Wir unterstützen nur Vorstösse, bei denen dies gegeben ist, denn wir müssen angesichts von Klimawandel, Hitze und schlechtem Zustand einiger Infrastruktur nun wieder in die TVS investieren.

Präsidentin: Als nächstes Tobias Sennhauser für die AL-PdA-TIF-Fraktion.

Tobias Sennhauser (TIF) für die Fraktion: Im Jahr 1419 notierte der Berner Chronist Konrad Justinger, dass kurz nach Weihnachten so viele Lachse die Aare hinaufschwammen, dass die Berner*innen bis Ende Jahr über 3'000 davon aus dem Fluss zogen. Diese Tiere kamen aus dem Atlantik, sie schwammen den Rhein hoch, dann die Aare, hier durch die Stadt, vom Thuner- in den Brienzersee bis hinauf in die Kander. Das waren Fische von gegen einem Meter Länge, mitten in der Aare und das Winter für Winter.
500 Jahre später, genauer gesagt im Jahr 1902, ging an der Aare bei Beznau ein Kraftwerk in Betrieb. Damit war auf einen Schlag das ganze Gebiet der Aare und ihre Zuflüsse für den Lachs versperrt. Seit den 1950er-Jahren gilt der Lachs deshalb in der Schweiz als ausgestorben. Auf den Strom wollten wir also nicht verzichten, auf den Lachs hingegen schon. Seither bauen wir munter weiter, wir Menschen brauchen immer mehr Platz, in der Schweiz verschwindet jede Sekunde rund ein Quadratmeter Landwirtschaftsfläche und 9 von 10 neuen Siedlungsflächen entstehen auf ehemaligem Kulturland, also auf Äckern, Wiesen und Weiden.
Auch Bern ist heute zur Hälfte besiedelt. Für uns Menschen ist an alles gedacht: Strassen, Sitzbänke, Wegweiser, Licht bis in den letzten Winkel. Für die Tiere hingegen bleibt wenig übrig und das bekommen immer mehr Tierarten zu spüren. Das Rebhuhn zum Beispiel: Mitte des letzten Jahrhunderts lebten in der Schweiz rund 10'000. 2018 wurde das letzte Brutpaar gesehen, heute gibt es keines mehr. Oder der Rotkopfbürger: Er lebte in Obstgärten auf hohen alten Bäumen und brütete in der Schweiz zuletzt 2009. Und hier auf dem Berner Boden lebt die Kreuzkröte, so steht es im Biodiversitätskonzept des Gemeinderats, und zwar in einer einzigen verbleibenden Population.
Wir nehmen das Schrumpfen der Artenvielfalt hin, als ginge es uns nichts an. Dabei haben alle Tiere ihre Rolle im Ökosystem. Zum Beispiel der Mauersegler: Ein einziges Paar füttert seine Jungen bei gutem Wetter mit über 20'000 Insekten pro Tag – Blattläuse, Fliegen, Käfer, alles, was fliegt. Im selben Budget, über das wir heute reden, steht auch die Tigermücke als neue Herausforderung. Mauersegler jagen Fluginsekten seit jeher und ohne Gift, aber sie tun es nicht gratis. Sie brauchen dafür eine Nische unter dem Dach unserer Altbauten, an Kirchen, an Schulhäusern – und sie brauchen Insekten in der Nähe. Mit jeder Gebäuderenovation gefährden wir ihre Existenz.
Beim Rebhuhn hat die Vogelwarte versucht, die Art mit aufgewerteten Lebensräumen und ausgesetzten Tieren zu retten, doch es war zu spät. Beim Rotkopfwürger hat BirdLife 20 Jahre lang Bäume und Hecken gepflanzt, doch es war zu spät. Bei der Kreuzkröte in Bern ist es noch nicht zu spät, aber jedes Jahr, das wir warten, könnte ihr letztes sein. Angesichts des 6. Massenaussterbens in der Geschichte der Erde haben wir eigentlich keine Zeit mehr, um bei der Biodiversität zu sparen. Und trotzdem will der Gemeinderat ein weiteres Jahr verstreichen lassen, bis das neue Biodiversitätskonzept endlich umgesetzt wird. Unser Antrag verlangt deshalb, dass dies bereits ab 2027 geschieht, um die letzte Population der Kreuzkröte zu erhalten. Dazu bitte ich euch, den Antrag 16 anzunehmen.
Und dann noch zu den anderen Anträgen: Bei der Baumkontrolle, das wurde schon angesprochen, unterstützen wir den Antrag 14, dazu auch die Anträge 17 und 18 für die Pflege und den Unterhalt. Der Hitzesommer steckt uns noch in den Knochen und vielen Bäumen hat er auch zugesetzt. Bei Antrag 20, für den Kampf gegen invasive Arten, haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Bei den Anträgen 29 und 35, dem vergünstigten BERNMOBIL-Abo für Kinder aus einkommensschwachen Familien, bitten wir euch um Zustimmung. Wir unterstützen auch die Anträge für den Fuss- und Veloverkehr und lehnen die Streichungsanträge der SVP bei der Verkehrsplanung ab.

Zum Schluss eine gute Nachricht: Der Lachs ist zurück, vielleicht nicht in Bern, aber zumindest in Basel, wo er nämlich 2008 nach über 50 Jahren Abwesenheit wieder gesichtet wurde. Bedrohte Arten können sich also erholen, zumindest wenn wir eine Strategie haben, die auch umgesetzt wird oder mit anderen Worten: ein Biodiversitätskonzept.

Präsidentin: Danke, als nächstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich fand die Ausführungen sehr interessant. Ich bin jemand, der sehr gerne Lachs hat und ich esse ihn auch gerne. Ich wäre längst unterbrochen worden, wenn ich über diese Tiere gesprochen hätte. Dann hätte es geheissen: Das gehört nicht zum Thema. Ich billige dem Redner die fröhliche Freiheit des Themas zu, aber ich verlange vom Ratspräsidium, dass auch ich dieses Recht erhalte.
Ich mache zur TVS eine ganz eine kurze Anmerkung: Ich werde in Zukunft, wenn das gewünscht wird, bei allen Direktionen einen entsprechenden Kürzungs- oder Erhöhungsantrag einreichen, sodass ich in meinem ersten Votum alles abgedeckt habe. Ich habe das jetzt bewusst nicht gemacht, weil es nicht zielführend ist. Zu Matthias Aebischer: Wir haben politisch grosse Differenzen, aber die Zusammenarbeit mit ihm war immer sehr korrekt, anständig und wir hatten einen guten Austausch. Ich danke in diesem Zusammenhang auch den Leuten der TVS, die teilweise schwierige Aufgaben haben, und der Stadtgärtnerei.
Ich habe das jetzt gesagt, obwohl es kein Antrag ist. Das zeigt einmal mehr, wie einseitig das Präsidium [die Voten] würdigt.
Ich komme jetzt zu unseren Vorbemerkungen: Wir haben uns immer für den Erhalt von Grünflächen eingesetzt – Gaswerkareal, Viererfeld, das wären genau die [Orte], die wir erhalten müssten und genau diese werden zerschlagen. Wir können kostspielige Klimamassnahmen beschliessen, wir können ein paar Trottoirs begrünen, wir können noch ein paar Parkplätze entfernen, damit es dann dort ein bisschen besser wird. Aber das sind alles falsche [Ansätze]. Wenn man etwas für das Klima machen will, dann muss man die grossen [Naturräume] erhalten.
Man kann auch darüber diskutieren, ob man das Viererfeld allenfalls ökologisch aufgewertet hat, da dort lediglich juristische Planungsruinen zu sehen sind und im Gaswerkareal dann wahrscheinlich ein Nutzungskonflikt besteht – einerseits mit dem Gaskessel, andererseits mit dem Anstadt-Kollektiv –, der ebenfalls voraussehbar ist und hätte vermieden werden können. Das sind für uns die entscheidenden Punkte, darum stehen wir allen diesen Biodiversitäts- und Klimaverwässerungsanträgen ablehnend gegenüber.
Ich komme zu den Anträgen, zu denen ich kurz Stellung nehme – unsere eigenen führe ich dann noch ein bisschen genauer aus, aber ich mache das dann noch in meinem Einzelvotum. Antrag 1 lehnen wir ab, aber den Antrag 2 der FDP werden wir selbstverständlich unterstützen. Jener, den wir mit Michael Burkard eingereicht haben, geht noch weiter, aber wir werden auch jenen der FDP unterstützen. Antrag 3 hingegen lehnen wir ab. Antrag 4: Thomas Hostettlers Ausführungen waren interessant, und auch jene des Vertreters der GLP, aber wir sehen die Sache anders. Wir lehnen ihn ab, denn wenn man wieder 17 Mio. Franken neu investiert, dann sehen wir angesichts dieser angespannten Budgetlage keinen Grund, in diesem Jahr jetzt noch zusätzlich 1 Mio. Franken auszugeben. Ansonsten ist dann alles, was man geplant hat – mittelfristige Investitionsplanung, etc. – aufgrund eines Antrags nur noch Makulatur und man hat mehr Aufwand, als dass es etwas bringt.
Demgegenüber stimmen wir Antrag 5 der PVS-Minderheit ganz klar zu. Für uns ist es unsauber, wir haben das schon in der SUE gesagt, wenn man darauf spekuliert, dass

allenfalls die Rechtsmittelinstanz die Stadt schützt oder nicht. Zu den Anträgen 6 und 7: Denen stimmen wir nicht zu. Wir haben mehr als genügend Leute, sonst gibt es noch zusätzliche Schikanen, man hebt noch einmal mehr Strassen auf, da brauchen wir keine weitere Verkehrsleitführung. Antrag 8 lehnen wir ebenfalls ab. Antrag 9 und 10 lehnen wir auch klar ab, jenen mit dem Leistungsindikator für das Klima. Ich habe euch gesagt, wie man das Klima schützen kann: Indem man die wertvollen Grünflächen [erhält]. Aber man braucht keinen weiteren Klimaindikator, damit ist dem Klima nicht geholfen. Man kann wieder ein paar Biologie- oder Umweltingenieur-Absolventen anstellen und die Stadtkasse belasten, aber dem Klima hilft man damit nicht.
Antrag 12 lehnen wir ebenfalls ab und auch jenen zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs. Ich habe gesagt, was braucht es, damit die Fussgänger sicherer sind: mehr Polizeikontrollen, beispielsweise auf dem Aareweg. Aber das wollt ihr ja nicht, daher brauchen wir hier nicht noch etwas mehr, das in die falsche Richtung geht. Es braucht eine gewisse Polizeipräsenz, eine gewisse Sicherheit, aber das ist nicht gewünscht.
Ich komme zur Baumkontrolle: Das ist mir im Prinzip sympathisch. Ich habe gewisse Idefix-Gene – wenn einem Baum etwas passiert, geht es mir nicht gut. Aber auch hier handelt es sich um den falschen Ansatz. Man müsste die Natur im Grossen schützen und nicht im Kleinen. Darum lehnen wir den Antrag ab. Noch zum Biodiversitätskonzept: Es wäre viel einfacher, wenn man die Planung Viererfeld und Gaswerkareal stoppen würde, dann hätten wir die Planungskosten eingespart und für die Natur hätten wir auch noch etwas Gutes gemacht. Das wäre eine Win-Win-Situation, das wäre einer dieser Anträge, den ihr ablehnt, obwohl die SVP den Steuerzahlern viel Geld einsparen würde. Man wirft uns vor, viele Anträge einzureichen, Kosten zu verursachen, aber ihr müsstet nur einem zustimmen und man hätte Millionen eingespart.
Ich mache weiter mit Antrag 18 PVS: Den lehnen wir ebenfalls ab wie auch Antrag 19. Ich komme noch rasch zu den Neophyten: Neophyten sind etwas Gefährliches. Ich hatte auch einmal eine Verbrennung einer aus dem Kaukasus stammenden Art. Es gab eine wüste Brandverletzung. Am nächsten Tag gab es eine Blase. Ich hoffe, die Präsidentin schneidet mir da jetzt das Wort ab – wegen unnötiger Weitschweifigkeit. Aber ich wollte zeigen, dass Neophyten gefährlich sind. Aber wisst ihr, was auch gefährlich ist? – Kriminelle Asylbewerber. Kriminelle Ausländer sind noch viel gefährlicher. Lest dazu die Weltwoche über den Eritreer, der mit dem Messer Leute attackiert hat. Das sind die gefährlichen Sachen, dort müssen wir eingreifen. Das ist viel gefährlicher als Neophyten, darum lehnen wir diesen Antrag ab.
Die Präsidentin weist den Votanten darauf hin, beim Thema zu bleiben. Der Votant beruft sich auf sein Recht der freien Meinungsäusserung.
Antrag 21 lehnen wir ebenfalls ab. Antrag 23 der PVS-Minderheit, dem können wir zustimmen. Aber wie gesagt: Wir werden die Entwicklung berücksichtigen müssen. Antrag 24, den lehnen wir ab. Und jetzt zu Antrag 26, den ich zusammen mit Michael Burkard eingereicht habe. Wir sagen: Der jährliche Betriebsbeitrag von 440'000 Franken ist zu streichen. Wir haben eine englische Investorengruppe als neue Eigentümerin. Die Grundvoraussetzungen haben sich somit verändert. Dazu kommen die mangelhaften Leistungen. Wahrscheinlich hätte man diesen Vertrag in der Privatwirtschaft bereits vor einiger Zeit gekündigt. Denn die Voraussetzungen, dass es eben klappt, sind nicht erfüllt.
Bei diesem Thema bin ich zusammen mit Janosch Weyermann zusammen und ein paar anderen unserer Fraktion einer der wenigen, die das Abonnement bewusst nicht in Anspruch genommen haben. Ich bin auch der Meinung, dass es sich um eine Ungleichbe-

handlung gegenüber den anderen Steuerzahlern der Stadt Bern handelt. Jene, die davon profitieren, hätten gar nie zu diesen Erweiterungen Stellung nehmen dürfen. Daher bitte ich euch, diesem Antrag zuzustimmen.
Noch zu den anderen Anträgen – da ist jetzt wahrscheinlich meine Redezeit bereits aufgebraucht –, die lehnen wir grossmehrheitlich ab. Ich will die Redezeit nicht überschreiten, aber ich bitte die Präsidentin bei den folgenden Voten, dieselben Massstäbe anzuwenden, wie man es vorhin gemacht hat. Merci.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Ich würde sagen, wir besprechen das morgen an der Bürositzung, dann können wir nochmals genau schauen, was nicht gut oder nicht rechtens war. Im Idealfall sprechen wir heute über Anträge und wenn es Begründungen gibt zu den Anträgen, egal wie sie aussehen, können wir heute darüber sprechen. Darum habe ich die einen oder anderen Voten zugelassen oder eben nicht, aber wir können das gerne morgen an der Bürositzung gemeinsam anschauen – du sitzt ja mit mir im Büro.
Als nächstes Nicolas Lutz für die Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Wir reden hier über Wunschlisten, die zusätzlich weit über 3 Mio. Franken zusätzliche Ausgaben beinhalten, plus noch einmal 1,8 Mio. Franken, denn das ist ja unser Antrag, der besagt, dass das Geld wahrscheinlich nicht reinkommt, aber man budgetiert es einfach. Somit sind wir eher bei 6 Mio. Franken. Es ist eine riesige Wunschliste und man denkt: Wenn wir das alles machen, dann retten wir die Welt oder wir retten zumindest Bern. Man muss aber sagen, dass viele dieser Massnahmen zwar nett klingen, ihr Impact jedoch umstritten ist. Deshalb werden wir alle, die den Ausbau anstreben, ablehnen.
Beim Strassenunterhalt wollen wir dem Gemeinderat Matthias Aebischer und seinem Team mit dem Rahmenkredit die Chance geben, ihre Lösung des Problems anzugehen. Aber das kommt halt ein bisschen später. Die eine Million – auch wenn das jetzt so schlimm ist mit den Strassen – wird in dem einen Jahr auch nicht sehr viel ändern. Darum werden wir das nicht unterstützen, dort auszubauen.
Wir unterstützen aber, dass man PubliBike nicht mehr finanziert. Wie gesagt: Es funktioniert nicht und es kann nicht sein, dass man dort noch Geld einschiessen muss. Zudem wollen wir auch nicht, dass die Nutzung von PubliBike den Angestellten der Stadt das geschenkt wird. Wenn man dort konsequent ist, dann nehmt doch diesen Antrag an. Das Geld kann man dann beim Antrag von ganz links, der will, dass die Kinder von jenen, die nicht so viel verdienen, eine Vergünstigung beim ÖV erhalten, einsetzen – aber sicher nicht für die Stadtangestellten, die das nicht nötig haben.
Wir unterstützen mehr Transparenz, also Anträge 10 und 23. Diese erscheinen uns sinnvoll. Aber wir wollen wirkliche Transparenz und nicht, dass man einfach sagt: Wir brauchen mehr Geld, weil irgendetwas gewachsen ist, sondern dass man das auch wirklich nachvollziehen kann.
Zum Schluss noch: Was auch Geld kostet, ist Parkplätze abbauen. Das kostet erstens Geld aufgrund der notwendigen Arbeiten. Und zweitens, weil man dann keine Parkgebühren mehr einnimmt. Und dort möchte ich, dass man bei dem Ganzen – ich sage jetzt: ein bisschen Klimawahn und Hitzesommer – doch gewisse Überlegungen anstellt. Man sagt, es gebe eine riesige Übersterblichkeit. Interessant ist, dass Italien keine Übersterblichkeit verzeichnet. Jetzt müssen wir uns mal fragen, welche Massnahmen sinnvoll sind und demgemäss unser Leben vielleicht anpassen und nicht unbedingt unsere Infrastruktur. Denn: Wenn es in Italien keine Übersterblichkeit gibt – und das ist

erwiesen, die italienische Gesundheitsministerin hat das gesagt –, dass wir unseren Lebenswandel an das Klima anpassen.
Deshalb möchte ich vor der Velostrategie warnen: Geht mal in diese Länder, nach Südspanien oder Italien, dort fährt niemand Velo im Sommer. Warum? Weil es schlichtweg zu heiss ist. Deshalb sollte man sich gut überlegen, ob man dann nicht vielleicht den ÖV ausbauen oder eine Siesta einlegen sollte, anstatt Massnahmen umzusetzen, die wahrscheinlich nur kosmetischer Natur sind und nichts bringen. Das bezieht sich jetzt weniger aufs Budget, hätte aber wahrscheinlich mehr Impact und würde vielleicht unser Leben auch noch ein bisschen besser machen. Denn: Italien hat fast die gleiche Lebenserwartung wie die Schweiz, allerdings mit tieferen Gesundheitskosten. Das hat wahrscheinlich auch ein bisschen mit Dolce Vita zu tun.

Präsidentin: Vielen Dank, es scheint keine weiteren Fraktionserklärungen mehr zu geben. Gibt es Einzelvoten? Ein Einzelvotum, Mirjam Läderach, GB-JA!

Mirjam Läderach (GB), Einzelvotum: Ich möchte nur kurz etwas zu den zwei Anträgen zu den Velostationen ergänzen: Wir erinnern uns an die Diskussion zum Einsatz von Videokameras in Velostationen vom Frühling. Wir haben damals hier festgehalten, dass Sicherheit eine Daueraufgabe ist und nicht mit einzelnen Massnahmen hergestellt werden kann, also nicht alleine mit einer repressiven Massnahme wie Videoaufzeichnung oder Echtzeitüberwachung. Sicherheitsrundgänge und Spezialreinigungen bleiben also wichtig.
Weiter waren wir uns einig, dass die Auswirkungen der Videoaufzeichnung und Echtzeitüberwachung systematisch evaluiert werden sollen. Nur so haben wir nach 3 Jahren eine gute Grundlage für den Evaluationsbericht. Und dieses Geld ist im Budget einzustellen. Für uns ist es unverständlich, dass der Gemeinderat dieses Geld nicht einsetzen will, obwohl es Bestandteil des Vortrags zur Bewilligung der Kameras war. Gerade weil es die erste Videoüberwachung im öffentlichen Raum der Stadt Bern ist und sie in die Privatsphäre eingreift, gilt es, die Auswirkungen gut zu begleiten. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank, als nächstes Michael Burkard, GFL.

Michael Burkard (GFL), Einzelvotum: Zu zwei Anträgen noch kurz ein paar Worte: Zu Antrag 18, den Investitionsfolgekosten. Ich bin sehr erfreut, dass offenbar die Erkenntnis gewachsen ist, dass wir uns um die Investitionsfolgekosten Gedanken machen müssen. Der Gemeinderat hat hier schon vorgespurt. Das ist der erste Schritt, es braucht noch einen zweiten, nämlich die Unterscheidung zwischen Investitionen, die in den bestehenden Unterhalt gehen, also Unterhaltskosten, und solchen Investitionen, die neue Investitionen zum Inhalt haben, also die Wachstumsfolgekosten. Und hier diese Unterscheidung zu treffen, würde helfen – auch budgetmässig und finanzplanmässig –, die Verschuldung einzudämmen. Wir können uns dieses ungezügelte Stadtwachstum in diesem Sinne nicht mehr in dieser Masse leisten.
Zum zweiten, Antrag 26, zu PubliBike: Dazu brauche ich nicht viel zu sagen. Der Name dieser neuen Investitionsgesellschaft sagt eigentlich schon alles – Vision Edge One. Edge heisst Vorteil, Profit, dort sind wir jetzt gelandet. Wir verkaufen ein Unternehmen, das einmal bei der Post angesiedelt war – Service public, da konnte man sagen: ja, tipptopp. Dann kam man zu privaten Investoren, so einem "Elektrotöffli-Financier", der hochgejubelt wird als Pionier, aber eigentlich ist er ein Financier. Und jetzt geht es noch lustiger zu und her, ins Ausland, nach England, zu völlig anonymen Investoren. Da fragt

man sich: Was soll das eigentlich? Ich sage einfach hier nur; keine Steuergelder für Heuschrecken – und mit Heuschrecken meine ich nicht das Biodiversitätskonzept.

Präsidentin: Als nächstes gerne Thomas Hofstetter, FDP.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Ich möchte noch etwas zu meinem Votum ergänzen und Bezug nehmen auf das, was Michael gesagt hat. Ich finde nicht, dass der Gemeinderat den Sanierungsrückstand, also die Infrastrukturschulden, im Griff hat. Sie betragen aktuell 480 Mio. Franken. Und darin sind die Ausgaben für die Infrastruktur der Klima- und Energiestrategie-Massnahmen nicht enthalten, die kommen noch obendrauf. Und noch schlimmer: Der Gemeinderat hat keinen Plan. Es ist nichts geplant, im Budget und im AFP ist nichts dazu zu lesen. Wir stellen einfach jährlich fest, um wieviel der Sanierungsrückstand zugenommen hat, zum Beispiel letztes Jahr 25 Mio. Franken im Verwaltungsvermögen und beim Finanzvermögen 160 Mio. Franken. Ich sage es noch einmal: 160 Mio. Franken. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank, das scheinen alle Einzelvoten gewesen zu sein, dann übergebe ich dem Gemeinderat Matthias Aebischer das Wort.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ich danke Ihnen für die angeregte Debatte und ich danke Ihnen auch für das Lob für mein Team. Mein Team, das sind 850 Leute, ich werde dieses Lob weitergeben, das hat mich sehr gefreut. Ich kann nicht garantieren, dass alle 850 im Moment live dabei sind, aber ich werde schauen, dass das Lob bis zu ihnen kommt. Ich danke Ihnen allen auch für den Willen, meine Direktion für das nächste Jahr mit mehr Geld zu bestücken. Und möglicherweise enttäusche ich Sie jetzt: Ich lehne alle Anträge für Budgeterhöhungen zugunsten meiner Direktion für das nächste Jahr und auch für die Planjahre 2028, 2029 und 2030 ab.
Der Gemeinderat hat in minutiöser Arbeit ein ausgeglichenes Budget gezimmert und das werde ich hier ganz im Sinne des Kollegialitätsprinzips und eines stabilen Finanzhaushalts auch verteidigen. Ich habe die 38 Anträge, die die TVS betreffen, erfasst und eine Mini-Statistik angefertigt. Bei einem Drittel der Anträge geht es um Budgeterhöhungen für das Jahr 2027. Das zweite Drittel der Anträge betrifft die Planjahre 2028, 2029 und 2030 und beim dritten Drittel geht es um Anträge, welche bereits vorhandene Leistungsindikatoren oder dann Budgetsenkungen für das nächste Jahr, aber auch für die anschliessenden Planjahre fordern.
Zu den Erhöhungen habe ich bereits Stellung bezogen. Gerne sage ich auch noch etwas zu den beantragten Budgetkürzungen, vor allem beim Veloverleihsystem. Und dann möchte ich auch noch etwas zur Strassenunterhaltsmillion respektive zum bevorstehenden Rahmenkredit zur Werterhaltung unserer Strassen sagen. Sie haben ja schon einige Voten dazu gehört.
Die SVP und auch Michael Burkard von der GFL, wir haben ihn vorhin gehört, möchten nach der Übernahme der Firma PubliBike AG durch die international tätige Investmentfirma Vision Edge One den Vertrag auflösen und so jährlich 440'000 Franken einsparen. Begründet wird die geforderte Vertragsauflösung auch mit dem zurzeit mangelhaften Service-Level bei den PubliBike-Velos.
Diese zwei Dinge gilt es separat zu betrachten. Am Vertrag zwischen der Stadt Bern und der PubliBike AG hat sich mit der Übernahme nichts geändert. Uns ist es wichtig, dass die Kontinuität gewährleistet wird. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin: Erstens, dass der CEO mindestens noch 5 Jahre derselbe bleibt wie bis anhin. Die Stadt hat also weiterhin den gleichen Ansprechpartner. Und zweitens: In den nächsten

5 Jahren wird, wie uns die PubliBike AG mitgeteilt hat, keine Dividende ausbezahlt. Der Vertrag läuft über 8 Jahre, die Stadt hat nach 4 Jahren die Möglichkeit, auszusteigen.
Der zweite Begründungspunkt der Antragsteller betrifft den aktuell schlechten Service-Level von PubliBike. Zurzeit gibt es in der Stadt immer noch zu wenig Velos, das ist so, und zudem sind zu viele Velos kaputt. Hier haben wir klare Regeln mit der PubliBike AG abgemacht. Betrachtet man die Veloregion Bern als Ganzes, also mit all den umliegenden Gemeinden, so hat sich die Verfügbarkeit an den Ausleihstationen verbessert und die Note genügend erreicht. Auf Stadtgebiet hat sich die Abdeckung auch leicht verbessert, ist aber immer noch ungenügend. Denn gemäss Vertrag sollte an jeder Ausleihstation zu 90% der Zeit pro Tag mindestens ein fahrtüchtiges Velo ausleihbar sein. Da sind wir tatsächlich noch nicht am Ziel.
Deshalb wird PubliBike in den nächsten Wochen 500 neue Velos ins System einspeisen und ist überzeugt, dass damit der abgemachte Service Level erreicht werden kann. Wird er das nicht bis Ende Oktober, werden wir die Abnahme des Systems verschieben und den vertraglich abgemachten Betrag von 440'000 Franken zurückbehalten. Klar ist aber auch, das möchte ich eben auch erwähnen, trotz der Unzulänglichkeiten werden die Velos immer häufiger genutzt und gerade eben auch von den städtischen Angestellten. Das ist ganz im Sinne der Klimaziele der Stadt Bern, des Mobilitätskonzeptes. Daher empfehlen wir Ihnen auch dem Antrag 2, dem Antrag der FDP, nicht zuzustimmen.
Und so sage ich noch etwas zu Antrag 4, zu den 970'000 Franken für den Strassenunterhalt. Weil die Politik – da gehören wir als Gemeinderat dazu, aber auch der Stadtrat –in den letzten Jahren beim Unterhalt immer wieder gespart hat und diese 970'000 Franken nun zum wiederholten Mal ins nächste Jahr geschoben hat, sind gegen 10% der Strassen mittlerweile in einem kritischen Zustand. Das haben Sie ja gehört. Um diesen Missstand zu beheben, hat der Gemeinderat gestern einen Rahmenkredit von 17,6 Mio. Franken für den Werterhalt der Strassen in den kommenden 10 Jahren beschlossen. Wir werden in Bälde damit zu Ihnen in den Stadtrat kommen und, so hoffe ich, im nächsten Jahr damit auch vors Volk gehen dürfen. Das würde uns Kontinuität versprechen. Noch ist es nicht so weit. Aber dennoch, wie zu Beginn meiner Ausführungen erwähnt, lehne ich alle Erhöhungen in meiner Direktion gegenüber der Gemeinderatsversion ab. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kommen zur Beschlussfassung über die für die TVS inklusive Sonderrechnungen vorliegenden Planungserklärungen und Anträge. Wir stimmen in der Reihenfolge der Antragsliste ab und kommen bereits zum ersten Antrag. Wir stimmen jetzt über den ersten Antrag der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) ab.

Antrag 1
PVS
Es sind ausreichend Projektierungs- und Realisierungsmittel einzustellen, damit das im Klimaanpassungsreglement (KAR) festgelegte jährliche Ziel für klimawirksame Flächen erreicht werden kann.

Abstimmung Nr. 059

2025.FPI.0070: Antrag 1	
Annahme	
Ja	46
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 2 der FDP und stimmen ab.

Antrag 2
FDP
Auf den Beitrag von Fr. 378'350 für das Veloverleihsystem ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 060

2025.FPI.0070: Antrag 2	
Ablehnung	
Ja	25
Nein	45
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag 2 wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 3 der PVS.

Antrag 3
PVS
Die Kosten für den Unterhalt der KAR Massnahmen sind bereits im Budget 2027 mit 82'000 Franken einzustellen.

Abstimmung Nr. 061

2025.FPI.0070: Antrag 3	
Annahme	
Ja	46
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 3 wurde angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 4.

Antrag 4
PVS
Im Globalbudget sind 970'000 Fr. für die Begegnung des Unterhaltsrückstands bei Strassen, Plätzen, Brücken und weiterer Tiefbauinfrastruktur einzustellen.

Abstimmung Nr. 062

2025.FPI.0070: Antrag 4	
Annahme	
Ja	55
Nein	15
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag Nummer 4 wurde angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 5, PVS-Minderheit.

Antrag 5
PVS-Minderheit
Die Erträge sind um 1.8 Millionen zu reduzieren wegen der unsicheren Eintrittswahrscheinlichkeit der geplanten Gebührenerhöhung "Parkierung öffentlicher Parkplätze".

Abstimmung Nr. 063

2025.FPI.0070: Antrag 5	
Ablehnung	
Ja	25
Nein	46
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 5 wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 6, GB-JA!

Antrag 6
GB/JA!
Im Globalbudget sind 50'000 CHF für die Stelle Mitarbeit Verkehrsführung bei Tiefbau Stadt Bern einzustellen.

Abstimmung Nr. 064

2025.FPI.0070: Antrag 6	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 6 wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 7 GB-JA!

Antrag 7
GB/JA!
Im Globalbudget sind 75'000 CHF für die Projektleitungsstelle Verkehrstechnik im Tiefbauamt einzustellen.

Abstimmung Nr. 065

2025.FPI.0070: Antrag 7

Ablehnung

Ja	16
Nein	54
Enthalten	0

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 8, GB-JA!

Antrag 8
GB/JA!
Für die Umsetzung von Projekten für die Förderung von Fuss- und Veloverkehr sind im Globalbudget des Tiefbauamts 75'000 Fr. einzustellen.

Abstimmung Nr. 066

2025.FPI.0070: Antrag 8

Ablehnung

Ja	16
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 8 wurde ebenfalls abgelehnt. Wir sind jetzt bei Antrag Nummer 9 der PVS und stimmen ab.

Antrag 9
PVS
Die Kosten für den Unterhalt der KAR Massnahmen sind im Jahr 2028 um Fr. 65'000 auf Fr. 147'000 und im Jahr 2029 um Fr. 101'000 auf total Fr. 248'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 067

2025.FPI.0070: Antrag 9

Annahme

Ja	46
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Antrag Nummer 9 wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag Nummer 10 der PVS ab.

Antrag 10
PVS
Im Budget und in den Planjahren sind automatisch alle neue Investitionsfolgekosten für Betrieb und Unterhalt aufzunehmen.

Abstimmung Nr. 068

2025.FPI.0070: Antrag 10

Annahme

Ja	66
Nein	5
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag Nummer 11 der PVS ab.

Antrag 11
PVS
Ein neuer Leistungsindikator, welcher die Anzahl realisierte Quadratmeter klimawirksame Fläche pro Jahr aufzeigt, ist im AFP auszuweisen.

Abstimmung Nr. 069

2025.FPI.0070: Antrag 11

Annahme

Ja	46
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Wir sind jetzt bei Antrag Nummer 12 der PVS und stimmen ab.

Antrag 12
PVS
In den Planjahren 2028-2030 sind jährlich 1'070 000 Fr. für die Begegnung des Unterhaltsrückstands bei Strassen, Plätzen, Brücken und weiterer Tiefbauinfrastruktur einzustellen.

Abstimmung Nr. 070

2025.FPI.0070: Antrag 12

Annahme

Ja	53
Nein	18
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag Nummer 13, GB-JA!,, ab.

Antrag 13
GB/JA!
Für die Umsetzung von Projekten für die Förderung von Fuss- und Veloverkehr sind in den Planjahren 2028-2031 jeweils 150'000 CHF beim Globalbudget des Tiefbauamts einzustellen.

Abstimmung Nr. 071

2025.FPI.0070: Antrag 13	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag GB-JA! wurde abgelehnt. Wir kommen jetzt zu den Anträgen 14 und 15 – 14 GB-JA! und 15 PVS –, die wir einander gegenüberstellen werden. Wer für den Antrag GB-JA! für 80'000 Franken ist, drückt Rot, wer für den Antrag der PVS für 40'000 Franken ist, drückt Grün.

Antrag 14
GB/Ja!
Für die Baumkontrolle sind im Globalbudget 2027 80'000 Franken einzustellen.

Antrag 15
PVS
Für die Kosten für die Baumkontrolle sind im Globalbudget 2027 40'000 Franken einzustellen.

Abstimmung Nr. 072

2025.FPI.0070: Antrag 15 vs. Antrag 14	
Antrag 15 obsiegt	
Ja	49
Nein	21
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag der PVS obsiegt. Wir stimmen jetzt über den obsiegenden Antrag der PVS ab.

Abstimmung Nr. 073

2025.FPI.0070: Antrag 15	
Annahme	
Ja	47
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag wurde angenommen. Wir sind jetzt bei Antrag Nummer 16 der AL-PDA-TIF, GB-JA! und stimmen ab.

Antrag 16
AL/PdA/TIF, GB/JA!
Das Budget ist um Fr. 264'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 074

2025.FPI.0070: Antrag 16

Ablehnung

Ja	16
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Antrag Nummer 17 der PVS, wir stimmen ab.

Antrag 17
PVS
Für die Baumpflege sind im Globalbudget 2027 80'000 Franken einzustellen.

Abstimmung Nr. 075

2025.FPI.0070: Antrag 17

Annahme

Ja	47
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag 18 der PVS-Minderheit ab.

Antrag 18
PVS-Minderheit
Die Investitionsfolgekosten von 131'000 Franken sind im Globalbudget 2027 einzustellen.

Abstimmung Nr. 076

2025.FPI.0070: Antrag 18

Annahme

Ja	46
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 18 wurde ebenfalls angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 19 der GB-JA! ab.

Antrag 19
GB/JA!
Im Globalbudget 2027 sind 356'000 Fr. für Projektleitungsaufgaben einzustellen.

Abstimmung Nr. 077

2025.FPI.0070: Antrag 19	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 20 der GB-JA! ab.

Antrag 20
GB/JA!
Für Neophyten und Neobiota sind 100'000 Franken im Globalbudget 2027 einzustellen.

Abstimmung Nr. 078

2025.FPI.0070: Antrag 20	
Ablehnung	
Ja	15
Nein	55
Enthalten	1

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 21 der GB-JA!-Fraktion ab.

Antrag 21
GB/JA!
Für die Rückgabe der Familiengärten in die Eigenverwaltung sind im Globalbudget 2027 Fr. 40'000 einzustellen.

Abstimmung Nr. 079

2025.FPI.0070: Antrag 21	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag 22 der GB-JA! ab.

Antrag 22
GB/JA!
Ab dem Planjahr 2028 sind jährlich 988'000 CHF für die Umsetzung des neuen Biodiversitätskonzepts einzustellen.

Abstimmung Nr. 080

2025.FPI.0070: Antrag 22

Ablehnung

Ja	16
Nein	54
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir sind jetzt bei Antrag 23 der PVS-Minderheit und stimmen ab.

Antrag 23
PVS-Minderheit
Im Globalbudget und in den Planjahren sind automatisch alle neuen Investitionsfolgekosten für Betrieb und Unterhalt aufzunehmen.

Abstimmung Nr. 081

2025.FPI.0070: Antrag 23

Annahme

Ja	69
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag 24 der GB-JA!-Fraktion ab.

Antrag 24
GB/JA!
Die Projektleitungsstelle Velo Region Bern (2028-580-03) ist bereits im Budget 2027 mit 37'500 Franken einzustellen.

Abstimmung Nr. 082

2025.FPI.0070: Antrag 24

Ablehnung

Ja	16
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag 24 wurde abgelehnt. Wir sind jetzt beim Antrag 25 der PVS und stimmen ab.

Antrag 25
PVS
Die Projektleitungsstelle Velostationen sei bereits im Globalbudget 2027 mit 37'500 Franken einzustellen.

Abstimmung Nr. 083

2025.FPI.0070: Antrag 25

Annahme

Ja	40
Nein	30
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag der SVP und Michael Burkard, Nummer 26, ab.

Antrag 26
SVP und Michael Burkard, GFL
Der jährliche Betriebsbeitrag von Fr. 440'000 sei zu streichen.

Abstimmung Nr. 084

2025.FPI.0070: Antrag 26

Ablehnung

Ja	21
Nein	42
Enthalten	8

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir sind bei Antrag 27 der GB-JA!-Fraktion.

Antrag 27
GB/JA!
Für die Evaluation der Videokameras in Velostationen sind 16'667 Fr. im Budget einzustellen.

Abstimmung Nr. 085

2025.FPI.0070: Antrag 27

Annahme

Ja	40
Nein	29
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir sind bei Antrag 28 der GB-JA!-Fraktion und stimmen ab.

Antrag 28
GB/JA!
Für Sicherheitsrundgänge und Spezialreinigungen in den Velostationen sind im Budget Fr. 160'000 einzustellen.

Abstimmung Nr. 086

2025.FPI.0070: Antrag 28	
Ablehnung	
Ja	17
Nein	52
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir sind bei Antrag 29 der AL-PdA-TIF- und GB-JA!-Fraktion und stimmen ab.

Antrag 29
AL/PdA/TIF, GB/JA!
Der Globalkredit ist um Fr. 150'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 087

2025.FPI.0070: Antrag 29	
Ablehnung	
Ja	21
Nein	49
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 30 der GB-JA!-Fraktion und stimmen ab.

Antrag 30
GB/JA!
Im Globalbudget sind 700'000 Fr. bei der Fachstelle Fuss- und Veloverkehr einzustellen.

Abstimmung Nr. 088

2025.FPI.0070: Antrag 30	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	53
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 38 der SP-JUSO und stimmen jetzt über diesen Antrag ab.

Antrag 38
SP/JUSO
Im Globalbudget sind zusätzlich 150'000 Fr. bei der Fachstelle Fuss- und Veloverkehr einzustellen.

Abstimmung Nr. 089

2025.FPI.0070: Antrag 38

Annahme

Ja	41
Nein	29
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag 38 angenommen. Wir sind jetzt bei Antrag 31 der PVS und stimmen ab.

Antrag 31
PVS
Im AFP ist ein Leistungsindikator auszuweisen, der Folgendes aufzeigt: Bestand Begegnungszonen (km).

Abstimmung Nr. 090

2025.FPI.0070: Antrag 31

Annahme

Ja	46
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Antrag 31 wurde angenommen. Wir sind bei Antrag 32 der PVS und stimmen ab.

Antrag 32
PVS
Im AFP ist ein Leistungsindikator auszuweisen, der Folgendes aufzeigt: Bestand Veloroutennetz nach städtischen Standards (km).

Abstimmung Nr. 091

2025.FPI.0070: Antrag 32

Annahme

Ja	46
Nein	24
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir sind jetzt bei Antrag 33, SVP und Michael Burkard. Wir stimmen ab.

Antrag 33
SVP / Michael Burkard, GFL
Die jährlichen Betriebsbeiträge in den Planjahren 2028-2030 von Fr. 440'000 seien zu streichen.

Abstimmung Nr. 092

2025.FPI.0070: Antrag 33	
Ablehnung	
Ja	21
Nein	41
Enthalten	9

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Antrag 34, GB-JA! – wir stimmen ab.

Antrag 34
GB/JA!
Der Leistungsindikator "Entwicklung des durchschnittlichen täglichen motorisierten Individualverkehrs (100 = 2014)" ist für die Planjahre wie folgt festzulegen: 2028: 82, 2029: 81, 2030: 79

Abstimmung Nr. 093

2025.FPI.0070: Antrag 34	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	54
Enthalten	0

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir sind bei Antrag 35 der AL-PdA-TIF und GB-JA! und stimmen ab.

Antrag 35
AL/PdA/TIF, GB/JA!
Der Globalkredit ist jährlich um Fr. 150'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 094

2025.FPI.0070: Antrag 35	
Annahme	
Ja	46
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Noch 2 Anträge. Wir sind jetzt beim Antrag 36 der FDP und stimmen ab.

Antrag 36
FDP
Bei der Verkehrsplanung sollen neu bei den Planungsgrundlagen auch die Kosten pro Einwohner*in der Stadt Bern für den Veloverkehr ausgewiesen werden.

Abstimmung Nr. 095

2025.FPI.0070: Antrag 36	
Ablehnung	
Ja	11
Nein	59
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Letzter Antrag: Nummer 37, GB/JA! – wir stimmen ab.

Antrag 37
GB/JA!
Im AFP sind für die Planjahre zusätzlich zu den Fr. 100 000 je 600'000 CHF bei der Fachstelle Fuss- und Veloverkehr einzustellen.

Abstimmung Nr. 096

2025.FPI.0070: Antrag 37	
Annahme	
Ja	41
Nein	30
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Vielen Dank.

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik

Präsidentin: Es geht weiter im Programm. Wir sind immer noch bei der Detailberatung AFP 2027-2030 mit dem Budget und sind bei der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI) angelangt. Als erstes für die FPI erteile ich der Kommission das Wort, für die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU) Simone Richner oder Lukas Schnyder. Simone Richner möchte für die RWSU zur FPI sprechen.

Simone Richner (FDP) für die Kommission: Zu Beginn möchte ich im Namen der Kommission den Mitarbeitenden der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik für ihr grosses Engagement und ihre tägliche Arbeit zugunsten der Stadt Bern danken. Ebenso danken wir für den offenen und transparenten Austausch anlässlich des Delegationsbesuchs vom 30. Juni 2026. Im Rahmen der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans befasste sich die Delegation vertieft mit Immobilien Stadt Bern, dem Personalamt, Logistik Bern sowie dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik.
Bei Immobilien Stadt Bern standen der Zustand des Immobilienportfolios, der Sanierungsbedarf und die Folgekosten der Investitionen im Zentrum. Der modellmässig ausgewiesene Instandsetzungsbedarf beträgt derzeit rund 200 Mio. Franken und würde ohne weitere Sanierungen bis 2030 deutlich ansteigen. Der Werterhalt des städtischen Immobilienbestandes wird damit auch künftig erhebliche Mittel beanspruchen.
Beim Personalamt lag der Schwerpunkt auf HR4you, dem neuen HR-Geschäftsmodell, dem bisherigen Gesundheitsmanagement und den Absenzen. Die Einführung von HR4you bindet weiterhin erhebliche Ressourcen: Das neue HR-Geschäftsmodell soll 2027 kostenneutral umgesetzt werden. Die zu erwartenden Effizienzgewinne sollten in

den Folgejahren eintreten. Deren tatsächliche Realisierung wird weiter zu beobachten sein. Positiv zur Kenntnis genommen wurde der Rückgang der Krankheitstage von 2024 auf 2025.
Bei Logistik Bern standen Kostenentwicklungen, Vorsorgesicherheit und Beschaffung im Vordergrund. Mehrjährige Rahmenverträge, Preisklauseln und Pflichtlager für kritische Warengruppen sollen Risiken aus Lieferengpässen und Preisschwankungen reduzieren. Ein erweitertes Kennzahlensystem soll zudem künftig eine bessere Beurteilung von Effizienz und Lebensqualität ermöglichen.
Beim Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik befasste sich die Delegation insbesondere mit Verschuldungen, Investitionen, Sanierungen und der Ablieferung aus dem allgemeinen Haushalt. Die Verschuldungsquote liegt weiterhin unter der Obergrenze von 60%, gleichzeitig steigt der Fremdkapitalbedarf. Zu beachten ist insbesondere die jährliche Ablieferung von 28 Mio. Franken, die unabhängig vom operativen Ergebnis zu leisten ist. Dadurch könnten künftig Priorisierungen bei Sanierungen, Erwerbungen und Investitionen erforderlich werden.
Zusammenfassend erhielt die Delegation einen transparenten und fachlich nachvollziehbaren Einblick in die Arbeit und in die Planung der FPI. Weiter zu beobachten bleiben insbesondere der Sanierungsbedarf der städtischen Immobilien, die Folgekosten der Investitionen und die Realisierung der angekündigten Effizienzgewinne. Die Teilkommission beantragt dem Stadtrat dem Budget der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik zuzustimmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP) für die Kommission: Auch ich schliesse mich dem Dank an die Verwaltung an bzw. an die anwesenden Gemeinderätin für die gute Arbeit wie auch das offene Klima, in welchem der Delegationsbesuch stattfinden konnte. Vielen Dank auch für die Beantwortung der Fragen. Ich konzentriere mich hier auf die vier Bereiche Generalsekretariat, die Finanzverwaltung, die Steuerverwaltung und die Informatik Stadt Bern. Die meisten unserer Fragen wurden durch die Direktion nachvollziehbar beantwortet. Ich beschränke mich hier auf das, was für den Rat relevant ist.
Im Generalsekretariat und in der Finanzverwaltung ging es vor allem um Erklärungsbedarf bei ausgewählten Zahlen und entsprechend Erklärung dazu. Bei der Steuerverwaltung sprachen wir über die Verlässlichkeit der angenommenen Prognosen für die Planjahre und dabei sind zwei Dinge relevant: Die Abschaffung des Eigenmietwerts kostet die Stadt ab 2030 wiederkehrend 3 bis 6 Mio. Franken pro Jahr. Und die Steuerverwaltung weist darauf hin, dass bei den juristischen Personen das Ergebnis einzelner grosser Unternehmen ein grösseres Risiko ist als die Konjunktur selbst. Das ist eine Abhängigkeit, die wir im Interesse der Allgemeinheit im Auge behalten müssen.
Ein Punkt, der nicht zufriedenstellend geklärt werden konnte, ist die Planungserklärung der FIKO, die der Stadtrat letztes Jahr erheblich erklärt hat. Sie verlangt eine transparente Ausweisung der Aufgaben, die aus Spar- und Priorisierungsgründen nicht ins Budget aufgenommen wurden. Darüber haben wir aber bereits letzte Woche gesprochen und mittlerweile haben wir mehrfach festgestellt, dass Parlament und Verwaltung kein gemeinsames Verständnis davon haben, was diese Planungserklärung verlangt. Dieses Verständnis muss geschaffen werden, sonst bleibt der Beschluss dieses Rats wirkungslos.
Bei der Informatik standen drei Themen im Zentrum. Erstens, die Digitalstrategie, die im letzten Januar verabschiedet wurde. Leider ist es für eine Wirkungsbeurteilung hier noch etwas früh. Zweitens der Umgang mit künstlicher Intelligenz: Die entsprechende

Strategie ist in Erarbeitung, konkrete Anwendungen sind noch nicht geprüft. Und drittens die digitale Souveränität: Hier bekennt sich der Gemeinderat zum Grundsatz, Open Source vorzuziehen, räumt aber ein, dass dies in der Praxis selten greift und ein Verzicht auf grosse Anbieter kurzfristig schlicht nicht möglich ist. Umso wichtiger ist es, diese Abhängigkeit auch auf städtischer Ebene zu reduzieren und dafür steht eine klare Mehrheit in der RWSU auch immer wieder ein. Positiv festhalten möchte ich eine Zusage der Verwaltung: Bei künftigen IT-Vorlagen soll besser ausgeführt werden, welche Varianten geprüft werden. Das gibt dem Parlament die Möglichkeit, bei den Weggabelungen der Digitalisierung mitzureden, statt nur fertige Lösungen abzunicken.
Die Teilkommission empfiehlt euch, die Annahme des Budgets 2027 und den AFP positiv zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke für eure Unterstützung und Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank für die Kommissionsvoten. Die Liste wäre jetzt offen für die Fraktionserklärungen. Als erstes Simone Richner für die FDP-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die Anträge zur FPI betreffen unterschiedliche Themen. Für die FDP lassen Sie sich auf vier Grundsätze zurückführen: solide Finanzierung, klare Zuständigkeiten, gezielte Investitionen und Transparenz.
Im Zentrum steht unser Antrag Nummer 8 zum Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Der Fonds soll 2027 erneut ein Defizit ausweisen. Wir verlangen deshalb, dass der vorgesehene Aufwandüberschuss von rund 1,48 Mio. Franken beseitigt und mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht wird. Der wohnpolitische Auftrag bleibt dabei ausdrücklich bestehen, preisgünstiger Wohnraum und wirtschaftlich tragfähige Bewirtschaftung sind kein Widerspruch. Im Gegenteil: Wer dieses Instrument langfristig erhalten will, muss dafür sorgen, dass seine finanzielle Basis trägt. Wie der Ausgleich erreicht wird, überlassen wir bewusst dem Gemeinderat. Entscheidend ist, dass der laufende Betrieb nicht dauerhaft auf Defiziten beruht.
Deshalb lehnen wir auch Antrag 9 ab. Die Verzinsung an den allgemeinen Haushalt um 10 Mio. Franken zu reduzieren, verbessert die Wirtschaftlichkeit des Fonds nicht. Die Belastung wird lediglich innerhalb des städtischen Haushalts verschoben. Ein Defizit wird nicht gelöst, indem man es anders verbucht, meine Herren.
Dasselbe Gebot der finanzpolitischen Sorgfalt gilt beim SP-JUSO-Antrag zum Teuerungsausgleich, den wir ebenfalls ablehnen. Der Antrag will den vorgesehenen Teuerungsausgleich von 0,25 auf 0,8% respektive die GFL auf 0,6% erhöhen und damit den Globalkredit um gut 2 Mio. Franken ausweiten. Die angefügten Entwicklungen – prognostizierte Teuerung, Krankenkassenprämien und allgemeine Lohnentwicklungen – sind ernst zu nehmen. Sie rechtfertigen aber nicht, bereits heute daraus einen Teuerungsausgleich von exakt 0,8 beziehungsweise 0,6% abzuleiten. Hier werden unterschiedliche Grössen miteinander verknüpft, die weder dasselbe messen noch sich einfach zu einem Anspruch addieren lassen.
Hinzu kommt: Ein Teil der massgeblichen Grundlagen steht noch gar nicht definitiv fest. Gerade bei einer wiederkehrenden Personalausgabe von über 2 Mio. Franken sollten wir nicht aufgrund von Prognosen einen höheren Wert politisch vorwegnehmen und die Berechnungen ausschliesslich diesem Ergebnis anpassen. Der Teuerungsausgleich soll sich aus den massgebenden Grundlagen ergeben, nicht umgekehrt die Grundlagen aus dem politisch gewünschten Teuerungsausgleich. Das ist weder gegen das Personal gerichtet noch eine Geringschätzung der Kaufkraftentwicklung. Es ist schlicht der Anspruch, eine dauerhafte Ausgabe erst dann festzulegen, wenn ihre Grundlage belastbar ist.

Ein weiterer Punkt betrifft die Zuständigkeiten. Die FDP unterstützt die Anträge 1 und 3 zum Verzicht auf die Beiträge an den Gewerkschaftsbund. Politische Interessenorganisationen sind legitim und wichtig, ein allgemeiner Beitrag aus dem städtischen Haushalt ist damit aber noch lange nicht gerechtfertigt. Auch Antrag Nummer 2 lehnen wir ab. Die Rechtsberatung von Human Rights mag sinnvoll sein, die Begründung hält jedoch selbst fest, dass die nachhaltige Finanzierung bei den Kantonen bzw. den Konkordaten liegen soll. Die Stadt Bern soll keine Finanzierungslücke an der Staatsebene übernehmen.
Bei den Anträgen 4 und 5 würde ich gerne Anna Jäger zitieren: Eine lächerliche Sparmassnahme von 40'000 Franken – das wurde heute schon genannt – und die zu erwartenden Folgen ein Vielfaches. Ja, genau das trifft auch bei Casablanca zu, ein Projekt, getragen von der Gebäudeversicherung der Stadt Bern und mehreren Privaten. Ein gepflegtes Stadtbild ist nicht nur Privatsache, meine Damen und Herren. Die rasche Beseitigung von Sachbeschädigungen liegt insbesondere auch im öffentlichen Interesse. Eine funktionierende Kooperation sollte deshalb nicht alleine mit dem Hinweis auf private Eigentumsverhältnisse abgegeben werden, sondern auch die Folgekosten berücksichtigen, die der Stadt entstehen, wenn es das Projekt nicht mehr geben sollte.
Die Anträge Nummer 6 und 7 zur Informatik unterstützen wir. Digitale Souveränität entsteht nicht durch eine Mitgliedschaft auf dem Papier. Wer Abhängigkeiten beurteilt, Alternativen prüft und eigenes Know-how aufbauen will, braucht dafür auch die entsprechenden Ressourcen. Schliesslich unterstützen wir die Anträge 10 und 11 zur Transparenz bei neu erworbenen Liegenschaften. Entscheidend ist nicht nur der Kaufpreis, sondern die wirtschaftliche Gesamtbelastung inklusive Instandstellung und Renovation. Der Stadtrat muss beurteilen können, was ein Immobiliengeschäft der Stadt Bern tatsächlich kostet.
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, unsere Linie ist damit klar: Wir verlangen tragfähige Finanzierung, respektive Zuständigkeiten, investieren dort, wo daraus langfristige Handlungsfähigkeiten entstehen, und erwarten deshalb Grundlagen, bevor zusätzliche dauerhafte Ausgaben beschlossen werden.

Präsidentin: Vielen Dank, als nächstes Natalie Bertsch für die GLP-EVP-Fraktion.

Natalie Bertsch (GLP) für die Fraktion: Ich kann es bei den Anträgen heute sehr kurz machen: Wir unterstützen einzig den Antrag der FDP, die Sonderrechnung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik so anzupassen, dass zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt wird. Ablehnen werden wir insbesondere die Anträge zum Teuerungsausgleich. Da wird uns zu stark in das operative Geschäft eingegriffen.
Wir nähern uns damit nun auch der Schlussabstimmung. In unserer Fraktion haben wir sehr intensiv und kontrovers über das Budget diskutiert und, wie Seraina vorhin gesagt hat, auch um eine Entscheidung gerungen. Letztendlich werden wir uns beim Budget grossmehrheitlich enthalten.
Grundsätzlich unterstützen wir die Stossrichtung des Soft Landings oder einer sanften Konsolidierung, die der neue Gemeinderat eingeleitet hat; wir stehen weiter hinter diesem Weg. Allerdings sind wir der Ansicht, dass auch aufgrund der günstigen Ausgangslage – hohe Steuererträge, tiefe Zinslage – für das Budget mehr drin gelegen hätte, insbesondere was zum Beispiel die Selbstfinanzierungsquote der Investitionen angeht. Auch bleiben wir kritisch, dass der Gemeinderat nicht wie versprochen die Aufgabenpriorisierung bereits umgesetzt hat.
Unsere Enthaltung gilt heute aber vor allem den vielen Anträgen, die zum Ziel haben, die Priorisierungen des Gemeinderats wieder rückgängig zu machen. Wir haben heute

oft gehört, dass es ein sozialer Imperativ bestehe, genau diese Budgetanträge anzunehmen. Für uns greift das aber einfach etwas zu kurz. Die Frage ist nicht, ob ein Programm sozial ist oder nicht, sondern für wen es sozial ist und nicht nur, wer heute, sondern auch wer morgen von einer lebenswerten Stadt profitieren kann. Und dort scheinen wir uns einfach nicht einig werden zu können. Aus unserer Sicht ist es eben nicht sozial, das grosse Ganze aus dem Blick zu verlieren und bewusst in Kauf zu nehmen, dass allenfalls in einigen Jahren Budgetkürzungen und Investitionsstopps durch den Kanton durchgeführt werden.
Heute können wir mitreden, wie wir priorisieren wollen – und wir sollten diese Chance auch hier ergreifen. Letztendlich macht es das Aufladen des Budgets in unserer Einschätzung zwar nicht unmöglich, aber deutlich schwerer, den Weg des Gemeinderats umzusetzen. Den AFP werden wir positiv zur Kenntnis nehmen, einzelne werden sich enthalten. Dies aber mit der klaren Aufforderung an den Gemeinderat, keine weiteren strukturellen Verschlechterungen zu erlauben, die verbindliche Priorisierung ab 2028 umzusetzen sowie eine transparente Wirkung auf Folgejahre, Investitionen und Verschuldung im Blick zu behalten.

Präsidentin: Vielen Dank, als nächstes Laura Curau für die Mitte-Fraktion.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Wir sind bei den Details und doch geht es auch hier wieder um 13 Millionen, wenn man die Listen anschaut. Die Mitte-Fraktion stimmt auch hier nach klaren Grundsätzen ab: Wir haben ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Konsequenterweise lehnen wir auch die Reduktion der Kapitalverzinsung beim Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik ab. Vielmehr müssen wir unseren Handlungsspielraum stärken und sagen Ja zu einem ausgeglichenen Ergebnis bei genau diesem Fonds.
Neue Projekte sollen zudem wegen der aktuellen Finanzlage mit Bedacht gestartet werden. Bei der SDS-Mitgliedschaft (Netzwerk Souveräne Digitale Schweiz) verstehen wir zwar die Motivation, sind aber zurückhaltend bei diesen zusätzlichen Mitteln ohne klar ausgewiesenen Mehrwert. Die Stadt Bern hat kein Geld für Drittorganisationen, bei denen es keinen Return on Investment gibt. Wir unterstützen deshalb den Verzicht auf Beiträge und lehnen zusätzliche Beiträge zum Beispiel an humanrights.ch ab.
Die Kürzungsanträge beim Verein Casablanca lehnen wir ab, denn da ist der Mitteleinsatz klar und ein direkter Mehrwert für unsere Stadt und unser Stadtbild ist gegeben. Echte Transparenz unterstützen wir, den Anträgen zur einheitlichen Budgetierung stimmen wir zu. Sie helfen bei der Investitionskontrolle.
Beim Teuerungsausgleich halten wir uns an den Gemeinderatsantrag von 0,25% und lehnen die weitere Erhöhung ab, weil dadurch vor allem das Globalbudget erhöht wird. Die Absender nutzen da die internationale Unsicherheit, weil es gerade passt. Statt aber den Teuerungsausgleich zu erhöhen, oder irgendetwas bei der Teuerung anzupassen oder das Globalbudget zu erhöhen, sollte man vielmehr schauen, dass man die Finanzen für den Teuerungsausgleich sicherstellt. Wenn man die Finanzen hat, kann man diesen den Mitarbeitenden auszahlen und muss dafür nicht immer wieder in den roten Bereich gehen. Das macht einen grossen Unterschied. Wir sind aber offen dafür, den Teuerungsausgleich zu beobachten und bei mehrfachen Fehlprognosen aktiv zu werden.

Präsidentin: Besten Dank. Chandru, schaffst du es in 4 Minuten? Chandru Somasundaram für die SP-JUSO-Fraktion.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich mich im Namen der SP-JUSO-Fraktion auch bei den Mitarbeitenden der FPI bedanken. Rund 800 Menschen arbeiten in dieser Direktion, Ihnen allen: Herzlichen Dank für diese Arbeit.
Ein besonderes Augenmerk verdient somit auch das städtische Personal. Entscheidend sind gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und die Gesundheit der Mitarbeitenden. Wir unterstützen deshalb eine Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements, um die Krankheitstage runterzubringen.
Erfreulich entwickeln sich die Steuereinnahmen. Gleichzeitig rechnet die Stadt auch mit einem Bevölkerungswachstum und zusätzlichen Steuersubjekten. Diese Entwicklung zeigt: Bern bleibt ein gefragter Ort zum Wohnen und Arbeiten. Um einen Vorredner aus der FDP-Fraktion zu zitieren: "Unsere schöne Stadt" ist also "enkeltauglich", zieht Unternehmen an und auch Familien – sie besitzt eine hohe Attraktivität.
Damit zu den Anträgen: Antrag 1 lehnt die SP-JUSO-Fraktion ab. Es geht hier um die Rechtsauskunftsstelle des Gewerkschaftsbundes, also um eine konkrete Beratungsleistung und nicht einfach um eine allgemeine Finanzierung des Gewerkschaftsbundes. Entsprechend lehnen wir auch Antrag 3 für die Planjahre ab.
Antrag 2 nehmen wir an, denn humanrights.ch betreibt eine niederschwellige Rechtsberatung für Menschen im Freiheitsentzug und ihrer Angehörigen. Es ist wichtig, dass das Angebot mit dieser Überbrückungshilfe weitergeführt werden kann. Die Anträge 4 und 5 zu Casablanca lehnen wir, wie in den letzten Jahren auch schon, ab. Die Anträge 6 und 7 nehmen wir an. Digitale Souveränität wird für eine öffentliche Verwaltung sowieso immer wichtiger. Aus Sicht der Fraktion ist es wichtig, dass wir die Alternativen kennen, eigenes Wissen aufbauen und nicht vollständig von einzelnen grossen Tech-Konzernen abhängig sind.
Antrag 8 lehnen wir ab. Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik ist nicht ein Unternehmen, das jedes einzelne Jahr zwingend eine schwarze Null schreiben muss. Immobilien werden über Jahrzehnte gehalten, Käufe, Investitionen, Erträge fallen nicht immer im gleichen Jahr an, einen jährlichen Nullabschluss zu erzwingen, kann zu kurzfristigen Kürzungen führen. Auch Antrag 9 lehnen wir ab. Die wirtschaftliche Situation der Liegenschaften verändert sich dadurch nämlich nicht. Die Belastung wird lediglich vom Fonds in den allgemeinen Haushalt verschoben.
Die Anträge 10 und 11 lehnen wir ebenfalls ab. Beim ersten Antrag würden Kaufpreis und spätere Sanierungskosten vermischt, Quadratmeter, Zimmerzahl und Ausbaustandard jeder einzelnen sanierten Einheit im AFP festzuschreiben, geht in Richtung operativer Immobilienbewirtschaftung und nicht parlamentarischer Steuerung.
Und damit zum Antrag 12, unserem Antrag zum Teuerungsausgleich. Hier geht es um einen einfachen Grundsatz: Die Mitarbeitenden der Stadt Bern sollen ihre Kaufkraft nicht verlieren und das Personalreglement soll eingehalten werden. Dieses ist nämlich klar: Beim Teuerungsausgleich zählt nicht nur der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK), berücksichtigt werden ausdrücklich auch Preissteigerungen ausserhalb des LIK. Insbesondere die Krankenkassenprämien sowie die Situation auf dem Arbeitsmarkt.
Die im Budget vorgesehenen 0,25% sind aus unserer Sicht deshalb zu tief. Die zuletzt publizierten Prognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) und der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOFF) rechnen für 2026 mit einer durchschnittlichen Inflation von 0,6%. Gleichzeitig sind die Krankenkassenprämien dieses Jahr im Durchschnitt um 4,4% gestiegen. Das ist mit dem Personalreglement nicht vereinbar, diese 0,25%.
Es liegt nun ein Antrag auf 0,6% Erhöhung vor. Wir lehnen diesen Antrag ab. Obwohl in der Begründung auf die erwartete allgemeine Teuerung hingewiesen wird, berücksichtigen wir damit eben nur einen Teil dessen, was unser Personalreglement verlangt.

Wir sind nicht bereit, diese Bestimmungen des Reglements zu ignorieren und wir erwarten in der nächsten Budgetrunde des Gemeinderats die angemessene Berücksichtigung dieses Reglements.
Sollte sich die Teuerung sogar noch weiter verschärfen, müsste der Gemeinderat auf Grundlage der Verhandlung mit den Sozialpartnern einen Nachkredit stellen. Das würde aber auch bedeuten, dass die Teuerung nicht pünktlich auf Anfang des nächsten Jahres ausbezahlt werden könnte. Die Folge wäre, dass die Teuerung zu spät und aufgrund der Fluktuation bei einigen gar nicht ankommt, sprich der Teuerungsausgleich würde nicht ankommen. Genau deshalb schreibt das Personalreglement genau vor, wie und was in die Teuerung eingerechnet werden soll. Nehmen wir also unsere eigenen Grundlagen ernst.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank für die Punktlandung. Da würde ich sagen, machen wir jetzt die Znachtpause und wir sehen uns um 20.30 Uhr wieder für die weitere FPI-Beratung.

Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin	für das Protokoll
X	X
Jelena Filipovic	Redaktion: Andreas Stucki

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:20 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Janina Aeberhard	Georg Häsler	Dominic Nellen
Nadine Aebischer	Dominique Hodel	Roger Nyffenegger
Timur Akçasayar	Thomas Hofstetter	Cemal Özçelik
Debora Alder-Gasser	Stephan Ischi	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Monique Iseli	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Seraphine Iseli	Ronja Rennenkampff
Gourab Bhowal	Ueli Jaisli	Simone Richner
Lea Bill	Anna Jegher	Mirjam Roder
David Böhner	Raffael Joggi	Judith Schenk
Jacqueline Brügger	Nora Joos	Lukas Schnyder
Michael Burkard	Raphaël Karlen	Lea Schweri
Carola Christen	Barbara Keller	Tobias Sennhauser
Laura Curau	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Andreas Egli	Mirjam Läderach	Michelle Steinemann
Nik Eugster	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Damian Fenner	Christoph Leuppi	Irina Straubhaar
Alexander Feuz	Corina Liebi	Sebâ Topuz
Dominik Fitze	Nicolas Lutz	Raphaela Tschümperlin
Seraina Flury	Denise Mäder	Johannes Wartenweiler
Katharina Gallizzi	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Franziska Geiser	Esther Meier	Béatrice Wertli
Helin Genis	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Evelyne Grieb	Szabolcs Mihàlyi	Karel Ziehli
Simon Gyger	Tanja Miljanović	Vera Zotter
Bernadette Häfliger	Niklaus Mürner	

Stadtrat entschuldigt

Oliver Berger	Nora Krummen	Michael Ruefer
Thomas Glauser	Maurice Lindgren	

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD	Matthias Aebischer TVS	Melanie Mettler FPI
Alec von Graffenried SUE	Ursina Anderegg BSS	

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2025.FPI.0070

2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027-2030 mit Budget 2027; Abstimmungsbotschaft

Präsidentin: Wir sind beschlussfähig, auch wenn noch nicht alle Fraktionen da sind. Wir fahren fort im Schlussspurt zur Budgetdebatte und Debatte rund um den AFP. Als nächstes Lea Bill für die GB/JA-Fraktion.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Katharina Gallizzi hat es bereits in ihrem Votum in der Grundsatzdebatte gesagt: Im vorliegenden Budget fehlt für uns in weiten Teilen die Transparenz. Es ist konkret nicht wirklich ersichtlich, welche eigentlich notwendigen Ausgaben doch nicht eingestellt wurden, und diese Informationen wären entscheidend, um zu beurteilen, ob das Budget auch das hält, was es verspricht. Und es würde die Arbeit von uns Stadträt*innen erleichtern und auch die Verwaltung entlasten, weil wir dann nicht Dutzende Nachfragen stellen müssten. Und es würde für faire Bedingungen sorgen, weil alle über die gleichen Informationen verfügen würden. Ich wiederhole das an dieser Stelle nochmals, denn dieses Manko zu beheben müsste eigentlich auch im Sinn der Finanzdirektorin sein. Schliesslich hat Melanie Metter bei ihrem Amtsantritt Transparenz als oberste Priorität bezeichnet. Es ist deshalb aus Sicht der GB/JA-Fraktion schwierig nachzuvollziehen, wieso sie sich heute dermassen gegen die Anliegen für mehr Transparenz wehrt. Es ist uns schon klar, hier ist auch der Gesamtgemeinderat in der Verantwortung. Aber wir müssen leider feststellen, dass die FPI aufgrund der abwehrenden Haltung der Finanzdirektorin für uns Stadträt*innen eine Blackbox bleibt. Und obwohl wir überzeugt sind, dass die Mitarbeitenden der FPI grosse und wichtige Arbeit leisten und wir uns auch sehr gerne bei ihnen dafür bedanken, wünschen wir uns, dass Melanie Mettler wieder zurück zum Credo bei ihrem Amtsantritt kommt und für mehr Transparenz einsteht. Und wie es mein Vorredner Chandru Somasundaram bereits gesagt hat, gibt es hier auch gar keinen Grund, sich so bedeckt zu halten. Die Stadt Bern ist für viele lebenswert, die Steuereinnahmen steigen immer weiter und wir können da auch getrost offen über diese positiven Entwicklungen und diese grossartige Arbeit der Stadtangestellten sprechen. Vor diesem Hintergrund sollte es aber auch möglich sein, offen über Priorisierungen zu diskutieren.
Nun zu den konkreten Anträgen. Erstens die Anträge zum Teuerungsausgleich für das Personal: Für uns ist klar, dass sich der Teuerungsausgleich für das Personal logischerweise an den realen Zahlen orientieren soll und nicht an irgendwelchen fiktiven Grenzen, was man jetzt halt noch ausgeben kann, damit es dann doch für ein ausgeglichenes Budget reicht. Wir unterstützen deshalb den Antrag der SP/JUSO-Fraktion für einen Teuerungsausgleich von 0,8%. Der Kompromissantrag der GFL ist zwar vielleicht nett gemeint, aber wenn schon im Personalreglement festgehalten wird, dass den Mitarbeitenden zum Erhalt der Kaufkraft neben der Teuerung weitere Preiserhöhungen ausgeglichen werden sollen, wissen wir nicht, wieso wir dies einfach ignorieren sollten und nur die geschätzte Teuerung von 0,6% ausgleichen sollten. Also wir sprechen uns hier ganz klar für den SP/JUSO-Antrag und nicht für den GFL-Antrag aus.
Dann der Antrag der AL/PdA/TIF zu Human Rights: Hier kann ich es sehr kurz machen. Das Angebot von humanrights.ch ist zentral für Gefangene und ihre Angehörigen, ich kann das auch immer wieder sehen als Mitarbeiterin einer Anwaltskanzlei. Wir sprechen uns hier dafür aus, dass die Stadt Bern 2027 finanziell überbrückt. Wir möchten aber auch betonen, dass wir hier vor allem den Kanton Bern in der Pflicht sehen. Aber eben, für eine Überbrückung sind wir sehr gerne dabei.

Dann der Antrag von uns und der JUSO zu Casablanca, und auch die Planungserklärung: Ich weiss, diese Anträge kommen alle Jahre wieder, aber ganz ehrlich, wir werden sie auch jedes Jahr wieder stellen, solange die Stadt Teil dieses Vereins bleibt. Denn seit der Gründung von Casablanca 2004 verstehen wir nicht, wieso die Stadt Teil dieses Vereins ist – neben dem, dass wir den Verein auch inhaltlich nicht wirklich unterstützen, aber das ist nicht der Punkt. Wir verstehen einfach nicht, wieso die Stadt Teil dieses Vereins ist. Gerade die Bürgerlichen meinen doch immer, dass sich der Staat heraushalten soll, wenn Private es selber tun können, und das wäre jetzt eigentlich ein gutes Beispiel dafür. Ihr könnt diesem Antrag wirklich getrost zustimmen und auch der Planungserklärung. Und dass unsere RGM-Gspänli – SP und GFL – Jahr für Jahr nicht bereit sind, hier den Rotstift anzusetzen, werde ich wirklich nie verstehen. Ich weiss, es geht hier nur um 40'000 Franken, aber ganz ehrlich, wir kämpfen im Sozialbereich oder auch bei den Massnahmen gegen die Klimakrise auch um ein paar 10'000 Franken und da wären die 40'000 Franken doch wirklich besser aufgehoben als beim Saubermachen von Häuserfassaden. Selbstverständlich nehmen wir unseren eigenen Antrag und die Planungserklärung an.
Dann zu den Ressourcen bezüglich Engagement, digitale Unabhängigkeit, Antrag und Planungserklärung RWSU: Wie es schon im Antrag steht, ist die geplante Mitgliedschaft der Stadt Bern beim Netzwerk Souveräne Digitale Schweiz (SDS) sehr zu begrüssen. Allerdings wäre es für uns nicht die Prio 1 gewesen, in diesem Bereich mehr Ressourcen zu sprechen. Da finden wir die Haltung der SP/JUSO-Fraktion ehrlich gesagt auch ein bisschen befremdlich – dass sie hier die Erhöhung des Budgets vehement begrüssen, aber zum Beispiel den gleichen Betrag in der Kultur bei der Programm- und Projektförderung ablehnen. Ganz ehrlich, manchmal verstehe ich eure Grundsätze nicht ganz, oder auch eure internen Diskussionen, aber das muss ich ja vielleicht auch nicht. Trotzdem finden wir das Thema natürlich wichtig und sehen unsere auch Aufgabe nicht darin, knauserig zu sein. Wir werden deshalb sowohl den Budgetantrag wie auch die Planungserklärung annehmen. Aber eben, Prio 1 wäre es für uns nicht gewesen.
Zum Schluss noch der Antrag AL/PdA/TIF zum Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik (Fonds): Es geht darum, dass die Verzinsung des Kapitals an den allgemeinen Haushalt einmalig um 10 Mio. Franken reduziert werden soll. Für die Stadt Bern und für die städtische Wohnbaupolitik ist es zentral, dass der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik auf stabilen Beinen steht. Die GB/JA-Fraktion ist deshalb auch der Meinung, dass wir grundsätzlich über die Abgaberegelungen sprechen müssen. Dies aber über einen einzigen Budgetantrag abzuhandeln, scheint uns wenig seriös. Deshalb werden wir uns, wie das auch schon vor einem Jahr der Fall war, bei diesem Antrag enthalten. Die restlichen Anträge, alle von SVP und FDP, lehnen wir als GB/JA-Fraktion ab.

Präsidentin: Als nächstes gerne Matteo Micieli für die AL/PdA/TIF-Fraktion.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Bei der FPI scheint die Luft langsam draussen zu sein, es gibt kaum mehr Anträge. Deshalb mache ich auch nicht so lange. Die SVP will 6'000 Franken einsparen und begründet das mit globalen Unsicherheiten. Bei einem städtischen Haushalt von 1,5 Mia. Franken, entsprechend 6'000 Franken 0,0004% des Aufwands. Ich habe das nachgerechnet, für mich wären das 12 Rappen. Wenn man damit etwas zur globalen Sicherheitslage beitragen könnte, wie die SVP das begründet, wäre das natürlich traumhaft, aber darum geht es ja nicht.
Dann zu unserem Antrag, Antrag 2: Da sind wir bei 0,002%. Damit kann die Stadt Bern eine Rechtsberatungsstelle für Gefangene und ihre Angehörigen unterstützen. Wir ha-

ben diesen Antrag eingereicht, weil der Zugang zu juristischer Beratung im Freiheitsentzug zu den rechtsstaatlichen Mindeststandards gehört. Sowohl die europäischen Strafvollzugsgrundsätze als auch die Nelson-Mandela-Regeln sehen einen solchen Zugang ausdrücklich vor. Die Rechtsberatungsstelle von Humanrights schliesst also hier eine konkrete Lücke. Ihre Finanzierung für 2027 ist nicht gesichert. Die 30'000 Franken sind deshalb ausdrücklich als einmalige Überbrückung gedacht, bis Kantone und Bund diese Verantwortung übernehmen. Und vielleicht noch kurz zu den bürgerlichen Spassargumenten: Ich habe gesagt, bis die Kantone und der Bund die Verantwortung übernehmen. Also hört damit auf, immer wieder zu sagen, dass die Kantone das machen müssen oder was auch immer, denn das ist ja genau das Problem, dass ihr solche wichtigen Anliegen überall sonst – weil ihr überall sonst in der Mehrheit seid – blockiert. Dann muss es halt eben die Stadt machen. Dass im vergangenen Jahr 17 von schweizweit 154 Anfragen aus dem Regionalgefängnis Bern kamen, zeigt zudem, dass dieses Angebot einen ganz konkreten Bezug zu Bern hat. Es geht also nicht darum, dass die Stadt dauerhaft eine fremde Aufgabe übernimmt, sondern darum, ein bestehendes und genutztes Angebot für ein Übergangsjahr zu erhalten. Als Parlament müssen alle hier verstehen, dass es ein eigenartiges Verständnis von Rechtsstaatlichkeit wäre, ausgerechnet bei dieser Möglichkeit zu sparen, sich gegen staatliches Handeln rechtlich wehren zu können.
Casablanca wollen wir natürlich auch nicht – neu ist der Antrag aber nicht mehr von uns, aber immer noch in unseren Herzen. Damit kann man auch fast siebenmal mehr einsparen als mit dem SVP-Antrag, das ist ja genial. Wir freuen uns deshalb auch auf die Unterstützung von euch wegen weltweit unsicherer Sicherheits- und Wirtschaftslage und so. Dann haben wir auch noch eine Lösung für den FDP-Antrag, dass das Budget des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen soll, und zwar die, dass man die Verzinsung des Kapitals an den allgemeinen Haushalt um 10 Mio. Franken reduziert. Die rund 1,5 Mio. Franken, die die FDP ausgleichen will, werden also ausgeglichen und dann gibt es immer noch ein Plus von 8,5 Mio. Franken. Stellt euch vor: Alle Probleme gelöst, AL/PdA/TIF zufrieden, FDP zufrieden! Auch wenn wir natürlich wissen, dass ihr mit eurem neuen Lieblingsbegriff "enkeltauglich" eure reichen UBS-Enkel meint und nicht alle. Den Antrag zum Teuerungsausgleich nehmen wir natürlich ebenso klar an – je mehr, desto besser – und auch den der RWSU. Und wir freuen uns auf ein fehlerfreies und übersichtliches Budget nächstes Jahr.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Alexander Feuz, SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich erlaube mir jetzt eben trotzdem, auch wenn wir hier keinen Antrag gestellt haben für positiv oder negativ, eine kurze Würdigung zu machen. Ich, der immer sagt, es gehe auch darum, wie die Direktionen im Hinblick auf die Zukunft arbeiten. Ich konzediere Melanie Mettler, dass sie versucht, das Beste zu machen und zu sparen. Ich muss einfach auch feststellen – das wird genau meine Befürchtung sein – wir werden wahrscheinlich heute Abend hinaufgehen und ich gehe davon aus, wir werden ein Defizit haben, das wahrscheinlich über 10 Mio. Franken ist. Ich stelle das jetzt einmal in den Raum und bin gespannt, wie es herauskommt. Aber ich sage einfach, man kann dann noch lange das Gute tun, das ist eben das Problem, wenn man in der Stadt Bern nur eine Vertretung hat von 5. Die SVP ist immer ganz hart und klar. Wir werden wahrscheinlich nie einen Gemeinderatssitz haben, aber umso mehr zeigen wir in der Finanzdebatte ganz klar auf, was wir wollen und was wir ablehnen.

Ich komme zu Antrag 12: Wir lehnen das ganz klar ab. Ich bin der Meinung, wir können uns das nicht leisten. Denkt daran, es gibt viele Unternehmungen, Firmen – hart im Gegenwind – die immer noch leiden unter diesen Corona-Massnahmen und anderen dirigistischen Sachen. Ihr seht auch die Weltlage, Hormus, Ukraine, ich will hier nicht in die Details gehen. Darum bin ich der Meinung, das kann nicht sein. Unsere Gemeindeangestellten sind sehr gut gehalten. Sie machen auch sehr gute Arbeit zu einem grossen Teil. Es gibt auch Ausnahmen – ihr habt gehört, wie ich die BSS kritisiert habe und vor allem auch die Leitung, bei der ich der Meinung bin, dort hat man nach wie vor nichts gelernt. Aber es gibt auch im VBS Leute, die nicht lesen können, das musste ich auch feststellen. Darum sage ich, das soll nicht ein Beispiel sein, aber das sind Konsequenzen, die man sehen muss.
Auch den Antrag der GFL, wir lehnen alles ganz klar ab, dass man da nicht mehr gibt. Selbstverständlich sind wir dann für die Massnahme, die weniger ins Gewicht fällt. Nachher der Antrag der AL/PdA/TIF, Antrag 2: Diesen lehnen wir ebenfalls ab. Ich gehe hier nicht gross ins Detail. Ich komme einfach rasch wieder auf unseren Antrag, den der SVP: Wir sind einfach der Meinung, wenn der Gewerkschaftsbund Gelder bekommt, dann könnten wir eigentlich auch Geld verlangen für Pro Schweiz. Ich habe das jetzt nicht gemacht, weil ich gewusst habe, es ist chancenlos, aber nachdem mir heute schon die Präsidentin, als ich gewisse Ausführungen gemacht habe, das Wort abgeschnitten hat, werde ich nächstes Jahr möglicherweise einen solchen Antrag stellen. Dann kann ich dazu reden, dann wird man mir nicht den Vorwurf machen, dass ich einen Antrag kritisiere und einen Vergleich mache wie den von Neophyten und kriminellen Asylbewerbern. Wenn man das nicht mehr kann, dann muss ich halt das machen. Da habe ich das juristische Geschick, um mich hier rechtzeitig dagegen zu wehren.
Antrag 4, Immobilien Stadt Bern, Casablanca, lehnen wir klar ab. Ich bin immer für Sparmassnahmen, aber ich muss sagen: Die Geister, die ich rief, werde ich nicht mehr los. Man sagt, eine Tanzveranstaltung artet ein bisschen aus, und dann wird das nachher gemacht. Also müssen wir ja Casablanca haben. Da müsste der Sicherheitsdirektor vielleicht einmal über die Bücher gehen, was er gegen aussen kommuniziert und was nicht. Ebenfalls Antrag 5: Auch hier gehe ich nicht gross darauf ein.
Zum Antrag 6 mit dem Netzwerk Informatik: Das ist ein spannender Antrag, das muss ich sagen. Ich will da nicht das Kommissionsgeheimnis verletzen, aber es ist durchaus etwas, über das man reden kann. Ihr wisst, ich bin kein Freund von Open Source, aber ich sehe andererseits auch das Problem, wenn alles bei Microsoft konzentriert ist und man keinerlei Alternativen hat. Das ist für mich ein Problem. Ihr wisst, ich werde auch den NATO-Beitritt bekämpfen. Ich bin auch hier sehr skeptisch, wenn man gewisse Sachen drin hat, die dann vielleicht trotzdem gewisse Risiken und gewisse Wunden geben. Für mich unverständlich, das kann ich auch sagen – vielleicht werde ich dafür auch wieder kritisiert – dass die Schweiz ihr AHV-Geld in Amerika angelegt hat und den Goldvorrat auch. Für mich völlig verfehlt, aber wie gesagt, ich will mir nicht den Vorwurf machen lassen, es sei nicht zulässig, aber es geht genau in diese Richtung. Deshalb bin ich auch dort konservativ und bin der Meinung, es ist eine falsche Sache. Unsere Fraktion wird schauen, was sonst noch für Voten zu diesem Thema kommen, aber wir haben durchaus Verständnis für diesen Antrag – ich sage es jetzt einmal so.
Nachher Antrag 8: Dass hier ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt wird, ist für mich klar. Ihr wisst, ich habe bereits letztes Mal zu diesem ganzen Bereich gesagt – ich glaube, es war am 10. – das Budget sei eigentlich viel höher, wenn es der Fonds nicht einmal hinbekommt, ein ausgeglichenes Budget zu machen. Aber wenn man natürlich so dumme Käufe macht, Liegenschaften kauft, zum Beispiel am Wildhainweg, die dann teilweise leer stehen und nicht weiss, was man damit macht, dann fehlt hier eben das

Fachwissen. Und ich habe immer gesagt, da könnt ihr noch viel Geld hineintun, wenn die Leute nicht wissen, was man mit dem Geld macht und wie man es gescheit macht, dann ist das wie eine Giesskanne – das Geld versickert und geht an blöde Sachen. Ich habe immer gesagt, die Stadt kann mit Geld nicht umgehen. Einer der Grundsätze ist, die Stadt knapp zu halten mit dem Geld, dann wird es nicht dumm ausgegeben. Darum werden wir dem Antrag selbstverständlich zustimmen.
Ein interessanter Antrag ist Antrag 9. Ich muss sagen, den kann man wirklich geteilt anschauen. Er ist insofern ehrlich. Mit Leuten, die mit offenem Visier kämpfen, hatte ich noch nie ein Problem. Wenn dieser Antrag gutgeheissen wird, werden wir wahrscheinlich ein Budget haben mit einem Defizit von weit über 15 oder 20 Mio. Franken, davon gehe ich aus. Und er könnte eine Mehrheit finden. Ich bin dann gespannt, welches die Konsequenzen sind. Hat der Gemeinderat dann den Mut, eine Steuererhöhung zu machen – und vor den Wahlen oder erst nach den Wahlen? Von dem her könnte man ein bisschen versucht sein, Advocatus Diaboli zu sein. Ich lasse einmal offen, wie unsere Fraktion hier abstimmen wird, aber es wird sicher ein paar Leute geben, die diesem Antrag zustimmen werden.
Zu Antrag 10: Es ist klar, die werden wieder scheitern wie letztes Jahr. Ich bin einfach der Meinung, man sollte hier konsequent sein- Ich will nicht noch gross weitere Ausführungen machen. Ich bin immer der Meinung, man muss den Mut haben für Transparenz. Ihr habt den bis jetzt nicht gehabt, man will es nicht machen. Aber ihr habt ja auch die anderen Anträge, die ich in anderen Fällen gestellt habe, all die Anträge, Interpellationen, Postulate oder was auch immer abgelehnt. Ein höherwertiges Wohnen in Bern soll es ja nicht mehr geben. Alles andere soll nur noch genossenschaftlich sein. Ich habe immer gesagt: beati sunt. Für mich ist immer der grosse Angriffspunkt, wer eine solche Genossenschaftswohnung erhält oder nicht – zum Beispiel eben der Götti des Liegenschaftsverwalters der Genossenschaft. Für mich ist das etwas vom Unsozialsten und Ungerechtfertigsten, das ihr habt. Aber wenn man das so haben will, soll man es so haben.
Ihr seht unsere Positionen. Ich kann vorausgreifen: Ich gehe davon aus, wir werden dem Budget einstimmig und klar eine Ohrfeige erteilen. Ich gehe davon aus – ich denke jetzt noch an die GLP – wenn das Budget plötzlich ein Defizit hat, nicht nur von. 2 Mio. Franken, sondern vielleicht von 10, 12 oder 15 Mio. Franken, wie ich es schon früher gesagt habe, wäre es dann vielleicht ein Grund, sich nicht zu enthalten, sondern Nein zu stimmen, denn Melanie Mettler kann nichts dafür, wenn es so hoch ist.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Mirjam Roder für die GFL-Fraktion.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Michael und ich teilen uns das Votum. Wir haben aber entschieden, dass wir keine FPI-Rundshow machen, sondern je nur zu einem Antrag sprechen. Ich möchte kurz etwas zum Antrag 13 der GFL zum Teuerungsausgleich sagen, der dem Antrag 12 der SP/JUSO gegenübergestellt wird. Wir beantragen, für den Teuerungsausgleich 0,6% einzustellen. Das entspricht einer Erhöhung des Globalkredits um 1,26 Mio. Franken. Damit liegen wir zwischen den vom Gemeinderat budgetierten 0,25% und den von SP/JUSO beantragten 0,8%. In Franken entspricht es einer Differenz von knapp 800'000 Franken zum SP/JUSO-Antrag. Für uns ist entscheidend, dass wir im Budget eine möglichst realistische Annahme treffen, denn auch hier wollen wir lieber ein ehrliches Budget statt ein ausgeglichenes Budget auf dem Papier. Die aktuellen Prognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), der Konjunkturforschungsstelle (KOF) und der Zürcher Kantonalbank (ZKB) bewegen sich für die durchschnittliche Teuerung 2026 stabil im Bereich von 0,5% bis 0,6%. Für uns ist deshalb

klar, dass die 0,25%, die der Gemeinderat eingestellt hat, deutlich zu tief sind und dass das dann ohnehin mit einem Nachkredit wieder ausgeglichen werden muss.
Gleichzeitig sehen wir zum heutigen Zeitpunkt auch keinen zwingenden Grund, bereits 0,8% vollständig ins Budget einzustellen. Die effektive Höhe des Teuerungsausgleichs steht noch nicht abschliessend fest, sondern wird vom Gemeinderat nach Anhörung der Sozialpartner festgelegt. Wir entscheiden heute also nicht über den effektiven Teuerungsausgleich, sondern darüber, mit welcher Annahme wir das Budget ausstatten wollen. Gleichzeitig ist und bleibt das Budget der Stadt Bern angespannt. Unser Antrag versucht deshalb, beiden Seiten Rechnung zu tragen – dem absolut berechtigten Anspruch der Mitarbeitenden auf Kaufkrafterhalt und unserer Verantwortung für ein möglichst realistisches und zurückhaltendes Budget. Und hier sind für uns 0,6% der richtige Kompromiss. Damit schaffen wir aus unserer Sicht eine realistischere Grundlage, ohne bereits heute weiterzugehen, als es die derzeit verfügbaren Zahlen nahelegen. Wir bitten euch deshalb, in der Gegenüberstellung dem GFL-Antrag den Vorzug zu geben.

Präsidentin: Vielen Dank. Michael, du hast noch 5,5 Minuten.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: So viel habe ich gar nicht notiert. Ich versuche, das irgendwie auszufüllen mit redundanten Ausführungen, die ihr ja schon kennt von mir – Spass beiseite. Ich freue mich, hier noch einen Antrag begründen zu dürfen, nämlich den zu Humanrights, das ist Antrag Nummer 2. Hier einfach nur zur Klarstellung, ich habe das schon in der Eintretensdebatte gesagt: Ich rede hier pro domo, also in eigenem Interesse – so viel zu meinen Interessenbindungen. Ich mache dort auch mit. Lea Bill hat es erwähnt, es ist eine Art Beratungstelefon, ein Relais, das Leute, die sich im Straf- und Massnahmenvollzug. befinden, anrufen können. Dann werden externe Anwältinnen und Anwälte gesucht, die das benevol machen, also ohne Entgelt. Sie bekommen einen Timeslot, in dem sie anrufen können, und dann haben sie ein telefonisches Beratungsgespräch zugut. Also das ist eine Benevol-Sache, ich habe noch nie einen Rappen verdient, aber ich mache das mit Herzblut.
Warum ist das wichtig? Viele Leute denken immer, die Strafgefangenen haben ja sowieso Anrecht auf einen Anwalt – Gratisanwalt wird dem immer gesagt. Das ist aber nur richtig im Untersuchungsstadium, also wenn jemand in einem Strafverfahren ist, bis zum erstinstanzlichen Urteil. Ich muss das den Kolleginnen und Kollegen, die ebenfalls in dieser Branche tätig sind, nicht erklären, aber das meinen viele. Und dann, sobald das erstinstanzliche Urteil da ist, sind sie im Straf- oder Massnahmenvollzug und haben keinen Anspruch mehr auf einen unentgeltlichen Anwalt oder eine unentgeltliche Anwältin. Das heisst, die meisten Leute sind ja mittellos, wenn sie sich in diesem Zustand befinden, und dann ist es tatsächlich eine Blackbox. Und die Blackbox ist eben der Straf- und Massnahmenvollzug und nicht die Finanzdirektion, die hier als solche bezeichnet worden ist. Ich kann nur aus meiner Perspektive als Mitglied der FIKO reden, aber ich habe die Finanzdirektion noch nie als Blackbox erlebt, sondern als sehr auskunftsfreudig und responsiv, wenn es darum geht, Fragen aller Art zu beantworten, sogar kurzfristig per Mail und so. Also ich habe diese traumatische Erfahrung nicht gemacht, aber es kann sein, dass andere das getan haben.
Das hier ist also ein Angebot, das notwendig ist und Lea Bill hat es erwähnt: Der Straf- und Massnahmenvollzug ist tatsächlich beim Kanton. Also wäre es eigentlich an ihm, diese Leistungen zu entschädigen, aber er macht es nicht, das wissen wir. Es ist nicht die erste Aufgabe, die wir dann als Stadt übernehmen. Die Frage ist: Wollen wir das oder wollen wir das nicht? Ich sage, wir wollen das, weil mir das wichtig ist. Ich hoffe,

euch ist es auch wichtig, auch wenn es eine Klientel ist, die wenig Sympathien geniesst und keine Lobby hat hier im Stadtrat.

Präsidentin: Vielen Dank. Es scheint keine weiteren Fraktionsvoten zu geben. Ihr könnt euch gerne für die Einzelvoten anmelden. Als erstes Corina Liebi, GLP.

Corina Liebi (JGLP), Einzelvotum: Entgegen meiner Fraktion werde ich als gewählte Vertreterin der Jungen Grünliberalen (JGLP) das Budget in der vorliegenden Form ablehnen. Ich begrüsse den vom Gemeinderat eingeschlagenen Kurs. Der Gemeinderat hatte ein knapp ausgeglichenes Budget vorgelegt. Das Parlament hat dieses Budget im Verlauf dieser Debatte aber so stark verwässert, dass ich schlicht nicht mehr dahinterstehen kann. Anstatt eine generationengerechte Finanzpolitik zu betreiben und uns ein Pölsterchen für schwierige Zeiten anzulegen, pokern wir nun darauf, dass die Steuern am Ende doch besser ausfallen als gedacht. Wenn ich aber gleichzeitig einen Blick auf die Investitionsplanung und insbesondere auf unsere künftige Zinsbelastung werfe, bekomme ich Bauchweh. Wir häufen Schulden an, für die am Ende kommende Generationen aufkommen müssen. Das ist für mich nicht generationengerechte Politik. Meine Ablehnung ist dabei ausdrücklich kein Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat – im Gegenteil. Sie ist die Folge der linken Ausgabenpolitik in diesem Parlament, die ich in dieser Form nicht mittragen kann, nicht mittragen will. Ich begrüsse hingegen den eingeschlagenen Kurs des Gemeinderats, in den kommenden Jahren eine Aufgabenpriorisierung durchzuführen, und wünsche mir, dass er die eingeschlagene Finanzpolitik konsequent weiterverfolgt. Es ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Beim AFP werde ich mich deshalb enthalten. Ich tue dies im Sinne eines Vorschussvertrauens gegenüber dem Gemeinderat und mit der Erwartung, dass die angekündigte Aufgabenpriorisierung tatsächlich angegangen wird.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Simone Richner, FDP.

Simone Richner (FDP), Einzelvotum: Herzlichen Dank, ich möchte nur kurz replizieren auf das Fraktionsvotum der AL. Den Begriff Enkel-Politik kannst du bei meinem Post, glaube ich, 10 Jahre zurückverfolgen. Dafür stehe ich, seit ich beim Jungfreisinn Präsidentin war – das ist bei uns nicht erst seit gestern oder heute ein Begriff.
Aber ich möchte eigentlich noch etwas anderes klarstellen, nämlich zu Casablanca. 3 Punkte: 1) Die Stadt ist bei Casablanca nicht einfach Geldgeberin zugunsten Privater. Sie ist selbst Eigentümerin, das ist in eurer Wohnstrategie drin. Sie ist damit unmittelbare Nutzniesserin dieser Struktur. Casablanca betreut auch städtische Liegenschaften, darunter Schulhäuser, Kindergärten, Sportanlagen, Bäder, Friedhöfe sowie weitere Immobilien der Stadt. Die Stadt finanziert damit nicht eine Leistung für Dritte, sondern beteiligt sich an einer Organisation, deren Leistung sie für den eigenen Immobilienbestand selbst in Anspruch nimmt. 2) Es ist sachlich unzutreffend, den Eindruck zu erwecken, die Stadt finanziere privaten Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern die Reinigung ihrer Fassaden. Die eigentlichen Reinigungskosten privater Liegenschaften werden grundsätzlich über die Versicherungen getragen. Casablanca übernimmt hier lediglich die organisatorische Abwicklung. 3) Wenn Casablanca wegfällt, fallen diese Aufgaben nicht einfach weg für die Stadt Bern. Sie fallen zurück an diejenigen, die sie weiterhin erledigen müssen, und bei den städtischen Liegenschaften ist das eben die Stadt selbst. Sie müssen die Reinigung und die damit verbundenen Abläufe wieder eigenständig organisieren. Zusätzliche Koordinations- und Verwaltungsaufgaben wä-

ren die unmittelbare Folge. Meine Damen und Herren, dafür braucht es keine komplizierte betriebswirtschaftliche Analyse, eine einfache Milchbüchlein-Rechnung genügt. Eine bestehende, gemeinsam finanzierte und eingespielte Struktur aufzugeben, um dieselben Aufgaben anschliessend innerhalb der Stadtverwaltung wieder selber organisieren zu müssen, ist kaum ein Programm – im Gegenteil. Es besteht ein erhebliches Risiko, dass die Stadt am Ende mehr Aufwand hat für weniger Effizienz.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Michael Burkard, GFL.

Michael Burkard (GFL), Einzelvotum: Ich verspreche euch, das ist heute das letzte Mal – aber ich geniesse es, das ist immer schön, die Walpurgisnacht der Finanzdebatte. Nur ganz kurz zu den Anträgen 8 und 9. Die werden immer einzeln diskutiert, aber eigentlich müsste man sie zusammen denken – und zusammen sind sie gar nicht abwegig, sondern sehr wichtig, denn wir haben tatsächlich ein Problem. Wir reden immer über den allgemeinen Haushalt mit der Verschuldung, aber selten über die anderen Rechnungen, die es noch gibt. Der Fonds, ich habe das mal angeschaut, hatte 2017 300 Mio. Franken Schulden und 2023 bereits 640 Mio. Franken. Für 2028 sind 850 Mio. Franken Schulden prognostiziert. Also wir haben dort eine Verschuldung, die genauso zunimmt wie im allgemeinen Haushalt. Desgleichen haben wir auch eine Zunahme der Verschuldung bei EWB. Und beides wird zu einem Problem. Und wenn man das zusammendenkt, wäre die Idee, dass man dem Fonds erlaubt, seine Zinseinnahmen zu tesaurieren und nicht an die Stadt abzuliefern – eine bedenkenswerte, prüfenswerte Idee. Es wäre schön, wenn sich die FIKO oder sonst jemand dieses Themas annähme, denn dann könnte man wahrscheinlich eine interessante Diskussion führen.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es noch weitere Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann übergebe ich gerne der Gemeinderätin Melanie Mettler das Wort.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Sie stehen kurz vor der Abstimmung zu den Anträgen zum letzten Direktionsblock dieser Budgetdebatte. Ich habe der diesjährigen Budgetdebatte gelauscht. Es ist offensichtlich, dass es kein geteiltes Verständnis darüber gibt, ob für öffentliche Finanzen Systemgrenzen gelten. Diese Diskussion werden wir weiterführen und sie wird uns alle wahrscheinlich immer beschäftigen, bis wir ein solches geteiltes Verständnis finden. Manchen Fraktionen ist der Weg zu steil, anderen geht es nicht schnell genug und noch andere haben bereits aufgegeben. Bevor ich auf die Anträge der FPI eingehe, möchte ich noch eine Frage aufnehmen, die über das heutige Budget hinausreicht: Wie wir den finanzpolitischen Dialog zwischen Regierung und Parlament mit den Entscheidungen in den Fraktionen abstimmen können. Der Gemeinderat bleibt bei seinem Kompass. Auch die Mehrheit der FIKO unterstützt diesen, anerkennt die Schritte, die bereits gegangen wurden, und weist darauf hin, wie steil der Weg noch ist. Entsprechend unterstützt sie auch das Budget und den Planungshorizont. Gleichzeitig hat die Parlamentsmehrheit hier Änderungsanträge angenommen, die natürlich zusätzliche Ausgaben mit langfristigen Belastungen des Budgets zur Folge haben, und das macht den Weg natürlich steiler. Schon in der Eintretensdebatte ging es deshalb nicht nur um Zustimmung zum Ziel, sondern eben auch darum, welches Defizit auf diesem Weg noch gehbar, noch vertretbar ist – anders gesagt, ob die zusätzlichen Belastungen den Weg so steil gemacht haben, dass man davon abkommen will, oder ob wir bereit sind, auch den nächsten Schritt gemäss Kompass zusammen zu gehen. Das sind zwei unterschiedliche Ebenen. Eine Verständigung über die mittelfristige Stabilisierung führt eben noch nicht zu einer Verständigung über den nächsten einzelnen Schritt.

Für unsere weitere Zusammenarbeit stellt sich damit aber auch eine konkrete Frage: Wo besteht Einigkeit über den finanziellen Rahmen, wo über die Aufgaben und wo noch nicht? Der finanzpolitische Dialog findet aktuell zwischen der FPI und der Finanzkommission statt. Die Fragen und Abwägungen aus diesem Dialog betreffen aber natürlich auch die Sachkommissionen und die Fraktionen. Dort werden die einzelnen Leistungsversprechen diskutiert, dort entstehen auch die Anträge, die den Rahmen anschliessend verändern. Und für den nächsten Budgetprozess stellen sich einige Fragen, die wir – Regierung und Parlament – zusammen sicher aufnehmen werden. Zu welchem Zeitpunkt beraten wir gemeinsam über den finanziellen Rahmen? Wie kommen die Fragen aus den Fraktionen in diesen Dialog zurück? Wie werden wir bei zusätzlichen Aufgaben die Finanzierung und die Wirkung auf die Folgejahre gleichzeitig sichtbar machen können?
Der Gemeinderat hat seine Zielsetzung benannt, nämlich das Wachstum der Aufgaben und Ausgaben mit dem Wachstum der Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen. Und die strategische Priorisierung soll dazu nicht nur neue Aufgaben diskutieren, wie das bisher üblich war – im Budgetprozess werden neue Aufgaben diskutiert – sondern man soll auch bestehende Aufgaben einbeziehen können. Das Ergebnis ist noch offen, es ist nicht bereits als fertiger Massnahmenkatalog aufgegleist. Genau dort liegt natürlich auch unsere nächste politische Auseinandersetzung. Die wachsenden Mittel im Haushalt – die wachsenden Einnahmen – werden uns diese Arbeit nicht abnehmen. Mehr Mittel können zusätzliche Leistungen ermöglichen, sie werden aber auch für bestehende Aufgaben und deren Kosten benötigt. In den Planjahren sind beispielsweise höhere Beiträge an den kantonalen Lastenausgleich und die Folgekosten unserer Investitionen bereits berücksichtigt. Für mich betrifft die Schlussfolgerung aus dieser Debatte deshalb unsere Zusammenarbeit über das heutige Budget hinaus. Selbstverständlich geht es nicht darum, dass alle dieselben Prioritäten haben sollen. Das ist nicht das Ziel, sondern die Frage, wie wir die Diskussion organisieren und dabei die Leistungsversprechen und ihre Finanzierung zusammen betrachten können. Denn eines ist klar: Ohne finanzielle Nachhaltigkeit gibt es keine soziale und auch keine ökologische Nachhaltigkeit für das nächste Jahr und die Jahre danach.
Zu den Anträgen der FPI: Ich gehe einzeln auf zwei ein, zuerst auf den Antrag zum Teuerungsausgleich. Sie haben gehört, welche Anträge hier vorliegen. Die Sozialpartnerschaft – es ist mir wichtig, das festzuhalten – ist eine der zentralsten Errungenschaften des schweizerischen Gesellschaftsvertrags. Sie hat auch in der Stadt Bern eine eigene reglementarisch verankerte Funktion. Für die Mitarbeitenden verhandeln der Personalverband und der Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), die FPI vertritt die Arbeitgeberin im Auftrag des Gemeinderats. Das Personalreglement sieht den Erhalt der Kaufkraft vor. Und ja, massgebend sind nicht allein der Landesindex der Konsumentenpreise, sondern auch Preiserhöhungen ausserhalb des Indexes und die Verhältnisse am Arbeitsmarkt. Über die Höhe und Modalitäten entscheidet dann schliesslich der Gemeinderat nach den Verhandlungen mit den Personalverbänden. Diese Verhandlungen ersetzen die reglementarischen Ansprüche nicht. Umgekehrt macht aber das Reglement auch die Verhandlungen nicht überflüssig. Hier beraten wir über die budgetierten Mittel, die Arbeitgeberinnenrolle in den Verhandlungen liegt dagegen beim Gemeinderat. Diese Unterscheidung gilt auch noch, wenn ein höherer Betrag als Ausgabeermächtigung im Budget steht.
Noch zu einem weiteren Punkt, zu dem ich kurz etwas sagen möchte: Das sind die 140'000 Franken für die aktive Mitarbeit im Netzwerk Souveräne Digitale Schweiz. Hier geht es um Ressourcen für eine zusätzliche Mitarbeiterin in der Informatik. Die Idee dahinter ist, dass damit die Stadtverwaltung schneller digital souveräner werden könne.

Obwohl ich das ein gutes Ziel finde, wird eine zusätzliche Stelle uns diesem Ziel nicht schneller näherbringen. Bitte lehnt diesen Antrag wie auch andere Ausbauanträge gegenüber dem gemeinderätlichen Budget ab.
Und so bleibt mir zum Schluss nur noch ein herzlicher Dank an die Verwaltung, insbesondere die Finanzverwaltung, die Steuerverwaltung und das Generalsekretariat, die auch da sind, an den Gemeinderat und an euch alle für euren Einsatz für ein demokratisch ausgehandeltes Budget der Stadt Bern.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung über die für die FPI inklusive Sonderrechnungen vorliegenden Planungserklärungen und Anträge. Wir gehen wie gewohnt die Reihenfolge der Antragsliste durch und kommen als erstes zu einer Ausmehrung. Wir stellen die Anträge 12 und 13 einander gegenüberstellen und stimmen über den obsiegenden ab. Wer dem Antrag Nummer 12 der SP/JUSO zustimmen möchte, drückt Rot, wer dem Antrag der GFL zustimmen möchte – Nummer 13 – drückt Grün.

Antrag 12
SP/JUSO
Budget Finanzverwaltung: Der Teuerungsausgleich ist von 0,25 Prozent auf 0,8 Prozent zu erhöhen. Der Globalkredit ist entsprechend um 2 035 000 CHF zu erhöhen.

Antrag 13
GFL
Budget Finanzverwaltung: Der Teuerungsausgleich ist von 0,25 Prozent auf 0,6 Prozent zu erhöhen. Der Globalkredit ist entsprechend um 1'260'000 CHF zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 097

2025.FPI.0070: Antrag 13 vs. Antrag 12

Antrag 12 obsiegt
Ja 28
Nein 40
Enthalten 1

Präsidentin: Der Antrag der SP/JUSO obsiegt. Wir werden jetzt über den obsiegenden Antrag Nummer 12 abstimmen.

Abstimmung Nr. 098

2025.FPI.0070: Antrag 12

Annahme

Ja	45
Nein	25
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag Nummer 12 wurde angenommen. Dann gehen wir weiter zum Antrag Nummer 1 SVP.

Antrag 1
SVP
Budget Finanzverwaltung: Auf die Zahlung von 6000 Franken an den Gewerkschaftsbund (36360605) ist zu verzichten (S.13 Anhang).

Abstimmung Nr. 099

2025.FPI.0070: Antrag 1	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	57
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag 1 wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 2, AL/PdA/TIF, GB/JA und JUSO.

Antrag 2
AL/PdA/TIF, GB/JA, JUSO
Budget Finanzverwaltung: Der Globalkredit ist um Fr. 30'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 100

2025.FPI.0070: Antrag 2	
Annahme	
Ja	47
Nein	26
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag Nummer 3 SVP ab.

Antrag 3
SVP
Planjahr Finanzverwaltung: Auf die im AFP-Planjahr 2028-2030 eingestellten Beiträge an den Gewerkschaftsbund (36360605) ist zu verzichten (S.13 Anhang).

Abstimmung Nr. 101

2025.FPI.0070: Antrag 3	
Ablehnung	
Ja	17
Nein	57
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zum Antrag Nummer 4 GB/JA, JUSO.

Antrag 4
GB/JA, JUSO
Budget Immobilien Stadt Bern: Der Globalkredit ist um Fr. 40'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 102

2025.FPI.0070: Antrag 4

Ablehnung

Ja	18
Nein	53
Enthalten	3

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zum Antrag Nummer 5 GB/JA, JUSO.

Antrag 5
GB/JA, JUSO
Planjahr Immobilien Stadt Bern: Der Globalkredit ist jährlich um Fr. 40'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 103

2025.FPI.0070: Antrag 5

Ablehnung

Ja	17
Nein	52
Enthalten	4

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir sind jetzt beim Antrag Nummer 6 RWSU.

Antrag 6
RWSU
Budget Informatik Stadt Bern: Das Budget ist um Fr. 140'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 104

2025.FPI.0070: Antrag 6

Annahme

Ja	49
Nein	18
Enthalten	7

Präsidentin: Der Antrag 6 wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag Nummer 7 RWSU ab.

Antrag 7
RWSU
Planjahr Informatik Stadt Bern: Das Budget ist in den Planjahren 2028-2031 um Fr. 140'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 105

2025.FPI.0070: Antrag 7	
Annahme	
Ja	47
Nein	19
Enthalten	7

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen über den Antrag Nummer 8 FDP ab.

Antrag 8
FDP
Budget Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Das Budget 2027 der Sonderrechnung «Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik» ist so anzupassen, dass der vorgesehene Aufwandüberschuss von Fr. 1’476’203 vollständig beseitigt und mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt wird.

Abstimmung Nr. 106

2025.FPI.0070: Antrag 8	
Ablehnung	
Ja	26
Nein	46
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag Nummer 8 wurde abgelehnt. Wir stimmen über den Antrag AL/PdA/TIF ab, Nummer 9.

Antrag 9
AL/PdA/TIF
Budget Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Die Verzinsung des Kapitals an den Allgemeinen Haushalt ist einmalig um 10.0 Mio. Franken zu reduzieren (betrifft die Finanzverwaltung).

Abstimmung Nr. 107

2025.FPI.0070: Antrag 9	
Ablehnung	
Ja	8
Nein	53
Enthalten	13

Präsidentin: Diese Antrag wurde abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den letzten Antrag ab, den Antrag Nummer 10 SVP.

Antrag 10
SVP
Planjahr Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Die Stadt muss nach dem Erwerb neuer Liegenschaften die Kosten für deren Instandstellung über das gleiche Budget wie die des Erwerbs abwickeln.

Abstimmung Nr. 108

2025.FPI.0070: Antrag 10	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	57
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Bei mir ist er nicht drauf, aber wir haben noch einen Antrag 11 SVP gefunden.

Antrag 11
SVP
Planjahr Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Die Stadt muss nach dem Erwerb neuer Liegenschaften genau angeben, welche Einheiten sie wie genau renoviert, Wohnungsgrösse in m2, Anzahl Zimmer, Ausbaustandard etc.

Abstimmung Nr. 109

2025.FPI.0070: Antrag 11	
Ablehnung	
Ja	17
Nein	57
Enthalten	0

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Jetzt brauchen wir eine ganz kurze Pause, eine Minipause, damit die Finanzverwaltung das Ergebnis berechnen kann, und dann gehen wir zur Schlussabstimmung.
Kurze Pause.
Gemeinderätin Melanie Mettler gibt uns nun das Ergebnis bekannt.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Sie haben ein Budget verhandelt im allgemeinen Haushalt mit einem Aufwand von 1'544'758'655 Franken und einem Ertrag von 1'535'904'726 Franken. Das gibt einen Aufwandüberschuss von 8'853'929 Franken. Bei den Sonderrechnungen haben Sie einen Aufwandüberschuss von 5'978'836. Beim Gesamthaushalt resultiert ein Aufwandüberschuss von 14'832'765.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kommen also jetzt zu den Schlussabstimmungen. Als erstes werden wir über die Genehmigung des so bereinigten Budgets 2027 mit der Steueranlage, Liegenschaftssteuer und Sonderrechnung abstimmen. Wer diesem so zustimmen kann, drückt Grün, wer es ablehnt, Rot – und Weiss bei Enthaltungen.

Abstimmung Nr. 110

2025.FPI.0070: Budget

Annahme

Ja	44
Nein	19
Enthalten	10

Präsidentin: Ihr habt das so bereinigte Budget angenommen. Als nächstes kommen wir zur Genehmigung der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten. Wer die Abstimmungsbotschaft annehmen möchte, stimmt jetzt bitte darüber ab.

Abstimmung Nr. 111

2025.FPI.0070: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	63
Nein	8
Enthalten	3

Präsidentin: Die Abstimmungsbotschaft wurde angenommen. Als letztes kommen wir zur Kenntnisnahme mit Wertung des Aufgaben- und Finanzplans 2027 bis 2030. Wer diesen Aufgaben- und Finanzplan zustimmend zur Kenntnis nehmen möchte, drückt Grün, ablehnend Rot und ohne Wertung Weiss. Wir stimmen ab.

Abstimmung Nr. 112

2025.FPI.0070: AFP

Kenntnisnahme

zustimmend	25
ablehnend	16
ohne Wertung	31

Präsidentin: Ihr habt diesen zustimmend zur Kenntnis genommen. Herzlichen Dank für die Beratung dieses AFP und des Budgets. Wir gehen weiter in der Traktandenliste. Wir kommen zum Traktandum 3.

2026.PRD.0009

3 Vergrösserung des Gemeinderats von fünf auf sieben Mitglieder: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung

Präsidentin: Vergrösserung des Gemeinderats von 5 auf 7 Mitglieder, Gemeindeordnung (GO) der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998. Es ist die Teilrevision und die erste Lesung. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Kommission: Wir beraten heute die Vorlage 7 statt 5 Gemeinderatsmitglieder. Als Co-Kommissionssprecherin möchte ich zunächst die Ausgangslage und die wichtigsten Argumente darlegen, bevor wir anschliessend über die politische Wertung dieser Fragen diskutieren, welche David Böhner übernehmen wird.
Die Stadt wird heute von einem 5-köpfigen Gemeinderat geführt. Das ist seit der Volksabstimmung von 2004 so. Damals wurde die Zahl der Gemeinderatsmitglieder von 7 auf 5 reduziert. Die Vorlage, die wir heute beraten, stellt nun die umgekehrte Frage: Soll Bern künftig wieder einen 7-köpfigen Gemeinderat haben? Ausgangspunkt für die Forderung nach einer Vergrösserung ist unter anderem die Entwicklung der Stadt. Die ständige Wohnbevölkerung ist zwischen 2000 und 2024 von rund 122'500 auf gut 137'000 Personen gewachsen, also um rund 12%. Gleichzeitig sind die Aufgaben der Stadt komplexer geworden. Genannt werden beispielsweise die Klimakrise, die Digitalisierung, die Entwicklung der Infrastruktur oder die wachsenden Anforderungen in Bildung und Sozialem. Die Befürworter*innen einer Vergrösserung argumentieren deshalb insbesondere mit der Arbeitslast und der zunehmenden Komplexität. Sie sehen in 7 statt 5 Gemeinderatsmitgliedern die Möglichkeit, Verantwortung auf mehreren Schultern zu verteilen und die einzelnen Direktionen anders beziehungsweise ausgewogener zuzuteilen. Damit könnte auch die politische Arbeit über die einzelnen Direktionen hinaus gestärkt werden. Ein weiterer Punkt ist die politische Repräsentation. Ein grösseres Gremium kann grundsätzlich eine breitere politische und gesellschaftliche Zusammensetzung ermöglichen. Auch wird argumentiert, dass ein Gemeinderatsamt mit einer anderen Aufteilung der Verantwortung – beispielsweise tieferen Pensen und mehr Personen – attraktiv und damit zugänglicher werden könnte.

Präsidentin: Ich weiss, dass die Konzentration nach der Budgetdebatte etwas nachlässt. Trotzdem bitte ich um etwas mehr Ruhe.

Barbara Keller (SP): Eng damit verbunden ist die Frage der Organisation der Stadtverwaltung. Die heutige Verteilung der Dienststellen auf die Direktionen wird teilweise als unausgewogen beurteilt. Bei 7 Gemeinderatsmitgliedern müssten die Direktionen neu organisiert und die Dienststellen entsprechend neu zugeordnet werden.
Nun gibt es aber auch gewichtige Argumente gegen die Vergrösserung. Der Gemeinderat selbst hält fest, dass das heutige Fünfermodell grundsätzlich gut funktioniere und die Stadt ihre Herausforderungen damit bewältigen könne. Eine grössere Exekutive führe nicht automatisch zu einer besseren Organisation oder zu mehr Effizienz. Ein zentrales Argument sind dabei die Kosten. Gemäss Vorlage würden für zwei zusätzliche Direktionen wiederkehrende Kosten von knapp 6 Mio. Franken pro Jahr entstehen. Darin enthalten sind nicht nur die zusätzlichen Gemeinderatsmitglieder, sondern auch zusätzliche Führungs-, Stabs- und Verwaltungsressourcen sowie Sach-, Informatik- und Raumkosten. Als weiteres Gegenargument wird die Gefahr zusätzlicher Silos genannt. Mehr Direktionen könnten zwar zu einer kleineren Arbeitslast pro Direktion führen, gleichzeitig aber mehr Schnittstellen und damit zusätzlichen Koordinationsbedarf bedeuten. Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Frage, ob eine bessere Stadtteil- oder politische Repräsentation tatsächlich durch 7 Gemeinderatsmitglieder erreicht wird. Der Gemeinderat weist darauf hin, dass eine solche Repräsentation durch eine blosse Erhöhung der Sitzzahl nicht garantiert werden kann.
Und schliesslich stellt sich die grundsätzliche Frage, ob bestehende organisatorische Probleme tatsächlich eine grössere Exekutive erfordern oder ob sie unabhängig davon durch eine bessere Aufteilung der Aufgaben innerhalb der heutigen 5 Direktionen gelöst werden können. Damit stehen sich im Kern zwei Perspektiven gegenüber: auf der einen

Seite die Frage nach mehr Repräsentation, Arbeitslast, politischer Führung und einer möglichen Neuorganisation angesichts einer gewachsenen und komplexer gewordenen Stadt, auf der anderen Seite die Frage nach Kosten, Effizienz, klaren Entscheidungswegen und dem Risiko zusätzlicher Koordination und Verwaltungsstrukturen. Genau in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns heute in der Diskussion. Die Frage ist letztlich nicht nur, ob 5 oder 7 Personen mehr oder weniger sinnvoll erscheinen. Es geht auch darum, wie wir die politische Führung einer wachsenden Stadt organisieren wollen und welche Organisationsstruktur dafür die richtige ist. Damit möchte ich die Ausgangslage und die wesentlichen Argumente beider Seiten zunächst so stehen lassen. Auf die politische Würdigung und die Haltung der Kommission kommt nun David zu sprechen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes David Böhner.

David Böhner (AL) für die Kommission: Die SBK hat sich bereits zweimal mit der Vorlage befasst – einmal vor den Sommerferien und einmal nach den Sommerferien – jeweils mit Gästen aus der RWSU und der GPK und in Anwesenheit der Stadtpräsidentin. In der Kommission gab es Bedenken, dass die Szenarien von 5 oder 7 Gemeinderät*innen von der Verwaltung zu wenig detailliert ausgearbeitet worden sind und somit keine genügende Entscheidungsgrundlage vorliegt. Der Gemeinderat hat zwar die dringliche Motion zur Annahme empfohlen und danach die Vorlage ausgearbeitet, lehnt die Vergrösserung auf 7 Mitglieder mittlerweile aber ab, hauptsächlich aus finanziellen Überlegungen. Die Stadtpräsidentin hat dazu angekündigt, dass sich der Gemeinderat sowieso neu aufstellen will, auch wenn es bei 5 Mitgliedern bleibt. Einige in der Kommission haben sich gewünscht, dass der Gemeinderat seine Überlegungen diesbezüglich in einem Bericht aufzeigt, damit der Stadtrat eine Entscheidungsgrundlage hat. Darauf wollte der Gemeinderat respektive die Stadtpräsidentin nicht eingehen, weil sie finden, dass das zu viel Unsicherheit bei den städtischen Angestellten auslösen würde, wenn diese nicht wissen, ob und wann es allenfalls zu neuen Direktionszuteilungen kommt.
Auch der Zeitpunkt der Umsetzung war Thema in der Kommission. Die Motion wurde ja dringlich eingereicht, damit bei den Gemeindewahlen im November 2028 bereits 7 Gemeinderät*innen gewählt werden könnten, falls die Vorlage bei der Abstimmung angenommen wird. Die Abstimmung müsste dazu bereits im Februar 2027 durchgeführt werden. In der Kommission war Skepsis zu hören, ob die Verwaltung eine solche grosse Kiste tatsächlich in dieser kurzen Zeit handhaben könnte und dann im Jahr 2029 die Aufteilung in die 7 Direktionen möglichst reibungslos vonstattengehen könnte, oder ob die Verwaltung für eine solche Aufgabe nicht mehr Zeit zur Verfügung haben müsste, um diesen Verwaltungsumbau besser vorzubereiten. In der Kommission waren wir uns einig, dass wir uns auf jeden Fall eine zweite Lesung dieses Geschäfts wünschen, damit wir uns noch vertiefter damit auseinandersetzen können. Wenn die Abstimmung im Februar durchgeführt werden kann, ist das gut, wenn es nicht reicht, muss der Termin nicht auf Biegen und Brechen eingehalten werden.
In der Kommission wurden auch noch Anträge gestellt mit dem Ziel, bessere Entscheidungsgrundlagen zu erhalten. Der Gemeinderat hat auf diese Anträge reagiert, indem er in einem Brief an alle Stadträt*innen auf die Fragen eingegangen ist. Wir danken dem Gemeinderat, dass er so rasch auf die Diskussion in der Kommission reagiert hat. Mit den Antworten auf die Fragen 2 und 3 sind wir in der Kommission zufrieden und ziehen die somit zurück. Allerdings ist die erste Frage, ob und in welchem Umfang ein Optimierungspotenzial bei der bestehenden Führung der Direktionen besteht und ob die Kostenschätzungen gemäss Vortrag für eine Erhöhung der Anzahl Gemeinderatsmitglieder gestützt auf dieses Optimierungspotenzial nicht angepasst werden müssten,

unserer Ansicht nach noch nicht genügend beantwortet. Wir wünschen uns darum eine Klärung dieser Frage. Darum will die SBK am ersten Punkt unserer Anträge festhalten und empfiehlt euch, diesen Antrag anzunehmen. Wie bereits gesagt, wünscht sich die SBK eine zweite Lesung, damit diese Überlegungen dann auch in den Entscheidungsprozess einfliessen können. Der Entscheid in der SBK ist äussert knapp gefallen, auch in der Annahme, dass es noch eine zweite Lesung braucht. Die SBK empfiehlt, das Geschäft abzulehnen, mit 5 Nein-Stimmen gegen 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Liste ist bereits voll mit den Fraktionsvoten. Als erstes gerne Corina Liebi für die GLP/EVP-Fraktion.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Die GLP/EVP-Fraktion steht einer Vergrösserung des Gemeinderats von 5 auf 7 Mitglieder kritisch gegenüber. Wir sehen durchaus, dass die heutige Aufteilung der Direktionen nicht überall ideal ist. Die Direktionen sind unterschiedlich gross, Arbeitslast und Führungsverantwortung sind unterschiedlich verteilt. Auch der Gemeinderat selbst anerkennt hier Optimierungspotenzial. Aber eine Vergrösserung des Gemeinderats von 5 auf 7 Mitglieder garantiert weder eine ausgewogenere politische Vertretung noch löst sie automatisch die organisatorischen Probleme in den Direktionen – und genau das ist der Punkt. Wenn wir den Gemeinderat von 5 auf 7 Mitglieder vergrössern, wissen wir heute noch gar nicht, wie diese 7 Direktionen konkret aussehen werden. Wir wissen nicht, welche Ämter wohin verschoben werden, und wir wissen vor allem nicht, ob die Arbeitslast danach tatsächlich ausgeglichener ist. In dieser Hinsicht bleibt die Vorlage für uns eine Blackbox.
Was hingegen ziemlich klar ist, sind die Kosten. Der Gemeinderat rechnet mit knapp 6 Mio. Franken zusätzlichen wiederkehrenden Kosten pro Jahr. Dazu kommen einmalige Kosten und heute noch nicht bezifferbare Projektkosten für die Reorganisation, denn mit zwei zusätzlichen Gemeinderatsmitgliedern gibt es nicht einfach zwei zusätzliche Büros in der Stadtverwaltung. Nein, es entstehen zwei zusätzliche Direktionen und damit auch zusätzliche Generalsekretariate und weitere Stabsstellen. Dazu kommt die Reorganisation selber. Praktisch die gesamte Verwaltung müsste neu organisiert werden. Das bindet über längere Zeit viele Ressourcen. Etwas salopp gesagt wäre die Verwaltung zuerst einmal ziemlich stark mit sich selber beschäftigt. Der Gemeinderat weist selbst auf die erhebliche Belastung einer solchen Reorganisation hin. Sieben Sitze machen den Gemeinderat grösser, aber nicht automatisch repräsentativer. Solange das ganze Stadtgebiet bei den Wahlen einen einzigen Wahlkreis bildet, werden die Quartiere dadurch nicht automatisch besser vertreten. Bessere Repräsentanz ist ein Scheinargument, dafür bräuchte es eine andere und viel grundlegendere Änderung des Wahlsystems.
Kommen wir zu den Anträgen. Antrag 1 der SBK unterstützen wir. Wir begrüssen es, dass das Optimierungspotenzial im heutigen Fünfermodell genauer geprüft wird. Wir sehen dort durchaus Potenzial. Für uns ist aber auch klar: Wie die Verwaltung konkret organisiert wird, liegt in der Kompetenz des Gemeinderats, nicht des Stadtrats. Wir begrüssen es aber, wenn der Gemeinderat seine Überlegungen transparent darlegt. Antrag 4 der SP/JUSO unterstützen wir ebenfalls. Auch bei 5 Gemeinderatsmitgliedern muss die Arbeitslast besser verteilt werden können. Der Gemeinderat soll aufzeigen, wie er das erreichen will. Vielleicht liegt das Problem eben nicht bei der Zahl 5, sondern bei der Organisation der 5 Direktionen. Bei Antrag 5 der SVP haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Die Stossrichtung können wir nachvollziehen. Eine Vergrösserung des Gemeinderats soll nicht automatisch zu einem weiteren Ausbau der Verwaltung führen. Ob eine vollständige interne Kompensation realistisch ist, beurteilen wir in der Fraktion

unterschiedlich. Deshalb haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Antrag 6 der SVP lehnen wir hingegen ab. Eine Reorganisation dieser Grössenordnung verursacht Kosten. Dass diese vollständig intern kompensiert werden können, erachten wir nicht als realistisch. Eine Reorganisation muss seriös durchgeführt werden können. Die Vergrösserung verursacht erhebliche Mehrkosten und löst eine umfassende Reorganisation aus. Ob sie die heutigen organisatorischen Probleme tatsächlich behebt, wagen wir zu bezweifeln. Mehr Köpfe führen noch lange nicht zu einer besseren Organisation, zuerst muss der Gemeinderat seine Hausaufgaben machen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Nochmals zur Erinnerung: Die Anträge 2 und 3 der SBK wurden zurückgezogen. Als nächstes Alexander Feuz, SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Danke für den Reminder. Ihr seht, ich war einer von denen, die damals den Vorstoss contre coeur unterschrieben haben. Ich sage euch immer ein bisschen etwas zur Vorgeschichte: Ich war immer der Meinung, wenn wir mit Ostermundigen fusioniert hätten, hätten wir 7 gebraucht, das wäre richtig gewesen. Der damalige Stadtpräsident hat diese Abstimmung im Alleingang vernichtet. Ich habe immer gesagt, er sei der beste Mann gewesen in Ostermundigen im Nein-Komitee. Es ist ja klar: Als er gesagt hat hier im Stadtrat – das habe ich noch heute nicht vergessen – das sei juristisch nicht möglich, musste ich widersprechen. Als Jurist kann man alles in einem Fusionsvertrag regeln, wenn man will. Ein Beispiel ist Schlosswil, das ging ohne weiteres. Auch bei der Luzerner Gemeinde – ich glaube, es war Horw oder Kriens oder Littau – konnte man es auch, wenn man wollte. Aber wieso wollte man es hier nicht? Der Stadtpräsident hatte Angst, dass er, wenn Bern mit Ostermundigen zusammengegangen wäre, als Letzter von der RGM über die Klinge hätte springen müssen. Das ist der Grund, weshalb es nicht zustande gekommen ist.
Wir haben auch gesagt, wenn wir mit dem Bündnis "Meh Farb" vielleicht 2 hineinbringen, wäre es dann vielleicht gut, wäre es sicherer, wenn man auf 7 gehen würde. Aber ich habe es contre coeur gemacht. Wir haben dann in der Fraktion lange diskutiert. Ihr habt ja gewusst, ich habe ja damals eine Kunstpause gemacht – ich habe gesagt, ich kann das jetzt einmal unterschreiben und wenn es nicht gut kommt, dann kann man es wiederum ablehnen. Da habe ich auch kein Problem damit, da steht der Feuz hin, damit man ein bisschen ein Turngerät hat. Aber wenn man jetzt die Sache sieht – und jetzt komme ich auf den entscheidenden Punkt, das ist für mich die Nagelprobe oder die Neunerprobe – wenn man schon neue Gemeinderäte hat, die besonders hoch qualifiziert sein sollen, die besonders gut sind, muss man diesen nicht noch mehr Personal geben. Die meisten Direktionen, zumindest die PRD und die TVS, haben ja bereits 2 Generalsekretäre. Da bin ich der Meinung, dass man da nachher abbauen kann. Dann hat man politisch klare Verantwortlichkeiten und kann diese Stellen aufteilen.
Da müssen wir nicht noch eine teure Reorganisationsberatung haben. Ich kenne den Herrn, der damals die Reorganisationsberatung gemacht hat, ich glaube, es war beim Bundesamt für Flüchtlingswesen unter Frau Widmer-Schlumpf, der ehemaligen SVP- und nachher BDP-Bundesrätin, die nachher für viel Geld diese Reorganisation gemacht hat Ich war in einem Stab eingeteilt und habe gedacht, das kommt nicht gut heraus. Man hat etwa für 700'000 oder 800'000 Franken eine Reorganisation gemacht – eben von diesem Büro Müller – und etwa nach 2 Jahren hat man alles wieder rückgängig gemacht.
Das will ich verhindern. Darum haben wir 2 Anträge. Der erste ist Antrag 5. Wir sind der Meinung, es darf keinerlei Mehrkosten zur Folge haben. Neue Stellen, die man schafft, sind vollumfänglich zu kompensieren. Wenn ihr 2 neue Gemeinderäte habt,

müsst ihr die entsprechenden Stellen eben nachher neu anpassen. Ihr habt nachher 2 Verantwortliche und ich habe immer gesagt, Kommunikation ist Chefsache. Es kann ja nicht sein, dass jeder Gemeinderat wie im VBS – das habt ihr ja gesehen, wie viele Medienverantwortliche die haben und wie sie kommuniziert haben bezüglich des F-35. Eine Katastrophe! Ihr habt es auch gesehen mit diesen Stellen, Mediensprecherin SUE mit den Demonstrationen – eine Katastrophe. Da könnt ihr noch 20 Leute mehr geben und es kommt nicht gut heraus. Nein, wenn wir die Verwaltung schon verkleinern, dann müssen wir eben, wenn wir im Gemeinderat wieder 7 haben, die Sache nachher entsprechend kompensieren – darum Antrag 5. Antrag 6 ist für mich auch klar: Auch die Reorganisation darf keine Mehrkosten zur Folge haben.
Ich komme noch zu den anderen Anträgen. Wir können am Antrag 4 SP/JUSO festhalten. Der ist ursprünglich, glaube ich, von der FDP eingereicht worden. Ich glaube, es waren Florence Pärli und Nik Eugster, die dann eine Organisation neu angeregt haben. Grossmehrheitlich ist das abgeschmettert worden. Ich bin immer der Meinung, es wäre ein gewisser Punkt von Fairness, wenn man sagt, man sei gescheiter geworden und sei jetzt der Meinung, der ehemalige Antrag von damals wäre gerechtfertigt gewesen. Ich hoffe, dass ich diesem Antrag jetzt nicht den Todesstoss versetze, weil er ursprünglich aus FDP-Kreisen gekommen ist, aber wir können das offenlegen. Das wäre alles im Sinne der Transparenz, dass man offenlegt und klar macht, wie das nachher ist. Auch bei Antrag 1 der SBK mit der Kostenschätzung sind Zahlen von 5 oder 6 Mio. Franken gegenübergestellt worden. Ihr kennt ja meine Meinung, ich bin nie ein Freund von Gegenüberstellungen, das ist für mich immer eine Sache mit 7 Siegeln. Aber wenn ihr den Antrag der SVP annehmt, darf es keine Mehrkosten geben.
Man kann den anderen Antrag trotzdem noch annehmen, aber für mich ist es ganz klar, diese Übung, die wir da haben, wird den Steuerzahler wieder 6 bis 7 Mio. Franken kosten, davon gehe ich aus. Ich kenne die Organisationsberatung des Büros Müller – den Vornamen sage ich bewusst nicht – und was es dann gekostet hat. Das war eine Riesenübung. Da reiben sich alle Big 5 der Organisationsberatungsstellen über diesen Auftrag die Hände. Für mich ist ganz klar, das wird entscheidend sein für unsere Fraktion. Wir sind skeptisch, aber wir werden ganz sicher Nein stimmen, wenn man die Anträge ablehnt. Auch sonst, muss ich euch sagen, ist unsere Begeisterung an einem geringen Ort, ich sage das klar. Ihr habt heute das Statement in der BZ sehen können – ihr habt gesehen, in Zürich ist von 9 Gemeinderäten, wenn ich richtig rechne, noch einer bürgerlich, alle anderen sind links. Wenn man sich dann nicht zusammenfindet mit den Listenverbindungen, könnte es dann auch auf einen 6:1 hinauslaufen. Darum bin ich nicht der, der nach arithmetischen Gesichtspunkten geht. Für mich ist der entscheidende Punkt die BSS. Ihr habt meine Kritik gehört heute an der BSS: Citysoftnet, die Transproblematik und dass man alle Mittel darauf einschiesst, die Kitas, die man nicht im Griff hat, die Classe Bilingue, die man zerstört hat – eine solche Direktion muss verkleinert werden. Dort ist es für mich einfach die Macht, die regiert, und da muss man entsprechend korrigieren.

Präsidentin: Als nächstes gerne Nicolas Lutz für die Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Ich kann es kurz machen: Wir lehnen die Erweiterung von 5 auf 7 ab. Aus welchen Gründen? Erstens: Es funktioniert heute und es ist nicht erwiesen, dass es, wenn man jetzt 2 mehr hat, nachher besser funktioniert. Zweitens: Es hat Kosten, die ganz sicher entstehen, auch wenn man sonst eine Reorganisation macht, aber so wird es sicher noch mehr Kosten geben. Politisch denke ich, ändert es nicht so viel. Da kann jede Partei selber rechnen, ob sie dort einen Sitz mehr

bekommt oder nicht, aber ich glaube, es ändert dort nichts und gibt auch nicht wirklich eine bessere Vertretung.
Zu den Anträgen der SVP: Sie klingen natürlich gut, aber wir wissen ja, wie das Parlament heute beim Budget entschieden hat. Diese Anträge sind etwa so viel wert wie das Papier, auf dem sie ausgedruckt sind. Man sagt, es dürfen nicht mehr Kosten entstehen. Ja, was passiert? Wenn wir hier entscheiden, dass man mehr Budget gibt, dann gibt es ein Budget, egal was dort drinsteht. Darum werden wir diese Anträge auch strategisch, weil wir dagegen sind, ablehnen, weil sie nichts bringen werden. Wir diskutieren in diesem Rat viel über die Erhöhung von Geldern, über Reorganisation. Fokussieren wir doch auf das, was wirklich wichtig ist und verbraten nicht Zeit mit einer Vergrösserung von 5 auf 7, zu dem das Volk vor 20 Jahren ganz klar Nein gesagt hat. Ob da jetzt 2 Leute mehr sind – die Direktionen sind sowieso sehr gross. Man hat das auch schon im Bundesrat diskutiert, ob man von 7 auf 9 gehen will. Aber seien wir ehrlich, es braucht dort Leute, die entscheiden und ob das 5 oder 7 sind, ist nicht entscheidend, sondern wie sie es organisieren. Darum bitte ich euch, das abzulehnen und auch nicht noch monatelang darüber zu diskutieren. Ich glaube, die Facts sind auf dem Tisch. Entscheiden wir und überlegen uns wirklich gut, ob das sinnvoll ist.

Präsidentin: Als nächstes Barbara Keller für die SP-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Wir diskutieren heute die Frage, ob der Gemeinderat der Stadt Bern künftig aus 5 oder 7 Mitgliedern bestehen soll. Für uns als SP/JUSO-Fraktion ist dabei wichtig, dass wir diese Frage nicht vorschnell beantworten. Gleich vorneweg: Für uns ist die Diskussion des Geschäfts noch nicht abgeschlossen. So sind für uns auch die zusätzlichen Fragen, die in der SBK gestellt wurden, für die Beurteilung wichtig.
Frage 1 ist aus unserer Sicht noch nicht beantwortet. Bei der ersten Frage ging es um das Optimierungspotenzial bei den bestehenden Direktionen und darum, ob sich dadurch für die Kostenschätzung für 7 Gemeinderatsmitglieder etwas verändern könnte. Die Antwort des Gemeinderates überzeugt uns hier noch nicht vollständig. Er verweist auf bereits erfolgte oder laufende Zentralisierungen, etwa im Finanzbereich oder beim Personalwesen, und erklärt, weshalb er die heutigen Direktionsstäbe für angemessen hält. Er geht aber nicht konkret darauf ein, welches zusätzliche Optimierungspotenzial bei der Neuorganisation bestehen würde. Es bleibt insbesondere offen, welche Aufgaben zusammengelegt werden könnten, wo Synergien entstehen könnten und wie sich das konkret auf die ausgewiesenen Mehrkosten auswirken würde. Das ist für uns relevant, denn wenn wir über rund 6 Mio. Franken jährlich sprechen, wollen wir auch wissen, welche organisatorischen Veränderungen dieser Berechnung zugrunde liegen und welche Einsparungen oder Synergien einer neuen Organisation gegenüberstehen könnten.
Neben den Kosten der Organisation gibt es für uns eine zweite, sehr zentrale Dimension: die politische Repräsentation. Bern ist heute nicht mehr die gleiche Stadt wie 2004. Die Bevölkerung ist gewachsen, die Verwaltung auch, und die politischen Herausforderungen sind komplexer geworden. Wir müssen uns deshalb auch die Frage stellen, ob 5 Personen die richtige Grösse für das politische Führungsorgan dieser Stadt ist. Sieben Gemeinderatsmitglieder könnten eine breitere politische und gesellschaftliche Repräsentation ermöglichen – nicht automatisch, das ist korrekt. Die Zahl 7 allein garantiert keine bessere Vertretung der Stadtteile oder der Gesellschaft, aber sie schafft mehr Möglichkeiten, unterschiedliche politische Perspektiven, Lebensrealitäten und gesellschaftliche Gruppen im Gemeinderat abzubilden. Hier gilt es zu ergänzen,

dass man stärkere Repräsentation auch anders, zum Beispiel über eine partizipative Quartiermitbestimmung, erreichen könnte. Diese Frage werden wir auch in Kürze hier diskutieren, denn ihr wisst es: Die Vernehmlassung für die Reform der Quartiermitbestimmung wurde Ende August abgeschlossen und wird bald erneut bei uns diskutiert.
Mehr Gemeinderatsmitglieder könnten dazu beitragen, Verantwortung und Arbeitslast auf mehrere Schultern zu verteilen. Gerade wenn einzelne Direktionen sehr unterschiedliche Grössen und Aufgabengebiete haben, stellt sich die Frage, wie eine möglichst ausgewogene Verteilung langfristig gewährleistet werden kann. Ein konkretes Beispiel zeigt, weshalb diese Frage relevant ist. Eine Direktion wie die BSS und eine Direktion wie die SUE unterscheiden sich beispielsweise deutlich, sowohl beim Personalbestand als auch beim Budget. Solche Unterschiede müssen sich aus unserer Sicht in einer ausgewogenen Verteilung der Führungsverantwortung widerspiegeln. Das ist im Übrigen auch ein Grundsatz, der in der GO ausdrücklich festgehalten ist.
Aber wir sehen auch die Gegenargumente. Eine Vergrösserung kostet Geld, die ausgewiesenen rund 6 Mio. Franken jährlich sind erheblich. Zudem besteht das Risiko, dass mit zusätzlichen Direktionen auch zusätzliche Schnittstellen und Koordinationsaufwand entstehen. Mehr Direktionen bedeuten nicht automatisch eine bessere Zusammenarbeit – im Gegenteil. Eine schlecht gemachte Reorganisation könnte zu mehr Silodenken und mehr Verwaltungsaufwand führen. Und wir dürfen bei all diesen Überlegungen auch die Mitarbeitenden nicht vergessen. Eine Reorganisation dieser Grösse bedeutet für die Verwaltung einen erheblichen organisatorischen und personellen Aufwand. Veränderungen bei Strukturen und Zuständigkeiten brauchen Zeit, schaffen Unsicherheiten und bedeuten für die betroffenen Mitarbeitenden zusätzliche Arbeit. Auch diese Auswirkungen müssen wir bei der Beurteilung einer solchen Reorganisation ernst nehmen.
Genau deshalb hat die SP/JUSO-Fraktion auch einen weiteren Antrag eingereicht. Und nein, Alex, wir ziehen ihn nicht zurück und wir lehnen ihn nicht ab, nur weil du ihn unterstützt und die FDP ihn auch schon einmal in einer ähnlichen Form eingereicht hat. Wir wollen vom Gemeinderat wissen, wie bei einer Beibehaltung von 5 Gemeinderatsmitgliedern Artikel 124c der GO – das ist der festgehaltene Grundsatz der gleichmässigen Verteilung der Arbeitslast und der Führungsverantwortung – konkret umgesetzt werden soll. Denn wenn wir bei 5 bleiben sollten, stellt sich diese Frage genauso wie bei 7. Dann reicht es aus unserer Sicht nicht, zu sagen, dass die heutige Organisation gut funktioniere. Wir wollen wissen, wie künftig verhindert werden soll, dass einzelne Mitglieder besonders stark belastet werden, und wie eine ausgewogene Verteilung der Führungsverantwortung sichergestellt werden soll. Unser Antrag nimmt deshalb aber die Frage von 5 oder 7 Mitgliedern nicht vorweg. Er verlangt zunächst mehr Transparenz darüber, wie dieser Grundsatz bei 5 Gemeinderatsmitgliedern umgesetzt werden soll.
Und genau deshalb ist unser Fazit heute: Wir wollen die verschiedenen Argumente – politische Repräsentation, Demokratie, Arbeitslast und Führungsverantwortung, aber auch Kosten, Effizienz und organisatorisches Risiko – gegeneinander abwägen. Wenn unser Antrag angenommen wird und wir die zusätzlichen Informationen erhalten, diskutieren und prüfen wir die Frage gerne nochmals. Auch die heute vorliegenden neuen Informationen werden wir in unsere Beurteilung einfliessen lassen. Für uns geht es deshalb heute nicht darum, eine Position zu verteidigen, bevor alle Fragen beantwortet sind, sondern es geht uns darum, dass wir eine gute Grundlage haben, um eine Entscheidung treffen zu können. Wir danken euch, dass ihr sowohl den Antrag der SBK, der aus unserer Sicht auch noch nicht erfüllt ist, sowie den SP/JUSO-Antrag annehmt. Die SVP-Anträge werden wir heute ablehnen.

Präsidentin: Als nächstes gerne Anna Leissing für die GB/JA-Fraktion.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Die GB/JA-Fraktion hat das vorliegende Geschäft mehrmals und intensiv diskutiert. Gerne führe ich unsere Überlegungen hier aus. Seit der Verkleinerung des Gemeinderats 2004 hat sich einiges getan. Heute leben in der Stadt Bern über 20'000 Personen mehr als vor 20 Jahren und auch für die kommenden Jahre ist dank attraktiven Wohnbauprojekten und einer hohen Lebensqualität in der Stadt Bern von einem kontinuierlichen Bevölkerungswachstum auszugehen. Politische und gesellschaftliche Herausforderungen wie die Klimakrise, steigende Armut und soziale Ungleichheit oder die Verschärfung von Konflikten und Gewalt werden immer komplexer, die Aufgaben des Gemeinderats und der Direktionen herausfordernder. Es kommt hinzu – das haben wir bereits mehrmals gehört – dass die Verantwortung und die Aufgabenlast zwischen den Direktionen heute sehr unausgeglichen sind. Vor diesem Hintergrund zielt die vorgeschlagene Vergrösserung des Gemeinderats darauf ab, Gemeinderat und Stadtverwaltung für die komplexen Herausforderungen der Zukunft aufzustellen und die Repräsentation der wachsenden Bevölkerung zu gewährleisten.
Hinter diesen Zielen steht die GB/JA-Fraktion nach wie vor. Gleichzeitig haben dieselben politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in der GB/JA-Fraktion die Frage nach Prioritäten aufgebracht. Ist die Vergrösserung des Gemeinderats die beste, die entscheidende Antwort angesichts von Klimakrise, Wohnungsnot, dem steigenden Druck auf Bildungs- und Sozialsysteme? Oder anders gefragt: Ist sie hier und heute die richtige Prioritätensetzung? Diese Frage stellt sich mir umso mehr im Rückblick auf die Budgetdebatte, die mich ehrlich gesagt schon auch sehr nachdenklich macht. Ich bin froh, dass sich der Stadtrat in einigen Punkten gegen den Leistungsabbau gestellt und die Mittel für einzelne Bereiche wieder eingestellt hat. Doch das darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Direktionen unter einem starken finanziellen Druck stehen und zahlreiche Leistungen abgebaut wurden oder noch werden. Wichtige Aufgaben und Projekte werden Jahr für Jahr hinausgezögert oder ganz gestrichen, und das, obwohl der Bedarf klar ausgewiesen ist und ein politischer Auftrag besteht. Viel zu oft hören wir: Wenn wir das umsetzen sollen, dann müssen wir etwas anderes weglassen.
Aus diesen Gründen wird die GB/JA-Fraktion den SBK-Antrag 1 zur Kostenoptimierung ablehnen. Für uns ist klar, dass eine demokratiepolitische Massnahme in diesem Umfang auch etwas kosten darf und wird und dass es bei einer Reorganisation für uns nicht um eine Optimierung von Effizienz oder Kosten geht. Wenn wir uns also fragen, ob eine Erweiterung des Gemeinderats und eine Reorganisation der Stadtverwaltung die richtige Priorität sind, geht es uns nicht in erster Linie um die Kosten, sondern um die Frage, womit sich Gemeinderat und Verwaltung angesichts der anstehenden Geschäfte prioritär befassen sollen.
Ein weiterer entscheidender Diskussionspunkt war in unserer Fraktion der Zeitplan. Wir erachten diesen als äusserst herausfordernd bis unrealistisch, und zwar für alle Beteiligten. Eine Reorganisation von 5 auf 7 Direktionen erfordert neue Strukturen, Abläufe, Systeme und weiteres. Damit dieses Vorhaben gelingt, ist ein sorgfältig geplanter Prozess notwendig, der Mitarbeiter*innen einbezieht und dafür ausreichend Zeit und Kapazitäten benötigt. Wir fragen uns daher offen: Wie soll dies in so kurzer Zeit umgesetzt werden und vor allem auch warum? Die Antworten des Gemeinderats auf diese Frage überzeugen uns nicht bzw. lassen sie die für uns entscheidende Frage aus: Warum nicht jetzt einen Grundsatzentscheid fällen und die Umsetzung auf die Wahlen 2032 anstreben? Dass es sich hier um eine umfassende Reorganisation der gesamten Stadtverwaltung handelt, die genügend Zeit braucht, sollte doch wohl für die allermeisten

Stimmbürger*innen nachvollziehbar sein. Auch in anderen Bereichen wie beispielsweise Bauprojekten stimmen wir regelmässig über lange Planungshorizonte ab. Uns ist bewusst, dass in der Motion von einer Umsetzung auf 2028 die Rede ist. Doch zumindest für die GB/JA-Fraktion kann ich versichern: Uns ist eine gut geplante und sorgfältig umgesetzte Reorganisation wichtiger als eine buchstabengetreue Erfüllung der Motion. Kurz und gut: Die GB/JA wünscht sich weitere Ausführungen und Diskussionen zum Zeithorizont. Da aber der entsprechende Antrag zurückgezogen wurde, stellen wir die oben genannte Frage einfach an dieser Stelle: Warum nicht jetzt ein Grundsatzentscheid, mit einer Umsetzung auf die Wahlen 2032?
Auch die Frage nach möglichen alternativen Modellen ist für die GB/JA-Fraktion nicht abschliessend beantwortet, auch wenn die weiteren Ausführungen des Gemeinderats teilweise nachvollziehbar sind. Wir verstehen, dass Jobsharing aus Gründen der Wahlfreiheit nicht umsetzbar ist. Die Argumente gegen Teilzeit überzeugen uns hingegen nicht restlos, insbesondere bei einer Vergrösserung auf 7 Gemeinderatsmitglieder. Und auch das Modell von nebenamtlichen Gemeinderät*innen ohne Direktion ist zwar mit einigen Herausforderungen verknüpft, aber deshalb nicht völlig undenkbar. Für die GB/JA-Fraktion ist das Potenzial für eine bessere Vereinbarkeit und damit auch für eine breitere Repräsentation der Lebensrealitäten eines der entscheidenden Argumente für eine Erweiterung des Gemeinderats. Dieses Potenzial kann mit einer blossen Erweiterung auf 7 Mitglieder jedoch nicht vollständig ausgeschöpft werden. Wir hoffen daher, dass sich der Gemeinderat mit Blick auf die zweite Lesung auch diesbezüglich noch weitere Überlegungen macht.
Und schliesslich zum Antrag der SP/JUSO, den wir ebenfalls annehmen: Uns ist bewusst, dass die Kompetenzen für organisatorische Fragen beim Gemeinderat liegen, doch das muss ja nicht bedeuten, dass der Gemeinderat dem Stadtrat nicht aufzeigen kann, welche Überlegungen und Optionen zur Diskussion stehen. Die GB/JA-Fraktion wünscht sich also Einblick in verschiedene Möglichkeiten, die Verantwortung und die Arbeitslast zwischen den Direktionen besser zu verteilen und allenfalls auch die Schwerpunkte den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Eine Klimadirektion wäre zum Beispiel ganz in unserem Sinn. Ich fasse zusammen: Im Grundsatz unterstützt die GB/JA-Fraktion die Erweiterung des Gemeinderats als mögliche Antwort auf eine wachsende Stadt und die zunehmende Komplexität. Wir stellen jedoch die Priorisierung dieses Geschäfts im Kontext von weiteren dringenden politischen Herausforderungen wie Klimaschutz, Wohnungsnot oder sozialer Sicherheit in Frage. Zudem schätzt die GB/JA-Fraktion den vorgesehenen Zeitplan für alle Beteiligten als unrealistisch ein. Wir wünschen uns deshalb weitere Ausführungen und Diskussionen zum Zeitplan, zu möglichen Modellen und zu einer Reorganisation auch bei 5 Gemeinderatsmitgliedern und werden unsere definitive Haltung mit Blick auf die zweite Lesung unter anderem auf diese Grundlagen abstützen.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Raffael Joggi für die AL/PdA/TIF-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Unsere Fraktion unterstützt das Anliegen. Parteipolitisch ist es uns eigentlich recht egal. Wir haben in der AL – ich glaube, es geht auch unseren Kollegen in der Fraktion so – keine Ambitionen für einen Gemeinderatssitz. Im Fall der AL ist es sogar von den Statuten her gar nicht erlaubt. Warum haben wir am 30. Mai 2024 trotzdem diesen Antrag gestellt im Rahmen der Stellvertretungsdebatte zur GO? Weil wir das können und weil wir es damals eigentlich einen blöden Entscheid fanden, aus irgendwelchen New-Public-Management- und 2000er-Jahre-Schnaps-Ideen in einer grossen Stadt, die normalerweise 7 Gemeinderät*innen hat, einfach auf

5 herunterzukürzen. Dies neben allen anderen Sachen, bei denen wir glauben, dass es sinnvoll ist: Die Last der Direktionen, vielleicht eine bessere Dynamik in der Gruppe – das ist aber nicht unbedingt unser Bier, dazu müssen die Gemeinderät*innen selber Auskunft geben – eine bessere Verteilung und auch die Möglichkeit, eine Reorganisation der Verwaltung tatsächlich zu machen. All dies hat dort einen Ausschlag gegeben. 28 Tage später ist die SP gekommen mit einer Motion und hat gesagt: Das geht nicht, das nehmen wir nicht an, das ist ein SP-Thema. Es gibt eine Planungserklärung von 1900-ich-weiss-auch-nicht-wann und es ist total klar, dass wir hier eine Motion machen müssen. Und sie wird auch dringlich erklärt, einmal mehr ein seltsamer Entscheid des Büros. Die Begründung war nämlich, man hätte das einfach gerne in der nächsten Legislatur. Da hatte Sibyl Eigenmann ausnahmsweise recht, als sie sagte, das sei absolut kein Grund, das dringlich zu erklären – das sehe ich auch so. Nur, weil man es gerne schnell hätte, heisst das noch lange nicht, dass man es dringlich erklären muss. Jedenfalls war es aber dringlich. Und das sieht man jetzt auch, der Gemeinderat hat geliefert. Und was passiert jetzt? Jetzt heisst es plötzlich, ja, das kostet dann auch noch Geld. Wissen wir denn wirklich schon alles? Könnt ihr denn nicht noch ein bisschen optimieren? Jetzt werden quasi die alten, fast schon New-Public-Management-Phrasen auf die – ich muss schon fast sagen, armen – Gemeinderäte losgelassen und diese müssen jetzt neuerdings erklären, ob sie nicht einfach noch ein bisschen optimieren können in ihren Direktionen. Ja, machen sie das denn nicht sowieso? Wahrscheinlich schon – oder wahrscheinlich nicht, weil es nicht so einfach geht.
Also wenn wir hier etwas optimieren wollen, müssen wir zuerst einmal Raum schaffen dafür, behaupte ich. Es ist recht undankbar – das habe ich sehr stark das Gefühl – in einer laufenden Verwaltung den Leuten einfach zu sagen: Könnt ihr einmal ein bisschen Planspiele machen, wie man das hier alles umkrempeln könnte, weil wir selber ein bisschen zögerlich sind bei dieser blöden Idee, die wir einmal hatten, dass wir 7 Gemeinderäte möchten. Also so läuft das nicht. Ich würde einfach sagen: Habt den Mut – 7 Gemeinderät*innen, wenn ihr das wollt, dann zieht es auch durch. Ich finde den Vorschlag gut, dass man es nicht übereilen muss, aber den Grundsatzentscheid jetzt fällt. Aber fordert doch bitte jetzt nicht irgendwelche Analysen, die ehrlich gesagt nichts zur Klärung der eigentlichen Frage beitragen werden und vor allem so gar nicht zu beantworten sind, unserer Meinung nach. Aus diesem Grund haben wir uns bei den Anträgen ein bisschen schwergetan. Wenn ich es recht im Kopf habe, machen wir Stimmfreigabe beim SBK-Antrag Nummer 1 und werden den SP/JUSO-Antrag ablehnen. Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass Kapitalismus überwunden werden muss.

Präsidentin: Als nächstes gerne Nik Eugster, FDP-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Wir haben uns, wie ihr wohl alle auch, vertieft mit den Vor- und Nachteilen einer Vergrösserung des Gemeinderats auf 7 Mitglieder beschäftigt. Obschon eine Verkleinerung auf 5 Mitglieder vor Jahrzehnten auf unserem Mist gewachsen ist, haben wir gut abgewogen, ob es inzwischen – eine gewachsene Stadt, eine gewachsene Stadtverwaltung – mit 7 Gemeinderät*innen nicht besser möglich ist. Gerade mit Blick auf die BSS mit einer enormen Führungsspanne haben wir unsere Bedenken. Kein Wunder gibt es immer wieder Skandale und Debakel in dieser Direktion, in der dann, wenn am Schluss ein Untersuchungsbericht geschrieben wird, vor allem Führungsprobleme moniert werden. Aber wir sehen vor allem auch eine sehr ungleiche Verteilung der Arbeitslast – nun blicke ich eher in Richtung SUE. Dieses Missverhältnis, das eigentlich Artikel 124c der GO missachtet, der eine gleichmässige Verteilung der Arbeitslast und der Führungsverantwortung verlangt, ist uns schon lange

ein Dorn im Auge. Alexander hat es erwähnt: Florence Pärli und ich haben bereits im März 2024 in einer Interpellation auf diesen Missstand hingewiesen. Im Juli 2024 hat der – noch alte – Gemeinderat, also nicht der jetzige, geantwortet, man sehe keinen Handlungsbedarf. Wir hoffen, der jetzige Gemeinderat sieht das anders und schaut das nochmals genauer an. Wir begrüssen deshalb mit Nachdruck den Antrag der SP/JUSO-Fraktion, dies noch einmal genauer anzuschauen. Scheinbar lagen Florence und ich da nicht allzu falsch. Lieber neuer Gemeinderat, nehmt diese Frage dieses Mal bitte ernst. Ich finde es wichtig, dass man das anschaut – im Gegensatz zu meinem Vorredner.
Wir haben abgewogen, ob mit 7 Personen im Gemeinderat die Machtverhältnisse nicht besser abgebildet werden könnten. Das würde es nicht, das konnten wir auch im Vortrag nachlesen. Bei den letzten Wahlen hätten wir statt einem 4 zu 1 einfach ein 5 zu 2 gemacht, das ist eher ein "more of the same" als eine grosse Änderung. Es gäbe auch nicht eine bessere Abbildung der Quartiere, der Wahlverhältnisse und der Wählenden in der Stadt Bern. Nicht die Anzahl Gemeinderatsmitglieder hat einen Einfluss auf die schlechte Abbildung der Wirklichkeit, sondern eher das Wahlsystem. Sehr schade, haben wir beim Gemeinderat nicht auch mit einer Änderung zum Saint-Laguë-Verfahren durchdringen können. Das ist nach wie vor reine Parteipolitik, weil die letzten Wahlen anders ausgesehen hätten. Und dass wir immer noch am Proporz festhalten, ist für uns auch unverständlich. Ich bin mir bewusst, dass auch unter Majorz für eine Partei wie die FDP nicht mit Garantie ein Sitz drin liegt, aber grundsätzlich ist erwiesen, dass ein Wettbewerb der Köpfe eine bessere Diversität bringt. Deshalb wählen ja auch die meisten Städte im Majorz-Verfahren. Wenn also das Werkzeug das Falsche ist, dann sollte man nicht das ganze Möbel anders zusammenbauen. Wir bleiben also dabei, fordern eine Änderung des Wahlverfahrens und finden, eine Aufstockung auf 7 Personen im Gemeinderat bringt nichts ausser Kosten.
Und damit sind wir schon beim dritten Grund. Ob die damalige Reduktion auf 5 Gemeinderatsmitglieder wirklich zu Einsparungen geführt hat, darüber kann man streiten. Für solche Resultate braucht es halt auch einen Willen und wenn der nicht da ist, dann passiert auch nichts. Aber dass eine Vergrösserung auf 7 Gemeinderatsmitglieder zu einer Kostensteigerung führen wird, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Und dieses Geld können wir wirklich für Besseres brauchen als für zusätzliche Gemeinderatsstäbe, Kommunikationsstellen, Koordinationsstellen und, und, und. Deshalb ein klares Nein von unserer Seite zu diesem Vorhaben.
Noch ganz kurz zu den Anträgen: Antrag 1 SBK macht Sinn. Das Optimierungspotenzial bei 5 Gemeinderät*innen nimmt uns auch Wunder, seit Jahren schon. Antrag 4 SP/JUSO nehmen wir auch an – da habe ich vorhin schon erläutert, weshalb. Und auch Antrag 5 SVP und Antrag 6 SVP nehmen wir an – präventiv, falls die Vergrösserung doch durchkommen würde. Aber der beste Schutz gegen Mehrkosten ist eine Ablehnung dieser Motion und das werden wir tun.

Präsidentin: Merci. Als nächstes Carola Christen für die GFL-Fraktion. Bitte entschuldige, dass du jetzt als letzte sprechen musst.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Dass es eine Reorganisation braucht, davon sind wir seitens der GFL überzeugt. Dass diese aber zwingend mit einer Vergrösserung des Gemeinderates von 5 auf 7 Mitglieder*innen sein muss, davon sind wir nicht mehr ganz so überzeugt. Die Motion 7 statt 5 führt zu erheblichen Mehrkosten – mehr als ursprünglich angedacht. In unserem heutigen finanzpolitischen Umfeld müssen wir deshalb genau hinschauen, was wirklich notwendig ist oder wo Optimierungen mit weniger

finanziellen Mitteln aufgebracht werden können. Auch ist der Zeitplan etwas gar sportlich. Wenn diese Neuordnung bereits auf die kommende Legislatur aufgegleist werden müsste, müssten wir uns sputen. Die ursprüngliche Aufstockung stand im Zusammenhang mit dem Fusionsprojekt Bern-Ostermundigen. Mit etwas Distanz betrachtet und aufgrund der nun folgenden strikten Aufgabenpriorisierung erachten wir diese Aufstockung als weniger dringend.
Eine Veränderung, das sehen wir ganz klar, ist dennoch dringend notwendig. Für uns ist viel entscheidender, wie die Aufgaben organisiert und verteilt sind – anstelle der Anzahl der Gemeinderät*innen. So sind beispielsweise die BSS und die TVS, wie es bereits mehrfach ausgeführt wurde, im Verhältnis zu den anderen Direktionen doch eher grosse Direktionen. Aus unserer Warte ist daher ein sogenannter Frühlingsputz angebracht. Wir sollten die bestehenden Aufgaben und Angebote wirklich einmal auslegen, priorisieren und prüfen, was zusammengehört, wo Doppelspurigkeiten bestehen und wo Zuständigkeiten sinnvoll neu gebündelt werden können oder Synergien genutzt werden können. Das städtische Angebot ist in vielen Bereichen stark fragmentiert. Vieles ist auch historisch gewachsen oder wächst immer noch. Auf konkrete Bedürfnisse wurden konkrete Lösungen und Angebote geschaffen. Über Jahre hinweg ist daraus aber teilweise eine sehr komplexe und doch fragmentierte Struktur entstanden, die es oftmals erschwert, die richtige Stelle für das notwendige Anliegen auf Anhieb zu finden oder – noch schlimmer – jemensch weiss gar nicht, wo diese Stelle überhaupt existiert und wie sie zugänglich ist.
Dieser Frühlingsputz gilt auch für die Direktionen. Denkbar wäre beispielsweise, das Sportamt von der BSS in die TVS zu verschieben, Hochbau Stadt Bern (HSB) von der PRD in die FPI, um die Immobilienbelange etwas zu bündeln, oder das Sozialamt (SoA) von der BSS in die SUE, wo sich hohe Synergien ergeben könnten. Das sind keine fertigen Lösungen unsererseits, es zeigt aber, dass eine Umverteilung der Arbeitslast auch innerhalb der bestehenden Struktur möglich wäre und/oder wo Anpassungen denkbar wären.
Seitens der GFL befürworten wir ebenfalls eine zweite Lesung. Der Gemeinderat darf beim Vorschlag, welche Umstrukturierungen angedacht und/oder möglich sind, wirklich etwas kreativer und konkreter sein, denn eine Veränderung, eine Reorganisation ist zielführend und ist möglich.
Noch kurz zu den Anträgen: Wir nehmen die Anträge seitens der SBK sowie der SP/JUSO an, die beiden Anträge der SVP lehnen wir ab.

Präsidentin: Vielen Dank. Jetzt wäre die Möglichkeit, sich noch für Einzelvoten anzumelden. Es scheint keine zu geben, dann übergebe ich gerne der Stadtpräsidentin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Zuerst ein Dank an die SBK. Die 3 Fragen haben uns ermöglicht, eine noch ausführlichere Auslegeordnung zu machen, als es der Vortrag verlangt hätte. Die Antworten liegen euch schriftlich vor. Unsere Haltung haben sie nicht verändert, aber so habt ihr noch umfassendere Informationen für euren Entscheid. Ihr habt im Oktober 2024 einen klaren Auftrag erteilt. Der Gemeinderat hat ihn erfüllt, die Abstimmungsvorlage liegt vor, juristisch bereinigt und vom Kanton vorgeprüft. Unsere Empfehlung an euch lautet aber unverändert: Bleibt beim Fünfermodell. Ich sage euch in 4 Punkten, warum.
Erstens: Der Preis – das wurde schon mehrmals erwähnt. Geschätzt 6 Mio. Franken jedes Jahr, wiederkehrend, dazu rund 570'000 Franken einmalig und Projektkosten für die Reorganisation, die wir heute nicht ganz klar beziffern können. Die SBK fragt, ob

Optimierungen diese Zahl senken könnten. Wir haben ehrlich gesagt keine Anhaltspunkte, dass dies realistisch ist. Das Finanzwesen haben wir bereits zentralisiert. Mit HR4you zentralisieren wir auch einen beträchtlichen Teil des Personalwesens. Beides ist in der Schätzung bereits berücksichtigt. Und Zentralisierung allein spart nichts. Wer Stellen zusammenzieht, ohne den Etat zu senken, hat gleich viele Stellen. Wer den Etat senkt, ohne die Arbeit zu senken, bekommt Aufgaben, die liegen bleiben. Darum muss man schon sagen, ihr wählt nicht einfach zwei Politikerinnen oder Politiker dazu, ihr baut zwei Verwaltungsapparate dazu. Zwei neue Direktionen müssen dann auch funktionieren und das wird kosten. Die 6 Millionen sind eine Modellrechnung und sie unterstellt bereits eine massvolle Ausstattung.
Zweitens: Der Gewinn bleibt unsicher. Die demokratiepolitischen Argumente wiegen auch für den Gemeinderat schwer. Eine Hürde von 12,5% statt 16,7% erhöht natürlich die Chance auf mehr Parteien in der Regierung. Aber eine Chance ist keine Garantie. Wer in der Regierung sitzt, entscheidet sich nicht in der GO, sondern auf den Wahllisten. Die angemessene Vertretung der Stadtteile, die in der Motion angesprochen werden, bringt die Sitzzahl auch nicht. Um das zu garantieren, bräuchte es Wahlkreise, aber das würde die Hürde wieder erhöhen und passt nicht zu unseren Stadtteilen. Der grösste Stadtteil hat mehr als dreimal so viele Stimmberechtigte wie der kleinste.
Drittens: Der Zeitplan. Aus der SBK wurde der Eindruck genannt, der Gemeinderat setze Druck auf. Das ist kein Druck – das ist eine Frist! Euer Geschäftsreglement verpflichtet uns, die Motion bis zum 31. Oktober 2026 umzusetzen. Und eine Vergrösserung mitten in der Legislatur ist nicht möglich. Eine solche Extrawahl könnten wir der Stimmbevölkerung nicht vermitteln, das würde wirklich niemand verstehen. Wenn einfach zwei zusätzliche Sitze vergeben würden, würden sich das auch nicht mit dem Proporzgedanken vertragen. Bleibt also die nächste Legislatur oder die übernächste. Und die übernächste heisst: Abstimmung 2031, Wahlen 2032, Start am 1. Januar 2033. Wer verschieben will, verschiebt nicht um ein Jahr, sondern wahrscheinlich um acht.
Viertens: Die Alternativen – Nebenamt, Teilzeit, Jobsharing. Biel hatte nebenamtliche Gemeinderatsmitglieder bis 2012, Köniz bis 2010. Beide haben es aufgegeben, weil die Informationsstände im Kollegium auseinanderdrifteten. Teilzeit auf dem Papier verschiebt Arbeit in die Generalsekretariate und ins Kader, also von gewählten zu nicht gewählten Personen. Und Jobsharing ist mit der Wahlfreiheit in der Bundesverfassung nicht vereinbar, kein Schweizer Gemeinwesen kennt es.
Eines bleibt: Mit der Kritik an der Arbeitsverteilung habt ihr recht. Die Last zwischen den 5 Direktionen kann verbessert werden, das anerkennt der Gemeinderat. Nur ist das eine Organisationsfrage und keine Sitzzahlfrage. Sieben Direktionen verteilen dieselben Abteilungen feiner und schaffen mehr Schnittstellen, mehr Silos, mehr Koordinationsbedarf. Der Gemeinderat sagt im Vortrag, wenn es keinen grossen Umbau zu 7 Direktionen gibt, gehen wir die kleine Reorganisation innerhalb der bestehenden 5 Direktionen an – das habt ihr schwarz auf weiss. Es gibt nicht die richtige Grösse einer Regierung, es gibt eine Abwägung. Der Gemeinderat hat abgewogen und für ihn überwiegen die Nachteile. Der Entscheid liegt nun bei euch und natürlich, wir können noch unzählige Fragen beantworten, aber irgendwann müsst ihr einen Entscheid treffen. Führt ihr die Volksabstimmung herbei und will die Bevölkerung den Ausbau und Umbau, dann vollziehen wir das korrekt und loyal. Unsere Empfehlung aber ist: Bleibt bei 5.
Zum Schluss noch zu den Anträgen. Die Anträge der SBK haben wir bereits schriftlich beantwortet, unsere Haltung dazu liegt euch vor. Den Antrag SP/JUSO nimmt der Gemeinderat an. Wie vorhin gesagt und wie im Vortrag festgehalten, legen wir dar, wie wir den Grundsatz aus Artikel 124c der GO umsetzen, also die ausgewogene Verteilung von Arbeitslast und Führungsverantwortung auf die Direktionen. Die Anträge der SVP

beantragt euch den Gemeinderat abzulehnen. Einen Ausbau zum Nulltarif gibt es wirklich nicht, das zeigen die 6 Millionen, von denen ich eingangs gesprochen habe.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank für die Ausführungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Nehmt doch bitte die Antragsliste hervor. Wir stimmen als erstes über den ersten Antrag der SBK ab.

Antrag 1
SBK
Der Gemeinderat soll ergänzend zu seinem Vortrag zum Geschäft «Vergrösserung des Gemeinderats von fünf auf sieben Mitglieder» im Hinblick auf eine allfällige zweite Lesung dem Stadtrat bzw. der vor beratenden Kommission zusätzlichen Informationen unterbreiten: Zur Frage, ob und in welchem Umfang ein Optimierungspotential bei der bestehenden Führung der Direktionen besteht und ob die Kostenschätzungen gemäss Vortrag für eine Erhöhung der Anzahl Gemeinderatsmitglieder gestützt auf dieses Optimierungspotential nicht angepasst werden müssten.

Abstimmung Nr. 113

2026.PRD.0009: Antrag 1	
Annahme	
Ja	57
Nein	14
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag Nummer 1 der SBK wurde angenommen. Die Anträge 2 und 3 der SBK wurden zurückgezogen, das heisst, wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 4 der SP/JUSO ab.

Antrag 2
SBK
Der Gemeinderat soll ergänzend zu seinem Vortrag zum Geschäft «Vergrösserung des Gemeinderats von fünf auf sieben Mitglieder» im Hinblick auf eine allfällige zweite Lesung, dem Stadtrat bzw. der vorberatenden Kommission zusätzliche Informationen unterbreiten: Zu möglichen Alternativ-Szenarien für eine Umsetzung der Motion auf einen späteren Zeitpunkt als die Wahlen 2028, unter Beilage eines entsprechenden Zeitplans.
Antrag 2 ist zurückgezogen.

Antrag 3
SBK
Der Gemeinderat soll ergänzend zu seinem Vortrag zum Geschäft «Vergrösserung des Gemeinderats von fünf auf sieben Mitglieder» im Hinblick auf eine allfällige zweite Lesung, dem Stadtrat bzw. der vor beratenden Kommission zusätzliche Informationen unterbreiten: Zu weiteren Möglichkeiten für eine grössere Repräsentanz der Fraktionen/Bevölkerung im Gemeinderat unabhängig von der reinen Wahlgeometrie (d.h. Erhöhung der Anzahl Gemeinderäte von 5 auf 7) - wie beispielsweise einer Teilzeit-Anstellung der Mitglieder des Gemeinderats - sowie ins besondere darlegen, welche rechtlichen Anpassungen dazu notwendig wären.
Antrag 3 ist zurückgezogen.

Antrag 4
SP/JUSO
Der Gemeinderat wird aufgefordert darzulegen, wie er den in Artikel 124c der GO festgehaltenen Grundsatz der «gleichmässigen Verteilung der Arbeitslast und der Führungsverantwortung» bei einer Beibehaltung von fünf Gemeinderatsmitgliedern umzusetzen gedenkt.

Abstimmung Nr. 114

2026.PRD.0009: Antrag 4	
Annahme	
Ja	67
Nein	4
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Antrag wurde angenommen. Wir stimmen jetzt über den Antrag Nummer 5 der SVP ab.

Antrag 5
SVP
Die Vergrösserung des Gemeinderats darf keine Mehrkosten zur Folge haben; neue Stellen sind vollumfänglich intern zu kompensieren.

Abstimmung Nr. 115

2026.PRD.0009: Antrag 5	
Ablehnung	
Ja	17
Nein	50
Enthalten	5

Präsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen jetzt zum Antrag Nummer 6 der SVP.

Antrag 6
SVP
Die Neureglung der Verwaltungsorganisation darf keine Mehrkosten zur Folge haben; allfällige Reorganisationskosten sind vollumfänglich intern zu kompensieren.

Abstimmung Nr. 116

2026.PRD.0009: Antrag 6	
Ablehnung	
Ja	12
Nein	59
Enthalten	1

Präsidentin: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kämen jetzt zur Synopse. Ich schlage aber vor, dass wir in globo darüber abstimmen. Ist jemand dagegen, dass wir

in globo über die Gemeinderatsanträge abstimmen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann werden wir jetzt über die Anträge des Gemeinderats in globo abstimmen, wer den Anträgen des Gemeinderats zustimmen möchte, drückt Grün, wer sie ablehnen möchte, drückt Rot und Weiss Enthaltungen.

Abstimmung Nr. 117

2026.PRD.0009	
Annahme	
Ja	33
Nein	27
Enthalten	11

Präsidentin: Ihr habt den Anträgen des Gemeinderats zugestimmt. Wir kommen jetzt zur Frage, ob ihr auf die zweite Lesung verzichten möchtet. Dafür müssten wir eine Zweidrittelmehrheit erreichen im Rat. Wer auf eine zweite Lesung verzichten möchte, drückt Grün, wer auf eine zweite Lesung nicht verzichten möchte, drückt Rot.

Abstimmung Nr. 118

2026.PRD.0009: Zweite Lesung	
Ablehnung	
Ja	1
Nein	70
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr möchtet nicht auf die zweite Lesung verzichten. Das heisst, wir verabschieden dieses Geschäft ohne Schlussabstimmung und es geht zur Vorbereitung der zweiten Lesung an die Kommission zurück. Ich würde vorschlagen, weil wir heute doch recht fleissig waren, dass wir jetzt Feierabend machen, und wünsche euch einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden
Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:
Traktandum 4: Interfraktionelle Motion: Abstellplätze für Cargobikes
Michael Sutter, SP | Tanja Miljanović, GFL | Claude Grosjean, GLP | Jelena Filipovic, GB
2022.SR.000202
Traktandum 5: Postulat: Eine dynamische Fussgängerzone Bümpliz – für soziale Vernetzung und urbane Lebensqualität
Chandru Somasundaram, SP | Timur Akçasayar, SP | Mirjam Roder, GFL | Janosch Weyermann, SVP
2025.SR.0185
Traktandum 6: Interfraktionelle Motion: Familiengärten in der Stadt Bern: Erhalten und Sichern

Lea Bill, GB | Dominik Fitze, SP | Judith Schenk, SP
2025.SR.0202
Traktandum 7: Interfraktionelles Postulat: Endlich Lösungen für die Mattentreppen-Problematik!
Simone Richner, FDP | Florence Pärli Schmid, JF | Valentina Achermann, SP | Lena Allenspach, SP | Eva Chen, AL | Jemima Fischer, AL | Mirjam Roder, GFL | Jelena Filipovic, GB | Yasmin Amana Abdullahi, JGLP | Judith Schenk, SP
2022.SR.000043
Traktandum 8: Postulat: Konsequente Klimapolitik #1: Keine Werbung für Flugreisen und Autos!
Katharina Gallizzi, GB
2023.SR.0194
Traktandum 9: Dringliches Postulat: Hallenbadversorgung der Stadt Bern während der Schliessung des Weyermannshauses sicherstellen
Chantal Perriard, FDP | Ueli Jaisli, SVP
2026.SR.0238

Eingereichte Vorstösse
Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:
https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/Vorstoesse-und-GRSR-Revisionen/4321044931.php
2026.SR.0324 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Gratis ÖV am Sonntag
Gourab Bhowal, JUSO | Emanuel Amrein, SP | Michael Burkard, GFL
2026.SR.0329 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Nutzung von Smart Glasses in der Stadt Bern
Debora Alder-Gasser, EVP | Denise Mäder, GLP | Raffael Joggi, AL | Simone Richner, FDP | Lukas Wegmüller, SP | Laura Curau, Mitte
2026.SR.0325 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Fragen zur PFAS-Belastung
Thomas Hofstetter, FDP
2026.SR.0326 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Was waren die Gründe um den Veloweg an der Weltpoststrasse auf 50 Metern zu verbreitern?
Thomas Hofstetter, FDP
2026.SR.0330 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Wie gedenkt der Gemeinderat das Projekt «Allmend-Parkhaus» möglichst rasch zum Erfolg zu verhelfen?
Raphaël Karlen, FDP
2026.SR.0327 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Wann gibt es in der Stadt Bern endlich vorfrankierte Wahl- und Abstimmungscouverts?
David Böhner, AL | Matteo Micieli, PdA | Tobias Sennhauser, TIF | Anna Leissing, GB | Anna Jegher, JA | Carola Christen, GFL | Nadine Aebischer, SP | Nik Eugster, FDP | Alexander Feuz, SVP | Nicolas Lutz, Mitte | Gourab Bhowal, JUSO
2026.SR.0328 | Interpellation | Eingereicht
Interfraktionelle Interpellation: Leerkündigungen in Bümpliz-Bethlehem: Wie sorgt die Stadt für sozialverträgliche Sanierungen?
Chandru Somasundaram, SP | Dominik Fitze, SP | Gourab Bhowal, JUSO | Anna Leissing, GB | Nora Joos, JA | Mirjam Roder, GFL | David Böhner, AL

Schluss der Sitzung: 22.19 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin	für das Protokoll
X	X
Jelena Filipovic	Redaktion: Marianne Hartmann